

Die Gemeinden haben natürlich im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr große Aufgaben übernommen. Ich glaube, daß die Bürgermeister sich sehr ernste Gedanken machen müssen, wie sie sich künftighin zur kommenden Entwicklung stellen werden. Es ist besonders notwendig, daß man wieder einigermaßen abgrenzt in Fremdenverkehrsgemeinden und in Industriegemeinden. Wie nicht jede Gemeinde ihren Industriebetrieb haben kann, so ist es auch nicht in jeder Gemeinde möglich, für den Fremdenverkehr Sorge zu tragen, aber wo es möglich ist, soll man es auf alle Fälle machen, denn durch den Fremdenverkehr werden die Einnahmen in der nächsten Zeit wesentlich erhöht werden. Die Wintersaison hatte ebenfalls einen neuen Rekord zu verzeichnen. Von 213.500 Nächtigungen in Österreich konnte die Steiermark 103.245 für sich in Anspruch nehmen, also beinahe die Hälfte der gesamten Nächtigungen in Österreich. Die Steiermark liegt somit schon hinter Tirol an zweiter Stelle, und das ist sehr erfreulich. Der Inländerzuwachs war 8%, der Ausländerzuwachs 30%, insgesamt waren es 12,4%, also eine bedeutende Leistung in der Steiermark. In der Sommersaison war die Zunahme 12,9%, davon Inländer 7,2% und Ausländer 25,7%. Wenn wir vergleichen zur Gesamtzunahme in Österreich, die nur 1% an Inländern und 15% an Ausländern zu verzeichnen hatte, ist die Zunahme bei uns sehr erfreulich. Das Zukunftsbild für die Steiermark ist folgendes.

Was kommt an uns heran?

1. Wir müssen bedenken, daß sich der Autobestand bis zum Jahre 1980 verdoppeln wird.
2. Die Verlängerung der Urlaubszeiten wird einen besonderen Einfluß auf die Zunahme im Fremdenverkehr haben.
3. Das erhöhte Erholungsbedürfnis.
4. Die Verschlechterung der Umweltserscheinungen.
5. Die Beschleunigung des Arbeitstempos.

Das sind wesentliche Fragen, mit denen sich die Gemeinden bzw. die Bürgermeister in der nächsten Zeit sehr beschäftigen müssen. Was erwächst aus diesem Erholungsbedürfnis? In Europa sind bereits jetzt 60 Millionen Ferienreisende. Diese Zahl wird sich bis 1975 auf 90 Millionen erhöhen und bis 1980 auf 120 Millionen. Das heißt also, daß wir uns besondere Gedanken machen müssen

- a) über die Verkehrslage unseres Landes und
- b) über die künftigen Verkehrserschließungen, womöglich bis zum letzten Bauernhof;
- c) daß wir uns auch besonders mit den Umwelteinflüssen beschäftigen müssen, mit der Wasserverschmutzung, mit der Erd- und Luftverschmutzung. Hier kommt auch dem Naturschutz eine besondere Bedeutung zu.

Wir haben in der Steiermark das Glück, daß doch noch 58% der Fläche Waldfläche sind. Dieser Wald bietet einen guten Luftfilter. Wir können damit rechnen, daß wir in der nächsten Zeit in der Steiermark nicht die extremen Schwierigkeiten haben werden, wie das in manchen westlichen Industriestaaten der Fall ist.

Besonders hervorgehoben sei die Arbeit der Fremdenverkehrsvereine. Den Funktionären dieser Vereine sei von dieser Stelle aus besonderer Dank ausgesprochen. Sie bemühen sich um die Ortsverschönerung, um Ehrungen, aber auch um die Fremdenverkehrswerbung. Der Bund selbst hat heuer leider weitgehend ausgelassen. Es war keine Erweiterung der Zinsenzuschuß- und der Bürgeskreditaktion. Das hat sich sehr ungünstig auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs, aber auch auf unsere Wirtschaft ausgewirkt.

Der Reisende aus den westlichen Ländern legt einen besonderen Wert auf gut funktionierende Reisebüros, Kaufhäuser, in welchen dem fremden Gast alles angeboten wird, was seinen Bedürfnissen entspricht. Aber sportliche, touristische und kulturelle Organisationen sind von besonderer Wichtigkeit, und hier werden die Bürgermeister und die Gemeindevertretungen besonders gebeten, dafür zu sorgen, daß diese Organisationen weitgehend vorhanden sind oder errichtet werden. Auf die Bedeutung des Grazer Flughafens muß im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr besonders hingewiesen werden. Sie wird in nächster Zeit noch wesentlich größer werden. Wir haben alle gemeinsam große Aufgaben zu erfüllen. Die weitere Intensivierung der Wintersaison ist in der Steiermark ohne weiteres möglich, und hier kann man noch einiges unternehmen. Die Gemeinden müssen in der Zukunft sehr aufmerksam sein und auf folgende Dinge besonders Bedacht nehmen:

Auf entsprechende Vorausplanung im Zusammenhang mit geeigneten Verkehrswegen, die Schaffung der erforderlichen Parkflächen ist von besonderer Wichtigkeit, Wanderwege müssen geschaffen werden, weitere Schwimmbäder errichtet, Kureinrichtungen mit guten Ausstattungen sind noch auszubauen, Campingplätze sind zu errichten, weitere Schutzhütten zu bauen, Sportplätze, Schilifte, Seilbahnen, Schipisten, Sprungschanzen usw.

All diesen Dingen ist besonderes Augenmerk zu widmen und diese Bauten sind besonders zu fördern. Es ist von seiten der Gemeinden weitgehendst dafür zu sorgen, daß kulturelle Veranstaltungen für den Gast vorhanden sind. Deshalb wird auch gebeten, alles zu unternehmen, damit die Vereinigten Bühnen weiterhin ihre Gastspiele in den Bezirksstädten abhalten, aber auch die Gemeinden müssen bestrebt sein, die kulturellen Einrichtungen dazu zu benützen, um dem Gast etwas zu bieten. Das soll bis zu den Blaskapellen gehen, über die ich heuer nicht gesprochen habe, auch sie sollen mit eingebaut werden. Ich glaube, es ist von besonderer Bedeutung, daß sich unsere Bevölkerung weitgehendst mit dem Erlernen von Fremdsprachen befaßt, soweit es nicht in den Schulen geschieht, denn der fremde Gast will auf seine Weise angesprochen werden.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß von besonderer Bedeutung für die Zukunft folgende Dinge sein sollen:

1. die Verbesserung der Infrastruktur in den Gemeinden;
2. ein ausreichendes, qualitätsmäßig hochwertiges Quartiergebot muß immer vorhanden sein;

3. eine einwandfreie Gastbedienung und

4. eine ständige Erziehung zur Fremdenverkehrsgesinnung.

Ich möchte von dieser Stelle aus dem Referenten, Herrn Landesrat Wegart, recht herzlichen Dank sagen für seine großen Leistungen für das Land Steiermark und somit für die ganze Bevölkerung. Er hat sich in unermüdlicher Weise immer wieder bemüht, das Beste für den Fremdenverkehr in unserem Lande zu leisten. Der Fremdenverkehr ist ein besonderer wirtschaftlicher Faktor für uns alle. Nützen wir die Chancen, nützen wir die Vorzüge in unserem Land! Mit den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr kann das Außenhandelsdefizit abgedeckt werden; das ist von besonderer Wichtigkeit. Nicht zuletzt kommt der fremde Gast deshalb in unser Land, weil wir Ordnung haben. Wir wollen hoffen, daß diese Ordnung in unserem Land erhalten bleibt. Wir müssen in gemeinsamer Arbeit uns bemühen, dieses schöne Land noch besser auszubauen. Ich möchte nur noch bitten, daß künftighin noch mehr Mittel für die Fremdenverkehrsförderung in Aussicht gestellt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Laurich, nächster Redner Herr Abgeordneter Fuchs.

Abg. Laurich:

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Alljährlich am Ende der Budgetdebatte scheint es hier im Hohen Haus einen kleinen Landesfremdenverkehrstag zu geben, nämlich dadurch, daß die Erfolgswerte der abgelaufenen Sommer- und Wintersaison bekanntgegeben werden und alle Wünsche und Sorgen, die den Fremdenverkehr betreffen, hier ausbreitet werden. Daß die Bilanz der vergangenen Winter- und Sommersaison überaus erfreulich war und den Durchschnitt der österreichischen Bundesländer übertrifft, hat mein Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Lind, bereits gesagt. Daß diese Leistungen und Erfolge Früchte einer guten Zusammenarbeit sind, muß hier in diesem Zusammenhang nicht weiter erwähnt werden, daß viel mehr Mittel erforderlich wären, um all die Wünsche der steirischen Fremdenverkehrsgemeinden erfüllen zu können, ist dem Herrn Referenten sicherlich bestens bekannt, und ich möchte nur meiner Freude Ausdruck verleihen, daß die Umschichtung der Mittel, nämlich Förderung des Wintersportes und Förderung aller Anlagen, die dem Wintersport dienen, diese erfreuliche Bilanz der letzten Wintersaison gebracht hat. Ich möchte dazu sagen, daß die Subventionierung für die Errichtung von Schipisten und die Präparierung solcher Pisten nicht nur dem Wintergast zugute kommt, sondern daß auch alle Menschen, die das Schifahren als Ausgleichssport betreiben, besonders aber die Jugend, die in den großen Meistern des weißen Sportes ihr Idol gefunden hat, davon profitieren.

Vor wenigen Tagen hat in Trieben der Herr Bundespräsident das modernste Hallenbad in der Steiermark seiner Bestimmung übergeben, in der Ramsau

sind die Vorbereitungsarbeiten für ein solches Bad im Gange und ich hoffe, daß auch die Stadt Schladming eine ebenso großzügige Förderung erfahren wird, wie das unsere Nachbargemeinde Ramsau erfahren hat. Ich möchte hier auch bekanntgeben, daß die Stadtgemeinde Schladming im Vorjahr S 200.000.— an Subvention nach Graz zurückschicken mußte, weil es nicht möglich war, diesen Betrag für den Grundankauf bzw. für die Planungskosten unseres lange gewünschten Hallenbades zu verwenden. Ich möchte ausdrücklich erwähnen, daß — wie es aus dem Landesvoranschlag hervorgeht — für die Erschließung der Schladminger Ebene, des Hauser Kaiblings, für den Bau der Loser-Straße und eine bessere Aufschließung zur Planner-Alm bedeutende Mittel eingesetzt sind. Ansuchen um die Förderung weiterer Vorhaben des Enns- und Paltenales werden nach Abschluß der entsprechenden Planungen dem Herrn Referenten vorgelegt werden. Ein dringendes Anliegen der steirischen Gemeinden — und auf das möchte ich besonders hinweisen — wäre eine Änderung des Fremdenverkehrsabgabegesetzes dahingehend, daß in Hinkunft der größere Teil der Fremdenverkehrsabgabe bei den steirischen Gemeinden verbleiben würde und ich hoffe, daß diesem berechtigten Wunsche bei der bevorstehenden Novellierung des Fremdenverkehrsabgabegesetzes Rechnung getragen wird. Ich möchte ferner bekanntgeben, daß in der letzten Zeit bei verschiedenen Hauptversammlungen der Verkehrsvereine der Wunsch nach Schaffung eines steirischen Fremdenverkehrsgesetzes geäußert wurde. Der Herr Landesrat Wegart hat zugesagt, darüber Beratungen zu führen und ich möchte nur hoffen und es wäre erfreulich, wenn diese Beratungen eine Klärung der Standpunkte bringen würden. Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen sagen, daß die steirischen Fremdenverkehrsorte wohl gerüstet den Fremdenansturm erwarten. Machen auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, von einem der verlockenden Winterangebote Gebrauch und überzeugen Sie sich selbst, wo man durch eine entsprechende Förderung des Landes vorhandene oder fehlende Fremdenverkehrseinrichtungen ausbauen oder errichten sollte. Dazu wünsche ich Ihnen eine gute Erholung und Entspannung und unserer heimischen Fremdenverkehrswirtschaft einen neuerlichen Aufschwung. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs das Wort, nächster Redner nach ihm ist Abg. DDr. Götz.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:

Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich wie jedes Jahr über die Industrieförderung sprechen und über den Luftverkehr; ich glaube aber, daß — angeregt durch eine Zeitungsmeldung vom Mittwoch, dem 16. Dezember — wir Gelegenheit haben, ein praktisches Beispiel von Betriebsförderung hier und heute zu exerzieren und ich werde mich daher auf dieses spezielle Problem konzentrieren. Der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz hat in seinem, meiner Meinung nach ausgezeichneten Referat über die Entwicklungshilfe u. ä. auch das Hohelied der öster-

reichischen Ingenieurskunst gesungen und an Hand von verschiedenen Entwicklungsprojekten auch die Bedeutung der Elektroindustrie in diesem Rahmen herausgestrichen. Es war von Kraftwerken in Thailand und im Sudan die Rede und als Vorsteher der Fachgruppe „Elektroindustrie“ in der Steiermark freue ich mich, daß dies einmal entsprechend gewürdigt wurde. Wir haben gemeinsam, alle Fraktionen, in diesem Haus immer wieder unsere Stimme dann erhoben, wenn ein Wirtschaftszweig oder ein Betrieb in unserem Lande in Gefahr war, durch Umstände in Nachteil zu geraten. Wenn Sie sich zurückerinnern, es hat eine Kohlendebatte gegeben, wir haben dann eine Stahldebatte abgeführt, es wurden anlässlich der Verlegung der Kleinmotorenfertigung der Elin von Weiz nach Wien in diesem Landtag Resolutionen gefaßt und entsprechende Interventionen der Landesregierung veranlaßt und nicht zuletzt haben wir uns für das Investitionsprogramm der Alpine eingesetzt. Es waren nicht alle diese Bemühungen von Erfolg gekrönt, es war aber immer so, daß wir uns für diese Betriebe eingesetzt haben und immer dann unsere Stimme erhoben, wenn unsere steirischen Interessen gefährdet waren. Gewerkschafter und Betriebsräte waren sich mit allen anderen Berufsständen einig und es braucht, glaube ich, auch niemandem mehr die Bedeutung eines großen Betriebes für eine Gemeinde dargelegt werden, und ich möchte nur darauf verweisen, was etwa in Leoben oder Donawitz geschieht, wenn die Alpine wesentliche Einschränkungen machen würde oder welche Bedeutung die Elin für die Stadt Weiz hat. Nun aber zur Pressemeldung: Es ist aus dem „Wiener Kurier“ zu lesen, daß die Österreichischen Bundesbahnen vier Thyristor-Lokomotiven in Schweden in Auftrag gegeben haben. Das ist im Wirtschaftsteil vom Mittwoch, dem 16. Dezember, gestanden und ich habe mich ein wenig für die Umstände interessiert und kann Ihnen nun einiges darüber berichten. Der Sachverhalt ist ungefähr folgender: Die Österreichischen Bundesbahnen müssen in den nächsten Jahren rund 100 Elektro-Lokomotiven in Auftrag geben. Die Auftragssumme ist nach meinen Berechnungen — und hier stütze ich mich auf Aussagen einiger Fachleute — mit etwa 1,4 bis 2 Milliarden Schilling zu veranschlagen, wenn man die Ersatzteile dazurechnet. Für die österreichische Elektroindustrie ist ein Auftrag dieser Größe von besonderer Bedeutung deshalb, weil gerade die österreichische Elektroindustrie und auch die Fahrzeugindustrie in Österreich wirklich eine Reihe von sehr schwierigen Jahren hinter sich haben und erst jetzt durch die Fusion der Wiener Starkstromwerke mit der Elin, durch die Regelung der Besitzverhältnisse bei den ehemaligen Wiener Schwachstromwerken und nicht zuletzt durch den Zusammenarbeitsvertrag der Elin mit dem Hause Siemens eine Konsolidierung der Verhältnisse eingetreten und nun eine Basis ist, auf der es aufzubauen gilt. Im Rahmen der Entwicklungen auf dem Fahrzeugsektor des Bahnbetriebes gibt es nun eine neue Entwicklung, das sind die sogenannten thyristorgesteuerten Lokomotiven. Die Thyristorsteuerungen wurden bereits von der Elin aber auch von den anderen österreichischen Elektroindustrien im Kraftwerksbau verwendet und man hat sich bereits im

Jahre 1967 an die Österreichischen Bundesbahnen gewandt und ihnen diese Steuerungsform für den Fahrzeugbetrieb angeboten. Es ist dies also eine neue Entwicklung, mit der man aber durchaus vertraut ist. Die Thyristorsteuerungen haben auch Nachteile — sie entwickeln nämlich Ströme, die in das Netz gehen und die die Kontaktsteuerungen der Bahnübergänge und der Fernschreibsysteme nachteilig beeinflussen, was zur Folge hat, daß z. B. eine im Streckenbetrieb eingesetzte Lokomotive verursachen kann, daß die geschlossenen Bahnschranken wieder aufgehen, daß sich Signale selbst stellen usw., es muß also, um eine thyristorgesteuerte Lokomotive im Streckenbetrieb einsetzen zu können, eine wesentliche Änderung im Signalsystem vorgenommen werden, Änderungen, über deren Höhe ich Ihnen keine konkreten Angaben machen kann, aber die sich für die Westbahn allein etwa in der Größe von 600 bis 700 Millionen Schilling belaufen würden. Es ist dies auch der Grund, warum mit Ausnahme von Schweden — soweit mir bekannt ist — noch keine Bahnverwaltung thyristorgesteuerte Lokomotiven im Streckenbetrieb eingesetzt hat. Das ist der Hintergrund, vor dem sich das abspielt, was ich Ihnen jetzt kurz mitzuteilen habe. Es gibt eine Pressemitteilung der Firma, die diesen Auftrag bekommen hat und in dieser Pressemitteilung steht im wesentlichen dasselbe wie im „Wiener Kurier“, es ist aber vielleicht doch interessant, folgendes herauszunehmen: Die Österreichischen Bundesbahnen haben, und ich zitiere jetzt, „vier thyristorgesteuerte Lokomotiven in Auftrag gegeben, die als Baumuster für eine eventuelle Lizenzfertigung im Lande dienen sollen. Es handelt sich um den gleichen Typ wie die von der Schwedischen Staatsbahn verwendeten Lokomotiven RC2 mit einer Leistung und einer größten Geschwindigkeit von 135 km/h. Eine derartige Lokomotive wurde im Herbst d. J. auf der Österreichischen Südbahn zwischen Wien und Bruck an der Mur erprobt und konnte dabei eine um 25 % höhere Last anziehen . . .“ usw. Meine Damen und Herren, soweit die Pressemitteilung. Dazu ist noch zu sagen, daß die Erprobung meinen Informationen nach nicht so klaglos erfolgt ist, wie es hier dargestellt wird, im Gegenteil, man hat festgestellt, daß das Bremsystem der Lokomotiven sehr wohl umgebaut werden muß, um für den Streckenbetrieb vor allem im Bergland geeignet zu sein. Am 11. November d. J. wurde dem Herrn Verkehrsminister im Nationalrat in der Fragestunde von einem Abgeordneten diesen Auftrag betreffend eine Frage gestellt, und zwar wurde der Herr Bundesminister Fröhbauer vom Herrn Abg. Steinhuber gefragt, ob dieser Auftrag als erteilt anzusehen sei und der Herr Bundesminister hat dies abgelehnt. Es ging dann darum, daß Herr Abg. Steinhuber gesagt hat: „Was ist, die österreichische Industrie ist durchaus im Stande, solche Lokomotiven zu bauen, Herr Bundesminister, die österreichische Fahrwerk- und Elektroindustrie könnte in 1½ Jahren eine solche Lokomotive der Bundesbahn zur Verfügung stellen.“ Der Herr Minister hat geantwortet, dies sei zwar interessant, aber die erprobte Lokomotive sei auch etwas wert und hat sich aber nicht klar ausgedrückt, ob die Bestellung nun erteilt wurde oder nicht — eine

Tatsache, die nun mit Meldung vom 16. Dezember doch eingetreten ist. Zu sagen ist noch, daß diese schwedische Lokomotive eine Höchstgeschwindigkeit von 135 km/h entwickelt, die Fahrpläne der Österreichischen Bundesbahnen aber bereits auf der Basis von 140 km/h aufgebaut sind, das heißt, daß diese Lokomotive grundsätzlich nicht den Bedürfnissen entsprechen kann; des weiteren ist zu sagen, daß österreichische Elektrolokomotiven konventioneller Bauart bereits mit 150 km/h fahren können. Weiters wäre zu sagen (Abg. Pözl: „Ein Skandal!“), einen Augenblick bitte, ich bin sofort fertig. Weiters wäre zu sagen, daß eine Lizenzfertigung für die betroffenen österreichischen Industrien nicht erstrebenswert ist und der schwedische Hersteller bisher in Österreich noch keine Lizenznehmer gefunden hat, denn das würde unter anderem auch das Exportimage der Elektroindustrie wesentlich beeinträchtigen. Es gibt noch keinen, der diese Lizenz nehmen will und es ist auch klar, daß eine Verhandlung mit einem Ausländer sehr schwierig ist, wenn es sozusagen nur darum geht, „Vogel friß oder stirb“. Der Herr Abg. Steinhuber hat gesagt, daß die österreichische Industrie in der Lage wäre, in 1½ bis 2 Jahren eine solche thyristorgesteuerte Lokomotive zur Verfügung zu stellen. Ich darf Ihnen mitteilen, daß eine Lieferzeit von 1½ bis 2 Jahren — das werden mir alle diejenigen bestätigen, die selbst in einem Betrieb arbeiten — für ein Projekt dieser Größe überhaupt keine Lieferzeit ist. Des weiteren muß gesagt werden, daß selbst, wenn man einen österreichischen Betrieb dazu zwingen würde, eine schwedische Lizenz zu nehmen, dies die Ertragssituation dieses Betriebes beträchtlich beeinträchtigt und eine Lizenzgebühr für eine Auftragssumme von rund 2 Milliarden Schilling ist keine Kleinigkeit.

Des weiteren wäre noch zu sagen, daß der Elin sowieso der ganze Erfahrungsschatz des Hauses Siemens aufgrund des Zusammenarbeitsvertrages zur Verfügung steht und daß es keinen zwingenden Grund gibt, warum man jemand eine Lizenz aufzwingen muß. Für jeden Betrieb, der exportiert, ist der Binnenmarkt die stetige Beschäftigungsbasis, von der man weiter das unternehmen kann, was auch der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz sehr begrüßt hat. Es ist letzten Endes auch nicht — und das ist das letzte Argument dagegen — im Interesse des österreichischen Staates und der österreichischen Währung, daß unnötigerweise große Lizenzgebühren nach Schweden strömen. Nun könnte man sagen, wir sind in der EFTA, und nach den EFTA-Bestimmungen darf ein inländischer Betrieb nicht günstiger behandelt werden als ein ausländischer Betrieb. Dazu ist folgendes zu sagen, die Kostensituation betreffend: Der Preis einer Elektrolokomotive derzeitiger Bauart liegt bei ungefähr 14 Millionen Schilling. Die schwedische Lokomotive, thyristorgesteuert, kostet rund 15,6 Millionen Schilling. Der Prototyp einer österreichischen thyristorgesteuerten Lok wird von der einschlägigen Industrie mit ungefähr 17,2 Millionen, also etwas höher, angegeben. Man sagt aber, daß man in der Serienfertigung 16 Millionen Schilling erreichen könnte. Es ist also ein Preisunterschied zum auswärtigen Fabrikat nicht gegeben. Es geht aber noch weiter.

Der Prototyp der österreichischen Elektrolokomotive, thyristorgesteuert, hätte eine um 48 % höhere Leistung und die für die Bundesbahn ausreichende Fahrgeschwindigkeit, so daß die Differenz im Preis eindeutig für das österreichische Produkt spricht. Und nun die Frage: Wie kommt es dazu, daß wir trotz Bemühungen der österreichischen Industrie eine Situation haben, daß die Bundesbahnen im Ausland ihre Lokomotiven kaufen wollen? Meine Damen und Herren! Es gibt keine Bahnverwaltung in Europa, wahrscheinlich keine Bahnverwaltung in der Welt, die über eine entsprechende heimische Industrie verfügt und trotzdem ihre Maschinen im Ausland bestellt. (Abg. Pözl: „Eine sozialistische Bahnverwaltung!“ — Abg. Pichler: „Mit einem schwarzen Generaldirektor!“ — Abg. Preamberger: „Denken Sie an die Schweiz!“) Darf ich weiterreden, Herr Kollege Preamberger.

Es ist erstaunlich, daß gerade eine sozialistische Regierung, die sich immer wieder als Hüter, Bewahrer und Beschützer der verstaatlichten Industrie geben möchte, die im eigenen Land nicht nur über eine ausreichende Elektroindustrie, sondern sogar über eine Elektroindustrie im Besitz des Staates verfügt, es zuläßt, daß die Bundesbahnen ihre Lokomotiven im Ausland kaufen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist sozialistische Praxis!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Aber einen Streik haben sie gehabt!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das hat der Kurier geschrieben!“)

Nach meinen Informationen, und diese Informationen stammen von der einschlägigen Industrie und sind von der Bundesbahn nicht widersprochen worden, ist dieser Auftrag erteilt worden. Vor einiger Zeit war auch die Sendung im Radio, es ist nichts dementiert worden.

Meine Damen und Herren! Soweit ich weiß, wurde der Auftrag vom Herrn Generaldirektor Karl über ausdrückliche Weisung des Herrn Verkehrsministers Frühbauer erteilt. (Zwischenrufe von der OVP: „Pfui!“ — Abg. Pözl: „Sie haben die Möglichkeit, das zu überprüfen!“ — Abg. Heidinger: „Das Telefon ist gestört wegen Reparatur!“)

Vier Stück sind bestellt. Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß der Herr Verkehrsminister den Auftrag zur Bestellung dieser Lokomotiven ganz knapp nach der Rückkunft des Herrn Bundeskanzlers Kreisky von seinem Urlaubsausflug nach Schweden und den Gesprächen mit dem Herrn Ministerpräsidenten Palme erteilt hat. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die Fabrik gehört dem Kreisky, nicht?“) Nein, die Fabrik gehört nicht dem Kreisky, aber es ist eine bekannte Tatsache, daß die schwedische Industrie zum Teil unter Schwierigkeiten leidet und daß man hier versucht, eine österreichische Wirtschaftshilfe für Schweden zu institutionalisieren. (Abg. Pözl: „Er fährt ja auch nach Deutschland, wenn er einen Arzt braucht, und nicht in die Steiermark!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Billigst!“ — Glockenzeichen!)

Wenn Ihnen an der Elektroindustrie nichts liegt, für uns ist das genauso ein Anliegen wie die Eisen-, Kohle- und Stahlindustrie (Beifall bei der OVP), und zwar nicht nur die private, sondern

auch die verstaatlichte. (Unverständliche Zwischenrufe — Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Fuchs!“)

Meine Damen und Herren, nachdem dieser Auftrag erteilt ist, aber noch vom Verwaltungsrat der Österreichischen Bundesbahnen bestätigt werden muß, erlauben wir uns, einen Beschlusantrag dem Hohen Hause vorzulegen und bitten, daß dieser im Rahmen der Budgetdebatte beschlossen wird. Das ist ein Beschlusantrag der Abgeordneten Fuchs, Buchberger, Marczik und Pözl: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesminister für Verkehr dringlichst vorstellig zu werden, daß der von der Österreichischen Bundesbahn einer ausländischen Firma erteilte Auftrag auf Lieferung von vier tyristorgesteuerten Lokomotiven storniert wird. Der Auftrag wäre einem oder mehreren österreichischen Unternehmen als Entwicklungsauftrag zu erteilen. Die österreichische Triebfahrzeug- und Elektroindustrie hat in den letzten Jahrzehnten ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet erwiesen. Außerdem würde der Auftrag zur Sicherung von österreichischen, insbesondere steirischen Arbeitsplätzen beitragen. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, vom Ergebnis ihrer Bemühungen dem Hohen Haus zu berichten.“ Ich darf Ihnen, Herr Präsident, diesen Beschlusantrag mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung überreichen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 20 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung 18.50 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung 20 Uhr.

Präsident: Wir nehmen die unterbrochenen Beratungen wieder auf. Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:

In dem Kreis jener Redner, die neben allen Feststellungen auch immer wieder ein Maß an Kritik vorgebracht haben, möchte ich mich zum Thema Fremdenverkehr zu Wort melden und — zumindest am Anfang — nicht die Kritik, sondern eine Feststellung treffen als Verantwortlicher für den Fremdenverkehr in der Stadt Graz, nämlich die Feststellung, daß die Zusammenarbeit mit den Fremdenverkehrsstellen des Landes zunehmend besser geworden ist. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte allerdings hier einige Wünsche vortragen und mich dabei eines Wortes von Seneca bedienen, um die „arme Stadt Graz“ richtig zu beleuchten, die nach Seneca etliche Wünsche anzumelden hat, und zwar das Wort „Nicht wer wenig hat, sondern wer viel wünscht, ist arm“. Und in diesem Sinne ist die Stadt Graz eine Trägerin von Wünschen, von Fremdenverkehrswünschen aus folgendem Grund. In der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft, in der Fremdenverkehrswerbung oder — wenn Sie noch deutlicher wollen — auf dem sehr harten Feld der Konkurrenz von Fremdenverkehrsgebieten und Fremdenverkehrsstädten ist eine außerordentliche Kon-

zentration von finanziellen Mitteln im Gang, eine Konzentration, die es einer Stadt von der Größenordnung Graz fast unmöglich, einem Land von der Größenordnung Steiermark schon außerordentlich schwer macht, neben anderen Ländern und neben den von diesen Ländern eingesetzten Mitteln erfolgreich zu bestehen. Darum auch die verstärkten Bemühungen der Stadt, ihre Werbeveranstaltungen und Werbeaktionen gemeinsam mit dem Land Steiermark durchzuführen, wobei wir in den abgelaufenen Jahren sicher gemeinsam — so hoffe ich — gute Erfahrungen sammeln konnten. Wenn dann noch in den Sommermonaten das Bedürfnis besteht, zusätzlich kulturelle, folkloristische Veranstaltungen in Graz durchzuführen und das Land kein Geld mehr dafür hat, betrübt uns dies, aber es bleibt uns die Hoffnung, daß sich das im Jahr 1971 zum Besseren wenden wird. Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß in einem gewissen Maß das Land Steiermark in einer ähnlichen, zwar finanziell unvergleichlich besseren, aber trotzdem in einer ähnlichen Situation ist. (Landeshauptmann Krainer: „Seien Sie froh, Herr Landtagsabgeordneter! Sie sind ja Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages!“) Ich bin es ja sowieso, Herr Landeshauptmann, aber ich bin Grazer Abgeordneter, und als solcher habe ich natürlich die Interessen der Stadt Graz wahrzunehmen. (Landeshauptmann Krainer: „Da kann ich nur Ihnen eine Empfehlung geben; wirtschaftet so wie das Land Steiermark!“) Herr Landeshauptmann, wenn Sie uns die Einnahmen vom Land geben, dann wirtschaften wir so wie das Land, und dann bleibt uns mehr übrig — wollen wir wetten!

Herr Landeshauptmann bzw. meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das Land Steiermark deshalb in einer ähnlichen Situation ist, weil es in einem bestimmten Bereich in dem großen Fächer der fremdenverkehrsmäßigen Auslandsmärkte auch allein trotz der wesentlich günstigeren finanziellen Situation in die Werbekonkurrenz nicht so einsteigen kann, wie das oft notwendig wäre. Ich möchte daher wiederholen, was ich schon einmal in diesem Hohen Haus gesagt habe, daß die Konzentration im Bereich der österreichischen Fremdenverkehrswerbung, im Bereich der Zusammenarbeit mit den anderen Ländern, aber auch im Bereich der Zusammenarbeit mit der österreichischen Wirtschaftswerbung ein außerordentlich bedeutsamer Faktor ist. In besonderem Maße bedeutsam dann, wenn man bedenkt, daß etwa der amerikanische Markt für den Fremdenverkehr sicher nur dann zu erschließen ist, wenn man hier mit diesen marktentsprechenden Werbemitteln in Erscheinung treten kann.

Wenn ich nun zu den Problemen von Graz etwas sagen kann. Graz steht immerhin in der Fremdenverkehrsstatisik der Steiermark hinsichtlich der Nächtigungen an dritter Stelle. Dies wird uns sehr oft verübelt mit dem Hinweis, daß es eigentlich an erster Stelle stehen müßte. Nun, meine Damen und Herren, dazu ein kurzes Zitat des im Fremdenverkehrswesen bekannten Dr. Pöschl, der in der November-Ausgabe der „Berichte und Informationen“ festgestellt hat: „Wenn ein Gebiet, wenn eine Stadt oder eine Region ihre Nächtigungsziffer erhöhen will, dann muß sie die Bettenzahl erhöhen.“ Das ist

eine ganz nüchterne Feststellung und eine, die auch nur dann Geltung hat, wenn man von ausgesprochenen Fremdenverkehrs- oder richtiger Urlaubsgebieten sprechen kann. Die Konzeption der Landeshauptstadt war aber von vornherein darauf ausgerichtet, sich nicht etwa einbilden zu wollen, daß es uns gelingt, hier einen Sommer- oder Winterurlaubsboom erzeugen zu können, sondern daß der Schwerpunkt des Fremdenverkehrs dieser Stadt mit den Kongressen und Tagungen auf der einen Seite, mit dem Umschlagsplatz für den Fremdenverkehr in Richtung Südosten auf zweiter Seite und mit dem Tages-Fremdenverkehr an dritter Stelle zu tun hat. Und wenn wir auf dem Gebiet der Nächtigungsziffern nicht ganz befriedigt sind — sie sind Schwankungen unterworfen, die uns nicht immer freuen —, so müssen wir doch sagen, daß in den letzten Jahren die Kongreß- und Tagungstätigkeit erheblich zugenommen hat und weiter im Steigen begriffen ist. Wenn wir nicht große Erfolge oder noch nicht große Erfolge in der Frage des Umschlagsplatzes Graz für den Südost-Fremdenverkehr erzielen konnten, so bestehen doch beachtliche Ansätze in der Zusammenarbeit mit jugoslawischen Fremdenverkehrsstellen auf der einen Seite und mit Fremdenverkehrsstellen aus der Bundesrepublik an anderer Seite und es ist uns zweifellos im erheblichen Maße gelungen, den Tagesfremdenverkehr in dieser Stadt zu heben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie zu den Zeiten jugoslawischer Feiertage Ende November diese Stadt durchwandern oder durchfahren, dann sehen Sie an den Kennzeichen der Kraftfahrzeuge oder hören es an der Aussprache im Alpenlandkaufhaus, wie stark dieser Einkaufstagesfremdenverkehr geworden ist und es ist, glaube ich, nicht unberechtigt, ein wenig auch die wirtschaftliche Bedeutung desselben herauszustellen. Wenn nach durchaus seriösen Schätzungen die Zahl der in Graz einkaufenden Gäste allein aus dem jugoslawischen Raum im Laufe eines Jahres mit 300.000 bis 400.000 angenommen wird und diese 300.000 bis 400.000 doch zweifellos etwa 100, 150, 200 Schilling in dieser Stadt der Wirtschaft in dieser oder jener Form zuführen, so ist es sehr leicht, durch Multiplikation die Bedeutung des Tagesfremdenverkehrs festzustellen. Meine Damen und Herren, was ich damit sagen will ist, daß die völlig verschiedenen landschaftlichen, einrichtungsmäßigen, durch die Umgebung oder Witterung bedingten Vorzüge oder Nachteile auch zu einer völlig differenzierten Fremdenverkehrsförderung in diesem Land zwangsweise führen müssen. Eben weil Sommer- oder Wintererholungsgebiete, Tagesfremdenverkehrsgebiete, Fremdenverkehrsgebiete, die etwa mit Kurwesen in irgendeinem Zusammenhang stehen oder mit speziellen Erholungsarten, mit speziellen Sportarten, weil hier eine differenzierte, durchaus unterschiedliche Förderung und ein durchaus unterschiedlicher Aufbau der Fremdenverkehrswirtschaft notwendig ist.

Ich habe mich mehrmals in diesem Haus — und gerade aus diesen angeführten Gründen — dagegen ausgesprochen, die Segnungen der Fremdenverkehrsförderungsmittel gewissermaßen mit der Gieß-

kanne über die ganze Steiermark gleichmäßig zu verteilen. Noch in all den Jahren hat Landesrat Wegart einiges gegen diese Meinung vorzubringen gehabt. Meine Damen und Herren, es liegt nun eine vom Bundesministerium für Bauten und Technik zusammengestellte Fremdenverkehrsuntersuchung vor, in der ich eine Bestätigung meiner Auffassung sehe. Eine Bestätigung dann, wenn man die prognostizierte Fremdenverkehrsentwicklung für den Sommer- und Winterfremdenverkehr in der Steiermark betrachtet. Ich darf hier feststellen — nur als Beispiel —, daß es nur zwei Gebiete im Bereich der gesamten Steiermark gibt, die für den Wintersport als sehr günstig, aber noch oder erst mit mäßig fortgeschrittener Teilentwicklung ausgewiesen sind. Das ist das Gebiet um Schladming und das ist das Gebiet um die Turracherhöhe. Ich glaube, das zwingt doch, soweit man überhaupt Prognosen, Prüfungen und Überlegungen zur Grundlage von verkehrs- und fremdenverkehrspolitischen Maßnahmen nimmt, dazu, nun jene Räume, die sowohl für den Sommerfremdenverkehr als auch für den Winterfremdenverkehr mit besonderer Gunst ausgestattet sind, zu Schwerpunkten der Förderung zu machen, zu einer differenzierten, aber eben auf die Art des Fremdenverkehrs, auf die spezielle Art des dort möglichen Fremdenverkehrs abgestimmten Förderung. Um diese schwerpunktmäßige Förderung für die Stadt Graz — deren Schwerpunkte eben im Kongreß- und Tagungswesen liegen — im Interesse einer optimalen Ausnutzung der naturgegebenen Chancen möchte ich den Fremdenverkehrsreferenten ersuchen. (Beifall.)

Präsident: Zu Worte kommt der Herr Abg. Doktor Dorfer. Ich erteile ihm das Wort. Der nächste vorgemerkte Redner ist Herr Abg. Gross.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Erstmals ist in einem steirischen Landesbudget, im Budgetentwurf des Landesbudgets 1971, ein Betrag von 1 Million Schilling in der Gruppe 7 für Umstellungsmaßnahmen und praktische Betriebsberatungen in der gewerblichen Wirtschaft vorgesehen. Meine Damen und Herren, über Anregung des Gewerbereferenten der Landesregierung, Landesrat Peltzmann, haben Abgeordnete der Volkspartei, führend der 3. Präsident dieses Hauses Abg. Feldgrill und der Abg. Ing. Fuchs, ein Konzept für die praktische Betriebsberatung ausgearbeitet, weil wir uns darüber im klaren sind, daß diese praktische Betriebsberatung eine der wesentlichsten Maßnahmen im Rahmen einer echten gewerblichen Mittelstandspolitik sein wird. Es ist damit auch eine echte Strukturverbesserung für unsere gewerblichen Mittelbetriebe sichergestellt. Wir wissen, daß steuerliche und nur kreditwirtschaftliche Beratungen für diese gewerblichen Mittel- und Kleinbetriebe nicht genügen. Wir wissen, daß der Kleinbetrieb für verschiedene Sparten nicht über jene Fachleute verfügen kann, sie nicht bezahlen kann, die aber gerade auch in den Kleinbetrieben notwendig wären, für die Betriebsumstellungsmaßnahmen, für Rationalisierungsmaßnahmen, für alle Arten von Kooperation, und hier wieder kön-

nen es nur bestens ausgebildete praktische Betriebsberater sein, die diesen kleinen gewerblichen Betrieben und mittleren gewerblichen Betrieben in allen diesen Fragen an die Hand gehen und den Betriebsinhaber beraten. Sie selbst wieder, diese praktischen Betriebsberater, müssen ständig, vor allem durch das Wirtschaftsförderungsinstitut der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, geschult, ausgebildet und weitergebildet werden. Sie müssen immer wieder Kurse, Schulungen und Seminare besuchen, sie müssen auch ständig Kontakte mit Messen im In- und Ausland haben, so daß diese praktische Betriebsberatung auch in der gesamten Existenz eine echte Wirkung hat. Vor allem aber müssen mit dieser praktischen Betriebsberatung Fehlinvestitionen verhindert werden, die natürlich der Wirtschaft auch echt schaden können. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark wird wesentliche Sachsubventionen für diese praktische Betriebsberatung, vor allem auch Räumlichkeiten und ähnliches mehr zur Verfügung stellen. Gedacht ist, mit etwa 10 praktischen Betriebsberatern im kommenden Jahr bereits zu beginnen und es ist diesem Hohen Hause zu danken, daß es dieser erstmaligen Post 1 Million Schilling für diese praktische Betriebsberatung seine Zustimmung geben wird, weil schon der Finanz-Ausschuß das einstimmig beschlossen hat.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, jetzt noch ganz wenige Worte zum Thema der Lichtspieltheater in der Steiermark zu sagen. Die Lichtspieltheater gehören bekanntlich auch zur Gruppe der Fremdenverkehrsbetriebe, sie sind auch in der Handelskammer in der Sektion Fremdenverkehr eingegliedert. Es ist Ihnen allen nicht unbekannt, daß die Kinos heutzutage durchaus nicht lukrative Unternehmen sind, das war noch vor 20 Jahren der Fall, sie sind heute wirtschaftlich in einer äußerst schwierigen Situation. In der Steiermark allein wurden in den vergangenen Jahren bereits 80 Kinos geschlossen. Ich würde aber meinen und hoffe Ihre Zustimmung zu finden, daß die Erhaltung eines gewissen Mindestmaßes an Kinos durchaus im öffentlichen Interesse gelegen ist. In einigen Marktgemeinden und kleinen Stadtgemeinden unseres Landes wurden Kinos schon gesperrt. Dort, wo in unmittelbarer Umgebung überhaupt kein Kino vorhanden ist, bedauert man dies zutiefst. Damit heute ein Kino noch etwas abwirft, ist ein bestimmter Mindestumsatz erforderlich, und vor allem ist praktisch bei uns schon überall erforderlich, daß dieses Kino als Familienbetrieb geführt wird, weil die eigene Arbeitskraft des Unternehmers wie überall gerade bei den Klein- und Mittelbetrieben insofern nicht gerechnet wird, als sie eine Unzahl von Überstunden leistet, die keine Steuerbegünstigung haben. Dadurch schaut zumindest noch der Lebensunterhalt für den Betriebsinhaber heraus. Die Kinos, die anders geführt werden, sind defizitär. Meine Damen und Herren gerade auch von der sozialistischen Fraktion, Sie wissen besser als ich, daß Kinos wie die Stadtkinos in Zeltweg, Bruck an der Mur und in Judenburg alle defizitär sind und nur mit beachtlichen Zuschüssen der zuständigen Gemeinde überhaupt existieren können.

Meine Bitte an das Hohe Haus wäre daher in diesem Zusammenhang, daß man einer Richtlinie Folge leistet, die die Vertreter der Kinos für ganz Österreich ausgearbeitet haben, nämlich dahingehend, daß den Gemeinden empfohlen wird, daß alle jene Kinos, die einen Jahresbruttoumsatz von 700.000 S nicht erreichen, von der Lustbarkeitsabgabe seitens der Gemeinde befreit werden. Ich darf berichten, daß etwa die Stadtgemeinde Linz/Donau oder die Stadt Salzburg diese Richtlinie bereits in ihrem Bereich verwirklicht haben, und ich darf daher hoffen, daß diese Maßnahme auch in der Steiermark zum Tragen kommt.

Nun, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, noch einige Überlegungen zum Thema Fremdenverkehr.

Es ist hinlänglich bekannt, daß unsere österreichische Volkswirtschaft eine kleine, sehr außenhandelsorientierte Volkswirtschaft ist. Wenn eine Volkswirtschaft klein und außenhandelsorientiert ist und dazu noch erfahrungsgemäß immer mit einem ganz beachtlichen Handelsbilanzpassivum abschließt, dann müssen wir die Bedeutung des Fremdenverkehrs erkennen, wenn wir wissen, daß unsere Zahlungsbilanz nur dadurch echt aktiv sein kann, weil es immer wieder der Fremdenverkehr ist, der dieses Handelsbilanzpassivum in der Gesamtwirtschaftsbilanz gegenüber dem Ausland nicht nur ausgleicht, sondern sogar diese Zahlungsbilanz aktiv werden läßt. Das ist die Bedeutung und das bleibt die Bedeutung des Fremdenverkehrs für unsere kleine und außenhandelsorientierte Volkswirtschaft. 35% der gesamten Warenausfuhr ergibt gleich viel, wie der Fremdenverkehr für unser Land an Devisen bringt. Die Zukunft des Fremdenverkehrs ist im allgemeinen, wenn nicht innerwirtschaftliche Hemmnisse entgegenstehen, sicherlich eine gute, weil ein immer höherer Lebensstandard in einer Wohlstandsgesellschaft, das immer hektischere Leben, immer mehr Freizeit, der Trend zu Winter- und Sommerurlaub, die Verstärkung des Lebens überhaupt letzten Endes dazu angetan sind, an und für sich die Voraussetzungen für den Fremdenverkehr zu schaffen. Wenn nun das alles für eine Fremdenverkehrsförderung spricht, dann müssen wir uns der großen Verantwortung bewußt sein, die der Fremdenverkehr für unsere Wirtschaft darstellt. Es ist vor allem aber bei uns auch wichtig, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit im Fremdenverkehr erhalten bleibt, weil der Ausländerfremdenverkehr der Devisenbringer für unsere Wirtschaft ist. Es ist für die Steiermark höchst erfreulich, daß es unserem Landesfremdenverkehrsreferenten, Landesrat Wegart, gelungen ist, den Betrag von 7 Millionen Schilling Fremdenverkehrsförderung im Landesbudget 1962 auf einen Betrag von fast 67 Millionen Schilling im Budget 1971 zu erhöhen, das ist eine Steigerung, die ein Mehrfaches gegenüber der Steigerung des gesamten Landesbudgets beträgt. Die Wirkung dieser Maßnahmen, selbstverständlich bedingt auch durch andere positive Leistungen der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft, ist jedenfalls, daß wir 1970 erstmals die 7 Millionen gemeldete Nächtigungsgrenze überschreiten werden. Wir haben leider

auch viele Nachteile in unserer Fremdenverkehrswirtschaft, die diese Sparte der Wirtschaft in einem Maße belasten, daß es oft an die Grenze der Leistungs- bzw. internationalen Konkurrenzfähigkeit herankommt. Ich habe vor einigen Stunden mir von einem Kollegen der sozialistischen Fraktion zuzuhören lassen, man müßte eben an vernünftigeren Preisen arbeiten und die Fremdenverkehrswirtschaft auffordern, günstigere Preise zu machen. Ich darf berichten, daß etwa im offiziellen Schweizer Hotelführer für die Wintersaison 1970/71 die Nächtigungspreise um 20 bis 25 % höher sein werden als ein Jahr zuvor, und es gibt verschiedene spezielle Hotels, wo diese Preissteigerung bis zu 50 % beträgt.

Die Begründung liegt auf verschiedenster Ebene. Bei uns hat sich sicherlich auch die Arbeitszeitverkürzung, die im Fremdenverkehr ab 1. Oktober d. J. eingeführt wurde, so ausgewirkt, daß hier ein gewisses Spannungsverhältnis in der Preisentwicklung entstanden ist. Alles läßt sich durch Rationalisierung klarerweise nicht wettmachen. Das hat ja auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian festgestellt, wenn er sagt, die Personalvermehrung in den Krankenhäusern ist zum Teil durch die Arbeitszeitverkürzung bedingt, was durchaus verständlich ist, dazu ist überhaupt nichts zu sagen; aber auch in der Fremdenverkehrswirtschaft ist die Rationalisierung nicht nur der Weisheit letzter Schluß. Das Ergebnis dieser angespannten Arbeitsmarktsituation kann sein entweder eine Reduzierung der Dienstleistungen — nun ist klar, daß sich eine Reduzierung der Dienstleistungen immer gegen eine positive Entwicklung des Fremdenverkehrs auswirkt —, ein weiteres Ergebnis kann sein, daß mehr Überstunden gemacht werden, aber hier gibt es auch einen gesetzlichen wie einen praktischen Plafond, und das Ergebnis wird natürlich trotz allem eine vermehrte und immer noch gesteigerte Rationalisierung der Betriebe sein müssen.

Darüber ist man sich völlig im klaren. Die Fremdenverkehrsatmosphäre in unserem Lande, weil sie entscheidend für unsere Fremdenverkehrswirtschaft ist, muß erhalten bleiben. Zu viele Rationalisierungsmaßnahmen in der Bedienung, also arbeitssparende Maßnahmen, führen sicher nicht zu dem, was unserem Fremdenverkehr in irgendeiner Form nützen kann. Ich darf darauf verweisen, daß etwa in der Schweiz man dabei ist und zum Teil schon eingeführt hat, das sogenannte Wegwerfgeschirr, weil es billiger kommt das Geschirr, natürlich höchst billiges Geschirr, wegzuwerfen, anstatt es waschen zu müssen, weil das Personal dazu fehlt. Oder in Dänemark sind zur Zeit 600 Restaurantkonzessionen offen und die Restaurants sind ja höchst arbeitsintensive Betriebe. In Dänemark arbeitet man zur Zeit an einem Fremdenverkehrsnotplan, der so weit geht, daß sonntags alle Lokale, alle Fremdenverkehrslokale geschlossen sein werden, daß es nur ganz kleine Speisekarten gibt, also kurz und gut alles Dinge, die ein echtes Wachsen des Fremdenverkehrs, wie wir es uns vorstellen, eigentlich unmöglich machen. In den Niederlanden gibt es schon großartige Kooperationen, vor allem zur verkehrs- und wirtschaftlichen Kapitalsituation der Betriebe.

Aber das alles sind Dinge, die sich bei uns nicht einführen lassen. Oder das englische Selbstbedienungsrestaurant ist natürlich auch etwas, was wir nicht auf breiter Basis einführen wollen, weil sich zeigt, daß der Massentourismus der Vergangenheit immer mehr einem Individualtourismus weicht. Der Individualtourismus ist durchaus der lukrativere, er läßt sich aber nicht mit arbeitsparenden Maßnahmen machen, die zu weit gehen.

Meine Damen und Herren, seitens etwa der Kammer der gewerblichen Wirtschaft wird immer wieder auch an die Wirte appelliert, und auch der Landesfremdenverkehrsreferent der Landesregierung tut es ständig, daß Preistreue gehalten werden soll, daß Preisübersicht gehalten werden soll. Aber Dinge wie der Personalmangel, den ich angeführt habe, oder das rasche Ansteigen des Baukostenindex, der erhöhte Kapitalbedarf, investiert werden, rationalisiert werden, muß logischerweise zu einer Spannung im Preisgefüge und damit zu gewissen Preiserhöhungen führen. Ich bin persönlich sogar der Meinung, ein Preistreibereigesetz soll es geben und ist in Ordnung. Eine Preistreiberei soll durchaus auch strafbar sein, aber, meine Damen und Herren, die Preistreiberei kann nur dann strafbar sein, wenn eine Preissteigerung stattgefunden hat, die eindeutig nicht auf eine echte Kostensteigerung im weiteren Sinn, ob Lohn- oder andere Kosten, zurückzuführen ist. Dann ja, aber eine Novelle zum Preistreibereigesetz, das natürlich auch für die Wirte gelten würde, in der Form Wirklichkeit werden lassen zu wollen, daß jede geringfügige Preissteigerung strafbar wäre, ist natürlich nur dazu angetan, mit Recht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß man in der gesamten Preisfrage den Schwarzen Peter diesmal den selbständigen Wirtschaftstreibenden zuspielen will. Das ist völlig klar, daß in einer Spätphase der Hochkonjunktur die Preise steigen, das wird niemand bestreiten, es muß aber auch gesagt werden, daß die Regierung viel zu wenig tut, um diese Preissituation zu dämpfen. Ein Preisdirigismus wäre das Schlimmste, was unserer Wirtschaft bevorstehen könnte. Wenn uns auch, meine Damen und Herren, der Innenminister beschwichtigt und sagt, es wird nicht so arg sein, man wird es nicht so genau handhaben. Ja wozu dann überhaupt diese gewollte Novelle zum Preistreibereigesetz, wenn man sie ohnedies nicht handhabt? Also offenbar nur ein parteipolitischer Trick, um die Schuld für Preissteigerungen der Wirtschaft letzten Endes geben zu können. Die flankierenden Maßnahmen der Bundesregierung, um die Preislage zu dämpfen, sind ja gerade nicht äußerst überzeugend, sie werden eine kleine, aber sehr unbedeutende Wirksamkeit haben, denn ob Pferdefleisch etwa einen höheren oder geringeren Zoll hat, ist, glaube ich, in unserer Preisentwicklung nicht sehr entscheidend. Etwas vom Entscheidendsten ist sicher, daß auch vom Bundesbudget 1971, das das höchste Defizitbudget ist, inflationäre Wirkungen ausgehen und entscheidend, oder vielleicht noch entscheidender ist, daß bisher die Sozialistische Partei an einem flexiblen Ausländerbeschäftigungsgesetz nicht interessiert war. Es ist uns dabei völlig und auch der Fremdenverkehrswirtschaft klar, daß ein Wachstum der Frem-

denverkehrswirtschaft nur mit einem solchen flexiblen Ausländerbeschäftigungsgesetz ermöglicht wird und daß natürlich soziale Rücksichten auf den inländischen Arbeitnehmer genommen werden müssen. Ich darf erwähnen, daß der Wirt und die Wirtin es sind, die beachtliche Überstunden leisten und eine Errechnung im Rahmen des Mikrozensus hat ergeben, daß die selbständigen Wirtschaftstreibenden im Fremdenverkehr eine 57,5-Stunden-Woche haben. Sie sind damit an zweiter Stelle hinter den Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft. Und ich darf wieder betonen, hier gibt es keine steuerfreien Überstunden und sie helfen damit wesentlich mit, daß die Preisentwicklung gerade auch auf dem Fremdenverkehrssektor noch in einem vernünftigen Rahmen gehalten wird. Im übrigen sind es der Wirt und die Wirtin sehr wesentlich auch, die gerade unsere heimische Atmosphäre in unseren Fremdenverkehrsbetrieben erhalten. Eine größere Beweglichkeit bei der Änderung der Gästewünsche ist selbstverständlich auch in erster Linie bei den Klein- und Mittelbetrieben gegeben, wie überhaupt die Struktur unserer Fremdenverkehrsbetriebe eine Struktur von Klein- und Mittelbetrieben ist, ja so weit geht, daß 65 % unserer Fremdenverkehrsbetriebe Betriebe ohne Arbeitnehmer sind.

Es wurde vor Wochen ein Fremdenverkehrskonzept des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie ausgesandt und man kann zu diesem Konzept des Handelsministers Staribacher sagen, daß es im wesentlichen ein durchaus gutes Konzept für den Fremdenverkehr ist. Es beinhaltet im wesentlichen nichts anderes als die Vorstellungen der Bundessektion Fremdenverkehr im Laufe der vergangenen Jahre über die weitere Fremdenverkehrsentwicklung. Es hat aber einen Schönheitsfehler, es soll auch hier wieder ein Fremdenverkehrsbeirat im Handelsministerium eingerichtet werden mit vom Minister ernannten Mitgliedern. Nun, wir kennen diese Beirätewirtschaft, sie sind sicher eine Gefahr, weil letzten Endes es ja die gesetzliche Interessenvertretung sein muß, das ist in diesem Fall die Kammer der gewerblichen Wirtschaft, die den Minister in Fremdenverkehrsfragen zu beraten hat. Für unser Land, für die Steiermark, kann nur gesagt werden, daß wir ständig und immer mehr begünstigte Kredite und Zinszuschüsse fordern müssen, weil die Verschuldung unserer Fremdenverkehrswirtschaft ganz beachtliche Formen angenommen hat. Sie ist seit 1960 um 687 % gewachsen. Das ist eine Verschuldung, wie wir sie in keiner anderen Sparte unserer Wirtschaft haben. Diesem Zustand kann man nur abhelfen, indem man die Kredite billiger macht und indem man die Kredite vor allem langfristiger macht, weil klar ist, daß eine Eigenkapitalbildung durch unsere Steuerbelastung praktisch kaum möglich ist, zumindest nie in einem Ausmaß möglich ist, daß Investitionen mit wesentlichem Eigenkapital noch möglich sind.

Meine Damen und Herren, wesentlich für die Entwicklung unseres steirischen Fremdenverkehrs wird auch sein, die Förderung aller Einrichtungen der Infrastruktur. Es wurden beste Wege auf diesem Sektor begonnen und ich darf den zuständigen Referenten der Landesregierung bitten, diese Wege

weiterzugehen und ich darf das Hohe Haus bitten, immer mehr Mittel für diesen Zweck zu genehmigen. Für den Bau von Hallenbädern, für den Bau von Schwimmbädern, für die Errichtung künstlicher Badeseen, für Kanalisations- und Wasserversorgungsanlagen, wenn es auch in ein anderes Kapitel dieses Budgets gehört, aber jedenfalls diese Infrastrukturmaßnahmen sind es ganz wesentlich, mit denen der Fremdenverkehr gefördert wird. Ich bin mir darüber im klaren, daß auch Kooperationen des Fremdenverkehrs selbst notwendig sind. Kooperationen von Betrieben durch gemeinsame Warenbeschaffung, durch gemeinsamen Einkauf, durch gemeinsamen Transport, durch gemeinsame Marktforschung, ständiger Erfahrungsaustausch unter den Gastwirten selbst, gemeinsame Werbung in jeder Richtung und vor allem auch schiene mir wesentlich, daß die Fremdenverkehrsvereine oder Fremdenverkehrsgemeinden hauptamtliche Geschäftsführer zur Fremdenverkehrsförderung anstellen.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich nur noch darauf hinweisen, daß uns so oder so im Laufe der nächsten Jahre die Mehrwertsteuer vor der Tür steht bzw. diese Mehrwertsteuer in Österreich eingeführt werden wird. Es muß hier seitens der Fremdenverkehrswirtschaft die Forderung erhoben werden, daß bei dieser Steuer, die als gerechte Einphasen-Nettoumsatzsteuer sicher notwendig ist, für die Dienstleistungsbetriebe, vor allem für den Fremdenverkehr, bei uns ein Ausnahmesatz gemacht wird. In den westeuropäischen Ländern gibt es nur die Deutsche Bundesrepublik und Dänemark, wo dieser Ausnahmesatz nicht gemacht wurde. Es ist klar, daß die Bedeutung des Fremdenverkehrs in diesen beiden Ländern eine geringfügigere ist als bei uns. In allen anderen westeuropäischen Ländern wurde bei Einführung der Mehrwertsteuer ein Ausnahmesatz für den Fremdenverkehr gemacht. Meine Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, mitzuhelfen und alles zu tun, damit unser Fremdenverkehr Wachstumsmöglichkeiten erhält, denn was wir am Fremdenverkehr haben, das würden wir erst sehen, wenn wir ihn einmal nicht mehr hätten. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Ileschitz: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gross zu Wort gemeldet. Nach ihm spricht Abg. Pichler.

Abg. Gross:

Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde mich infolge der vorgeschrittenen Zeit nur sehr kurz mit den Fragen der Um- und Nachschulung beschäftigen, die ja in unserer Wirtschaft heute eine bedeutende Rolle spielen, aber vor allem, durch die strukturelle Situation ausgelöst, hier bei uns in der Steiermark. Wenn wir den Schätzungen von Wirtschaftsfachleuten Glauben schenken, dann müssen wir damit rechnen, daß wir in den nächsten Jahren in unserem Bundesland zirka 25.000 bis 30.000 Personen umschulen müssen. Wir müssen sie fachlich besser qualifizieren, wir müssen neue Arbeitskräfte heranbilden. Es gibt auf diesem Gebiet in der Steiermark zwei Institute, die sich schon seit Jahren mit dieser Um- und Nachschulung be-

schäftigen, das sind das Wirtschaftsförderungsinstitut und das Berufsförderungsinstitut. Die Tätigkeit beider Institute wird durch die Steiermärkische Landesregierung gefördert.

Ich bin aber der Meinung, daß das, was bisher auf diesem Sektor geschehen ist, zuwenig ist. Es müßte auf diesem Gebiet zu einer viel stärkeren Konzentration oder Kooperation nicht nur zwischen dem Wirtschaftsförderungsinstitut und dem Berufsförderungsinstitut, sondern auch mit der Arbeitsmarktverwaltung kommen. Wir müssen Hand in Hand gehen, wenn wir diese Fragen ernstlich betrachten und wir müssen gleichzeitig die Strukturforchung sowie die Strukturanalyse so forcieren, daß wir annähernd abschätzen können, welchen Arbeitskräftebedarf wir haben und in welcher Sparte dieser Bedarf auch entstehen wird. Ich gebe hier offen zu, daß uns hier in der letzten Zeit ein Gesetz sehr zugute gekommen ist. Es ist das Arbeitsmarktförderungsgesetz, jenes Arbeitsmarktförderungsgesetz, das sich nun bereits auch in der Steiermark sehr positiv auszuwirken beginnt. Ich darf Ihnen hier nur eine Zahl sagen. Im Jahre 1969, wo dieses Gesetz anscheinend nicht publik war, hat es 2000 Personen gegeben, die an Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung teilgenommen haben. Im Jahre 1970 werden es bereits über 10.000 sein. Und wir haben im Jahre 1969 dafür einen Betrag von 2,8 Millionen in der Steiermark ausgegeben, im Jahr 1970 wird es ein Betrag von 11 Millionen Schilling sein. Die Bundesmittel, die diesem Arbeitsmarktförderungsgesetz zugrunde liegen, werden im nächsten Jahr ebenfalls beträchtlich erhöht. Das stelle ich hier sehr positiv fest, nämlich von 180 Millionen Schilling auf 220 Millionen Schilling. Ich glaube, daß diese Subventionen des Bundes, verstärkt mit den Mitteln des Landes Steiermark, uns in die Lage versetzen werden, die Umschulungs- und Nachschulungsmaßnahmen stärker als bisher zu forcieren. Wir sollen eines nicht übersehen: Für unser Bundesland ist das eine lebensnotwendige Frage, wichtiger als in allen anderen Bundesländern. Das zeigt sich heute sehr deutlich, wenn Sie eine Statistik zur Hand nehmen, zum Beispiel eine Einkommensstatistik. In dieser Einkommensstatistik finden Sie die Steiermark am unteren Ende der Tabelle. Wenn Sie die Gebietskrankenkasse hernehmen, dann finden Sie sie sogar an vorletzter Stelle, und hinter uns folgt nur mehr das Burgenland.

Aber, meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Struktur unseres Bundeslandes ist ja hier allgemein bekannt, und ich glaube, es gibt niemand, der nicht der Meinung ist, daß wir auf dem Sektor der Um- und Nachschulung noch mehr tun müssen als bisher. Wir tun es für die Menschen dieses Landes, wir tun es für die Wirtschaft.

Ich möchte hier noch etwas sagen. Ich habe bei den Worten des Herrn Abgeordneten Fuchs eine Zwischenbemerkung gemacht, und ich möchte hier feststellen, daß sich diese Zwischenbemerkung nicht auf seine Darstellung der Sachlage von seiner Warte aus bezogen hat, sondern einzig und allein auf seine Schlußfolgerung, die mehr oder minder be-

sagt, daß eine Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Schweden indirekt mit einem Ankauf von Lokomotiven in Zusammenhang gebracht wird. (Abg. Heidinger: „Unwahrscheinlich!“)

Herr Abgeordneter Fuchs, ich habe das von Ihnen nicht erwartet, ich halte das in höchstem Maße für unfair, das so darzustellen. (Abg. Fuchs: „Ich habe nicht gesagt daß das zusammenhängt! Ich habe gesagt, nach seinem Aufenthalt in Schweden!“ — Abg. Heidinger: „Wir kennen die Formulierungen!“)

Aber, meine Damen und Herren, ich bin damit schon am Ende. Sie sagen, Sie haben es nicht so gemeint, ich habe es so aufgefaßt. Aber der Herr Dr. Dorfer hat sich hier mit der Frage der Preispolitik in unserem Land auseinandergesetzt, die ich doch anzweifeln möchte. Vor allem möchte ich dem Herrn Dr. Dorfer sagen, er möge doch nicht glauben, daß die Kollegen auf der linken Seite oder, wenn Sie konkret wollen, wir Gewerkschafter volkswirtschaftliche Analphabeten sind. (Abg. Dr. Dorfer: „Das habe ich nicht gesagt!“) Das haben Sie nicht gesagt. Wir wissen genau, daß wir in Zeiten der Konjunktur einen entsprechenden Preisauftrieb zur Kenntnis nehmen müssen. Aber, Herr Dr. Dorfer, man soll nicht mit Halbwahrheiten arbeiten. Sie zitieren hier das Preistreibereigesetz und das Preisregelungsgesetz und bringen es auf die Ebene des Kleinen, das kann man doch einfach nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Ich nehme an, daß Ihnen die bisherige Fassung des Preistreibereigesetzes bekannt ist (Landesrat Peltzmann: „Wir haben es da!“), und sie erscheint uns vollkommen ungenügend, weil sie uns nur die Möglichkeit zum Einschreiten gibt, wenn der ortsübliche Preis überschritten wird. (Landesrat Peltzmann: „Aber das stimmt nicht!“) Wir haben nicht die Absicht, daß wir wegen ein paar Schillingen oder ein paar Groschen, wie Sie es dargestellt haben, Menschen verurteilen. (Landesrat Peltzmann: „Herr Abgeordneter Gross, das stimmt ja nicht. Ich habe es da, das Preistreibereigesetz, die Preise sind im Gesetz nicht drinnen, sondern das ist ein Erkenntnis der Gerichtshöfe!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ja wurst, völlig gleichgültig in der Anwendung!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist aber nicht wurst!“) Ich möchte Ihnen nur sagen, ich kenne dieses Gesetz sehr genau. Herr Dr. Dorfer, vielleicht darf ich dazu nur eines sagen. Auch bei den flankierenden Maßnahmen haben Sie sich die Dinge sehr leicht gemacht. Sie zitieren hier das Pferdefleisch. Ich bin in der Lage, Ihnen ein paar Seiten zu geben, ich habe sie in meiner Tasche, bitte, lesen Sie nach, welche Waren noch unter diese flankierenden Maßnahmen der Bundesregierung fallen. Es gäbe ja wahrscheinlich zu diesen Dingen auch noch vieles zu sagen. Sie wissen, daß wir uns sehr bemühen, diese Dinge in Ordnung zu bringen. Ich darf Ihnen nur noch sagen: Sie werden wahrscheinlich Schwierigkeiten in Ihrer eigenen Partei bekommen (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nicht leicht!“), denn dieses Gesetz, das Sie hier abgelehnt haben, Preistreibereigesetz, Preisregelungsgesetz, ist von den Institutionen der Arbeiterkammer und des ÖGB einstimmig beschlossen worden, und auch Ihre Kollegen haben mitgestimmt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Pichler das Wort.

Abg. Pichler:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Es geht um die Österreichischen Bundesbahnen und es geht natürlich auch um einen sehr namhaften Betrieb in der Steiermark. Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, hätte nicht Herr Abg. Kollege Fuchs einige Ausführungen getätigt, die berichtigt werden müssen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt, kollegialerweise, um Ihre Aufmerksamkeit und um Ihre Fairneß. Ich werde in keiner Weise polemisch sein, sondern Ihnen das so sagen, wie die Dinge wirklich liegen. Deshalb so sagen wie die Dinge wirklich liegen, weil es mir um diese Probleme viel zu ernst ist. Sie haben es genauso in Erinnerung wie wir selbst, wie lange die Österreichischen Bundesbahnen zum politischen Spielball benützt worden sind. Seit einigen Jahren, meine Damen und Herren, sind die Österreichischen Bundesbahnen ein eigener Wirtschaftskörper. Dieser eigene Wirtschaftskörper bemüht sich redlich, die Österreichischen Bundesbahnen auf eine Basis zu stellen, die sich wirtschaftlicher gestaltet und die Österreichischen Bundesbahnen eine andere Gebahrung präsentieren können. Das kommt auch bereits in diesem Jahr aller Voraussicht zum Ausdruck, daß um etwa 900 bis 960 Millionen Schilling mehr an Einnahmen sein werden, als letzten Endes im Bundesfinanzgesetz 1970 im Voranschlag gewesen sind. Wenn also die Österreichischen Bundesbahnen ein eigener Wirtschaftskörper sind und für sie das sogenannte Eisenbahngesetz nunmehr maßgebend ist, so können Sie im § 11 dieses Gesetzes sehr deutlich nachlesen, daß der zuständige Ressortminister im konkreten Fall, vormals Minister Weihs, jetzt Minister Frühbauer, gegenüber den Österreichischen Bundesbahnen überhaupt kein Weisungsrecht besitzt, sondern daß hier einzig und allein jede einzelne Entscheidung der Österreichischen Bundesbahnen dem Vorstand und dem Verwaltungsrat anheimgestellt wird. Wir wissen, in der ÖVP-Alleinregierung war der Herr Generaldirektor Doktor Kalz der Chef der Österreichischen Bundesbahnen, es war kein Sozialist der Vorsitzende des Verwaltungsrates und das war der zuständige Bundesminister Herr Dipl.-Ing. Dr. Weihs. Und derzeit nach wie vor Dr. Karl Kalz als Generaldirektor, Vorsitzender des Verwaltungsrates, kein Sozialist und Bundesminister, ein Sozialist, ein ehemaliger Vertrauensmann, ein Werkstätter, ein Fachmann des Maschinendienstes. Es wäre ganz selbstverständlich von einem Abgeordneten wie von mir, von Haus aus zu erwarten, würde das, was Sie sagen Herr Kollege Fuchs, zutreffen, daß ich mich auch in meinem Klub damit befasse mit einem ähnlichen Antrag, ja und selbstverständlich auch mit einer persönlichen Intervention und mit Unterstützung meines Klubs beim Minister vorstellig sein werde. (Abg. Dr. Dorfer: „Sehr freundlich!“) Dem ist es nicht, ich danke vielmals für diese Feststellung, ich könnte derlei Dinge mehrere aufzählen, denn zu der Zeit, wo wir nämlich um die Existenz dieser Betriebe in der Steiermark ge-

kämpft haben, haben Sie wahrscheinlich noch sehr wenig Augenmerk auf die bestehenden ÖBB-Betriebe, namentlich in Knittelfeld an die Hauptwerkstätte, gedacht. Das möchte ich rein sachlich feststellen, weil Sie wahrscheinlich damit nicht befaßt worden sind, aber ich bin seit 1949 sehr intensiv damit befaßt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Präsident Koller hat über die ÖBB-Werkstätten in Fehring eine lange Abhandlung gehalten und dann haben Sie darüber gesprochen. Wir reden halt über die ganzen Bahnen!“) Ich spreche ausdrücklich von der Hauptwerkstätte Knittelfeld, Herr Kollege. Ja, aber der Herr Koller ist ja heute Nationalrat und nicht mehr da und er hat den Zwischenruf nicht getätigt. Ich habe dem Kollegen Dr. Dorfer geantwortet und nicht dem Herrn Kollegen Koller. (Abg. Pölzl: „Der hat so in seinem Betrieb genug zu tun!“)

Aber nun, meine Damen und Herren, wie sind die Dinge wirklich? Es geht ja nicht nur um diese E-Lok, es geht ja um noch viel mehr und Herr Kollege Fuchs, ich werde Ihnen ein sehr reiches Betätigungsfeld vorschlagen und ich würde Sie bitten, in dieser Richtung dann auch mitzutun, weil wir sind nämlich drum und dran (Abg. Pölzl: „Er hat hier gesagt 2^{1/2} Milliarden Schilling. Sie leisten damit der österreichischen Arbeiterschaft keinen guten Dienst!“) Herr Kollege Pölzl, ich bitte Sie sehr um Ihre Aufmerksamkeit, ich bin sehr gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren. Im Augenblick ist die Situation bei den Österreichischen Bundesbahnen so, daß sie mit den Fahrbetriebsmitteln, namentlich Triebfahrzeuge, äußerst mangelhaft versorgt sind. Die Gründe hier aufzuzählen würde viel zu weit führen, sie sind in der finanziellen Gestaltung in der letzten Zeit, in den letzten Jahren begründet. Sie kennen das so wie ich. Wir haben etwa eine Anzahl der 1042-Baureihe von 150 Stück. Das ist unsere Spitzenlok in Österreich, mit denen wir sowohl die Schnellfahrstrecken bewältigen müssen, aber selbstverständlich auch alle Bergstrecken. Hier handelt es sich um den Tauern, hier handelt es sich um den Arlberg und hier handelt es sich um den Semmering. Diese 1042-Lokomotiven sind weitgehendst abgenützt, diese 1042 laufen täglich, es kann absolut von keinem Stillstand gesprochen werden, sie sind intensivst ausgenützt, es würde so mancher Betrieb glücklich sein, würde er seine Maschinen so einsetzen können wie die überdimensional eingesetzt sind. Nun, meine Damen und Herren, mit diesen 150 Stück 1042 ist das Auslangen nicht zu finden. Die ÖBB betreiben heute noch etwa 400 Stück Dampflokomotiven. Dampflokomotiven ältesten Typs, die man versucht, durch E-Loks und durch Dieselloks zu ersetzen. Die Erhaltung dieser Dampflokomotiven, meine Damen und Herren, hat die Hauptwerkstätte Knittelfeld und ist ein wesentlicher Teil der augenblicklich vorhandenen Existenzen, ja ein wesentlicher Teil an Beschäftigungsmöglichkeiten für die Leute, die dort beschäftigt sind. Diese Dampflokomotiven werden sehr bald auslaufen, um so mehr, als selbstverständlich nach wie vor in Diskussion liegt, welche Nebenbahnen wird man eines Tages zusperrern müssen und welche wird man aufrechterhalten können. Darüber hat man sich in der ÖVP-Alleinregierung nicht einigen können, darüber gibt es heute noch die

größten Diskussionen. Es hat sich der seinerzeitige Bundesminister Weihs genauso persönlich zur Personalvertretung und zur Gewerkschaft begeben, um sich dort zu beraten, und Gott sei Dank ist dort eine verhältnismäßig gute Zusammenarbeit vor sich gegangen und hat auch der Kontakt gegenüber der Generaldirektion selbst in einem sehr guten Maße bestanden. So wird es auch heute getan. Diese Dampflokomotiven abzulösen ist nur möglich, wenn die Österreichischen Bundesbahnen in der Lage sind, eine entsprechende Investition durchzuführen.

Und nun kommen wir konkret zur Investition. Die Investitionen, meine Damen und Herren, nicht nur auf dem Betriebsfahrzeugsektor, aber das hat der Herr Kollege Fuchs heute angezogen und dazu möchte ich konkret Stellung nehmen. Woher sollen wir eine Lokomotive bekommen, die in der Lage ist, uns auf den Gebirgsstrecken jene Leistungen zu erbringen, die wir brauchen. Verwenden wir dazu bitte unsere 1042 in vollem Maße, dann werden wir die Schnellbahnstrecken, die Sie, Herr Kollege Fuchs, zitiert haben, sehr bald nicht mehr entsprechend befahren können, weil wir diese Lokomotiven auf diesen Gebirgsstrecken total demolieren. Daher die Überlegung, welchen Weg gehen wir, wo gibt es eine ähnliche Lokomotive, welche könnte erprobt werden. Man hat sich also sehr wohl hier Verwaltungsrat, hier Vorstand der ÖBB und hier Bundesminister ausführlich beraten. Und hier wurde übereingekommen, und auf Beschluß, meine Damen und Herren, des Vorstandes, autonom in seinem Beschluß, auf Beschluß des Verwaltungsrates, autonom in seinem Beschlußrecht, vier solche Lokomotiven einmal als Prototypen anzukaufen und im selben Maß, und hier bitte ich sehr genau aufzupassen und ich bitte denjenigen Abgeordneten, oder diejenige Frau Abgeordnete, die daran zweifeln, sich darnach zu erkundigen. Hier hat der Bundesminister Frühbauer sowohl beim Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen als auch beim Verwaltungsrat seine volle Energie einsetzen müssen, um eine Zustimmung oder Übereinstimmung herbeizuführen, daß gleichzeitig zwei solche Lokomotiven in Österreich von der österreichischen Industrie gebaut werden sollen. Wenn es also gelingt, mit diesen Lokomotiven eine gute Erfahrung zu machen, wo man also heute schon Werte kennt und weiß, man kann damit die 1042 weitgehendst schonen, weil diese Schwedenlok ein 30 % stärkeres und besseres Anfahrvermögen und Leistungsvermögen (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: 24 %!), 30 % ganz genau, aber, bitte schön, wir können uns das ja teilen und werden uns trotzdem nicht streiten, eben auf der Gebirgsstrecke haben.

Dann werden wir der österreichischen Wirtschaft damit eine sehr schöne Auftragslage besorgen können. Nicht mehr und nicht weniger wurde gesprochen. (Abg. Pözl: „Der Abg. Fuchs hat ja über 300 Lokomotiven gesprochen!“) Die vier Stück können nur in Schweden bestellt werden, weil uns andere Gebirgslokomotiven mit Erfahrungen nicht zur Verfügung stehen. (Abg. Pözl: „Schweden ist sehr gebirgig!“) Wenn ich Ihnen sage, Kollege Pözl, bitte bleiben Sie einen Augenblick sachlich, daß es gilt 400 Dampflokomotiven abzulösen, wo

etwa 1½ Dampflokomotiven durch eine E-Lok heute ersetzt werden, dann können Sie sich sehr leicht errechnen, welche Anzahl eines Tages der österreichischen Industrie in Auftrag gegeben werden muß.

Nunmehr wird es sehr zweckmäßig sein, diesen Weg doch zu beschreiten, damit es uns nicht so geht wie mit den Diesellokomotiven. Und jetzt sage ich Ihnen etwas vom steirischen Betrieb. Die Hauptwerkstätte Knittelfeld ist die letzte Dampfwerkstätte von Österreich. Hier geht es darum: Werden wir in Österreich jene Diesellokomotiven anfertigen lassen können, die wir brauchen und diesem Werk zur Erhaltung geben, oder werden wir gezwungen sein, den Bestrebungen des heutigen Maschinendirektors Dipl.-Ing. Hofrat Buschek zu folgen, ebenfalls bessere, aber auch teurere Loks, nämlich die Heschl, vom Ausland zu kaufen? Einvernehmlich mit der Personalvertretung ist man an den Herrn Generaldirektor der Jenbacherwerke und all diese Fachleute in Österreich herangetreten und hat ihnen gesagt: Meine Herren, bitte trachten Sie, daß Sie die Kinderkrankheiten dieser Dieselloks, konkret der Dieselmotoren, weniger des Getriebes, beseitigen können, damit wir nicht solche Riesenausfälle haben, und trachten Sie, daß es Ihnen gelingt, das entsprechende Ausmaß an Ersatzteilen herbeizubringen. Wir haben auf den einzelnen Typen 2060, 2062, 2065, 2067, 2041, 2043 — das sind lauter Loktypen — derartige Ausfälle die längste Zeit hindurch, diese Loks stehen buchstäblich still, weil derart starke Risse an den Zylinderköpfen zu verzeichnen sind, die Ersatzteile nicht angeliefert werden können und diese Loks daher auch nicht in Betrieb stehen. Das sind sehr ernste Probleme. Man muß den Österreichischen Bundesbahnen, wenn man ihnen auf gesetzmäßigem Weg eine Eigenständigkeit einräumt, selbstverständlich auch Möglichkeiten geben, sich zu entwickeln. Wenn Österreich — ein Land, das wir sicher sehr schätzen — auf Grund seines geringen geographischen Ausmaßes nicht die Möglichkeit hat, Entwicklungen und Erprobungen auf diesem Sektor selbständig zu tun und in unmittelbarer Nähe Staaten und Firmen vorhanden sind, die in der Lage sind, uns solche Prototypen anzubieten und wenn von vornherein festgelegt wird, daß wir dieselben dann weiterbauen können, dann muß ich Ihren Vertrauensmann bei den Österreichischen Bundesbahnen, den Herrn Generaldirektor Dr. Kalz, verteidigen, denn er hat hier echt die Chance wahrgenommen, er hatte hier die Bedenken und das wiederhole ich jetzt zum zweiten Mal, ob man überhaupt das Risiko eingehen soll, zwei Lokomotiven neben den vier in Österreich bauen zu lassen und dann der österreichischen Wirtschaft den Auftrag zu geben. (Abg. Pözl: „Sie leisten der österreichischen Wirtschaft keinen Dienst!“) Sie dürften nicht sehr viel davon verstehen, das entnehme ich Ihren Zwischenrufen. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Fuchs.)

Aber Herr Kollege Fuchs, ich darf Sie bitten, seien Sie mir nicht böse, wenn ich Ihnen sage, beschuldigen Sie nicht einen Minister, der weder diese Bestellung getätigt hat noch sie tun kann (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Generalversammlung!“),

allein schon nach § 11 des Eisenbahngesetzes, sondern kritisieren Sie von mir aus die Handlung des Vorstandes. (Abg. Schaller: „Warum verteidigen Sie denn die Wiener so, kämpfen Sie doch für Steiermark!“ — Abg. Zinkanell: „Sachliche Information!“)

Ich bin ja als Eisenbahner wohl ein bisserl verpflichtet, meinen eigenen Betrieb zu verteidigen. Aber das ist etwas, was danebengegangen ist und das können Sie nicht verwinden.

Es ist diese Situation und dieses Problem ernster, als es vielleicht von so manchem Anwesenden genommen wird. (Abg. Schaller: „Wir haben ja steirische Interessen zu vertreten und nicht die der OBB-Generaldirektion!“) Aber damit hängt sehr, sehr viel zusammen. (Abg. Schaller: „Sie haben gelacht, als wir darüber geredet haben!“)

Ich darf Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß mit dieser Handlung der österreichischen Wirtschaft Aufträge gegeben werden. Wird die Lokomotive in Lizenz gebaut, Herr Kollege Fuchs, weil Sie Ihr edles Haupt so schütteln, so kommen ihr trotzdem mindestens 90 % bis 95 % der gesamten Produktion zu. Auch diese Vereinbarung besteht und ist festgelegt, und es kommt ihr der gesamte Auftrag zu, wenn die österreichische Wirtschaft in der Lage ist, all das (Allgemeine Zwischenrufe von der ÖVP.) Daß sie das nicht zusammenbringt, Herr Kollege Schaller, sage ich Ihnen jetzt. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist die längste Entschuldigungsrede, die ich gehört habe!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das Paukenspiel müßt ihr aufgeben!“)

Es gibt überhaupt keine Entschuldigung, aber man kann nicht etwas im Raum stehen lassen, was nicht stimmt. Und wenn Sie sich, Herr Kollege Fuchs, als Sprecher gegen diese Art wehren, dann sage ich Ihnen eines. Es ist ja kein Novum. Es wurde bisher auf dem deutschen und auf dem Schweizer Lizenzsektor gebaut. Warum wohl? Selbstverständlich, weil man vorher die Erprobungen durchgeführt hat und weil man dazu gezwungen war, weil uns das in Österreich nicht zur Verfügung steht. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist peinlich für euch!“) Das ist absolut nicht peinlich, Kollege Schaller, wenn Sie sachlich sind, werden Sie das einsehen. Wenn Sie es nicht sind, kann ich Ihnen nicht helfen.

Daher erlaube ich mir, Ihnen einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten. Herr Kollege Fuchs, Sie waren der Sprecher. Ziehen Sie diesen Beschlußantrag zurück — es ist Ihr freier Wille — tun Sie das nicht, wären wir als Sozialisten außerstande, dem die Zustimmung zu geben, weil wir nicht die Verantwortung mittragen, daß auf diese Art der österreichischen Wirtschaft ein Auftrag von etwa 100 Elektrolokomotiven vorenthalten wird. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächster hat sich Herr Landesrat Peltzmann zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Peltzmann:

Herr Kollege Pichler, ich darf einige Dinge richtigstellen. Es hat gar keinen Sinn, wenn wir aneinander vorbeireden. Der Abgeordnete Fuchs hat

mit Recht diesen Antrag gestellt, um zu verhindern, daß Aufträge eines der größten österreichischen Wirtschaftskörper — und das sind die Österreichischen Bundesbahnen — über unsere Grenzen gehen. Und Herr Abg. Pichler, wenn Sie sagen, das sei ein Profit für die österreichische Wirtschaft, wenn sie im Lizenzbau diese Lok bauen könnte (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ja das sekundäre, begreifen Sie das nicht?“) Entschuldigen Sie, ich habe Sie nicht um Ihren Lehrplan gefragt, das ist Ihre Angelegenheit, aber von Loks verstehe ich mehr als Sie, das können Sie mir glauben! (Abg. Gerhard Heidinger: „Was Sie jetzt gesagt haben, ist geschäftsordnungswidrig, das sage ich Ihnen! Aber das wissen Sie ja nicht, wie so vieles nicht!“)

Herr Kollege Pichler, ich kann Ihnen eines sagen. Wir sind kein Entwicklungsstaat. Leider Gottes ist das eine Entwicklung seit 1945, daß wir mehr Lizenzen nehmen als wir verkaufen. Ich möchte nur ein ganz kleines Beispiel anführen. Als die Steiermärkischen Landesbahnen — es war mein Vorgänger, der das eingeleitet hat, nicht ich — einen neuen Typ von Loks in Dienst stellten für Schmalspur und Normalspur, und zwar dieselektrische Loks — das sind Lokomotiven, bei denen mit dem Dieselmotor der Strom erzeugt wird, der zum Antrieb der Achse verwendet wird, also statt der Oberleitung Direkterzeugung des Stroms — da haben sich die Alpine Zeltweg und Brown-Boveri Wien verpflichtet, diese Entwicklungsarbeiten zu beginnen, und sie haben sie auch bis auf einige kleine Kinderkrankheiten zur Zufriedenheit gelöst. Wir waren in Österreich zu der Zeit nicht in der Lage, einen Dieselmotor, der dieser Beanspruchung gewachsen wäre, auf dem eigenen Markt zu bauen. Aber, Herr Abg. Pichler, uns geht es ja darum, und das ist im Auftrag drinnen, daß das ein Entwicklungsauftrag sein soll, weil wir wissen, daß das eine andere Preisgestaltung voraussetzt, als wenn ich schon auf Serie baue. Man soll der Alpine Zeltweg und den elektrotechnischen Werken in Österreich die Chance der Entwicklung geben. Darum ist es uns gegangen. Wenn Sie den Antrag durchlesen, steht das schwarz auf weiß drinnen. (Abg. Pichler: „Ich habe sehr wohl gesagt, es handelt sich um vier Stück Prototyps und gleichzeitig um den Auftrag von zwei Lokomotiven zur Entwicklung für die österreichische Wirtschaft. Entschuldigen Sie den Zwischenruf, aber das mußte ich sagen, es geht nicht um die Lizenznahme!“)

Aber, Herr Abg. Pichler, der Schluß ist die Lizenznahme, das haben Sie gesagt. Und noch etwas, das wirst Du mir nicht abstreiten können, ich weiß ganz genau, daß die Bundesbahn ein selbständiger Wirtschaftskörper ist, aber der Eigentümer ist vertreten durch den Verkehrsminister, der durch die Ministerverantwortlichkeit die letzte Entscheidung zu treffen hat. Ich glaube, das wirst Du bei Gott nicht bestreiten.

Präsident: Als nächster Redner Abg. Reicht. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm spricht Abg. Sporer.

Abg. Reicht:

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte heute nach den Eisenbahnen einen ande-

ren Bundesbetrieb beleuchten, der vielleicht die Förderung des Fremdenverkehrs und die Förderung der Wirtschaft von der Bundesebene aus beleuchtet. Und zwar das Nachrichtenwesen. Es trifft sich auf den Tag genau, daß heute der letzte handvermittelte Teilnehmer in der Steiermark in die Automatisierung, in den automatischen Wählbetrieb, eingeschaltet wurde. Was die Telefonautomatisierung für die Wirtschaft und vor allen Dingen für den Fremdenverkehr bedeutet, habe ich zum wiederholten Male bei Eröffnungen in den Bezirken und in den Märkten und Städten der Steiermark von den Bürgermeistern, von den Abgeordneten und auch anderen Persönlichkeiten feststellen können. Ich habe heute oder in diesen Tagen bei der ersten Budgetdebatte des Landtages, an der ich teilnehmen konnte, immer wieder hören können, das Gefälle West nach Ost. Wenn ich die Automatisierung des Fernsprechnetzes kurz beleuchte, haben wir es hier mit dem gleichen Gefälle zu tun. Die westlichen Bundesländer sind natürlich als erste drangekommen und haben schon vor mehr als einem Jahrzehnt aus Gründen der Wirtschaft, aus Gründen des Fremdenverkehrs mit dieser ganzen Arbeit und mit dieser wirtschaftlich sehr wichtigen Angelegenheit abschließen können. Die Steiermark, die ursprünglich erst in zwei Jahren diese Arbeiten beenden sollte und die steirischen technischen Angestellten und Beamten auf diesem Gebiet haben sich gesagt, wir wollen in Österreich nicht immer die Letzten sein und haben die Initiativen und ihren Geist in die Waagschale geworfen und haben sich gesagt, wir werden unseren Plan, unser Werk früher beenden. Hat man vor zwei Jahren noch geglaubt, die werden 1971 fertig, ist das Kunststück gelungen, 1970 die Vollautomatisierung des steirischen Fernsprechnetzes abzuschließen. Und ich darf dem Hohen Landtag mitteilen, daß heute, am 18. Dezember 1970, im Bezirk Radkersburg der letzte handvermittelte Teilnehmer umgeschaltet wurde. Wir haben vor ungefähr zwei Jahrzehnten mit diesem Umstellungsprozeß begonnen und ich muß eines sagen, das erste Jahrzehnt war ziemlich erfolglos. Man ist nicht weitergekommen. Hat man Mitte der Jahre 1950 schon gesagt, wir dürfen keine Kräfte mehr für den Handvermittlungsbetrieb aufnehmen, so hat man sich schwer getäuscht, weil die finanziellen Mitteln und die Möglichkeiten nicht bereitgestanden sind, weil alles wesentlich teurer gekommen ist, als man ursprünglich angenommen hat. Erst die Schaffung des Fernsprechbetriebsinvestitionsgesetzes 1964 und damit eine vernünftige Planung hat es mit sich gebracht, daß man auch die Zielsetzung für eine Fertigstellung, durch die jährliche Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel ins Auge fassen konnte. Und wie wichtig dieses Fernsprechbetriebsinvestitionsgesetz und die damit verbundene Novelle war, zeigt ja, daß wir in der Steiermark in der Lage waren, durch Bereitstellung der notwendigen Mittel, den Zeitraum wesentlich zu verkürzen. Wir können auch mit Stolz sagen, daß wir jährlich einen effektiven Zuwachs an Fernsprechteilnehmern zwischen 8 und 9000 haben. Ich darf aber auch gleichzeitig mitteilen, daß wir in der Steiermark zur Zeit 9500 Bewerber auf ein Telefon haben, die warten,

Hier sind nicht nur Private, hier sind auch Betriebe, hier sind Gewerbetreibende und wie ich leider feststellen mußte, auch ein Abgeordneter in unserem Landtag wartet sehnsüchtig auf ein Telefon. Und es wird unsere Aufgabe sein als Postler, Sie gestatten mir, daß ich dieses Wort hier verwende, der steirischen Bevölkerung, der steirischen Wirtschaft und vor allen Dingen dem steirischen Fremdenverkehr die Anschlüsse zu vermitteln, die wir nun, nachdem wir das große Werk vollendet haben, in den nächsten Jahren schaffen können. Wir werden uns bemühen, jährlich mindestens 10.000 im Anfang und in weiterer Folge vielleicht die doppelte Anzahl an Fernsprechan schlüssen bereitzustellen. Nach dem jetzigen Ergebnis kommen ungefähr in Österreich und in der Steiermark 13 Anschlüsse auf 100 Einwohner. Das ist nicht einmal ein Drittel des Sättigungsgrades, so daß wir auf diesem Gebiet allerhand an Nachholbedarf haben. Wie wesentlich diese Ausgaben, diese Automatisierung des Fernsprechnetzes auf die steirische Wirtschaft, auf die steirischen Betriebe und auf die Belegung des Gewerbes gewirkt haben, möchte ich Ihnen mit einigen Zahlen bekanntgeben.

Zur Unterbringung der Vermittlungsanlagen wurden in diesen zwei Jahrzehnten über 200 Hochbauten aufgeführt. Die Ausgaben des Bundes für diese Hochbauten belaufen sich weit über 200 Millionen Schilling. Für die Investitionen für die technischen Inneneinrichtungen und für die Verlegung der Kabel und für die Verlegung der Freileitungen wurden fast eineinhalb Milliarden Schilling ausgegeben. Wir haben dadurch auch die steirischen Kabelwerke, die steirische Schwachstromindustrie und vor allen Dingen die steirische Bauwirtschaft tatkräftig unterstützen und beleben können. Es sind vor allem die Hochbauten und zum größten Teil auch die technischen Einrichtungen von steirischen Firmen oder von steirischen Arbeitern geschaffen worden. Die Teilnehmerentwicklung beträgt zur Zeit in Steiermark ich möchte fast sagen an die 100.000, wie unser Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl gesagt hat, wir haben fast 100.000 Wohnungen seit 1945 gebaut, so beträgt der Stand der Fernsprechteilnehmer fast 100.000, wovon mehr als die Hälfte in Graz ist.

Ich glaube, der Hohe Landtag wird mir gestatten, wenn ich den heutigen historischen Tag für die Steiermark auf diesem Wesen dazu benütze, den Beamten der Post, den Beamten der steirischen Post- und Telegraphendirektion und den Arbeitern, den Planern, den Technikern von dieser Stelle aus meinen Dank auszusprechen. Und wenn ich schon bei der Post bin und den Landtagsabgeordneten Dr. Heidinger beobachtet habe, wie er sehr fleißig die Weihnachtspost unterschrieben hat und damit unsere Briefträger in der Vorweihnachtszeit schwer belastet, möge mir auch gestattet sein, den Briefträgern auf diesem Weg zu danken, daß sie alljährlich, wenn andere anfangen zu feiern, ihren schweren Dienst machen, um die letzte Weihnachtspost ins Haus zu bringen. (Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Sponer. Nächster Redner Abg. Ing. Fuchs.

Abg. Sponer:

Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit werde ich mich bemühen, in einigen Sätzen das auszusagen, was mir am Herzen liegt. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Wir haben Zeit!“) Der Tag ist schon sehr lang.

Ich möchte zu einem Betrieb der Obersteiermark Stellung nehmen, nämlich zu den Steirischen Gußstahlwerken. Die Steirischen Gußstahlwerke haben in den letzten Wochen nicht nur die Gemüter der dort lebenden Bevölkerung in Bewegung gesetzt, sondern es wurde auch darüber hier im Hohen Haus gesprochen. Der Kollege Marczyk war mit einer Delegation von Betriebsräten der Steirischen Gußstahlwerke kürzlich beim Herrn Landeshauptmann und hat diesbezüglich vorgesprochen, daß das mittelfristige Investitionsprogramm auch für die Steirischen Gußstahlwerke in Judenburg Anwendung finden soll. Ein diesbezüglicher Antrag wurde bei der letzten Sitzung hier im Hohen Haus eingebracht. Was sieht dieses Investitionsprogramm für die Steirischen Gußstahlwerke für 1971 vor? Etwas sehr Wesentliches, nämlich die Schaffung der Erdgasleitung nach Judenburg, damit dieses Werk mit Erdgas versorgt werden kann. Dafür wurden in diesem Investitionsprogramm 23 Millionen Schilling vorgesehen. Ich möchte noch betonen, daß derzeit das Gas für die Steirischen Gußstahlwerke von einem Generator erzeugt wird. Wie man vor zwei Tagen in der Zeitung lesen konnte, ist an einer Stelle zweimal am gleichen Tag ein Brand ausgebrochen, nämlich deshalb, weil die Rohrleitung schon in einem sehr schlechten Zustand ist. Es wurde mir von der Werksdirektion bekanntgegeben, daß maximal noch ein Jahr diese Rohrleitung halten wird. Wenn in dieser Zeit nicht die Aussicht besteht, daß das Erdgas nach Judenburg kommt und die Rohrleitung somit umgebaut werden muß, kann eines eintreten, daß man jetzt diese Rohrleitung saniert und daß nach drei, vier oder fünf Jahren wieder auf diesem Gebiet investiert werden muß. Mir ist bekanntgeworden, daß es frühestens im Jahre 1973 möglich sein soll, daß Judenburg an die Erdgasleitung angeschlossen wird. Daß die Versorgung mit Gas gerade für diesen stahlerzeugenden Betrieb von Bedeutung ist, muß ich hier wohl nicht weiter erwähnen. Aber es wurden in den letzten Tagen und Wochen von den verschiedensten Stellen Versprechen getätigt, und es wurde überall versichert, daß alles getan wird, damit Judenburg nicht hintansteht bei den Alpine-Betrieben. Es sieht aber nun so aus, daß es wahrscheinlich in diesem Punkt nur bei den Versprechungen bleiben wird. Ich möchte daher an alle Mitglieder der Landesregierung im Namen von zirka 2000 Arbeitern und Angestellten aus Judenburg und Umgebung die höfliche Bitte richten, daß alles unternommen wird und die Erdgasleitung so rasch als möglich nach Judenburg gebaut wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Fuchs das Wort. Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hammerl vorgemerkt.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Ing. Pichler hat zu meinen Ausführungen bezüglich des Ankaufes von vier E-Loks durch die Österreichische Bundesbahn in Schweden eine von seinem Standpunkt aus sehr interessante Stellungnahme abgegeben. Ich möchte mich bemühen, ebenso „ruhig“, Herr Kollege Pichler, Sie verstehen sicher viel mehr von der Eisenbahn als ich, Sie müssen mir aber zubilligen, daß ich etwas mehr von der Elektroindustrie verstehe und daß mir diese begreiflicher Weise mehr am Herzen liegt. Sie haben wörtlich ausgeführt, daß Österreich ein zu kleines Land ist und vielleicht nicht die Möglichkeit hat, Entwicklungen und Erprobungen vorzunehmen, wie in diesem Fall bei der Elektrolokomotive. Ich glaube, so war das gesagt. Ich möchte darauf hinweisen, daß bereits im Jahre 1967 die österreichische Elektroindustrie den Bundesbahnen den Vorschlag gemacht hat, tyristorgesteuerte E-Lokomotiven zu liefern. Damals war nicht Generaldirektor der Herr Dr. Kalz, den Sie hier in etwas unfreundlicher Art als unseren Vertrauensmann bezeichnet haben, sondern damals war der Herr Generaldirektor Kepnik Generaldirektor, und bei welcher Partei der war, das wissen Sie genauso, das brauche ich Ihnen nicht erzählen. Das nur wegen des Interessenausgleichs. (Abg. Pichler: „Das habe ich nie gesagt!“) Ist gut, also, Sie wissen es.

Der zweite Punkt ist der. Die Elin gehört dem Staat, sie ist ein verstaatlichtes Unternehmen. Und der Herr Verkehrsminister Frühbauer vertritt bei den Österreichischen Bundesbahnen denselben Staat. Und wenn der Staat nicht weiß, daß er gleichzeitig ein Elektronunternehmen hat, das technisch in der Lage ist und nicht — wie Sie sagen — die Entwicklung nicht treiben konnte, dann ist das eine sehr traurige Angelegenheit, denn die österreichische Elektroindustrie, sei es Brown-Boveri, sei es Siemens, sei es der verstaatlichte Elinbetrieb, ist technisch in der Lage, diese Lokomotiven zu liefern. Und daß das so ist, geht auch daraus hervor, daß die Bundesbahn, wie Sie sagen, beabsichtigt, zwei Lokomotiven in Österreich zu bestellen. Wozu dann vier in Schweden? Es ist nicht nur ein Auftragswert von rund 15 Millionen Schilling pro Maschine. Zur Erprobung, wie Sie sagen, damit man schauen kann, ob das eine gute Sache ist, hätte eine genügt, dazu brauche ich nicht vier. Wenn ich nur zwei zur Erprobung in Österreich brauche, dann brauche ich nicht vier in Schweden zu kaufen.

Das ist das, was ich Ihnen sagen wollte. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl:

Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich habe als junger Abgeordneter dieses Hauses oder, genauer gesagt, als Abgeordneter, der erst kurze Zeit die Ehre hat, in diesem Haus zu sein, mit sehr großer Aufmerksamkeit den letzten Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der

Steiermärkischen Landesregierung studiert. Und ich habe bei diesem Studium feststellen können, daß dieser Rechenschaftsbericht sehr umfangreich war, daß dieser Rechenschaftsbericht mich wirklich mit den Arbeiten und dem Aufgabenkreis des Landes vertraut gemacht hat und daß dieser Bericht sehr sachlich und realistisch abgefaßt worden ist. Beim Punkt 6. Förderungsmaßnahmen der Ressorts, a) Wirtschaftsförderung, bin ich aber auf drei Punkte gestoßen, die mir einiges zu denken auferlegt haben. Diese drei Punkte sagen nämlich folgendes: die Steiermark ist von den neun österreichischen Bundesländern beim Bruttovolkseinkommen an vorletzter Stelle. (Abg. Stoisser: Das stimmt nicht! — Landesrat Bammer: „Wenn es gedruckt ist, wird es schon stimmen!“) Das steht hier. Wenn Sie es selbst gelesen hätten, würden Sie nicht sagen das stimmt nicht. Den Bericht haben Sie auch bekommen, Herr Kollege.

2. In der Zusammenstellung der Steigerungsrate des Volkseinkommens je Einwohner von 1961 bis 1964 liegt die Steiermark mit 12,3 % an letzter Stelle,

3. die steirischen Strukturprobleme harren, durch die derzeit herrschende Konjunktur nur oberflächlich überdeckt, einer endgültigen Lösung.

Ich war als sehr kurz in diesem Landtag Tätiger der Meinung, daß nun in dieser Frage, die letztlich entscheidend für die Wirtschaft des gesamten Landes ist, entsprechend Bescheid gegeben wird, daß hier über die Strukturprobleme der gesamten Wirtschaft des Landes gesprochen wird und daß nicht einzelne Dinge hochgespielt werden. Denn ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Entwicklung der steirischen Wirtschaft und damit die Entwicklung der Arbeitseinkommen der Beamten, Angestellten, Arbeiter und der Gewerbetreibenden in diesem Land letztlich in den nächsten Jahren die Voraussetzungen dafür liefern, was wir im Rahmen des Landtagsbudgets an Leistungen für dieses Land werden setzen können. Das sind also die entscheidenden Fakten und darüber müßte man sich unterhalten. Ich bin aber nicht so vermessen zu sagen, daß ich in dieser kurzen Zeit in dieser Frage schon konkrete Aussagen machen könnte, mich wundert nur, ich betone das nochmals, daß die mit diesem Problemkreis seit Jahren Befassten in dieser für die Steiermark so entscheidenden Frage so wenig aussagen.

Und nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir auch noch aus der Sicht eines Grazer Abgeordneten, die Wirtschaftsförderung des Landes einer Betrachtung zu unterziehen. Die Stadt Graz befindet sich — wie wir alle wissen — seit Jahren in einer schwierigen finanziellen Situation. Sie teilt dieses Schicksal mit vielen österreichischen Städten und Gemeinden. Graz hat jedoch etwa im Vergleich zu Linz und Salzburg leider noch geringere Einnahmen, die einerseits durch die Randlage im Südosten Österreichs und aus der bisherigen Unterlassung der Stadt, die notwendige Verkehrsaufschließung zu geben, und andererseits aus der geschichtlichen Entwicklung der Stadt heraus gegeben sind. Es fehlen weitere Großbetriebe, es fehlt etwa

ein Einnahmeboom aus dem Fremdenverkehr wie z. B. in Salzburg und es wirkt sich überhaupt entscheidend die schwächere Wirtschaftsstruktur der Steiermark in der Landeshauptstadt nachteilig aus. Graz ist daher schon seit Jahren zu einer Art Selbsthilfe geschritten, die darin besteht, wirtschaftsfördernde Maßnahmen in vielerlei Richtungen zu setzen. So konnten neue Betriebe angesiedelt sowie Ausweitungen bei bestehenden Betrieben vorgenommen werden und trotz der schwierigen Budgetmöglichkeiten der Stadt Graz, also mit verhältnismäßig geringen Mitteln von mehreren Millionen Schilling pro Jahr, beachtliche Leistungen erzielt werden. In den letzten zwei Jahren sind insgesamt 48 Betriebe in irgendeiner Form gefördert worden. Meine Damen und Herren! Nimmt man allein die Einwohnerzahl der Hauptstadt Graz, die etwa ein Fünftel des Landes Steiermark ausmacht, so müßten schon aus dieser Erwägung heraus ohne Berücksichtigung, daß es sich um die Landeshauptstadt, das natürliche Wirtschaftszentrum unseres Landes, handelt, Jahr für Jahr bestimmte Beträge vom Land auch für wirtschaftsfördernde Maßnahmen im Bereich der Stadt Graz zur Verfügung gestellt werden. Nach dem von mir zitierten Rechenschaftsbericht sind 1968 und 1969 insgesamt 235 Millionen Schilling für die Wirtschaftsförderung im Land Steiermark ausgegeben worden. Auf den Bereich Graz ist davon kein Schilling entfallen. Ich weiß und anerkenne es, daß in letzter Zeit vom Wirtschaftsförderungsreferat des Landes erstmalig für eine Strickwarenfabrik in Graz ein Förderungskredit von 6 Millionen Schilling bereitgestellt wurde und ich weiß auch, daß Zusagen des Landeshauptmannes bestehen, Förderungsmittel für einen weiteren pharmazeutischen Betrieb von Weltruf in Graz einzusetzen. Immerhin von den 240 Millionen Schilling an Förderungsmitteln des Jahres 1970 etwa 10 Millionen Schilling erstmals für Graz. Es scheint also damit der Bann gebrochen zu sein, Graz gänzlich aus der Wirtschaftsförderung des Landes auszuschließen. Ich begrüße das sehr und ersuche den Herrn Landeshauptmann, nicht nur auf diesem Weg fortzuschreiten, sondern auch in einem entsprechend höheren Umfang, dem Gesamtverhältnis entsprechend, Wirtschaftsförderungsbeträge auch für Grazer Betriebe zu gewähren. (Beifall.)

Präsident: Zu Worte kommt der Herr Abg. Pözl.

Abg. Pözl:

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Abschnitt 75, Unterabschnitt 751, hat eine neugeschaffene Post „Förderung des Exportringes der gewerblichen Wirtschaft“. Diese zukunftsorientierte Entscheidung der Steiermärkischen Landesregierung wird sicherlich ihre Früchte bringen. Vor drei Jahren hat der Landesrat Anton Peltzmann im Sinne der Gewerbeförderung den Exportring ins Leben gerufen. Er hat erklärt, der Exportring hat außerhalb politischer Parteien oder Organisationen zu stehen und der Wirtschaft in der Steiermark, den Arbeitnehmern genauso wie den Unternehmern zu dienen. Und in dieser Gesinnung wird er auch geführt. Vor drei Jahren, als der Exportring ins Leben

gerufen wurde war der österreichische Export um rund ein Drittel geringer als heute. Man nimmt an, daß der österreichische Export im Jahre 1970 seitens des Gewerbes rund 5 Milliarden Schilling betragen wird. Die fast 200 Mitglieder des Exportringes exportieren heuer auch rund, man kann es noch nicht genau sagen, aber wir haben die Erhebungen erst vor 10 Tagen abgeschlossen, 250 Millionen Schilling, also zirka eine Viertelmilliarde Schilling. Die Zunahme des österreichischen Exports für das nächste Jahr wird mit real 7 bis 9% angenommen, obwohl man sagen kann und die Zukunftswissenschaftler voraussagen, daß eine Verhärtung eintreten wird, daß weltwirtschaftlich eher mit einem Rückgang zu rechnen sein wird. Wir haben deshalb in Österreich sehr gute Voraussetzungen für den Export, weil Österreich ein Land ist, wo am wenigsten gestreikt wird, wo daher der geringste Produktionsausfall ist und der österreichische Lieferant als verlässlicher Lieferant gilt. Und das spielt heute eine sehr große Rolle. Beunruhigend für die österreichische Exportwirtschaft ist ein Gesetz, das der amerikanische Senat verabschiedet hat, das wir als protektionistisches Gesetz ansehen und das auf dem Sektor der Textilien- und Schuhindustrie Einfuhrbeschränkungen bringt. Hier wird die österreichische Schuhindustrie betroffen und wird sicherlich im nächsten Jahr mit erhöhten Schwierigkeiten zu rechnen haben. Man befürchtet, daß also die Lieferungen in die Vereinigten Staaten von Amerika nicht in dem Ausmaß durchgeführt werden wie heuer. Heuer haben wir ganz hervorragende Exportziffern in Amerika erreicht. Trotz der Erfolge, die der Exportring bisher hat, ist eine weitere Förderung notwendig und ich bin überzeugt, wenn mehr Mittel notwendig sein werden, und der Exportring hiefür die Beweise dem Landtag und der Regierung vorlegt, daß diese Mittel hiefür vom Landtag und von der Regierung bewilligt werden.

Ich darf hier auch sagen, daß dann der Bund und die Organisationen, die zur Förderung des Exportes zuständig sind, wahrscheinlich sich ebenfalls anschließen werden.

Mit dem Dank an die Regierung und an die Mitglieder des Hohen Landtages wegen der vorgesehenen Unterstützung des Exportringes im Jahre 1971 wünsche ich allen Wirtschaftstreibenden, die sich dem Export zuwenden (Landesrat Bammer: „Profit 1971!“), steigende Umsätze, steigende Aufträge, aber auch steigende Gewinne im Interesse der österreichischen Bevölkerung.

Und nun darf ich noch einmal den Resolutionsantrag, Herr Abgeordneter Pichler, zu Ihrer Entlastung bringen:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesminister für Verkehr dringlichst vorstellig zu werden, daß der von der Österreichischen Bundesbahn einer ausländischen Firma erteilte Auftrag auf Lieferung von vier thyristorgesteuerten E-Loks storniert wird. Der Auftrag wäre einem oder mehreren österreichischen Unternehmen als Entwicklungsauftrag zu erteilen. Die österreichische Triebfahrzeug- und Elektroindustrie hat

in den letzten Jahrzehnten ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet erwiesen. Außerdem würde der Auftrag zur Sicherung von österreichischen, insbesondere steirischen Arbeitsplätzen beitragen. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, vom Ergebnis ihrer Bemühungen dem Hohen Landtag zu berichten.“

Dieser sehr ernste Antrag, Herr Abgeordneter Pichler, hat nichts mit Polemik zu tun. Aber ich muß, nachdem ich vorher über die Exportwirtschaft gesprochen habe, Ihnen folgendes sagen (Abgeordneter Gerhard Heidinger: „Red weiter!“): Nein, der Herr Landesrat Bammer (Landesrat Bammer: „Wir hören gemeinsam konzentriert zu!“ — LAbg. Pichler: „Ein Ohr ist Ihnen zugeneigt!“) Das ist angenehm.

Wenn Sie sagen, daß die österreichische Industrie bisher trotz Befragung nicht in der Lage war, ein Angebot zu geben, daß man auf eine Firma zurückgreifen muß, die gebirgserprobte Fahrzeuge oder Lokomotiven erzeugt, um unter Umständen im Lizenzbau hier in Österreich den weiteren Anschlußantrag zu bekommen, dann schädigen Sie damit — unbewußt, das gestehe ich Ihnen zu — das Ansehen der österreichischen Industrie, aber auch der Arbeiterschaft. Denn ich darf Ihnen eines sagen, wir haben in Wien mehrere Fonds zur Unterstützung der Forschung. Und hier ist ein Ansatzpunkt, daß man der Elin, der SGP oder Brown-Boveri Vorzugsmittel zur Verfügung stellt, um zu sagen, hier ist ein Spezialauftrag (Abg. Pichler: „Das bestreitet niemand!“), eine Lokomotive, die diese Voraussetzungen haben soll. Das verstehen wir unter Wirtschaftsförderung, und der Herr Bundesminister hat bei der Anfrage im Parlament erklärt: „Es ist noch nichts bestellt, und ich werde mich sofort darum kümmern, ob das in Österreich erzeugt werden kann.“ Darauf hat der zuständige Abgeordnete von der Sozialistischen Partei gesagt — ich habe hier das Stenographische Protokoll vom Parlament, es ist nicht uninteressant —: „Herr Minister, diese Antwort befriedigt mich sehr.“ Daraufhin hat er weiter gefragt, und hier beginnt nun das Dilemma. „Ich kann sagen, daß die österreichische Waggonindustrie in der Lage ist, eine Thyristorlokomotive in kürzester Zeit zu konstruieren.“ (Abg. Pichler: „Deshalb haben sie auch den Auftrag bekommen!“) Jetzt darf ich Ihnen aber eines sagen. Die zwei Aufträge sind reines Alibi (Abg. Pichler: „100 kriegen sie!“), denn wenn ich in Österreich diese Lokomotive produzieren will, dann habe ich den Forschungsauftrag zu erteilen, und dann habe ich nicht von einem Ausländer im Lizenzverfahren diese Maschine nachzubauen. (Abg. Pichler: „Das wird ja nicht gemacht!“) Herr Abgeordneter Pichler, ich bin voll befriedigt, daß Sie sagen, es wird nicht gemacht, denn die Regierung wird uns höchstwahrscheinlich die gleiche Antwort erteilen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pichler: „Jetzt wißt ihr nicht, wie ihr herauskommt!“)

Präsident: Als nächster Redner zu diesem Kapitel spricht der Herr Landesrat Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Wegart:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist jetzt genau 21.45 Uhr. Ich bitte daher höflich um Entschuldigung, wenn ich Sie noch für einige Minuten in Anspruch nehme und Ihre Nerven strapaziere, aber so geht es dem Fremdenverkehr. Er kann sich die Zeit nicht aussuchen, wenn er seinen Gästen zur Verfügung zu stehen hat, sondern er muß da sein, wenn der Gast es wünscht, auch um 21.45 Uhr. (Beifall bei der ÖVP.)

Das sage ich nur als Einleitung, meine Damen und Herren, obwohl ich mir — und jetzt sage ich ein sehr ernstes Wort — lebhaft vorstellen könnte, daß für die kommende Budgetdebatte auch einmal mit der Gruppe 9 begonnen werden könnte. (Allgemeiner Beifall.) Es würde gar keine Rolle spielen (Landesrat Bammer: „Und die Generaldebatte am Schluß!“ — Gelächter.), wenn wir einmal den Fahrplan in der Spezialdebatte umgekehrt abwickeln würden. Ich sage das deshalb, weil immerhin in den Gruppen 6 und 7 nicht nur bedeutende Ansätze, sondern auch bedeutende Aufgaben des Landes beinhaltet sind und weil auch, wenn Sie wollen, die Strapazen, die die Journalisten auf der Pressebank, die verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, durchmachen, am dritten Tag auf eine ernste Probe gestellt werden. Wenn man weiß, wie wir uns einmal unterhalten haben, es wäre zweckmäßig, etwa die Budgetdebatte im Juni durchzuführen, man möge sich vorstellen, was das bedeuten würde, wenn wir schon im Dezember unter anderen Witterungsverhältnissen ein bißchen darunter leiden!

Aber das wollte ich nur am Eingang sagen, und nun darf ich zum Fremdenverkehr kommen.

Meine Damen und Herren! Das Fremdenverkehrsjahr 1969/70 ist vorbei, und ich darf Ihnen nun das amtliche Ergebnis dieses Fremdenverkehrsjahres 1969/70, das am 1. November 1969 begonnen und am 31. Oktober 1970 geendet hat, bekanntgeben. Wir haben insgesamt 6.980.674 Übernachtungen erreicht, das ist ein Mehr im Vergleichszeitraum des Fremdenverkehrsjahres 1968/69 von 797.000 Übernachtungen oder rund 13%. Es ist das der bisher größte Zuwachs, den der steirische Fremdenverkehr in einem Fremdenverkehrsjahr erreichen konnte. Noch eindrucksvoller werden diese Ziffern, wenn ich das Ergebnis des Ausländerfremdenverkehrs in der Steiermark berichte. Wir haben insgesamt 2.109.000 Übernachtungen erreicht, das sind um 411.000 mehr oder 24%. Die rund 7 Millionen Übernachtungen, mit denen wir es jetzt zu tun haben, gliedern sich in 70% Übernachtungen von inländischen Gästen und 30% von ausländischen Gästen. Wir sind aber damit auch, wenn auch etwas abgehängt, aber ich sage es trotzdem, hinter die großen Drei gerückt, nämlich hinter Tirol, Salzburg und Kärnten hat sich der steirische Fremdenverkehr eindrucksvoll auf der touristischen Landkarte eingetragen. Meine Damen und Herren! Es haben sich eine Reihe von Mitgliedern des Landtages mit dem Fremdenverkehr beschäftigt, und ich möchte daher jetzt auch einiges kurz zu den aufgeworfenen Fragen sagen und Stellung beziehen. Wenn vom

Abgeordneten Lind der Wunsch geäußert wurde, die Förderung der touristischen Infrastruktur zu steigern, so komme ich noch in meinen grundsätzlichen Betrachtungen kurz darauf zurück. Herr Abgeordneter Laurich! Der Wunsch nach Bau von Hallenbädern — ich könnte jetzt folgendes sagen, daß wir einen neuen Schwerpunkt in den siebziger Jahren setzen, nämlich daß wir zum Bau von Hallenbädern schwerpunktmäßig etwa im Gebiet des Dachsteins und der Tauern, des steirischen Salzkammergutes gelangen, in weiterer Folge im Gebiet um Mariazell, um Aflenz, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Denn es geht uns eigentlich darum, daß wir auch hier die Konkurrenz mit anderen Ländern bestehen und zumindest auch in diesen Anlagen gleichziehen. Die einzige Sorge, die wir haben, ist die, daß wir Mittel und Wege finden, um die Betriebskosten abzudecken. Das ist die Frage, die wir in jedem Fall am ernstesten zu prüfen haben, Ihr Wunsch, daß die Fremdenverkehrsabgabe, wenn wir sie also demnächst in diesem Hohen Landtag zur Behandlung haben, daß wir einen neuen Verteilungsschlüssel suchen, er ist gegenwärtig 60% für das Land und 40% für die Gemeinde. Ich würde sehr großen Wert darauf legen, wenn sich an diesem Schlüssel nichts ändert, denn die Beträge, die dem Land zugehen, gehen in den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds und werden ausschließlich in Form von billigen Krediten der Fremdenverkehrswirtschaft wieder zugeführt, ein Teil von diesem Fonds wird in Form von Zinszuschüssen für Kredite, die wir gemeinsam mit dem Handelsministerium in Form von Zinsstützungen gewähren, ebenfalls ausgeschüttet. Die Frage eines steirischen Fremdenverkehrsgesetzes wird in der zuständigen Fachabteilung geprüft, und wir hoffen, daß wir also auch hier, wenn einmal bei uns die Dinge abgeklärt und ausgegärt sind auch damit in die Öffentlichkeit gehen.

Der Herr Abg. Dipl.-Ing. Götz hat anerkannt, daß die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark sich gebessert hat, auf dem Sektor des Fremdenverkehrs sitzen wir ja auch zwischen Graz und Land auf dem gleichen Ast. Es ist die Frage angeschnitten worden von Ihnen, also wo sollen wir werben als Land, wo sollen wir, wenn ich so verstanden habe, werben gesamtösterreichisch. Ich möchte dazu folgendes sagen. In der näheren Umgebung werden wir als Land auftreten, je weiter weg wir sind, werden wir selbstverständlich gesamtösterreichisch aufzutreten haben, wie das auch jetzt geschieht. Unsere Werbemaßnahmen sind ja schwerpunktmäßig das Innland und hier insbesondere unsere Bundeshauptstadt und in der deutschen Bundesrepublik das Dreieck Frankfurt—Hamburg und Berlin und in weiterer Folge nun Belgien, Holland und die skandinavischen Länder. Und einen Schwerpunkt, den wir gemeinsam seit mehr als zwei Jahren in die Tat umgesetzt haben, ist der Schwerpunkt im slowenischen und kroatischen Raum. Wir haben ja seit etwa dreiviertel Jahren ein eigenes Fremdenverkehrsbüro in Agram errichtet, das mittlerweile auch schon erstklassige Ansätze für den steirischen Fremdenverkehr zeigt. Die Frage, was wir tun könnten, um auch den Transitverkehr durch die Steiermark nach Südosten

stärker in unserem Interesse auffangen zu können, ist eine Frage, hinter der wir ständig hinterher sind. Der Tagesverkehr zwischen Slowenien und auch Kroatien hat ja einen Umfang angenommen, der die kühnsten Erwartungen nicht nur von Graz, sondern auch des Grenzlandes übertroffen hat. Ich darf das vor allem als Radkersburger sagen, wir haben ja in der Ersten Republik sehr bittere und sehr traurige Erfahrungen mit dem kleinen Grenzverkehr gesammelt, weil ja praktisch alles hinübergegangen ist, während wir jetzt, das müssen wir zu unserer Freude sagen, eigentlich nicht nur einen sehr starken Einkaufsstrom in unser Land gelenkt haben, sondern auch mittlerweile touristisch davon zu profitieren beginnen.

Was den Winterfremdenverkehr im Lande anlangt, so möchte ich sagen, daß wir nicht nur in Schladming oder im Schladming-Tauern-Gebiet, sondern im steirischen Salzkammergut, auf der Turrach, im Lachtal, auf der Planneralm, am Gaberl, in Aflenz, in Mariazell, am Präbichl, in der Oststeiermark in Wenigzell oder in St. Jakob im Walde oder auf der Teichalpe, um nur Beispiele zu nennen, daß wir uns überall dort um den Aufbau des Winterfremdenverkehrs bemühen, wo er sich einfach geländemäßig anbietet. Und geländemäßig bietet sich in Steiermark zum Glück einiges an. Ich möchte dazu folgendes sagen. Es wäre uns gar niemals gelungen, in einer Reihe von Gemeinden der Steiermark den Winterfremdenverkehr aufzuziehen, wenn wir nicht zuerst den Skilift hingebaut hätten und dann der Fremdenverkehrswirtschaft den Beweis erbracht hätten, daß wir Gäste hinzubringen in der Lage sind. Und dann hat sich ebenfalls die Fremdenverkehrswirtschaft bemüht, auch zu investieren und sich entsprechend mit besseren Quartieren und winterfesten Quartieren einzustellen. Wir sind hier absolut richtig gelegen und die Zuwachsrate des Winterfremdenverkehrs, meine Damen und Herren, da sage ich Ihnen nur zwei Ziffern. Der gesamtösterreichische Winterfremdenverkehr 1969/70 hat eine Zunahme von etwa 260.000 Übernachtungen gehabt, davon sind allein auf die Steiermark 159.000 Übernachtungen entfallen, also fast zwei Drittel des Gesamtzuwachses an Übernachtungen auf die Steiermark allein. Und damit ist auch in diesen Ziffern, die amtlich sind, ich sage es ganz bewußt amtlich, ich bin ja überzeugt, wenn die Meldedisziplin etwas größer wäre, würden wir nicht bei 7 Millionen, sondern weit über 8 Millionen liegen. Aber es kommt ja nicht allein darauf an, sondern entscheidend ist, daß es der Fall ist.

Meine Damen und Herren, soweit zu den Ziffern und soweit zu den Fragen die hier angeschnitten wurden. Vielleicht noch ein Wort zu den Dingen, die der Herr Abg. Dr. Dorfer gesagt hat. Nämlich zur Frage der Preispolitik im Fremdenverkehr. Wir können dazu sagen, daß der steirische Fremdenverkehr absolut Preistreue und Preisdisziplin übt. Und jetzt ein Wort zur Güte, zum Herrn Kollegen und Abg. Loidl. Sie haben in Ihrer Generalrede mit wirklicher Überzeugungskraft die gegenwärtige Preissituation beleuchtet und dargelegt und sie auch, es kann gar nicht anders sein, verteidigt. Und ich betrachte gerade das, was Sie gesagt haben, als einen großartigen Fortschritt auch im innerpoliti-

schen Reifeprozess unseres Landes, nämlich deshalb, weil Sie damit von einer Warte aus Stellung nehmen müssen, die bisher uns durch viele Jahre vorbehalten geblieben ist. Und, meine Damen und Herren, es soll ja nicht polemisiert werden von dieser Stelle aus, aber ich sage das deshalb, ich hänge es nämlich ein in der Preispolitik der Fremdenverkehrswirtschaft, man kann von ihr nicht erwarten, daß sie die Arbeitszeitverkürzung in Kauf nimmt, man kann von ihr nicht erwarten, daß sie auch eine Reihe von weiteren Personallasten weiter in Kauf nimmt, man kann von ihr nicht erwarten, daß sie bei der weiteren steuerlichen Belastung selbstverständliche Preispolitik macht, an der sich nichts ändert. Das ist nicht möglich und das ist nicht denkbar. Aber trotzdem kann ich sagen, daß die Preispolitik der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft sich bisher immer außerordentlich diszipliniert verhalten hat und daß sie vielleicht sogar ein wichtiges Argument im Fortschritt des steirischen Fremdenverkehrs gewesen ist.

Und nun, meine Damen und Herren, wenn wir die steirische Landkarte zur Hand nehmen und ein bißchen den steirischen Fremdenverkehr anschauen, dann können wir sagen, wir haben den Schwerpunkt Nummer eins im Ennstal und im steirischen Salzkammergut. Man könnte fast von einem Ballungsraum des steirischen Fremdenverkehrs sprechen. Aber mittlerweile ist die Oststeiermark zum zweiten Schwerpunkt des steirischen Fremdenverkehrs geworden. Wir haben im heurigen Fremdenverkehrsjahr fast 2 Millionen Übernachtungen allein in den vier oststeirischen Bezirken, wobei die beiden Bezirke Hartberg und Weiz mit mehr als 1.400.000 die Spitze anführen. Es zeigt sich also, daß dieses Gebiet ebenfalls im Fremdenverkehr einen mächtigen Anschluß gefunden hat. Und nun, wohin läuft der Trend, wenn man vielleicht die Entwicklung eines Jahrzehnts nach vorne auszuleuchten versucht. Erlauben Sie mir, daß ich hier auf drei besondere Schwerpunkte hinweise oder sie vielleicht auch etwas näher erläutere. Wir leben in einer Zeit, um es vielleicht so zu formulieren, immer mehr Menschen wohnen auf immer weniger Raum. Im Jahre 1800 gab es in Europa 23 Großstädte und in den USA eine einzige Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern. 155 Jahre später ist ihre Zahl in Europa auf 348, also von 23 auf 348, und in den USA auf 191 gestiegen. Der Anteil der städtischen Bevölkerung hatte zu Beginn des vorigen Jahrhunderts 10 bis 20 % betragen, für das Ende unseres Jahrhunderts wird ein Anteil von 80 % prognostiziert. Also um diese Formel zu wiederholen, immer mehr Menschen wohnen auf immer weniger Raum. Das ist das eine Phänomen, das naturgemäß in erster Linie dem Fremdenverkehr in seiner Entwicklung außerordentliche Chancen bietet.

Immer mehr Menschen werden immer mehr Freizeit haben. Wir sehen das nicht nur an der Arbeitszeitverkürzung, sondern an der Erhöhung der Urlaubsraten, an der rasanten Entwicklung in den hochentwickelten Industrieländern. Das ist die zweite Chance, die sich uns bietet, und die dritte ist damit verbunden, daß ein immer größerer Teil

der Einkommen für diese Zwecke verwendet und eingesetzt wird. Aus diesen Überlegungen heraus baut sich auch die steirische Fremdenverkehrspolitik auf. Erlauben Sie mir jetzt aber gleich eine grundsätzliche Feststellung. Wir wollen in diesem Lande keine Hotelbetonsilos, sondern wir wollen Familienbetriebe schaffen, so wie sie in diesem Land vorhanden sind, auch aus zwei Gründen: 1. weil sie in der Lage sind, in der Betreuung des Gastes eine Atmosphäre zu entwickeln, die durch nichts zu ersetzen ist, 2. weil sie auch — man muß an solche Dinge auch denken — in der wirtschaftlichen Entwicklung zu den krisenfestesten Erscheinungen überhaupt zählen. Wir sind mit dieser Überlegung auch richtig gelegen. Ich war im heurigen Frühjahr in Schweden und habe bei dieser Gelegenheit schwedische Fremdenverkehrseinrichtungen beobachten und studieren können. Meine Damen und Herren! Wenn Sie in ein schönes Restaurant in einer schwedischen Stadt kommen, man nimmt Platz (Abg. Pözl: „Er hat den Kreisky nicht getroffen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „In der Sauna!“), dann wartet man bis der Ober die Speisekarte bringt, damit man dann die Bestellung aufgeben kann. Aber da kommt kein Ober, und es gibt einem niemand eine Speisekarte. Erst der zuständige Herr, der mich begleitet hat, hat gesagt: So, lieber Herr Landesrat, jetzt muß ich Sie bitten, jetzt gehen wir zu einem langen Tisch, dort gehen wir uns die Suppe holen. Dann sind wir die Suppe holen gegangen, haben sie selber herausgeschöpft, sind mit dem Teller zum Tisch, haben die Suppe gegessen. Dann sind wir wieder zum Tisch hin, haben uns das Fleisch herausgenommen und die Zuspense. Und dann haben wir uns den Nachtschiff geholt, dann erst kam jemand, um zu kassieren. Ist das Fremdenverkehr, mit dem wir Staat machen werden können morgen oder übermorgen? Das würde doch niemand glauben, daß das möglich und denkbar ist, sondern hier zeigt sich die Chance und der Vorteil des Familienbetriebes wie nirgends woanders, um es mit einem solchen Beispiel zu untermauern. Wir sind daher auch in unserer Investitionspolitik von diesen Überlegungen ausgegangen und haben in der steirischen Infrastruktur des Fremdenverkehrs auch eine Reihe von neuen Wegen beschritten. Ich will mich jetzt nicht im einzelnen verbreitern mit all den Dingen, die geschehen, aber ich möchte auf eines der interessantesten Beispiele aufmerksam machen, die wir zur Zeit im Bau haben und im nächsten Frühjahr der Bestimmung übergeben können. Das ist der Badesees in Stubenberg. Wir bauen den größten Badesees in der Steiermark mit einer Wasserfläche von mehr als 50 ha, und wir bauen damit ein Fremdenverkehrszentrum. Man kann ruhig sagen, daß dieses Stubenberg ein oststeirisches Meran wird! Es wird hier viel gefördert, wir sind auch hier neue Wege gegangen, indem wir in dieser Gemeinde den Flächennutzungs- und Bebauungsplan beschlossen haben, um eine Zersiedelung und eine Verhüttelung des Seegeländes zu verhindern. Es ist vorgesorgt, daß es hier um eine Anlage geht, die ein Erholungszentrum allerersten Ranges sein wird. Wir haben mit dem Bau des Badesees in Treglwang begonnen, der eine Wasserfläche von 32 ha haben

wird, und wir studieren gegenwärtig das Projekt eines Badesees auf der Teichalpe, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wir haben den großartigen Wildpark in Mautern geschaffen, der heute nicht nur eine steirische, sondern eine österreichische Attraktion ist und der Besucher aus aller Welt hat. Zum ersten Mal waren wir in der Lage, mit einem Wildpark an Gäste heranzukommen, die sonst niemals in das Land hätten hereingebracht werden können. Wir sind auch in der Frage der Werbung neue Wege gegangen, und es hat in dieser Debatte der Herr Abgeordnete Pözl vor allem beleuchtet, was Tirol auf dem Gebiet des Films macht. Ich möchte dazu folgendes sagen: Der Film — es wäre schön, wenn es anders wäre — ist nicht das Werbemittel Nr. 1 im Fremdenverkehr, er kann es auch nicht sein. Die vier großen Werbemittel des Fremdenverkehrs sind nach einer genauen Untersuchung:

1. die gute Nachrede — durch nichts zu ersetzen;
2. die Reisebüros;
3. die Prospektwerbung;
4. die Werbung in Zeitungen und Zeitschriften.

Alles übrige ist unter ferner liefen. Aber wir haben ein Filmprogramm aufgezoogen, das sich sehen lassen kann. Wir haben zum Beispiel einen Film über das Zeughaus drehen lassen. Der Mann, der diesen Film gedreht hat, hat mittlerweile sieben internationale Preise eingeheimst. Der Film ist im deutschen Fernsehen, im französischen Fernsehen, im englischen Fernsehen, in mehreren Stationen der USA, in Japan, in Italien gelaufen und hat damit auch für die Steiermark und naturgemäß für Graz und damit auch für den Fremdenverkehr geworben, um nur ein solches Beispiel zu sagen. Wir haben aber auch vielleicht bei einer solchen Gelegenheit noch ein Wort zu sagen. Meine Damen und Herren, es wird sehr oft die Frage geprüft und untersucht: Wohin gehen diese Riesenumsätze? Wir wissen und haben gehört, daß der österreichische Fremdenverkehr im heurigen Jahr die Traumgrenze von 1 Milliarde Dollar Deviseneinnahme nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten hat. Und es fragen sich viele in diesem Land, wohin geht dieses Geld? Geht das wirklich alles in die Hotellerie oder in die Fremdenverkehrswirtschaft? Dem ist nicht so, und ich möchte in einem solchen Fall sagen: Ein Drittel der Umsätze im Fremdenverkehr geht in die österreichische Landwirtschaft, und man kann ruhig sagen, daß wir eine Reihe von Gebieten unseres Landes dadurch wirtschaftlich aufgerüstet haben, daß wir den Fremdenverkehr dort voll und ganz aufgezoogen haben. Es wird sehr oft, immer wieder festgestellt, die große Wertschöpfung biete nur die Industrie. Das ist richtig, aber auch die Steuerkopffquoten aus 1969 zeigen neuerdings dasselbe, die 10 besten Gemeinden der Steiermark mit den höchsten Steuerkopffquoten teilen sich in genau 5 Industriegemeinden und 5 Fremdenverkehrsgemeinden. Das heißt, es ist damit der Nachweis erbracht, daß durch den Fremdenverkehr die gleichen wirtschaftlichen Ergebnisse erreicht werden können, als wenn wir eine totale Industrialisierung anstreben würden. Wir sagen das auch deshalb vom Fremdenverkehr her, weil wir in diesem

Land eine Reihe von Landstrichen und Regionen haben, in denen wir in der Lage sind, den Fremdenverkehr noch weiter auszubauen und noch weiter zum Tragen zu bringen.

Und nun ein Wort zum Verkehr: Die AUA hat in einem Brief vom 2. Dezember — es ist ja das mittlerweile bekannt, aber ich wiederhole es — mitgeteilt, daß sie mit dem 1. April 1971 drei Linien von Graz führen wird, und zwar:

Von Graz über Linz nach Frankfurt und zurück, das ist die Linie eins, die zweite von Graz über Salzburg nach Zürich und zurück und die dritte von Graz über Wien nach München. Und nun sagt die Direktion der AUA, daß mit dieser täglichen Flugverbindung von Graz über Wien nach München neben der Verbindung nach München in Wien Anschlüsse nach folgenden, außerhalb Österreichs stehenden Linien zur Verfügung stehen, und zwar: allein mit der AUA nach Athen, Saloniki, Beirut, Istanbul, Tel Aviv, Zürich, Frankfurt, Kopenhagen, Stockholm, Rom und Paris. Bis zum 31. August 1971 werden die Flüge von Graz über Linz nach Frankfurt, von Graz über Salzburg nach Zürich, von Graz über Wien nach München mit einer Viscount durchgeführt, ab 1. September 1971 wird auf diesen Strecken eine Caravelle zum Einsatz gebracht. Wir können sagen, daß die Steiermark von der Luft her glänzend versorgt ist. (Landeshauptmann Krainer: „Du mußt sagen, mit der Styrian Airlines!“ — Gelächter — Landesrat Bammer: „Da kommt ein Witz zu später Stunde!“)

Man kann hier ein Bonmot wiederholen, das in der Budgetdebatte des Grazer Gemeinderates von einem Sprecher gesagt wurde, daß eine der Ursachen mit dem „tropischen Gewitter“ zusammenhänge. (Abg. Pözl: „Tropperisches Gewitter!“) Auch hier dürfen wir es als einen großen Fortschritt betrachten, daß wir im steirischen Fremdenverkehr, und nicht nur für den Fremdenverkehr, sondern ebenso für die steirische Wirtschaft entscheidende Verbindungen geschaffen haben.

Meine Damen und Herren! Ich war vor etwa — und damit bin ich schon in der Zielgeraden meiner Ausführungen — 6 Wochen mit steirischen Gastwirten in der Schweiz und habe nicht nur Schweizer Fremdenverkehrseinrichtungen besichtigen können, sondern auch mit Schweizer Fremdenverkehrsexperten Gespräche führen können. Unter anderem mit dem Leiter der Schweizer Verkehrszentrale, der einer der mächtigsten Leute des Schweizer Fremdenverkehrs ist, er ist einer der besten Berater der OECD in Fremdenverkehrsfragen und er hat sich über den österreichischen und auch über den steirischen Fremdenverkehr sehr gut orientiert gezeigt. Er hat mir bei dieser Gelegenheit folgendes gesagt. Nach einer weltweiten Schau ist festzustellen, daß der Massentourismus im Abklingen und der Individualtourismus im Kommen sei. Er drückte das so aus, die Gegenbewegung sei also im vollen Gange und eine solche Chance am Individualtourismus teilzunehmen, kann ein Land wie Österreich, und vor allem sagte er, ein Land wie die Steiermark besonders teilhaben, nämlich in seinem Angebot in der Landschaft, in seinen kulturellen Wer-

ten und in seiner unübertroffenen Gastfreundschaft. Und wenn wir daher sagen, wir sind ein Land, das Erholungsraum hat, ein Land, in dem wir wünschen, daß Gäste kommen, die sich bei uns erholen, dann wollen wir gerade damit auch dem steirischen Fremdenverkehr in dieser Richtung hin den ganzen Schwerpunkt setzen, weil wir wissen, daß wir damit wahrscheinlich auch in der Zukunft gegenüber der Konkurrenz am besten werden bestehen können. Ich möchte bei dieser Gelegenheit und von hier aus aus ganzem Herzen Dank sagen für die Mühen der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft und allen, die mitgetan und mitgewirkt haben, um dieses Fremdenverkehrsjahr erfolgreich zu bestehen. Ich danke herzlich der steirischen Presse, den Tageszeitungen und Wochenzeitungen, dem Rundfunk und dem Fernsehen, die entscheidend mitgeholfen haben, auch unsere Anliegen publik zu machen und für den steirischen Fremdenverkehr zu werben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch herzlich Dank sagen den Direktoren unserer Landesberufsschule für das Gastgewerbe und der Hotelfachschule in Bad Gleichenberg. Das sind, ich möchte sagen, die Generalstabsschulen nicht nur des steirischen, sondern darüber hinaus des österreichischen Fremdenverkehrs, in denen wir jenen Nachwuchs nicht nur für unser Land allein, sondern weit darüber hinaus herausbekommen, der eigentlich erst dem Fremdenverkehr das moderne Gepräge gibt.

Zusammenfassend darf jedenfalls gesagt werden, der steirische Fremdenverkehr ist in guter Entwicklung. Und wenn der Herr Finanzreferent in seiner Einbegleitungsrede zum Ausdruck gebracht hat, daß die 66 Millionen, die wir einsetzen, als eine Umwegrentabilität zu betrachten sind, dann dürfen wir sagen, daß mehr als 7 Millionen Übernachtungen, unter der Annahme, daß Vollpension plus Übernachtung und sonstiger Ausgaben mit 200 Schilling pro Übernachtung veranschlagt werden können, zumindest für den steirischen Fremdenverkehr in diesem Jahr einen Umsatz von mehr als 1 Milliarde und 400 Millionen Schilling gebracht haben, da kann man zumindest auch zum Ausdruck bringen, daß diese Umwegrentabilität zum Tragen gekommen ist. Ich glaube, daß wir alles getan haben und daß wir hoffen, anders kann es jetzt nicht gesagt werden, wenn man in der Lage wäre, das zu bestimmen, daß wir ehebaldigst Schnee bekommen. Schnee, Schnee und nochmals Schnee, denn wir sind ausgebucht wie noch nie, aber das setzt voraus, daß es Schnee gibt. Soviel Schnee, damit der Erfolg sich fortsetzen kann. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis morgen, Samstag, den 19. Dezember, um 8.30 Uhr. Gute Nacht!

Unterbrechung der Sitzung: 22.15 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 19. Dezember 1971, 8.30 Uhr.

Präsident: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Bevor wir zum Kapitel Land- und

Forstwirtschaft kommen, erteile ich noch dem Herrn Landesrat Peltzmann zu einem Schlußwort zum vorigen Kapitel das Wort.

Landesrat Peltzmann: Guten Morgen, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gruppe 7 findet auch die Feuerwehr ihren Niederschlag. Ich möchte nur ein paar Worte dazu sagen. Die Feuerwehren der Steiermark waren im Jahre 1969 in 2042 Einsätzen tätig, davon waren bereits über zwei Drittel technische Einsätze, d. h., Einsätze von Fährenabschleppen, Hochwasser und Ölalarm. Wenn Sie die Zeitungen aufschlagen, dann lesen Sie immer wieder von der Grundwassergefahr, vom Tankwagenunglück oder vom Lkw-Unglück, wie z. B. die Griechen Lkw-Zusatztanks bis zu 3000 Liter Öl mit sich führen, daß ein Unfall eines solchen Fahrzeugs bereits eine Grundwassergefährdung mit sich ziehen kann.

Ich möchte hier unseren Feuerwehrmännern herzlichen Dank sagen, aber ich möchte auch die Zusammenarbeit mit dem Landesbauamt und hier insbesondere mit dem Ing. Zwittnig hervorheben, der immer wieder und jederzeit bereit ist, seine Erkenntnisse und seine Erfahrung in den Dienst der Sache zu stellen. Ich glaube, daß es für das Land ein großes Glück darstellt, daß wir 30.000 Freiwillige haben, gegliedert in Betriebs- und Freiwillige Feuerwehren und daß wir auf den Idealismus dieser Leute immer wieder zurückgreifen können. Im außerordentlichen Budget sind 10 Millionen S bedeckt für den Bau der Landesfeuerwehrschule. Wir werden wahrscheinlich mit diesen 10 Millionen S nicht unser Auslangen finden, weil allein — und die Feuerwehrscheule steht vor der Dachgleiche — für die elektrische Ausrüstung dieser Schule ein Betrag von 8 bis 9 Millionen S erforderlich ist. Der Herr Landesfinanzreferent hat in den Vorbesprechungen zu diesem Kapitel die Zusage gemacht, nach Baufortschritt hier nachzubecken, so daß wir damit rechnen können, diese Schule 1972 in Betrieb nehmen zu können.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der allgemeinen Förderung für Landwirtschaft, Ferndenverkehr ist auch die Wirtschaftsförderung in der Gruppe 7 vertreten. Bei der Durchsicht der verschiedenen Kapitel wird Ihnen aufgefallen sein, daß es verschiedene neue Positionen und einige Erhöhungen bei bestehenden Positionen gibt. Wenn man von der Wirtschaft der Steiermark spricht, so denkt man in erster Linie an unsere Großindustrie, an die Schwerindustrie und an die Grundstoffindustrie. Kohle und Erz haben immer in der Steiermark dominiert. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch auf dem Gebiete der Wirtschaft ist die Steiermark ein Land der Vielfalt und es gibt wenig Sparten, die in unserem Land nicht vertreten sind. Die Vielfalt beginnt in den Produktions- und Dienstleistungsbereichen, aber ebenso schlägt sich diese Vielfalt in der Größenordnung unserer Betriebe nieder. Von 32.359 Betrieben haben 24 Betriebe einen Beschäftigtenstand über 1000, 18 Betriebe einen solchen von 500 bis 1000, 216 Betriebe zeigen Beschäftigte von 100 bis 500 und 2825 Betriebe haben einen Beschäftigtenstand von 10 bis 100,

16.923 Betriebe, das sind 52,2%, haben einen Beschäftigtenstand von 1 bis 10 und über 12.000 Betriebe sind Ein-Mann-Betriebe, also ohne fremde Arbeitskräfte. Sie sehen, daß auch hier, ebenso wie in der Landwirtschaft, die kleinen Strukturen vorherrschen. Nun, wenn man sich den Beschäftigtenstand dieser Betriebe anschaut, dann kann man feststellen, daß die Betriebsgröße von 100 bis 1 Beschäftigten 102.631 Arbeitnehmer nach der Statistik 1968 beschäftigt. Nimmt man dazu 46.000 Unternehmer und Familienangehörige, die hier mitbeschäftigt sind, so ist das eine Zahl von rund 150.000 Beschäftigten. Diese Struktur hat natürlich ihre Vor- und Nachteile. Der Vorteil des Kleinbetriebes liegt darin, daß er anpassungsfähiger, wendiger ist und sich leichter den Gegebenheiten, aber auch der Beschäftigungslage anpassen kann, und das hat sich besonders in den Rezessionsjahren 1967/68 gezeigt. Der Nachteil liegt darin, daß diese kleinen Betriebe, da meist die Investitionsmittel fehlen, sich weniger dem technischen Fortschritt anpassen können, mehr improvisieren müssen, und das schlägt sich natürlich negativ in der Wirtschaftsentwicklung nieder. In Erkenntnis dieser Tatsache finden Sie bei der Post 751 „Gewerbliche Kreditaktionen“, genannt „Kammer-Land-Aktion“, eine 50%ige Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1970. Die Kammer dotiert statt mit 800.000 S mit 2 Millionen, das Land dotiert statt mit 2 Millionen mit 4 Millionen, so daß es uns möglich sein wird, die bis jetzt angelaufenen Ansuchen im Jahre 1971 zu 100% zu befriedigen. Ich glaube, daß das eine echte Hilfsstellung für unsere kleinen Betriebe darstellen wird. Aber Sie haben auch eine Post, und zwar die Post 751,704, die erstmalig im Landesvoranschlag aufscheint, die Förderung des Exportringes der gewerblichen Wirtschaft. Abgeordneter Pölzl hat in seinen kurzen Ausführungen bereits auf die Tätigkeit dieser Vereinigung hingewiesen.

Nun, was hat sich dieser Exportring für Zielsetzungen gegeben? Die Schwierigkeit im Kleinbetrieb liegt auch darin, daß der Unternehmer, der Betriebsführer als solcher, meist die gesamten Agenden der Betriebsführung auf sich nehmen muß, das heißt, den Einkauf, den Verkauf, die Arbeitseinteilung, die Werbung, aber er ist auch meist die beste Arbeitskraft seines Betriebes. Als solcher hat er natürlich wenig Zeit, sich mit den Dingen, die um ihn geschehen, zu beschäftigen. Hier ergeben sich insbesondere Schwierigkeiten bei Exportanbahnungen für diese Kleinbetriebe. Die Quote der exportbeschäftigten Gewerbebetriebe vor 1938 war um zwei Drittel höher als heute. Warum kommt das? Die Exportanbahnung und die Exportdurchführung sind viel schwieriger geworden. Wenn Sie bedenken, ein Exportgeschäft, wenn es bereits zum Abschluß kommt, bringt heute immerhin mit sich, daß sie 25 Formulare ausfüllen und sich mit dem Papierkram herumschlagen müssen. Die Aufgabe des Exportringes soll es sein, zuerst einmal die Exportgesinnung in diesen Betrieben zu wecken, mitzuhelfen bei der Anbahnung von Geschäften, und dann kommt die Unterstützung bei der Abwicklung des angebahnten und abgeschlossenen Geschäftes. Ich brauche hier auf die Ziffer nicht hinzuweisen.

Abgeordneter Pözl hat das ja bei seinem Beitrag im Hohen Haus bereits getan. Wir können aber feststellen, daß es uns gelungen ist, Betrieben neue Absatzmärkte, das heißt neue Arbeitsbereiche zu bieten. Als Beispiel möchte ich den Lodenwalker Steiner in der Ramsau nennen. Der war so weit, daß er seine Produktion in ihrer Vielfalt sehr schwer absetzen konnte. Nachdem er über den Exportring mit dem Export konfrontiert wurde, fand er Abnehmer. Heute können wir feststellen, daß neue Anbahnungen dazu führen, daß dieser Betrieb neue Arbeitskräfte einstellen muß, das heißt also, es ist gelungen, alte Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu erringen.

Die Post 751,703 sieht Umstellungsmaßnahmen und praktische Betriebsberatung in der gewerblichen Wirtschaft vor. Diese Post soll dazu beitragen, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut die praktische Betriebsberatung in die Betriebe hineinzutragen. Es ist sehr schwierig, Betriebsinhaber aus dem Osten, Westen oder Norden unseres Landes nach Graz zu bringen, um hier an den Möglichkeiten, die das Wirtschaftsförderungsinstitut, aber auch das Berufsförderungsinstitut bietet, teilzuhaben. Hier wollen wir hinaus auf das flache Land, und mit diesen Mitteln wollen wir das Umschulungszentrum dotieren.

Wie Sie aus der Presse erfahren haben, wollen wir am 1. Februar 1971 den ersten Kurs im Umschulungsverfahren durchführen. Der Abgeordnete Gross hat bereits diese Frage angezogen. Hier liegen zwei Jahre Vorarbeiten hinter uns, und ich kann feststellen, daß die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut, mit dem Berufsförderungsinstitut, mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, mit dem Landesarbeitsamt ausgezeichnet funktioniert hat. Wir sind mit dieser Idee vor 14 Tagen in die Presse gegangen, und gestern wurde mir mitgeteilt, daß bereits ohne weitere Aufforderung 16 Anmeldungen dafür vorliegen.

Was wollen wir mit diesem Kurs? Wir wollen Hilfsarbeiter zu Facharbeitern heranbilden. Wir wollen aus der Landwirtschaft weichenden Arbeitskräften die Möglichkeit geben, durch die Erlernung eines Facharbeiterberufes die Eingliederung in den gewerblichen und industriellen Produktionsprozeß als Facharbeiter und nicht als Hilfsarbeiter durchzuführen. Das Fernziel unserer Umschulung ist die Umschulung von Unternehmern, die durch die technische Entwicklung am Material- sowie am Verarbeitungssektor nur durch Umstellung den weiteren Anschluß an das Wirtschaftsgeschehen finden können. Für den ersten Kurs hat uns das landwirtschaftliche Schulwesen Internatsplätze in Alt-Grottenhof zur Verfügung gestellt, und das Wirtschaftsförderungsinstitut stellte uns die Werkstätten in Graz zur Verfügung. Ich möchte hier herzlichen Dank sagen allen, die mitgewirkt haben, der landwirtschaftlichen Schulabteilung, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl. Ich möchte aber auch dem Landesarbeitsamt herzlichen Dank sagen. Die Damen und Herren sind uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Das Arbeitsmarktförderungsgesetz sowie das Berufsausbildungsgesetz schufen

auch dafür die gesetzlichen Voraussetzungen. Ich hoffe, daß wir Ihnen nach sechs Monaten — für diese Zeit ist der Kurs festgelegt — nach Ablauf des ersten Kurses einen positiven Bericht vorlegen können. Wir haben weiters vor die Erstellung einer Auffangsgesellschaft, die dazu dienen soll, jungen Arbeitnehmern, die selbständig werden wollen, die Möglichkeit dazu zu geben, und eine Verbindungsstelle für Handwerk und Industrie. Zwar liegen wir hier noch sehr im argen. Die Form der Zulieferungsbetriebe hat in Österreich noch wenig Fuß gefaßt. Wenn ich Ihnen nur zwei Zahlen nennen darf — zum Beispiel beschäftigt General Motors in Amerika 20.000 Zulieferungsbetriebe und das Volkswagenwerk in der Bundesrepublik Deutschland 6000 solche Firmen. Natürlich stand und steht dieser Entwicklung unser Umsatzsteuersystem entgegen. Wir hoffen aber — und Zusagen wurden ja in der letzten Zeit von allen politischen Richtungen gemacht —, daß das moderne Mehrwertsteuersystem mit 1. 1. 1972 in Österreich seinen Eingang findet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Zulieferungsbetrieben muß mit ganz geringen Verdienstspannen gerechnet werden und hier spielt natürlich die Umsatzphasenpauschalierung mit einer Umsatzsteuer von rund 6% eine derartig hohe Rolle, daß die Zulieferung meist nicht am Willen, sondern an der Kalkulation scheitert. Ich glaube, daß durch die Mehrwertsteuerregelung hier einiges zum Besseren gedeihen kann.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat die Steiermärkische Landesregierung im Herbst 1970 eine Meinungsbefragung bei Klein- und Mittelbetrieben durchführen lassen. Es wurden 1800 steirische Wirtschaftsbetriebe getestet und die Untersuchungsergebnisse liegen uns vor. Das Hauptuntersuchungsgebiet waren die Gewerbeförderung in der Steiermark, der öffentliche Kredit, das Finanzierungsverhalten der Wirtschaftstreibenden und die Wirtschaftsmentalität. Als Ergebnis dieser Untersuchung darf ich Ihnen folgende interessante Einzelheiten berichten. 30% der steirischen Wirtschaftstreibenden haben einen öffentlichen Kredit in Anspruch genommen. Die Zinsenzuschußaktion aller, also auch des Bundeslandes, wurden von 12% beansprucht, 24% haben davon nichts gehört, die Betriebsberatung — und das glaube ich, ist ein ganz großes Minus — wurde von 8% in Anspruch genommen, 16% können sich darunter nichts vorstellen, aber 26% würden diese Beratung sofort in Anspruch nehmen, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird. Nun, als ein Fünftel der steirischen Wirtschaftstreibenden erklärte, kein Risiko eingehen zu wollen, dazu ist festzustellen, daß diese negative Haltung mit zunehmendem Alter bzw. sinkendem Einkommen steigt. Dieser vorindustriellen Wirtschaftseinstellung kann nur durch verstärkte Aufklärungsarbeit, durch verstärkte Betriebsberatung entgegengetreten werden. Das Ziel unserer Förderungspolitik muß in erster Linie in der Förderung der geistigen Aufklärung, der Weiterbildung, in der Konfrontation mit den Möglichkeiten, die es in den heutigen Klein- und Mittelbetrieben gibt, gelegen sein. Wir können ja eine

sehr erfreuliche Feststellung machen, daß die Reduzierung der Betriebe auf Kosten der sogenannten Ein-Mann-Betriebe geht und daß die Beschäftigungszahl in den Klein- und Mittelbetrieben im ständigen Steigen begriffen ist. Ich glaube, daß das eine sehr positive Auswirkung ist.

Aber nun, meine Damen und Herren, da wurde gestern auch davon gesprochen, daß die Steiermark laut Statistik des Brutto-Sozialproduktes an zweit-letzter Stelle vor dem Burgenland steht. Brutto-Sozialprodukt: Hier gibt es zwei Thesen. Ich habe mir vorgestern die neuesten Statistiken geben lassen, und zwar aus dem Büro Nemschak in Wien, das zeigt uns ein etwas anderes Bild für die Steiermark als angenommen. Ich habe mir geben lassen den Brutto-Monatsverdienst und ich habe mir geben lassen den Industriearbeiter Brutto-Monatsverdienst. Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Pro-Kopf-Volkseinkommen steht die Steiermark an vierter Stelle, und zwar nach dem Burgenland, Niederösterreich und Kärnten, mit einem Einkommen von 28.021.— S. (Landesrat Gruber: „Das Brutto-Sozialprodukt liegt im Burgenland von hinten angefangen an der vierten Stelle!“) Von hinten an der vierten Stelle. (Landeshauptmann Krainer: „Es gibt ja nur neun Stellen!“) Das stimmt, was ich Ihnen sage, an letzter Stelle steht Burgenland, Niederösterreich, Kärnten und dann kommt Steiermark. Nun, meine Damen und Herren, beim Brutto-Monatsverdienst liegen wir auch an vierter Stelle, aber in der Spitzengruppe, von oben herunter, so beträgt der Brutto-Monatsverdienst beim Spitzenreiter Oberösterreich 5100 S, in Tirol 5050, in Wien 4950 und mit geringem Abstand folgt bereits die Steiermark mit 4900 S. Nun, was zeigt uns das, das zeigt uns, daß eben die Kleinstruktur gewisse Schwierigkeiten mit sich bringt, weil in der Statistik des gesamten Volkseinkommens hier die Masse der Kleinunternehmer in der Land- und in der gewerblichen Wirtschaft dieses Bild zuungunsten der Steiermark färbt. Das zeigt uns, daß es unsere Aufgabe sein muß, über die Förderungsmaßnahmen diese Größenstrukturen langsam aber sicher zu verändern. Weil eben das Pro-Kopf-Einkommen in den sogenannten Kleinbetrieben, oder wie sie früher einmal geheißen haben, in den sogenannten Elendsbetrieben, ich will den Namen nicht nennen, weil ich glaube, das haben wir überstanden, es war ein Ausdruck aus den Jahren 1948/49/50, diese Dinge müssen wir überwinden und unser Bestreben im gewerblichen Bereich ist es, leistungsfähige Mittelbetriebe mit einem Beschäftigtenstand von zehn und darüber zu installieren, weil auch diese Betriebe interessant sind, nicht nur für den Betrieb selber, für die Produktion oder Dienstleistung, sondern auch für die Körperschaft, also für die Gemeinden, als Steuerträger. Sie können mir glauben, daß eine Gemeinde, die eine Reihe von solchen gesunden Mittelbetrieben hat, in der Steuerentwicklung meist günstiger liegt als Gemeinden, die einen Großbetrieb beherbergen. Das zeigt auch — und das hat auch gestern Herr Landesrat Wegart ausgesagt — die Statistik der Steiermark, daß unter zehn Spitzenreitern fünf reine Industriegemeinden und fünf Fremdenverkehrsgemeinden sind, und im

Fremdenverkehr herrschen in der Steiermark die Klein- und Mittelbetriebe, wir kennen ja gar keine Großbetriebe, vor, also ich glaube, das muß unsere Arbeit sein, daß wir den Kleinbetrieb einem weiteren Schrumpfungsprozeß unterwerfen und die Mittelbetriebe dazu bringen, stärker sich wie bis jetzt dem technischen und produktionsmäßigen Fortschritt anzugleichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte jetzt einige Dinge über die Preise sagen. Wie Sie wissen, untersteht mir immer noch das Preisreferat in der Steiermärkischen Landesregierung. (Landesrat Gruber: Was, und da steigen die Preise so!) Schauen Sie, es wurde noch nicht abgegeben. Herr Kollege Gruber, ich glaube ja, daß der Referatswechsel schon abgesprochen ist, nur durchgeführt noch nicht und es tut mir mein Kollege Bammer heute schon leid, wenn er glaubt, über das Preisreferat auf die Preisgestaltung in diesem Lande Einfluß nehmen zu können. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — 2. Präsident Ileschitz: „Stört doch nicht dauernd Euern Kollegen!“)

Meine Damen und Herren, es wurde gestern und vorgestern diskutiert über die zwei Preisgesetze. Nun darf ich Ihnen den Wortlaut der bisherigen und der vorgesehenen Änderung des Preistreibergesetzes kurz vortragen. § 1 Abs. 3, das ist überall gleich, ich komme nur zu dem Wort, zu dem Satz bzw. zur Satzstellung, in der nach Vorschlag der Bundesregierung eine Änderung erfolgen sollte. Nun, im alten Gesetz heißt es im § 3: Den einschlägigen amtlichen Vorschriften über die Preisgestaltung sich ergebende Preise erheblich übersteigen. Im neuen Vorschlag und das ist ein Terminus, den ich noch in keinem Gesetze gefunden habe, heißt es „nicht nur ganz unerheblich übersteigen“, was ist das? (Zahlreiche Zwischenrufe. — Abg. Loidl: „Auf das kommt es uns gar nicht an, es kommt auf die Haltung an!“)

Meine Herren, es kommt in erster Linie auf die Verantwortung an. Ja, entschuldigen Sie, da darf ich Ihnen noch etwas sagen. Das Preistreibergesetz wurde von der Regierung zurückgezogen. Nur das Preisregelungsgesetz fand im Ausschuß keine Mehrheit. Man spricht immer vom ortsüblichen Preis. Bei Strafverfahren, die in der dritten Instanz eine Anfechtung erfahren haben, haben unsere hohen Gerichte entschieden, daß der ortsübliche Preis die Grundlage für die Anwendung des Preistreibergesetzes zu sein hat. Es ist schon einmal der ortsübliche Preis ein sehr dehnbarer Begriff. Was nennen Sie denn als ortsüblichen Preis? (Abg. Gerhard Heidinger: „Für alle gleich!“) Nehmen Sie hier die Preisgestaltung eines Großmarktes, oder nehmen Sie die Preisgestaltung von einem Innenbezirk zum Vergleich mit einem Stadtrandbezirk? Die Behörden sind in ihren Erkenntnissen so weit gegangen, daß nicht nur der Ort, sondern ein gewisser Wirtschaftsraum zum Vergleiche genommen wurde. Mit Gesetzen werden wir keine Preise regeln. (Abg. Loidl: „Mit Moral! Wenn die Moral nicht da ist, schaut es schlecht aus!“) Da haben Sie vollkommen recht, jetzt sind wir dort, wo wir hinwollen, Herr Loidl, nur die Moral macht es. Wenn ich die Protokolle, Herr Abgeordneter Loidl, und ich habe

solche aus der 19. Sitzung, 6. Periode, 13., 14., 15. Dezember 1966, ich habe die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Heidinger, ich habe die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Gross zum Budget 1968. Ich muß sagen, wenn man diese Protokolle nachliest und ihre Einstellung zu den Preisen von heute hört, dann muß ich sagen, aus dem Saulus wurde ein Paulus. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Landesrat Dr. Klausner: „Bei Euch auch, vice versa!“ — Landesrat Gruber: „Sie werden doch nicht behaupten, daß wir mit der Preiserhöhung zufrieden sind!“ — Glockenzeichen des Präsidenten. — Abg. Pölzl: „Die Preiserhöhung ist Ihnen noch zu gering, Herr Landesrat Gruber!“ — Präsident: „Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Herrn Landesrat Peltzmann! — Zwischengespräche zwischen den Bänken machen den Redner unverständlich! — Herr Landesrat, ich bitte fortzufahren!“) Ich habe Auszüge aus der „Neuen Zeit“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist polemisiert, Herr Landesrat!“) vom 14. 10. 1970. (Abg. Pölzl: „Das ist doch nicht polemisches!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Als Preisbehörde darf er nicht über die Preise reden!“) Dort steht: „Die Stabilität der Preise hat keinen Sinn, wenn sie Arbeitslosigkeit bringt.“ Das ist sehr richtig, aber sehr weit herbeigeht. Wer denkt und spricht heute von Arbeitslosigkeit? Aber, Herr Abgeordneter Loidl, wissen Sie auch die Aufgliederung der Preissteigerung? (Landesrat Klausner: „Der OECD-Bericht denkt daran!“ — Abg. Loidl: „Sie sind hier als Landesrat und nicht als Abgeordneter des Wirtschaftsbundes!“) Als der zur Zeit für die Preisbehörde zuständige Referent, Herr Abgeordneter Loidl. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das sind Sie nicht, für die Preisbehörde ist der Landesrat Bammer zuständig seit neuem!“) Das ist noch nicht erfolgt. Ich unterschreibe noch jeden Akt. Ich habe schon zehnmal wollen, Herr Landeshauptmann. Ich sage ja, ich wünsche meinem Kollegen Bammer sehr viel Glück. (Landesrat Gruber: „Die bürgerliche Koalition in Norwegen hat auch Preisstopppgesetze beschlossen!“) Das können sie ruhig. Wir sind auch amtlich preisgeregelt. Das ist praktisch ein Preisstopp. Sie können 1 kg Brot oder 1 Liter Milch oder Butter auch nicht verkaufen, wie sie wollen. Auch hier gibt es einen Preisstopp, meine Herren. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Herr Abgeordneter Loidl, beruhigen Sie sich. (Abg. Loidl: „Ihr macht den Preis, nicht wir!“) Ich will ja an diesen Dingen wirklich etwas Positives finden. Und wenn ich sage, aus dem Saulus wird ein Paulus (Präsident Ileschitz: „Aus dem Paulus wird ein Saulus!“), so ist das ja keine Mißachtung.

Aber gliedern wir diese Preissteigerung doch auf. Das ist für uns alle interessant. In der Steiermark haben wir eine Preissteigerung von 4,4 % nach unseren eigenen Erhebungen. Besonders stark stiegen die Ausgaben für Wohnung und Wohnungsaufwand (Abg. Loidl: „Mietengesetz!“) für Bekleidung und Beheizung — meine Herren, wir wissen ja, was Öl, Koks und all diese Dinge kosten, auf die wir selbst gar keinen Einfluß haben. Stimmt das? (Abg. Prensberger: „Der Kokspreis wird vom Osten diktiert!“ — Abg. Stoisser: „Zum Heizen braucht man

Koks!“ — Glockenzeichen. Präsident. „Ich habe gehört, daß einige der Abgeordneten heute noch nach Hause fahren wollen, ich bitte, die Verhandlungen nicht so zu verzögern! Ich bitte den Herrn Landesrat, fortzufahren!“ — Abg. Gratsch: „Wir fahren morgen!“ — Abg. Pichler: „Wir haben Zeit, wir fahren morgen!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es wird auch in der SPÖ Allgemeingut werden, daß man Preise auf der Grundlage gewisser Wertungen, u. zw. der Kalkulation, festlegen muß. Und eine der höchsten Preissteigerungen haben wir auf dem Eisen- und Stahlsektor. Ich könnte jetzt sagen, dort haben sie allein den Einfluß. Ich werde das nicht tun, weil gewisse Vorleistungen so gestiegen sind, daß es gar nicht anders möglich wäre, das Produkt mit Gewinn abzusetzen, und die Wirtschaft kann nur vom Gewinn leben. Wir können unsere Betriebe nur modernisieren und der technischen Entwicklung der Neuzeit anpassen, wenn die Betriebe Gewinne machen. (Abg. Prensberger: „Dann reden wir nicht über die Preise!“) Jeder Bürgermeister, auch wenn er auf der sozialistischen Abgeordnetenbank sitzt, hat gewinnträchtige Betriebe lieber als solche, die mit Defiziten abschließen (SPÖ: „Sehr richtig!“), weil sich das auch in seinem Kasseneingang auswirkt. (Abg. Loidl: „Das wird in allen Fachkursen des Betriebsrates gelehrt. Wenn Sie das erste Mal hingehen, hören Sie es!“) Herr Loidl, wenn man Ihre Aussagen der letzten Jahre liest, dann haben Sie diesen Kurs nicht besucht. (Abg. Pichler: „Aber, aber!“) Wenn Sie jetzt diesen Kurs besucht haben und beim Voranschlag 1971 etwas vernünftiger geworden sind als 1968 und 1969, dann freut uns das ehrlich. Meine volle Anerkennung, Herr Loidl! (Abg. Pölzl: „Siehst Du Loidl, jetzt hast Du es!“)

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie die Zeitungen — zum Fernsehen haben wir ja keine Zeit gehabt, weil wir da herinnen gesessen sind — von gestern und vorgestern aufschlagen, dann lesen Sie: Es wird wieder auf Menschen geschossen, es werden ganze Gebiete abgeriegelt, weil sich die Bevölkerung gegen die Senkung des Lebensstandards wehrt. Hier möchte ich an Sie appellieren. Versuchen wir die Dinge doch aus der Sicht der Wirklichkeit und nicht durch eine parteigefärbte Brille zu sehen! (SPÖ: „Bravo! Jeder!“ — Abg. Brandl: „Auch Sie!“ — Abg. Ing. Stoisser: „In Polen gibt es keine freien Unternehmer!“) Ich möchte nochmals, meine sehr geehrten Damen und Herren, von der SPÖ-Fraktion sagen, ich habe hier alle stenographischen Protokolle der letzten Budget- und Landtagssitzungen, in denen Sie die Preisfrage aufgeworfen haben. Ich denke gar nicht daran, sie vorzulesen. (Abg. Pölzl: „Schade!“) Ich bin froh, daß Sie eine andere Meinung haben. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Dann werden wir heute nicht fertig!“) Aber, meine Damen und Herren, ich habe auch die „Gespräche und Argumente.“ (Abg. Pölzl: „Da lacht sogar der Fellinger drüber!“ — Abg. Prensberger: „Preiserhöhung heute wie in der Vergangenheit!“) Ich will nur ein Kapitel vorlesen, es würde sonst für uns zu lange und zu langweilig: „Die ganze Unfähigkeit der ÖVP-Wirtschaftspolitik zeigt sich in der Preissteigerungswelle. Noch keine Regierung vor dieser ÖVP-Regierung hat die Steu-

erzähler, die Konsumenten, vor allem die Unselbständigen und die Familien so stark belastet! Die Gesamtschuldenlast des Staates war noch nie so hoch wie beim Voranschlag 1971, und sie werden uns doch nicht den Vorwurf machen, daß wir das Budget 1971 erstellt hätten.“ (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe von allen Seiten.)

Ich muß Ihnen sagen, ich wollte das nur kurz aufzeigen, Sie haben ja Erinnerungslücken, wir bestimmt nicht, glauben Sie mir das. Und ich sage, sind wir froh, daß wir uns frei über solche Dinge unterhalten können, sind wir darüber glücklich, daß es in der Hand einer frei gewählten Körperschaft liegt, über diese Dinge mitzubestimmen. Aber, meine Damen und Herren, die Freiheit ist keine Salamiwurst, man kann nicht sagen, heute schneiden wir uns dieses Stück ab, morgen das Stück ab, wenn wir uns zur Freiheit bekennen, müssen wir uns auch zu einer freien Wettbewerbswirtschaft bekennen (Beifall von der ÖVP) mit allen ihren Vor- und Nachteilen. (Zwischenruf von der SPÖ: „Aha!“) Mit allen Vor- und Nachteilen. Lieber Herr Kollege, Sie werden kein Wirtschaftssystem finden, das nur Vorteile bringt. Wir haben ja die Beispiele weltweit vor uns, wir haben den Aust mit seiner Planwirtschaft, dort haben wir die Preise geregelt bis zum letzten Zahnstocher, wir haben Zwischenlösungen und wir haben freie Wirtschaftsbereiche. Ich glaube, daß wir zu dem, was wir uns selbst erarbeitet haben in den letzten 25 Jahren, mit offenem Herzen ja sagen können. Und glauben Sie mir das, die Wirtschaft wird ihre Pflicht erfüllen, man möge nur den Freiheitsraum, in dem diese Wirtschaft steht, nicht weiter einengen, dann würde es zum Nutzen aller unserem Volk weiterhin gelingen, seinen Lebensstandard und seinen eigenen Betätigungsbereich für sich, für uns und für unsere Kinder zu erweitern und das muß die Aufgabe aller, die in diesem freien Wirtschaftsraum tätig sind, sein.

Meine Damen und Herren, wenn Sie immer wieder den Unternehmer erwähnen, es ist ja nur ein Teil dieser Wirtschaft, die Wirtschaft sind wir alle, ganz gleich, wo wir tätig sind. Und es kommt darauf an, daß wir das gegenseitige Vertrauen uns entgegenbringen, weil das der Grundsatz ist, der eine freie und reibungslose Zusammenarbeit darstellt. Sie können die Wirtschaft mit einem Getriebe vergleichen und heute sind wir ja alle soweit technisch bewandert, schon die Buben mit sechs Jahren wissen über ein Getriebe mehr Bescheid als über die Unterrichtsgegenstände, die sie in der 1. Klasse haben. Nun wir wissen, es ist ganz gleich, ob das Zahnrad größer oder kleiner ist, aber das Getriebe wird nur dann funktionieren, wenn alle Zahnräder in Ordnung und wann die Reibungsverluste gering sind, und die können nur durch das gegenseitige Vertrauen so klein wie möglich gehalten werden. Nur um das bitte ich Sie, um das gegenseitige Vertrauen, dann habe ich keine Sorge daß wir in der Steiermark von Jahr zu Jahr mehr an dem Kuchen, den die Wirtschaft erarbeitet, teilhaben werden, dann habe ich keine Sorge, daß wir — und das ist uns bereits gelungen — aus dem vorletzten Reiter in die Mitte und eines Tages an die Spitze vorstoßen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Wir kommen nun zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft. Als erster Redner vorgemerkt ist Herr Abg. Dr. Ebendorfer. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist Abg. Schrammel vorgemerkt.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Ebendorfer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gruppe 7 finden wir den Abschnitt 73 „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ und den Abschnitt 74 „Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft“. Es sind für diese beiden Gruppen im Jahre 1971 rund 174,700.000 Schilling vorgesehen. Das ergibt gegenüber dem Jahre 1970 eine Steigerung von rund 15 Millionen oder 10%. Die gesamte Ausgabenerhöhung des Budgets 1971 beträgt 11,1%. Wir sehen also, daß das Wachsen der Ausgaben auch in dieser Post mit der allgemeinen Tendenz im großen und ganzen Schritt gehalten hat. Im ao. Haushalt stehen für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, für die landwirtschaftlichen Schulen und Betriebe rund 30 Millionen S bedeckt zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man hier über die Land- und Forstwirtschaft spricht, so gestatten Sie mir, daß ich kurz auf die Probleme dieses Berufsstandes eingehe. Es gibt meines Erachtens heute drei Probleme, die vor allem die Schwierigkeit der Land- und Forstwirtschaft, vor allem der Landwirtschaft kennzeichnen. Das erste, die Besitzstruktur oder überhaupt die Agrarstruktur. Hier ist festzustellen, daß unsere Agrarstruktur ja das Ergebnis eines jahrhundertelangen Prozesses ist. Die Strukturhebungen der Landwirtschaftskammer haben gezeigt, daß es in der Steiermark 83% aller Betriebe gibt, die unter einer Gesamtfläche von 20 ha liegen. Und was besonders wesentlich ist, es sind 22% aller Betriebe nicht in der Lage, Maschinen einzusetzen, weil die Flächen zu steil sind. Das zweite wesentliche Kriterium der landwirtschaftlichen Produktion ist durch den naturbedingten Produktionsrhythmus gegeben. Der Bauer muß produzieren und in dem Moment, wo er produziert hat, muß er auch verkaufen. Er kann weiterhin nur das produzieren, was aufgrund seiner Standortbedingungen möglich ist. Daher eine beschränkte Marktanpassung. Und zum dritten muß man noch dazu sagen, es ist auch eine geringe Markt elastizität vorhanden. Wenn Sie jetzt in diesen Tagen etwa durch die Straßen von Graz gehen, dann sehen Sie überall modische Damenstiefel. Es ist sicher möglich, daß man über den Begriff Mode die Damen dazu bringen kann, daß Sie sich jedes Jahr ein Paar Stiefel kaufen und so ist es bei vielen anderen Konsumprodukten möglich, eine Steigerung des Marktes durch Stimulierung zu erreichen. Ich glaube, Sie werden mir recht geben, daß es aber kaum jemanden gibt, der durch eine gesteigerte Werbung dazu zu verleiten wäre, daß er täglich eine zusätzliche Mahlzeit einnimmt, um damit etwa den Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte und Nahrungsmittel zu erhöhen. Das dritte wesentliche Problem, das die Landwirtschaft heute in allen Staaten der Industrieländer bedrückt, ist die ungleiche Chance am Weltmarkt. Es gibt immer wieder Leute, die sind der Meinung, na ja, Welt-

marktpreise, das wäre das Um und Auf und danach hätte sich die Landwirtschaft zu richten. Meine Damen und Herren! Es gibt keine echten Weltmarktpreise, weil alle Volkswirtschaften ihre Agrarüberschüsse je nach Marktlage zu außerordentlich reduzierten Preisen, zu sogenannten Dumpingpreisen, absetzen. Es gibt z. B. keinen echten Weltmarktpreis für Weizen, der sich an den Produktionskosten orientiert, der nicht gestützt wäre, auch keinen echten Weltmarktpreis für Butter oder ähnliche Produkte.

Das dritte Problem, das den Weltmarkt betrifft, ist, daß es keinen echten Ausgleich zwischen Hunger und Überfluß gibt; wie hier ja vom Herrn Abgeordneten Dr. Strenitz gesagt wurde, daß jeden Tag Hunderttausende von Menschen an den Folgen der Unterernährung sterben, das ist ein weiterer Faktor, der unverständlich ist. Aber — ich gebe auch zu — es hat noch niemand Lösungsvorschläge dazu geben können.

Diese allgemeine Situation hat natürlich Auswirkungen. Sie liegen darin, daß es erstens in der Landwirtschaft nie den Begriff einer Konjunktur gibt; Konjunktur für die Landwirtschaft gibt es nur dann, wenn Mangelerscheinungen sind, die aber selbstverständlich wegen der grundlegenden Bedeutung der Ernährungsprodukte sofort zu entsprechenden Bewirtschaftungs- und Reglements-systemen am Markt führen. Und es gibt zweitens, weil es keine Konjunktur gibt, nur geringe Zuwachsraten, die Steigerung der Produktivität ist also sehr begrenzt. Wir haben zwei Möglichkeiten. Wir können die Produktivität durch Mehrerzeugung steigern — ich darf Ihnen sagen, es sind ja keine unbekanntenen Ziffern, daß in den letzten 10 Jahren die Hektarroherträge um 69 % gestiegen sind, daß der Rohertrag je Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 131 % gestiegen ist. Man hat also auf diesem Wege, mit weniger Arbeitskräften mehr zu erzeugen, sicher statistisch sehr beachtliche Erfolge erreicht. Die zweite Möglichkeit, die damit zusammenhängt, ist die Abwanderung, der Strukturwandel, und es wurde in den letzten Tagen und auch heute schon von Umschulung und dergleichen Dingen gesprochen. Ich bin der Meinung, daß hier die Dinge mehr in Fluß sind, als wir manchmal zur Kenntnis nehmen. In Österreich sind es immerhin jährlich 25.000 Arbeitskräfte, die die Land- und Forstwirtschaft verlassen. Betrachten wir die letzten 10 Jahre, so sind es rund 200.000 oder ein Viertel der Gesamtbeschäftigten. Trotz dieser beachtlichen Anstrengungen in der Produktivitätsverbesserung sieht sich die Landwirtschaft einer zunehmenden Einkommensdisparität gegenüber, das heißt, daß ihre Einkommen im Vergleich zu allen anderen Berufsschichten immer weiter zurückbleiben. Wenn diese berühmte Statistik, von der Herr Landesrat Peltzmann jetzt gesprochen hat, wo wir am vierten Platz von hinten oder von vorne liegen, für die Steiermark im Vergleich zu anderen Ländern nicht besonders günstig ist, so ist hier sicher der Anteil der auf den unteren Rängen rangierenden landwirtschaftlichen Einkommen besonders zu sehen. Diese Einkommensdisparität hat wieder mehrere Ursachen. Die eine Ursache ist sicher die, daß im Bereiche der Unselbständigen in den

letzten Jahrzehnten laufende Lohn- und Gehaltserhöhungen möglich waren. Ich stelle das hier fest, ohne im geringsten einen Neidkomplex auszuspochen. Aber es ist Tatsache, daß hier die Einkommen der Bauern nicht mit Schritt gehalten haben. Die zweite Ursache der steigenden Disparität sind die Kostensteigerungen für Betriebsmittel und für Investitionen. Und die dritte Ursache ist schließlich und endlich auch die Tatsache, daß die Agrarpreise stagnieren, daß sie keine gleiche Entwicklung mit dem übrigen Preisniveau haben und daß wir in manchen Bereichen sogar rückläufige Preistendenzen haben.

Ich darf Ihnen, um diese Situation an einigen Beispielen zu erklären, eine betriebswirtschaftliche Untersuchung von Prof. Löhr mit einigen Zahlen zur Kenntnis bringen. Löhr hat festgestellt, daß ein Bergbauer heute im Durchschnitt 60 %, ein Talbauer 70 % des Einkommens eines Industriearbeiters erzielen kann. Ein Kaufkraftvergleich gibt uns geradezu besorgniserregende Auskünfte. Konnte ein Bauer im Jahre 1958 für 100 kg Weizen rund 45 Arbeitsstunden bezahlen, sind es im Jahre 1970 nur mehr 13 Stunden, also für 100 kg Weizen, die er verkauft, 1958 45 Stunden — 1970 13 Stunden. Oder: Für eine Arbeitskraftstunde mußte der Bauer im Jahre 1958 3,2 Liter Milch, im Jahre 1970 8,2 Liter Milch verkaufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Welche Auswirkungen ergeben sich daraus für die Agrarpolitik? Die erste Folgerung ist sicher die — was man ja überall hört — Strukturpolitik. In der Landwirtschaft müßten die Betriebe aufgestockt werden, sie müßten größer werden, und damit wäre schon der Stein der Weisen gefunden. Es ist richtig, die Betriebsstruktur ist unbefriedigend. Daran sind wir nicht schuld, sondern das sind — wie ich schon sagte — Entwicklungen, die auf eine lange historische Zeitspanne zurückgehen. Ich möchte Ihnen aber auch noch eines sagen und davor warnen, der Meinung zu sein, daß nur die Strukturverbesserung ein Allheilmittel sei, und ich möchte den Hohen Landtag bitten, wenn Sie nicht dieser Überzeugung sein sollten, einmal die Landesbetriebe, die unter der Verwaltung und Führung der Rechtsabteilung 8 stehen, unter die Lupe zu nehmen. Ich könnte Ihnen hier Beispiele sagen, daß es gutgeführte Landesbetriebe gibt, gutgeführte landwirtschaftliche Schulbetriebe, wo sowohl von der fachlichen Seite her als auch von der produktionstechnischen Seite, kurz von jeder Richtung alles unternommen wird, wo die Struktur in Ordnung ist, wo selbstverständlich vergleichbare Löhne bezahlt werden müssen, nicht die Kollektivvertragslöhne, sondern wesentlich mehr, damit Arbeitskräfte erhältlich sind, wo selbstverständlich Arbeitszeit und Freizeit vergleichbar geregelt sind und wo trotz der guten Führung und trotz der guten Struktur kaum Gewinne zu verzeichnen sind. Das beweisen ja auch die Ziffern in der Gruppe 8.

Wenn man heute immer wieder den Familienbetrieb so groß herausstellt, muß ich sagen, es ist richtig, der Familienbetrieb ist derzeit die einzige Möglichkeit, um unsere Landwirtschaft nach unseren Vorstellungen zu erhalten. Es spielt dabei oft auch

eine Rolle, daß man sich sagt, die Familie wird mehr leisten, sie wird nicht so sehr auf den Urlaub-, auf den Freizeitanspruch und auf den Einkommensanspruch gehen, wie es den Nichteigentümern zusteht. Und wenn ab und zu einmal auch im Steiermärkischen Landtag der Gedanke aufgetaucht ist, die Landesbetriebe zu verpachten, weil sie keine Reingewinne abwerfen, so möchte ich auch hier feststellen, daß vielleicht der Gedanke im Hintergrund steht, der Pächter wird dann schon das Seinige dazutun, der wird dann schauen, wie er damit weiterkommt.

Strukturpolitik — ja. Sie ist notwendig, ich möchte auch sagen, daß das vielleicht in Zukunft noch mehr ein Schwerpunkt der Agrarpolitik sein muß. Denn es wird sicher die Zeit kommen, wo mehr Flächen frei werden und wo es darum geht, diese Flächen in jene Familien zu bekommen, die Bauern bleiben wollen, daß deren Betriebe damit aufgestockt werden können. Zu dieser Strukturpolitik gehören selbstverständlich — ich erwähne es nur der Vollständigkeit halber — der Ausbau und die Erhaltung der Verkehrsverbindungen. Es gehören dazu die besonderen Belastungen, die im alpinen Raum — darüber wurde ja gestern vom Kollegen Haas schon gesprochen — in der Frage der Güterwegbenützung bestehen. Es gibt hier eine Untersuchung der Tiroler Landwirtschaftskammer, die nachweist, daß über 75 % des Gesamtverkehrs auch auf Güterwegen von nichtlandwirtschaftlichen Fahrzeugen bestritten werden.

Es gehören zu dieser Strukturverbesserung die E-Netz-Verstärkung, die Telefonverbindungen usw.

Eine zweite wesentliche Maßnahme der Agrarpolitik muß dann die Marktförderung sein. Die Marktförderung, die Marktpolitik, mit der ein gesicherter Absatz erreicht werden soll, auch eine gesicherte Marktversorgung. Marktpolitik heißt ja nicht nur Vorteile für den Bauern, sondern auch für den Konsumenten. Es muß durch die Marktpolitik ein regionaler Kostenausgleich erreicht werden.

Und sehen Sie, meine Damen und Herren, hier muß ich auch etwas auf die Agrarpolitik der Bundesregierung eingehen, ganz in aller Sachlichkeit einige Feststellungen treffen. Ich weiß nicht, ich habe es nicht gelesen in diesen Tagen, ob der Nationalrat das Marktordnungsgesetz beschlossen hat für das nächste Jahr. Die Wirtschaftsgesetze und die landwirtschaftlichen Marktgesetze sind ein wesentlicher Bestandteil der Agrarpolitik. Und es war für uns, für die Landwirtschaft, auch schon früher in der Koalition und während der Zeit der Alleinregierung unverständlich, warum man die Fragen der Wirtschaftsgesetze immer wieder mit anderen durchaus nicht damit im Zusammenhang stehenden Fragen junktimiert hat. Es war früher in der Koalitionszeit, es war in der Alleinregierung immer nur möglich, auf zwei Jahre befristet die Marktverordnungs-gesetze zu verlängern, deshalb, weil sie ja Verfassungsklauseln enthalten. Es ist in diesem Jahr nur eine halbjährige Verlängerung beschlossen worden und es wird jetzt wieder, oder es wurde wieder nur auf ein Jahr das Wirtschaftsgesetz verlängert. Selbst wenn man sich vorstellen würde, daß man eine unbefristete Verlängerung, die sowohl von der

Seite der Wirtschaft als auch der Bauernvertretung gefordert wird, wegen der Anpassung etwa nicht akzeptieren wollte, so müßte man zumindestens einen Zeitraum von fünf Jahren vorsehen, denn wenn man Marktpolitik betreiben soll und bei den wesentlichen gesetzlichen Grundlagen gewissermaßen von der Hand in den Mund lebt, so ist das einfach eine Diskrepanz und keine Grundlage. Es wäre also sehr, sehr zu wünschen, wenn man endlich die Bauern nicht als politisches Faustpfand betrachtet, wenn man nicht immer wieder gewissermaßen mit der Drohung, na ja, wenn ihr euch nicht politisch fügt, wenn ihr dort und da nicht zustimmt, dann bekommt ihr kein Marktordnungsgesetz, operieren würde. Ich glaube, daß gerade in dieser Frage objektive Notwendigkeiten Vorrang haben müssen.

Eine dritte wesentliche Frage der Agrarpolitik ist die Einkommensverbesserung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe versucht, ganz kurz zu skizzieren, daß sowohl die Ertragssteigerung als auch die Arbeitskraftverminderung seine Grenzen hat, und daß man hier einfach nicht die gesamte Problematik der bäuerlichen Einkommen, der zurückbleibenden Einkommen sehen kann. Es ist also auch das Problem der Kosten zu sehen und gerade gestern konnten wir in der Zeitung lesen, Strompreiserhöhung geplant 15 %, die Landmaschinen, das wissen wir, steigen jährlich annähernd um 7 % und so gibt es eine Reihe anderer Betriebsmittel, Investitionsmittel, deren Preise ständig steigen. Und ich darf hier mit aller Entschiedenheit feststellen, daß für die Landwirtschaft der Zustand steigende Kosten bei gleichbleibenden Preisen auf die Dauer ungerecht und unhaltbar ist.

Und auch hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Wort zur Agrarpolitik der Bundesregierung. Es wurde gestern schon das Versprechen in der Regierungserklärung vom 27. April 1970 zitiert, wonach die Bundesregierung die Aufgaben einer modernen Agrarpolitik in der Verbesserung der Einkommenslage der in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen sieht. Meine sehr geehrten Herren von der sozialistischen Fraktion, Sie werden jetzt verstehen, wenn ich feststelle, daß die Österreichische Volkspartei, was die Verwirklichung der Versprechungen des Regierungsprogramms und vor allem des Wahlprogramms betrifft, skeptisch ist und eben der Meinung ist und die Entwicklung gibt ja zum Teil recht, daß eben versprochen sehr leicht ist, halten aber schwer. Aber man kann sich hier täuschen, Überraschungen sind möglich. Aber eine Täuschung ist sicher nicht möglich, oder eine Tatsache, besser gesagt, ist auf jeden Fall eingetreten, daß es für die Bauern schlechter geworden ist. Hier ist also, wenn ich die Agrarpolitik von der Kostenseite her sehe, diese Feststellung einfach unbestreitbar. Es ist unbestreitbar, daß der Krisengroschen durch Monate hindurch um 12 g erhöht war und der Bauernschaft in Österreich einen Verlust von über 100 Millionen S gebracht hat. Ich kenne den Einwand, im Jahre 1968 war es ähnlich (Abg. Loidl: „17 lange Jahre!“), ich darf aber feststellen, daß sich der Herr Landwirtschaftsminister Weiß oder seine Berater, ich stehe gar nicht an zu sagen, daß ein Minister nicht alles wissen kann, ob-

wohl er natürlich die Verantwortung trägt, in Fragen des Krisengroschens hat er sich geirrt. Die Milchproduktion ist nämlich nicht um die 6,5 % angestiegen, wie man im Juli prognostiziert hatte, weil man ja nur einen Jahresvergleich berücksichtigte und das Jahr 1969 im Frühjahr außergewöhnlich gut war, sondern die Steigerung beträgt im Gesamtjahresdurchschnitt voraussichtlich höchstens 4 %. Sie wissen, daß wir seit Monaten Rahm importieren, Sie wissen, davon werden ja noch meine Kollegen sprechen, daß allgemein beim Magennmilchpulver und dgl. ein Mangel ist. Die gravierendste Kostenbelastung ergibt sich zweifellos aus der Regelung des Dieselpreises, wo eine zusätzliche Belastung von rd. 240 Millionen S den Bauern auf den Kopf fällt. Und es wurde auch das gestern schon gesagt, gut, Mittel für den Straßenbau geht in Ordnung. Aber daß der Bauer mit den 70 Groschen Dieseltreibstoffhöhung auch noch zusätzlich belastet wird, ohne einen Ausgleich zu haben — denn die Treibstoffzuschußhöhung auf rd. 63 Millionen gibt ja kaum eine Erhöhung für den einzelnen, wenn man in Vergleich zieht, daß ja auch die Zahl der Traktoren inzwischen gestiegen ist, so daß also bei gleichbleibendem Punktwert, wenn diese Anhebung nicht gewesen wäre, der einzelne weniger bekommen hätte —, ist unverständlich. Man kann also dem Versprechen, die Einkommen der Bauern zu erhöhen oder erhöhen zu wollen, gerade hinsichtlich dieser Preiserhöhung bei Dieseltreibstoff keinerlei Glauben schenken.

Sie wissen dann noch, ich möchte Sie nicht sehr lange aufhalten, daß der Düngemittelpreisgleich rd. um 84 Millionen gesenkt wurde, daß für den Brotgetreideausgleich inkl. dem ersten Budgetüberschreitungs-gesetz um 150 Millionen weniger zur Verfügung stehen, daß die Schlachtviehexportstützung um 9 Millionen vermindert wurde. Wenn ich die Erhöhungen berücksichtige, auch das möchte ich tun, hat der Grüne Plan für 1971, meine Damen und Herren, eine Nettoerhöhung um 5,73 Millionen. Und nicht, wie es vor zwei Tagen hier in einem Zwischenruf geschehen ist, von 780 auf 810 Millionen S. Im ersten Budgetentwurf sind Erhöhungen auch um 30 Millionen vorgesehen gewesen, aber dann im Wege der berühmten Budgeteinigung ist wieder eine Kürzung vorgenommen worden und diese Kürzung läßt eben letzten Endes eine effektive Erhöhung nur um 5,73 Millionen erwarten. Das wissen wir. Das ist der bekannte rote Luftballon mit dem blauen Mascherl. Ich möchte aber fairerweise feststellen, beim Weinwirtschaftsfonds sind im Budget um 19 Millionen S mehr, beim Milchpreisausgleich 3,8 Millionen. Gesamtbelastung minus Erhöhungen ergibt eine Nettobelastung von 491,27 Millionen S. Ich bin natürlich überzeugt, daß der verehrte Abgeordnete Zinkanell auf Grund der Gesamtbudgetzifferen nachweisen wird (Abg. Zinkanell: „Werde ich!“), unter Einbeziehung der sozialen Maßnahmen, daß mehr herauskommt. Aber, meine Damen und Herren, von der Sozialpolitik her können wir nicht die Einkommenspolitik in der Agrarpolitik sehen. Ich kann nicht die Dinge, die für die Altbauern vorgesehen sind, gewissermaßen auf die Aktivbetriebe, auf die wirtschaftenden Betriebe, umlegen (Abg. Schramml: „Das sind ge-

setzliche Verpflichtungen!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Der Zinkanell wird's schon machen!“) Ich möchte nur folgendes sagen: Es ist nirgends üblich, in keiner Berufssparte, daß irgendwann einmal diese Erhöhungen, etwa die Erhöhung der Witwenpension, der Ausgleichszulage auf die Einkommen der Unselbständigen angerechnet wurden. Das ist auch richtig. Das sind doch zwei ganz verschiedene Begriffe, die ich nicht in einen Topf werfen darf. Wir müssen uns mit den Dingen beschäftigen, die echt den Bauern entweder einkommensmäßig Vorteile oder Belastungen bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So ist die Situation, und wo liegt hier die Möglichkeit des Ausgleiches? Wie sollen Einkommen steigen, wenn nur die Kostenseite steigt? Ich möchte hier sehr deutlich sagen, daß es unverständlich ist, warum der Grundsatz: Die Preise steigen — daher höhere Löhne; oder: Die Kosten steigen — daher höhere Preise, für die Landwirtschaft keine Anwendung findet.

Ich möchte hier einige Worte zur Preispolitik sagen. Sicher ein sehr unerfreuliches Thema, das ist selbstverständlich. Ich bin der Meinung, auch in der Agrarpolitik ist die Preispolitik verantwortlich zu gestalten. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber die Preispolitik darf nicht ungerecht sein, und der Bauer darf nicht zum Prügelknaben der Wohlstandsgesellschaft werden. Das geht nicht. Ich bin daher der Meinung, daß auf die Dauer eine Anpassung der Agrarpreise an die Kostensituation einfach unumgänglich notwendig ist. Diese Anpassung der Agrarpreise — sprich Nachziehung, es wurden ja Forderungen des Österreichischen Bauernbundes hinsichtlich des Milchpreises konkret schon deponiert — hat zu Erfolgen einerseits durch eine entsprechende Export- und Importpolitik und auf der anderen Seite durch eine entsprechende Regelung der preisgeregelten Preise. Export- und Importpolitik, damit meine ich folgendes. Es ist unmöglich, daß man etwa durch eine Sperre der Exporte oder durch eine Verhinderung von Exporten versucht, im Inland einen Überdruck an Agrarprodukten zu erreichen, damit hier die Preise zumindest gleichbleiben. Das ist für die Dauer für die Landwirtschaft nicht tragbar. Jetzt werden Sie sagen, höhere Preise bringen höhere Überschüsse. (Abg. Loidl: „Das ist umgekehrt, dann ist die Regierung schuld, wenn alles steigt! Und so ist es auch nicht richtig, ja was denn!“ — Abg. Schrammel: „In der Landwirtschaft gibt es politische Preise!“ — Abg. Loidl: „Sie haben vollkommen recht, aber man darf nicht mit zweierlei Maß messen!“ — Landesrat Peltzmann: „Wir sind einer Meinung, wann es immer gilt, nicht nur bei der SPÖ-Regierung!“ — Abg. Loidl: „Sie haben recht, aber nicht mit zweierlei Maß messen!“) Ich messe nur mit einem Maß. Ich möchte Ihnen zu dieser Export- und Importpolitik ein Beispiel nennen: Wir wissen, daß im Frühjahr — das sehen wir auf Grund der Viehzählungen — eine bedeutende Erhöhung der Schweineanlieferungen eintreten wird. Es ist daher sehr notwendig, daß jetzt schon durch entsprechende Exporte der Ferkel Überschüsse aus dem Markt genommen werden, und es ist mir unverständlich, warum etwa die Vertreter der Arbeitnehmerschaft — in dem Fall der Arbeiterkam-

meritag — in der Viehfondskommission dagegen Einspruch erheben und diese Exporte verhindern wollen. (Abg. Loidl: „Der Herr Landesrat Wegart sagt, wir tun nichts, wir lassen alles laufen!“) Sie brauchen hier nur zuzustimmen. Ich meine hier ja auch die Verantwortung der Sozialpartner.

Bitte, lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Argument sagen: höhere Agrarpreise — höhere Überschüsse. Der Familienbetrieb, der von der Landwirtschaft lebt, ist in der Produktion preisunempfindlich, das heißt, daß er unabhängig von der Preisrelation einfach gezwungen ist, eine gewisse Menge zu produzieren. Es kommt daher vor allem darauf an, wie das Preisverhältnis ist. Ich kann eine Umstellung von Milch- auf Fleischproduktion sicher dadurch erreichen, daß ich den Viehpreis anhebe. Das ist richtig. Aber wenn alle Preise miserabel sind und nicht nachgezogen werden, dann bleibt letzten Endes für den Betrieb keine andere Möglichkeit, als entweder zu Hungerlöhnen weiterzuarbeiten oder diese Betriebe aufzugeben. Man wird in der Frage der Preispolitik, der Nachziehung der Agrarpreise in Zukunft auch einen Beitrag sehen müssen, um die ständige Verschlechterung der Preis-Kosten-Schere zu verhindern.

Damit möchte ich schon zum Schluß kommen und möchte noch einmal auf das Rezept, das immer wieder gesagt wird — Strukturwandel —, eingehen. Ich habe schon eingangs gesagt, Strukturwandel — ja, aber man darf nicht der Meinung sein, daß damit allein alles getan wäre. Ich darf Ihnen zwei Zahlen unserer Schülerstatistik sagen. In den land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen waren im Jahre 1963/64 rd. 4192 männliche Schüler in Ausbildung. Im Jahre 1970/71 sind es 1250. Wir sehen also, innerhalb von 7 Jahren war eine Reduzierung des Nachwuchses um 75 %. Die Untersuchung ist weitengegangen. Man hat festgestellt, daß unter diesen 1250 Berufsschülern, Pflichtschülern, die in die Schule gehen müssen, rd. 750 Hofübernehmer sind. Wenn ich eine 35jährige Generationenfolge — das ist an sich schon das Höchstmaß — annehme, so stehen derzeit Hofübernehmer für rd. 26.000 Betriebe noch zur Verfügung. Das heißt, daß bei einer Zahl von 40.000 Vollerwerbsbetrieben, die derzeit in der Steiermark noch vorhanden sind, bei weitem nicht mehr für jeden Vollerwerbsbetrieb ein Hofübernehmer zur Verfügung steht.

Ich glaube, diese Gelegenheit ist auch passend, ein Wort des Dankes und der Anerkennung zu sagen für die bäuerliche Jugend, die heute und auch in Zukunft noch bereit sein wird, Bauer zu bleiben, für eine Zukunft, die sicher nicht vom Begriff „Freizeitgesellschaft“ allzuviel haben wird, ohne Rücksicht darauf, wie sich die Dinge tatsächlich entwickeln. Wir sind sicher dafür, daß auch die bäuerliche Jugend in Zukunft am Fortschritt der sozialen Wohlstandsgesellschaft teilnimmt. Aber wenn sie sich heute entschließt, Bauer zu werden und den Elternhof zu übernehmen, nimmt sie von Haus aus ein großes Maß an Verzicht mit, an Verzicht auf die sicher in Zukunft hereinbrechende Wohlstands- und Freizeitgesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Wir müssen uns die Frage vorlegen: In sie-

ben Jahren eine Reduzierung von 75 % — die Zeit geht weiter —; wie viele werden es in fünf oder in zehn Jahren sein, die bereit sind, noch Bauer zu werden? Hohes Haus! Agrarpolitik geht alle an. Sie vertritt lebenswichtige Interessen des gesamten Volkes. Wir — auch wir hier im Hohen Landtag, müssen uns heute schon entscheiden, ob wir uns in zehn oder in zwanzig Jahren noch aus der heimischen Landwirtschaft ernähren wollen, oder ob wir das Abenteuer und Risiko der Abhängigkeit vom Ausland oder gar vom Weltmarkt im gesamten eingehen wollen.

Und wir müssen heute schon wissen, ob wir auch in Zukunft eine Kulturlandschaft haben wollen, oder ob wir das Land aufgeben wollen, das, vor 800 Jahren beginnend, gerodet und besiedelt wurde. Meine Damen und Herren, auch auf uns und an uns lastet ein Großteil der Verantwortung für diesen Weg, den wir in Zukunft für die Bauernschaft und auch das Wohl und Interesse aller Menschen, die in diesem Land leben, gehen wollen. Danke. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. Schrammel das Wort. Nach ihm folgt Abg. Prandkh.

Abg. Schrammel:

Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Landwirtschaft innerhalb der gesamten Wirtschaft kann sicherlich nicht verleugnet werden. Man muß aber auch hier gerecht eines zur Kenntnis nehmen, daß es für die Landwirtschaft und für den Bauern nicht leicht ist, als Produzent der Nahrungsmittel gegenüber einer Masse sich behaupten zu können. Das ist immer sehr schwer und bei der Regelung der Einkommensverteilung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme wird sich natürlich ein kleiner Berufsstand immer schwerer behaupten können. Wir bitten daher um Verständnis, um allgemeines Verständnis, daß wir die Probleme der Bauern nicht zu einem Politikum machen. Die Zahlen, die mein Vorredner schon erwähnt hat, besagen, daß die Entwicklung nicht für die Landwirtschaft spricht und daß eben gerade in der heutigen Wirtschaftsentwicklung die Behauptung des Bauern in der Gesamtwirtschaft viel schwerer ist, als das je in der Vergangenheit war.

Ich darf Ihnen auch die unterschiedliche Produktivitätssteigerung in den einzelnen Wirtschaftssparten kurz mit einigen Zahlen illustrieren. Die Landwirtschaft hatte eine Produktivitätssteigerung vom Jahre 1953 bis 1969 von plus 142 %, der öffentliche Dienst eine Steigerung von nur 7,8 %, um nur zwei Zahlen zu vergleichen, und hier dann auch die unterschiedliche Preis- und Einkommensentwicklung dieser beiden Sparten. Die Landwirtschaft eine Preisentwicklung von plus 31 % und der öffentliche Dienst von plus 212 %. Dieser Vergleich Leistung — Einkommen müßte eigentlich Bände sprechen. Auch die Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, hätten den gleichen Anspruch für ihre Leistungssteigerungen, die sie in der Gesamtwirtschaft erbracht haben. Nun, wir wissen, überall in der Wirtschaft in Österreich, in Europa, auf der ganzen Welt gibt es eben Schwierigkeiten bei der Be-

messung des bäuerlichen und landwirtschaftlichen Einkommens. Es wäre daher notwendig, daß wir Voraussetzungen finden, um über die Parteigrenzen hinweg zu sorgen, wie wir die Einkommenspolitik der Landwirtschaft verbessern könnten.

Der ehemalige Landwirtschaftsminister Schleinzer hat ein Gutachten über die Aufgaben und Ziele einer Raumordnung in Österreich erstellen lassen bzw. Erhebungen angestellt und nach diesem Gutachten wurden 7 Hauptregionen eingeteilt. Dieses Gutachten besagt, daß 80 % der Bevölkerung nicht in diese 7 Hauptregionen der Wirtschaft fallen. Vor allem die Gebiete der ländlichen Räume.

Die Verbesserung der bäuerlichen Agrarstruktur, die Wichtigkeit wird sicherlich nicht verkannt, kann nur Hand in Hand mit der Verbesserung der Gesamtwirtschaft gehen. Diese wirtschaftsarmen Gebiete sollten mit Industrie-, mit Gewerbebetrieben bedacht werden, damit das Einkommen der Menschen, die in diesem Gebiet leben, verbessert wird.

Eine Erhebung der Landwirtschaftskammer in der Steiermark besagt, daß die bäuerliche Durchschnittsfamilie noch immer 5 Personen ausmacht. Das besagt auch, daß wir in der Landwirtschaft in den ländlichen Regionen noch immer relativ große Familien haben und hier sich eben Arbeitskräfte für die Gesamtwirtschaft im erhöhten Maß anbieten, weit mehr als in den Ballungszentren, in den Industriezentren, eben in den städtischen Bereichen. Diese Erhebung hat auch gezeigt, daß in 78 % der bäuerlichen landwirtschaftlichen Betriebe in der Steiermark eine Vollmechanisierung möglich wäre und fragen wir die Bauern draußen, ob sie nicht gewillt wären, gerne es haben möchten, daß ihre Betriebe voll mit Maschinen und technischen Gütern ausgestattet sind, so ausgestattet sind, daß sie eben leichter, bequemer, der heutigen Zeit entsprechend oder den anderen Berufen angemessen leben könnten. Sie würden es gerne machen, nur fehlen ihnen weitgehendst die finanziellen Voraussetzungen. Die Verbesserung des bäuerlichen Einkommens der Bauersfamilie müßte daher als das Wichtigste in der Agrarpolitik überhaupt betrachtet werden.

Etwa 28 % der Wohnhäuser in der Landwirtschaft sind baufällig, so weit baufällig, daß sie förmlich abbruchreif sind. Etwa 32 % der Wirtschaftsgebäude ebenfalls dringend reparaturbedürftig. Nun, wenn wir mit Hilfe des Bundes und Landes gesetzliche Möglichkeiten zur Verfügung haben, um eben diese Maßnahmen in Angriff zu nehmen, wie etwa die Wohnbauförderung und das Wohnungsverbesserungsgesetz, muß ich nur eines noch herausstellen, daß es uns sehr fremd war, als im Wohnbaubeirat von einigen sozialistischen Kollegen behauptet wurde, daß das Wohnungsverbesserungsgesetz ein nicht zielstrebiges Gesetz sei und daß hier Mittel, vor allem in den ländlichen Regionen, nur einseitig förmlich verschleudert würden.

Wir bedauern das, ich möchte den Herrn Kollegen Pichler von der SPÖ gerne einladen, eine Fahrt in die Untersteiermark zu machen und hier in die bäuerlichen Wohnhäuser zu gehen, um dann eben Vergleiche anzustellen. Ich bin überzeugt, daß dann auch der Kollege Loidl für die Probleme der Landwirt-

schaft als Gewerkschafter der Bauwirtschaft Verständnis aufbringt. Ich bin davon überzeugt, daß wir hier sicher einen gemeinsamen Weg finden.

Wir haben in der Steiermark 20 % der landwirtschaftlichen Betriebe mit weiblichen Betriebsführern. Wir haben etwa 44 % Zu- und Nebenerwerbsbetriebe im steirischen Raum, und wir bräuchten für diesen hohen Prozentsatz Nebenerwerbsmöglichkeiten. Um diese Nebenerwerbsmöglichkeit zu schaffen, sollen in den ländlichen Bereichen die Industriebetriebe so gelagert werden, daß wir auch dort, wirtschaftlich gesehen, Hauptregionen, zumindest in einem bescheidenen Rahmen, schaffen können. Es ist mir eine sozialistische Argumentation aus dem Wahlkampf zugegangen, in der zu lesen war (Abg. Loidl: „An die richtige Adresse!“ — Abg. Pichler: „Haben wir Ihnen geschickt!“), daß etwa 8 % der landwirtschaftlichen Unternehmer über 41 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Österreich besitzen. (Abg. Zinkanell: „Das ist keine Propaganda!“) Ich möchte bitten, daß diese Zahl vielleicht vom Hauptsprecher der Sozialistischen Partei, dem Kollegen Zinkanell, genauer definiert wird, denn mir ist diese Zahl nicht bekannt. (Landeshauptmann Krainer: „Ist ja schade um die Zeit!“ — Zwischenrufe von der SPÖ — Abg. Gerhard Heindinger: „Das sind Zahlen, die stimmen!“) Ich könnte mir nur vorstellen, daß dabei auch der größte landwirtschaftliche Betrieb, die Gemeinde Wien, mitgezählt wird. Ansonsten geht es in der Relation bei bestem Willen nicht aus. (Abg. Gerhard Heindinger: „Schwarzenberg, Liechtenstein und so fort!“) Wenn die Probleme der Landwirtschaft von sozialistischer Seite mit den Betrieben eines Liechtenstein und dergleichen erkannt werden, so müssen wir mit Sorge feststellen, daß auf der anderen Seite wirklich nicht ernst Agrarpolitik betrieben wird. (Abg. Loidl: „Ich würde es dir gönnen, daß du 8 % hast, gerne!“ — Abg. Gerhard Heindinger: „Du bist ja ein Keuschler gegen den Liechtenstein, begreifst du das nicht!“)

Nun, zum Schluß kommend, eine Forderung, die offiziell schon in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht wurde, wozu die Verhandlungen aber erst zu Beginn des nächsten Jahres auf Bundesebene starten werden, und zwar die Preiserhöhung des Milchproduzentenpreises. Konkret wäre dazu die Forderung aufzustellen, eine Preiserhöhung bei Milch für den Produzenten, also für den Bauern, von mindestens 15 %, das würde derzeit einen Milchproduzentenpreis von 2,70 S bei einem Fettgehalt von 3,8 % ausmachen. Ich glaube, diese Forderung ist insofern gerecht, weil die Indexpunkte innerhalb der letzten Jahre sehr stark — wie überall in der Wirtschaft — gestiegen sind und hier eine Nachziehung des bäuerlichen Einkommens genauso gerechtfertigt ist, wie das in den übrigen Berufsgruppen der Fall war. (Landesrat Peltzmann: „Wie beim Böhlerstahl, mußt du sagen!“) Wir fordern aber auch, daß beim Preis, bei der Regelung, der Preisgestaltung bei Schweinefleisch ein Mindestpreis von etwa 15 Schilling erreicht wird und ganz allgemein vielleicht auch eine Dynamisierung des landwirtschaftlichen Einkommens überhaupt. Es ist, glaube ich, sicherlich nicht zuviel verlangt, wenn auch bei den anderen Berufsgruppen das zur

Zeit schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist bzw. wir da und dort dazu gesetzliche Regelungen zur Verfügung haben. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir auch von seiten der sozialistischen Fraktion für diese unsere Forderungen die passende Unterstützung finden werden. (Beifall bei der ÖVP.) (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Zinkanell wird das alles machen!“ — Abg. Pichler: „Du brauchst dich nur bei uns anzuhängen, dann paßt's!“ — Abg. Stoiser: „Die Armen!“)

Dritter Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prankh das Wort. Darauf folgt der Herr Abgeordnete Aichhofer.

Abg. Prankh:

Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie haben in den letzten Tagen und Sie werden auch in den folgenden Stunden sehr interessante Ausführungen zu allen Kapiteln, die uns Steirer in irgendeiner Weise berühren, hören. Ich möchte mich daher möglichst kurz fassen, und es ist ja auch die Summe, zu der ich kurz sprechen werde, nur 1 % des Landesbudgets. Ich werde versuchen, auch die Zeitanforderungen dem anzugleichen. Für die Besitzfestigungsaktion sind für das nächste Jahr höhere Ansätze, und zwar um 200.000 S, im Budget vorgesehen. Ich begrüße das sehr, bin aber der Ansicht — und das will ich mit meinen Worten begründen — daß das, auf lange Zeit gesehen, nicht reichen wird. Durch die Besitzfestigungsaktion wurden in den letzten zehn Jahren 6809 Betriebe in der Steiermark gefördert — das ist die einzige Zahl, die ich bringe, bitte entschuldigen Sie mir das. Das sind mehr Bergbauern, als der Bezirk Liezen hat. Die Wichtigkeit ist damit klargelegt. Der Zweck dieser Förderungsmaßnahmen ist es, Betrieben zu helfen, die wir zur Erhaltung des Lebensraumes an der Siedlungsgrenze in unserem Land dringend brauchen. Es ist sowohl beim Fremdenverkehr als auch bei verschiedenen anderen Kapiteln schon das Wort von Umweltschutz, Vorbeugemaßnahmen usw. oft genug in den Mund genommen worden. Ich will hier ganz klar und deutlich sagen, daß die wichtigste Voraussetzung zur Erhaltung eines gesunden Lebensraumes die Besiedelung und die richtige Bewirtschaftung an der Siedlungsgrenze ist. Die Bemühungen, die durch Jahrhunderte dazu geführt haben, diese Grenze festzulegen, dürfen wir nicht in einer Zeit, die große Schwierigkeiten für die Landwirtschaft in jeder Hinsicht bringt, übersehen. Ich bitte Sie also, vorzüglich im Auge zu behalten, daß nur eine funktionsfähige Besiedelung in diesen Gebieten in Zukunft in der Lage sein wird, uns, unseren Nachkommen und den sehr gern gesehenen Gästen aus dem Ausland die Möglichkeit zu bieten, die nötigen Voraussetzungen zu finden, um sich auch wirklich erholen zu können.

Ich bin der Ansicht, daß es wesentlich billiger ist, heute für Jahrzehnte vorzusorgen, in die Zukunft zu sehen und Maßnahmen zu ergreifen, um das zu erhalten, was wir noch haben, als weiterhin den Schlendrian einreißen zu lassen und dann Milliar-

den aufwenden zu müssen, um bloß die Mur zu einem Fluß zu machen, der grün sein sollte. Drei Viertel aller Fremdenübernachtungen sind heute schon im Berggebiet, und ich glaube, diese Entwicklung wird anhalten. 90 % aller Maßnahmen der Besitzfestigung sind baulicher Art, das heißt, daß die Arbeitsplatzbeschaffung gefördert und so der gesamte Entsedlungsstrom an der schon erwähnten Siedlungsgrenze aufgehalten wird. Auch das ist von Wichtigkeit. Und noch etwas. Bei all diesen Maßnahmen müssen wir im Auge behalten, es handelt sich hier um Gebiete zur Erholung für den Fremden, sei er aus unserem Land oder aus dem Ausland. Und da muß ich sagen, hier müssen wir auch bei unseren Bergbauern örtlich noch einiges nachholen. Die Einstellung zum Fremden muß auch von uns aus besser werden. Nur dann wird das Ganze zielführend werden.

Dann möchte ich noch eine kurze Frage zur allgemeinen Agrarpolitik stellen und die ist an die linke Seite unseres Hauses gerichtet. Es ist hier schon zu Wahlversprechungen usw. gesprochen worden, das ist ja uninteressant, aber nach der Wahl hat der Herr Landwirtschaftsminister 350 S für jeden Bergbauern versprochen. Ich komme aus einem Bergbauernbezirk, ich bin zwar selber keiner, aber bei uns hat noch keiner 350 S bekommen und ich habe mir sagen lassen, die Tiroler Bergbauern haben es bekommen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da war ja eine Wahl inzwischen!“) Laßt mich, schaut's, ihr sollt mich nicht unterbrechen. Ich will also fragen, hängt das mit der Wahl in Tirol zusammen, oder (unverständliche Zwischenrufe), bitte, lassen S' mich reden, dann sind wir gleich fertig, darf ich unseren Bergbauern dann sagen, das Christkindl vom Dr. Weiß kommt noch und dann, wenn ich es heuer nicht sagen darf, drängt sich mir die letzte Konsequenz auf, wartet der Herr Minister, daß der Schilling, wie man ja aus der Nationalratsdebatte gehört hat, an galoppierender Schwindsucht leidet, vom Arzteam des Herrn Dr. Kreisky geheilt, oder als unheilbar verschwinden wird. Na ja, wir haben ja Ärzte, aber der Herr Dr. Kreisky wird den Schilling ja sicher heilen, er hat uns das versprochen. (LR. Gruber: „Das mit dem Schilling hat auch Minister Koren vor ein paar Monaten noch ganz anders gesagt! In Wahlschriften können Sie das auch lesen!“) Sehr gut, Herr Landesrat, das freut mich. Aber die Situation ist geändert. Ich habe das Schulziel erreicht. Nun, sehr verehrte Anwesende, meine Damen und Herren, noch etwas. Auch über Naturschutz usw. ist gesprochen worden, ich möchte hier nur noch einmal die Hohe Landesregierung auffordern, den Ankauf des Furtnersteichs möglichst zu forcieren und schnell durchzuführen, denn auch das gehört dazu, unseren Lebensraum zu erhalten. Der Furtnersteich wird nicht für alle reichen, aber er reicht heute schon für sehr viele, die dort ganz wesentliche Erkenntnisse über die Fauna und Flora unserer Heimat erhalten können. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Aichhofer das Wort. Nach ihm kommt der Abg. Zinkanell.

Abg. Aichhofer:

Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte die Wichtigkeit des Feldgemüse- und Sonderkulturanbaus unterstreichen. Viele kleinbäuerliche Betriebe der Süd-, West- und Oststeiermark haben durch die Umstellung auf diese Produktion ihre Existenz gesichert. Dadurch ist es gar vielen möglich, den Arbeitsplatz auf eigenem Grund und Boden zu behalten. Der Markt und auch die Verarbeitungsindustrie fordern aber immer bessere Qualität. Daher ist es zu begrüßen, daß die Steiermärkische Landesregierung im Jahre 1967 den Beschluß gefaßt hat, in Burgstall bei Wies eine Versuchsanstalt für Sonderkulturen zu errichten. Es galt vor allem, praxisnahe Versuchsarbeit für das kleinbäuerliche Grenzgebiet aufzunehmen. Derzeit umfaßt die Fläche 2,5 ha und es wurden bisher zwei Rollhäuser und ein Wirtschaftsgebäude aufgestellt. In der nächsten Zeit kommen noch vier Glashäuser dazu. Verehrte Damen und Herren, schon in der kurzen Zeit des Bestehens wurde in dieser Versuchsanstalt sehr viel geleistet. Wenn man bedenkt, daß in dieser kurzen Zeit schon an die tausend Versuche an heimischen und auch an ausländischen Gemüsearten durchgeführt wurden. Die heimischen Gemüsearten wurden verbessert und ausländische Gemüsearten wurden für unseren Raum anbaufähig gemacht. Ich möchte aber auch betonen, daß diese Versuchsanstalt von hervorragenden Kräften geführt wird, die uns auch die Gewähr bieten, in kurzer Zeit das beste Versuchsergebnis herauszuarbeiten. Die Ergebnisse sind ja nicht nur für die Landwirtschaft, sie dienen ja auch dem Konsumenten.

Jetzt noch ein Wort zur landwirtschaftlichen Fachschule Stainz. Ich möchte den Referenten, den Beamten und auch den bauausführenden Firmen im Namen der Schüler und deren Eltern recht herzlich danken, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit diese Schule ihren Betrieb aufnehmen konnte. Es ist derzeit noch ein kleines Provisorium, aber dennoch hat das Wandern der ehemaligen weststeirischen Bauernschule ein Ende gefunden. Meine Damen und Herren, Sie haben mit dem Beschluß, daß in Stainz diese bäuerliche Schulstätte errichtet werden kann, mitgeholfen, vielen künftigen Hofübernehmern eine gediegene Ausbildung zukommen zu lassen und es wäre wünschenswert, verehrte Damen und Herren, wenn wir wenigstens in der Steiermark in Zukunft soweit kommen könnten, daß jeder Hofübernehmer eine Fachschulausbildung absolviert hat. Dann würde uns um die Zukunft unseres Bauernstandes nicht mehr bange sein. Danke. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. Zinkanell das Wort. Nach ihm folgt der Herr Abg. Prenner.

Abg. Zinkanell:

Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Verständnis, ich wollte den Landtag nicht mit einer zweimaligen Wortmeldung belästigen und möchte daher jetzt noch, obwohl der Herr Landesrat Peltzmann schon ein Schlußwort gehalten hat, mich den Dankesworten für die Feuer-

wehrmänner anschließen. Es soll den Feuerwehrmännern draußen von dieser Stelle aus klargemacht sein, daß ihre Leistung von allen Fraktionen dieses Hauses gewürdigt und anerkannt wird; nicht nur, daß man sie zu Wahlzeiten anredet, wie das leider in diesem Frühjahr passiert ist. Ich könnte auch mit Wahlbroschüren winken, wie das hier schon einige Male getan wurde. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Umgekehrt!“) Ich möchte das aber unterlassen und den Dank für ihre Leistung und ihren Einsatz sowohl im Ernstfall, wenn sie unter Umständen mit eigener Lebensgefahr helfen müssen, aussprechen als auch für die Zeit, die sie für ihre Ausbildung verwenden. Das wollte ich noch kurz nachholen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Problem der Landwirtschaft. Da möchte ich gleich als erstes das Ersuchen des Kollegen Schrammel erfüllen, der mich angedet hat, ich soll Zahlen einer unserer Aussendungen interpretieren bezüglich der 8 % der Besitzer und 40 % des Besitzes. Die Zahl ist untertrieben, ich weiß nicht, wie uns das passieren konnte; in Wirklichkeit sind es 2 % der Grundbesitzer, und zwar 6700 nach der Zählung von 1961, die über 3½ Millionen Hektar Besitz, das sind rund 50 %, verfügen. Also 2 % der Besitzer haben 50 % des land- und forstwirtschaftlichen Grund und Bodens in Österreich. Es ist uns da leider in unserer Unterlage ein Irrtum passiert, ich danke dir, daß du uns darauf aufmerksam gemacht hast, und wir werden das beim nächsten Mal korrigieren.

Ich möchte nun folgendes sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man mußte kein Hellseher sein, natürlich auch kein Schwarzseher, um zu erraten, daß die Bauernbundsprecher dieses Hauses sich bei der Budgetdebatte mit einer gewissen Vorliebe mit dem Bundesbudget und insbesondere mit der Agrarpolitik des sozialistischen Landwirtschaftsministers bzw. der Bundesregierung befassen werden. Ich muß allerdings gleich dazusagen, die Anweisung, die ich im „Steirischen Bauernbündler“ vom 13. Dezember gelesen habe, die der Herr Bauernbunddirektor Dr. Krainer gegeben hat, von wegen scharfen Agrardebatten, ist bisher — soweit das nicht vielleicht noch von nachfolgenden Rednern mehr beachtet wird — eigentlich nicht besonders befolgt worden. (Abg. Koiner: „Bei uns gibt es das, daß der Direktor Anweisungen gibt!“) Vielleicht liegt das nicht sosehr daran, daß man die Anweisung justament nicht befolgen wollte, sondern daß man das Gefühl gehabt hat, es sei nicht soviel zu kritisieren, als man anweisungsgemäß kritisieren hätte sollen (Gelächter) und man es ja auch im Parlament mehr oder weniger getan hat. Scharfe Agrardebatten hat es im Parlament gegeben, und scharfe Angriffe gibt es auch im „Steirischen Bauernbündler“. Scharfe Angriffe waren ja mehr oder weniger auch die Bauernbunddemonstrationen, die in den Monaten Oktober und November durchgeführt wurden. Hier muß man sagen, gerade die verhältnismäßig ruhige Art des Vortrages würde zeigen, daß die anderen Angriffe, die mehr oder minder scharfen Demonstrationen offenbar nur wegen der Tatsache in Szene gesetzt wur-

den, weil es einen sozialistischen Landwirtschaftsminister gibt und weil nun eine sozialistische Bundesregierung für die Agrarpolitik zuständig ist. Denn einen sachlichen Grund für diese scharfen Angriffe und Demonstrationen hat es nicht gegeben, weniger als je zuvor. (Abg. Buchberger: „Mit Ausnahme der Dieselpreiserhöhung und der Kunstdüngerteuerung!“ — Abg. Pränckh: „Ich muß wissen, wie viele Kühe auf der Alm sind, um zu wissen, wieviel Milch ich habe!“) Darüber werden wir noch reden. Aber ich möchte zum Krisengroschen — um gleich zu Ihrem Hauptthema zu kommen — sagen, daß unser Generalredner, der Abg. Loidl, schon in sehr prägnanter Weise unsere Argumente aufgezeigt hat und man sie eigentlich nicht wiederholen müßte. Um sie noch einmal in Erinnerung zu rufen, möchte ich feststellen: Seit dem Jahre 1953 gibt es den Krisengroschen, im Jahre 1958 betrug er 15 Groschen, wie Sie sich erinnern werden, 1968 19 Groschen. In dieser Zeit hat der Bauernbund nichts unternommen — das ist auch ganz deutlich herausgestellt worden — und ich würde dazu sagen, nichts unternehmen dürfen.

Ich möchte das insofern auch beweisen, als ich natürlich Gelegenheit genommen habe, beim Traktoraufmarsch des Bauernbundes am Bahnhof mir ein bißchen die Geschichte anzuschauen. Der Rundfunk hat sehr freundlich — das möchte ich nebenbei einflechten — von einer Besetzung des Grazer Hauptplatzes gesprochen. Ich bin dann auch zum Hauptplatz hin, ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß es eine Besetzung war, aber vielleicht sind, als die Herren vom Rundfunk das angeschaut haben, ein paar mehr dort gestanden. Ich habe jedenfalls am Bahnhof auch mit den Flugzettelverteilern des Bauernbundes gesprochen, bevor ich mir die Freiheit genommen habe, den Kollegen Haas kurz zu begrüßen, und es war recht interessant: Wenn man diese Funktionäre des Bauernbundes darauf angesprochen hat, warum sie nicht im Jahre 1968 (oder schon in weiter zurückliegender Zeit), wo auch 19 Groschen Krisenfonds waren, etwas unternommen haben, ob man ihnen da nicht die Freiheit und die Möglichkeit dazu gegeben hat, haben sie ein ganz kurzes, eindeutiges: „Ja, Sie haben recht!“ gesagt. Mir tut es leid, daß ich damals nicht ein Tonbandgerät mitgenommen habe, um diese Antwort der Bauernfunktionäre hier abspielen zu können. Ich habe gesagt: „Was war damals unter Schleinzer? Habt ihr nicht dürfen?“ „Ja, Sie haben recht. Wir haben nicht dürfen!“ (Gelächter — Landesrat Peltzmann: „Zinkanell, ein neuer Witz! Noch nie gehört!“ — Abg. Schaller: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“) Wie Sie wollen. Aber das ist die wörtliche Wiedergabe meiner Gespräche mit den Funktionären des Bauernbundes am Hauptbahnhof. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Wir haben auch vor dem 1. März in einer Demokratie gelebt!“)

Und noch eine kurze Begebenheit, die für viele andere gilt. Ich habe Gelegenheit gehabt, im Gebiet von Obdach mit Bauern zusammenzukommen; da ist einer von den ehemaligen Funktionären des Bauernbundes dabei gewesen. Wir haben auch über diese sehr aktuelle Frage gesprochen. Dieser Mann

hat ebenfalls — wie viele andere — gesagt: „Uns ist immer eingebleut worden: Ihr müßt Ruh' geben, und sonst gibt es gar nichts!“

So war die Situation beim Bauernbund. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Wir haben in einer Demokratie gelebt!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Der Bauernbund!?“) Die Bauern hätten sich schon gerne gerührt, aber der Bauernbund hat es ihnen nicht erlaubt! (Abg. Buchberger: „Wir haben schon seinerzeit Demonstrationen durchgeführt! Es war ja nicht das erste Mal, sondern schon das dritte Mal seit 1962!“) Es ist jedenfalls eine interessante Tatsache, daß heute — und das ist ja sehr erfreulich — die Diskussionsbeiträge bisher so maßvoll waren, so daß wir dem Hauptsprecher der ÖVP zum Kapitel Landwirtschaft gerne auch — seine Kritik ausgenommen — unseren Beifall gaben.

Nun soll man aber nicht nur über die Aktionen des Bauernbundes reden, sondern doch auch auf den Kern der Sache zu sprechen kommen, um die milchwirtschaftliche Lage 1970 der Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen. Der „Bauernbündler“ und andere Zeitungen, die uns nicht nahestehen, bringen die Dinge nicht immer so, wie sie wirklich waren. Die Situation im Sommer 1970 war — wie allen bäuerlichen Funktionären bekannt ist — so, daß man mit einem unerhörten weiteren Zuwachsen des Milchstroms rechnen mußte. Es ist weiters auch bekannt — wir haben auch in der Landwirtschaftskammer darüber gesprochen — daß bis zum Sommer Oberösterreich eine Milchmehranlieferung von 13% zu verzeichnen hatte. Die Diskussion ist darum gegangen, ob man nun doch mit der von uns schon seinerzeit in die Diskussion gebrachten Staffelung der Milchpreisstützung eingreifen soll, um nicht eine Katastrophe herankommen zu lassen. Und da muß ich in Erinnerung rufen, daß der Bauernbund zu einem gestaffelten Milchpreis ein absolutes Nein gesagt hat.

Nun war die Frage: Entweder laßt man es laufen und steht dann vor der Tatsache, daß man unter Umständen das Milchgeld nicht mehr ausbezahlen kann, wenn es so weitergeht, wie es zu befürchten war, oder man baut zeitgerecht vorsorglicherweise eine rasche Bremse ein. Es hätte mehrere Möglichkeiten gegeben, aber es ist um die rasche Wirksamkeit gegangen. Man baute dann die Bremse ein, die schon seit 17 Jahren gehandhabt wurde. Hier darf ich auch noch einmal in Erinnerung rufen, was bereits Kollege Loidl sagte: Die ÖVP hat den Milchkrisengroschen wahlzyklisch verwendet. Vor Wahlen herunter, nach den Wahlen hinauf. Landwirtschaftsminister Dr. Weihs hat genau das Gegenteil gemacht. Hier will ich gleich anfügen bezüglich der 36 Millionen Schilling und den 350 S pro Bergbauer: Das wird selbstverständlich ausbezahlt als ein kleiner Lastenausgleich. Der Einwand mit Tirol ist insofern nicht richtig, weil das Geld auch in Tirol damals nicht ausbezahlt wurde, wenn Sie glauben, daß es mit der Wahl zusammenhängt. Jedenfalls ist der Krisengroschen von Landwirtschaftsminister Dr. Weihs ganz eindeutig antiwahlzyklisch gehandhabt worden. Daher war kein sachlicher Grund für Demonstrationen, sondern ein politischer

Grund. Nur um zu zeigen, daß man gegen die Sozialisten ist und daß man die Bauern ablenkt, allenfalls vielleicht auch die ganze ÖVP irgendwie auf diese Bauernaktionen lenkt und Sie haben ja am Semmering für die Aktionen ein beachtliches parteipolitisches Lob eingeheimst. Und noch eines, warum man wahrscheinlich demonstriert hat: Weil es das erstmal war, daß der Bauernbund von seiner Partei grünes Licht für solche Vorhaben bekommen hat. Unter einer sozialistischen Regierung hat auch der Bauernbund die Freiheit zu demonstrieren, und das wollte er offenbar auch genießen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP. Was war denn das schon für eine Demonstration, das ist im Verhältnis zu dem, was ihr heuer praktiziert habt, überhaupt nichts gewesen. Jetzt hat man die Möglichkeiten, jetzt hat man, Herr Landeshauptmann, die beste Gelegenheit, die man mit einem gewissen Vergnügen zur Kenntnis nimmt. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich verstehe den Bauernbund ja, wenn man sich insgeheim ärgert und nie auf die Straße gehen darf, dann geht man eben dann, wenn durch eine sozialistische Regierung grünes Licht gegeben wird. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Man ärgert sich eben über die Einkommensschmälerung in der Landwirtschaft!“) Lieber Herr Landeshauptmann, die Einkommensschmälerung ist eure Propaganda und ich werde mir erlauben, nun auf diese eure Argumentation zu sprechen zu kommen.

Das ist ein Lastenausgleich vom vorigen Jahr von eurem Budget. Ohnedies nicht viel, aber immerhin ist es eine gewisse Verbesserung, die vom roten Minister für alle Versäumnisse gegeben wurde. Das ist ganz eindeutig. Und nun möchte ich aber noch etwas sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Kollegen des Bauernbundes wissen ja ganz genau, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, daß die Summe — der Kollege Eberdorfer hat das ja angedeutet — nur meine Rechnung ist etwas genauer und etwas gezielter, daß die Summe des Budgets der sozialistischen Regierung, des Agrarbudgets der sozialistischen Regierung, wesentlich höher ist als bisher und es ist nicht uninteressant, daß der Grüne Plan das erstmal und zwar jetzt unter einer sozialistischen Regierung, diese Höhe erreicht hat. Das gab es bisher noch nicht. Ja, lieber Freund Lackner, du lachst dazu, du wirst noch mehr lachen, wenn ich dich erinnere, daß im ersten Jahr der ÖVP-Alleinregierung, bei der Erstellung des ersten Budgets, der Grüne Plan im Gegensatz zu den Sozialisten, die ihn erhöht haben, um 127 Millionen von 667 auf 540 reduziert wurde. (Zwischenruf des Abg. Pözl.) Das ist nicht viel, meinst du, Kollege Pözl, aber die Landwirtschaft, die Bauernschaft, hat diese 127 Millionen sehr wohl gespürt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Es war ja ein Nachtragsbudget!“) Die erste Aktion der ÖVP-Regierung im Hinblick Landwirtschaft war die Reduzierung des Grünen Planes und da hat der Bauernstand nichts gesagt. Jetzt ist der Grüne Plan erhöht worden und jetzt kritisiert man, jetzt lehnt die ÖVP den erhöhten Betrag im Parlament sogar ab. Nachdem so zwischendurch vom Hauptsprecher der ÖVP die Weinststeuer erwähnt

wurde, möchte ich direkt hineinsteichen in dieses Problem. Die Alkoholsondersteuer ist uns im Parlament und in Ihren Zeitungen so furchtbar angekreidet worden. Dazu muß man erst einmal sagen, daß diese Alkoholsondersteuer, genauso wie die Kraftfahrzeugsondersteuer, ein Ergebnis der ÖVP-Politik war, daß man jetzt noch unter den Dingen, die damals mit den Wachstumsgesetzen geschehen sind, leidet und diese Belastungen jetzt noch vorhanden sind. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage, wenn eine ÖVP-Regierung auch noch nach dem 1. März wäre, würde die Alkoholsondersteuer auch beibehalten worden sein, weil sie gar nicht anders könnten, aber die Weinststeuer hätte man wahrscheinlich nicht fallengelassen. Und das sind immerhin 100 Millionen Schilling für die Landwirtschaft, die Sie in Ihrer Rechnung nicht entsprechend herausgestellt haben. (Abg. Haas: „Die Weinststeuer ist ja eine Bagatelle!“) Ich bin völlig überzeugt, daß die ÖVP die Alkoholsondersteuer beibehalten hätte und daß die Weinststeuer nicht aufgelassen worden wäre. Man kann die Rechnung nicht ohne solche wichtige Dinge erstellen.

Nun gleich zu dem von Ihnen angedeuteten Problem, Dieselpreiserhöhung für die Landwirtschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Ihnen nichts Neues, aber man muß Sie daran erinnern, daß bereits Kotzina für seinen Straßenbau eine Dieselpreiserhöhung von einem Schilling haben wollte und daß man das damals offenbar im Hinblick auf die bevorstehenden Nationalratswahlen zurückgestellt hat. Vielleicht hat man Ihnen nur 50 Groschen gesagt, das weiß ich nicht, aber es ist öffentlich bekanntgeworden, daß er 1 Schilling haben wollte. Die gewaltige Forcierung im Straßenbau ist von Ihnen unbestritten und dann handelt es sich auch um einen schwerwiegenden Nachholbedarf. Daß diese Geldbeschaffung unerlässlich ist, wissen Sie. Aber das hat der Herr Hauptsprecher nicht erwähnt, daß mit der Aufhebung der Kraftfahrzeugsondersteuer eine Teilentlastung für alle, auch für die Landwirtschaft, eingetreten ist. (Abg. Haas: „Aber nicht für die Landwirtschaft!“) Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Schrammel hat hier eine Erhebung zitiert und ist nicht auf diesen Punkt gekommen, auf den ich noch kommen möchte: Die Landwirtschaft hat immerhin in 41 % der Betriebe PKWs. Glauben Sie, daß sie die alle geschenkt kriegen? Das können Sie sicher nicht behaupten, auch nicht, daß es lauter alte Fahrzeuge seien. Auch die Landwirtschaft muß natürlich die PKW kaufen und der Wegfall der Sondersteuer bedeutet für die Landwirtschaft eine Ersparung von ungefähr 100 Millionen Schilling. (Abg. Koiner: „Wieso ungefähr 100 Millionen Schilling?“ — Abg. Haas: „Im Vergleich zur Dieselpreiserhöhung ist das nichts!“) Das soll man nicht rechnen? Das ist uninteressant? Das wollen Sie wegschweigen? Das sind aber effektive Dinge, die man nicht wegschweigen kann! Dazu kommt, daß für die zusätzliche Entlastung neben dieser Teilentlastung noch die Erhöhung der Treibstoffrückvergütung um 62 Millionen auf 280 Millionen erfolgt ist und nun für den Punkt nicht mehr 75 Schilling, sondern über 90 Schilling gegeben werden. Wenn ich das jetzt nicht auf das I-Tüpfel

ausrechne, so kann ich Ihnen die Zahlen nachher gerne zur Verfügung stellen: Die Gesamtsumme der PKW in Österreich, der Anteil der Landwirtschaft, die Gesamtsumme der 600 Millionen, die Kraftfahrzeugsteuer, die wegfällt und dann der Anteil für die Landwirtschaft, dann ist es ausgerechnet. Also gar keine Affäre, gar keine Schwierigkeit.

Aber darf ich jetzt noch auf die mehr als 90 Schilling pro Punkt bei der Treibstoffrückvergütung zurückkommen. Ich muß Sie auch hier ein wenig zwicken mit dem Hinweis auf die Tätigkeit der ÖVP-Alleinregierung. Sie hat den umgekehrten Weg beschritten, sie hat von 80 Schilling auf 75 Schilling pro Punkt reduziert. Immerhin wird von der nicht ausgleichbaren Belastung, die durch den Wegfall der Auto-Sondersteuer gelindert ist, mit den 90 Schilling pro Punkt, eine sehr wesentliche Entlastung erreicht. Vielleicht ärgern Sie sich, vielleicht mißbrauchen Sie das, aber ich muß sagen, es sind nicht Wenige, die bei der Treibstoffrückvergütung gar nicht ungünstig heraussteigen, das wissen Sie auch. Ich könnte sogar Namen nennen, aber das erspare ich mir. (Abg. Pölzl: „Nennen Sie Namen!“ — Abg. Fuchs: „Tun Sie es!“ — Landeshauptmann Krainer: „Voriges Jahr warst du so angriffslustig und jetzt verteidigst du nur! Du greifst ja gar niemanden an!“)

Der Herr Landeshauptmann ist heute mit mir unzufrieden, weil ich nicht angreife (Gelächter). Ich werde mich sehr bemühen, um meinem Ruf gerecht zu werden und den Herrn Landeshauptmann nicht zu enttäuschen. Das wäre ja direkt fürchterlich. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Die Regierung müssen Sie auch angreifen!“) Natürlich auch die Regierung, das gehört mit dazu. Aber zuerst müssen wir uns über diese Dinge fertig unterhalten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das gehört auch dazu. (Abg. Pölzl: „Wie war das mit dem Budget der Landwirtschaft und dem Grünen Plan?“) Mit dem Budget der Landwirtschaft war das so, Kollege Pölzl, daß die Summe effektiv höher ist, als sie je zuvor war. Und nun vielleicht doch noch ein paar Ziffern im Detail. Grüner Plan — eine effektive Erhöhung. Übrigens — weil da vom Kollegen Eberdorfer diese 3%o-Reduzierung erwähnt wurde —, Sie werden sich auch hier noch erinnern (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Das macht nichts aus!“), daß bei den Gesprächen über das Budget der ehemalige Finanzminister Koren eine 5%ige Reduzierung der Ermessenskredite vorgeschlagen hat als die große Alternative, das wären bei den 810 Millionen, die vorgesehen waren, über 40 Millionen und nicht nur die 24 Millionen. Das soll man auch, wenn man schon davon redet, sagen. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Aber dafür keine Sondersteuern und keine Treibstoffpreiserhöhung!“) Der Grüne Plan, die Ersparnis bei der Weinsteuern 100 Millionen, die Entlastung beim Dieselpreis 62 Millionen, die allgemeine Förderung der Landwirtschaft + 24 Millionen, Futtermittelpreisausgleich 45 Millionen, Milchpreisausgleich 1830 Millionen Anstieg, Erhöhung des Landwirtschaftsfonds — wie erwähnt wurde — 19 Millionen. Das ist immerhin ganz beachtlich mehr als bisher.

Wenn Sie nun sagen, da haben wir aber einen sehr großen Verlust: „Beim Brotgetreideausgleich sind 100 Millionen Schilling weggefallen, da sieht man es wieder einmal, diese bösen Sozialisten.“ Sie wissen aber ganz genau, daß die Ernte des heurigen Jahres um vieles geringer war, daß dadurch wesentlich weniger Lagerkosten und wesentlich weniger Kosten für die Vergällung entstanden sind, und wenn man im kommenden Jahr noch mehr braucht, so haben wir heuer schon gezeigt, daß man Verständnis hat mit dem Budgetüberschreitungs-gesetz, über 100 Millionen waren es heuer, und diesen selben Weg kann man, wenn es notwendig ist, auch nächstes Jahr gehen. Das hat der Landwirtschaftsminister Weihs bereits angekündigt. Übrigens ist auch ein Konjunkturausgleichsvoranschlag mit 430 Millionen Schilling vorgesehen. So schaut das vom Bauernbund abgelehnte Landwirtschaftsbudget des Bundes aus. Sein enormer positiver Einfluß auch auf das Land, auf die Steiermark, rechtfertigt es, wenn man sich ein bißchen eingehend damit beschäftigt.

Vielleicht noch eines zu dieser Frage. Ein echter weiterer Vorzug dieses Landwirtschaftsbudgets ist, daß es neue Akzente und Schwerpunkte setzt. (Abg. Buchberger: „380 Schilling pro Bergbauer!“ — Präsident Ileschitz: „Ihr werdet nervös, wenn man die Wahrheit sagt! Ihr habt das Budget jedenfalls abgelehnt!“ — Abg. Buchberger: „Das hat nichts mit Agrarpolitik zu tun!“ — Abg. Preamberger: „Ihr habt das Budget abgelehnt, ohne es gesehen zu haben!“) Bevor man noch überhaupt einen Buchstaben davon gekannt hat. (Glockenzeichen — 3. Präsident: „Ich bitte, den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen!“)

Ich möchte in diesem Zusammenhang folgendes ganz deutlich sagen: Der Geldfluß vom Bund über das Land und über die Landwirtschaftskammern zum Bauern hin wird — und das ist mit diesen Schwerpunkten schon angedeutet — zielstrebig und auch effektiver werden. Ich darf ganz nebenbei, ohne mich wichtig zu machen, sagen, daß über diese Frage vor gar nicht langer Zeit immerhin eine fünfstündige Beratung mit dem Landwirtschaftsminister durchgeführt wurde.

Und nun komme ich zu dem, was der Kollege Eberdorfer gemeint hat: Zu dem sehr beachtlichen Landwirtschaftsteil des Bundesbudgets gehören natürlich auch die gewaltigen Bundeszuschüsse für die bäuerliche Sozialversicherung. Diesen Betrag von 1350 Millionen Schilling kann man nicht einfach wegdiskutieren. Dies vor allem dann nicht — auch wieder eine kleine Erinnerung —, wenn Sie seinerzeit gerufen haben: Keine Staatsrentner! Die Bauern wollen keine Staatsrentner sein! Wir sagen jetzt auch: Keine Staatsrentner — aber echte Bauernpensionisten! Ich bin stolz darauf — im österreichischen Parlament ist das 40 Jahre lang von den Sozialisten betrieben worden —, daß es nun gemeinsam eingeführt wurde. (Abg. Buchberger: „Wer hat denn die Bauernpension eingeführt, Herr Kollege?“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Wer war denn so lange dagegen?“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Sozialisten!“) Immerhin sind für die Bauernpension

610 Millionen Schilling enthalten, für die Ausgleichszulage 362 Millionen Schilling, für die Bauernkrankenkasse rund 314 Millionen Schilling. Und weil ich gerade die Bauernkrankenkasse anschneide — es ist sehr, sehr betrüblich, daß wir immer noch keinen Vertrag zwischen der Bauernkrankenkasse und der Ärztekammer haben. Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Herr Präsident Piaty für die Steiermark mit den zuständigen Funktionären der Bauernkrankenkasse sich zusammensetzen wollte, um wenigstens für dieses Land endlich den Ärztevertrag zustandezubringen. (Beifall bei der SPÖ.) Das, was hier leider noch immer praktiziert wird, ist gegenüber vielen Bauern echt unsozial. Ich glaube, wir haben im Hohen Haus schon einmal davon gesprochen, daß manche Ärzte — ich sage deutlich, manche, nicht alle — die Einführung der Bauernkrankenkasse und die Einführung der 80 % Zuschuß zu einem fiktiven Tarif dazu benützt haben, die wirklichen Tarife um das Zwei- und Dreifache zu erhöhen, so daß man jetzt, mit der Zuzahlung der 80 %, mehr bezahlt als vorher. Daher meine Meinung, daß der Herr Präsident Piaty hier wirklich etwas sehr Gutes tun könnte, wenn man diesen Ärztevertrag für die Steiermark einmal unter Dach und Fach bringen wollte. Ich habe zu Beginn meiner Rede den Herrn Dr. Krainer zitiert: „Scharfe Agrardebate, weil das agrarpolitische Instrument Landwirtschaftsministerium nun von einem Sozialisten gehandhabt wird.“ Er sagte dazu, daß die agrarpolitischen Instrumente in den Bundesländern nach wie vor dem Bauernbund voll und ganz zur Verfügung stehen. Da ist nämlich einmal die bauernbündlerische Organisation selber gemeint, die Landwirtschaftskammer, die landwirtschaftlichen Genossenschaften etc. Ausgehend von dieser Feststellung, daß die agrarpolitischen Instrumente in den Ländern dem Bauernbund voll und ganz zur Verfügung stehen, möchte ich mich mit dem Erhebungsergebnis eines dieser agrarpolitischen Instrumente ganz kurz befassen. Die Landwirtschaftskammer hat Erhebungen durchgeführt und die sind sehr interessant. Sie sind jetzt vor kurzem herausgekommen. Kollege Schrammel hat sich schon darauf bezogen, aber meines Erachtens nur zu einem Teil und zu einem zu geringen Teil. Ich möchte einiges aufzeigen, z. B. die Hofzufahrten: Im Durchschnitt haben 10 % der bäuerlichen Betriebe keine. Im Bezirk Deutschlandsberg, lieber Kollege Aichhofer, du bist Kammerobmann, du wirst es ja wissen, sind es 13 % und in Feldbach, Kollege Lafer, 17 % der bäuerlichen Betriebe, die noch immer keine Hofzufahrt haben. Ich möchte nur feststellen, daß daran die sozialistische Bundesregierung und der sozialistische Landwirtschaftsminister bestimmt nicht schuld sind. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ja, klar!“) So kann man es auch machen, Kollege Fuchs. In Voitsberg sind es 13 %. Und nun eine etwas diffizile Angelegenheit: Wasserklosette. Aber das gehört eben auch zum Leben. 72 % der bäuerlichen Betriebe haben so eine Einrichtung noch nicht.

Auf die Situation bei den Wohnhäusern hat der Kollege Schrammel schon hingewiesen. Aber man muß vielleicht noch etwas deutlicher unterstreichen: von den Häusern vor 1945 sind schlecht 13.000, das ist ein Durchschnitt von 28 %, im Bezirk Bruck sind

es 37 %, in Knittelfeld immerhin 32 %, in Murau 37 % schlechter Wohngebäude. Ähnlich liegt die Situation bei den Wirtschaftsgebäuden, bei denen auch mehr als ein Drittel — in Bruck z. B. 52 % — schlecht ist. In Liezen sind es 39 %, in Murau auch 39 %. Auch hier kann man nicht sagen, eine sozialistische Agrarpolitik sei schuld, weil, wie Herr Dr. Krainer erklärte, „in den Ländern“ die agrarpolitischen Instrumente voll und ganz dem Bauernbund zur Verfügung stehen.

Vielleicht nur noch eines: Melkmaschinen. Da haben 74 % der Betriebe keine und das wäre auch eine Sache, die der Bäuerin sehr, sehr viel Entlastung bringen würde.

Es ist auch noch interessant, ganz kurz auf die rein wirtschaftliche Situation hinzuweisen. Auch da ist das Ergebnis der bauernbündlerischen Aktivität nicht überragend. Wir haben Vollspezialisierung bei Kälbermast, in der ganzen Steiermark nur zwei Betriebe, Vollspezialisierung bei der Ferkelaufzucht 19 Betriebe, bei der Geflügelmast 32 Betriebe. Beim Feldgemüsebau sind es von unseren mehr als 70.000 steirischen Bauern 34 Betriebe und beim Spezial-Tabakanbau drei ganze Betriebe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Kollegen vom Bauernbund! So schaut es dort aus, muß man sagen, wo die agrarpolitischen Instrumente voll und ganz dem Bauernbund zur Verfügung stehen! Er kann sich der damit verbundenen Verantwortung nicht entziehen, um so weniger, wenn man daran denkt, wie groß der Apparat zum Beispiel der Landwirtschaftskammer ist mit immerhin noch 707 Angestellten und einem Personalbudget von 73 Millionen Schilling. Daneben nimmt sich ja die Arbeiterkammer beinahe wie ein Waisenknabe aus, obwohl sie die doppelte Zahl von Wählern zu betreuen hat. (Abg. Koiner: „Paß auf, was du gegen die Arbeiterkammer sagst!“) Ich hoffe, die Kollegen werden es mir nicht verübeln.

So schaut es aus und daher finde ich es sehr sonderbar, wenn trotz dieser tristen Zahlen und der damit bezeichneten Situation unser Kollege hier im Hause, der Generalredner der ÖVP, Kollege Koiner, meint, daß das Landwirtschaftsbudget des Bundes quasi als Raubzug bezeichnet werden muß und damit eine völlig unplazierte Diskriminierung ausspricht. Und nebenbei, Herr Kollege Koiner, wenn ich schon beim Tadeln bin, so muß ich sagen, es war von dem sonst absolut ehrenwerten und geachteten Generalredner eine — vielleicht sagen wir — Geschmacklosigkeit, im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsbudget den Bundeskanzler mit einem „Hundeabrichter“ zu vergleichen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Aber geh, das ist doch ein anständiges Geschäft!“) Das ist nicht besonders gut gewesen. Und wenn das eine Geschmacklosigkeit war, so ist das, was der „Bauernbündler“ am 13. Dezember geschrieben hat, „die SPÖ untergräbt die Demokratie“ schon mehr als eine Geschmacklosigkeit und ich möchte die Atmosphäre des Hohen Hauses nicht mit handfesten Gegenargumenten zu der Behauptung „die SPÖ untergräbt die Demokratie“ belasten, muß aber diese Behauptung der ÖVP und des „Bauernbündlers“ mit aller Entschiedenheit

zurückweisen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Der Staribacher ist als Wachhund bezeichnet worden!“) Aber die Art und Weise war sehr verschieden. Und vor allem das mit der Demokratie war nicht in Ordnung. Das muß man ganz deutlich sagen.

Die Bauern, meine sehr verehrten Damen und Herren — damit bin ich am Schluß (Abg. Pözl: „Zum Schluß kommt er erst auf die Bauern!“) —, werden selbst urteilen, und ich bin überzeugt, daß sie, die Bauern und ihre Familien, sich weiter in zunehmendem Maße ein nicht vom Bauernbund vorgezeichnetes Bild von der Arbeit und von den Bestrebungen der sozialistischen Agrarpolitik machen und aus dem, was sie sehen und was sie erkennen, auch die Schlußfolgerungen ziehen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das war ja eine Wahlrede!“) Damit hätte ich ausgesprochen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Abg. Karl Lackner das Wort.

(Landeshauptmann Krainer: „Jetzt fangt der Lackner auch schon mit einem Manuskript an!“)

Abg. Lackner: Ich vergeß' ja sonst alles, was der gesagt hat.

Hoher Landtag, Meine Damen und Herren!

Ich freue mich, daß jetzt einmal das Problem „Krisengroschen“ ins richtige Licht gerückt worden ist, damit man die Wahrheit wirklich sagen kann. Wir haben schon so viel davon gehört. Der Herr Generalredner hat gestern oder vorgestern gesagt, der Krisengroschen ist kein Kind vom Herrn Minister Weihs, den hätte der Landwirtschaftsminister der ÖVP erfunden. Das ist richtig. Der Herr Abg. Zinkanell hat jetzt gesagt, der Krisengroschen ist seit dem Jahr 1953 eingeführt und der Bauernbund hat nichts dagegen getan. Der Bauernbund hat gekämpft gegen diese Maßnahme, aber geholfen hat ihm niemand, er ist damit allein geblieben auf weiter Flur. Der Krisengroschen hat eingeführt werden müssen aus einer echten Not heraus — das Vieh hat keinen Preis gehabt, das Holz hat keinen Preis gehabt, der Milchpreis war zu niedrig und ein Überangebot auch noch dazu. Und wißt's ihr, wer damals der größte Gegner davon war? Das ist immer das lustige: zwei maßgebliche Persönlichkeiten: der Herr Minister Weihs und der Herr Minister Staribacher. (Gelächter.) Diese beiden Herren waren nämlich bis zum 1. März führende Persönlichkeiten im Österreichischen Milchwirtschaftsfonds und haben die Konsumenten, die Arbeiterkammer vertreten und sie haben es sehr gut verstanden, die Konsumenten zu vertreten, leider dabei aber jede Entwicklung der Bauern zu verhindern. Und jetzt ist es halt sehr schwierig, daß man da anders denkt oder anders handelt; die Schwierigkeiten sieht man ja schon. Erstens einmal ist es eine Tragik, daß der Krisengroschen überhaupt hat eingeführt werden müssen, und es müßten eigentlich alle Konsumenten irgendwo ein Gruseln kriegen, denn kein Stand in Österreich läßt es sich gefallen, daß ihm von seinem eigenen Lohn etwas weggenommen wird. Aber bei uns Bauern ist es scheinbar möglich. (Landesrat Gruber: „Warum habt ihr das nicht während der ÖVP-Alleinregierung

abgeschafft?“) Und auch der volle Einsatz der Bauernbundesvertreter hilft ja nichts, wenn die anderen, die Konsumentenvertreter, dagegen sind! Es darf jedenfalls aus diesem Krisengroschen kein Gewohnheitsrecht werden. Der gehörte sofort einmal abgebaut. Und jetzt paßt auf: Die Wiedereinführung jetzt wäre wirklich nicht notwendig gewesen. Und warum ist er wieder gekommen? Die erste Tat vom Herrn Landwirtschaftsminister Weihs war die Butteraktion. Da haben sich sogar Leute, die nie die SPO gewählt haben, gefreut und haben gesagt, „die Roten haben kommen müssen, damit wir endlich einmal eine billige Butter kriegen.“ Aber es hat sich niemand den Kopf zerbrochen, wer diese Butteraktion bezahlt hat. Wir Bauern selber. Aus den hart und schwer verdienten Groschen, die alle in den Topf gelegt worden sind, um Spitzen abfangen zu können, mit dem Geld ist die Butter verbilligt verkauft worden. Dann erst, wie nichts mehr da gewesen ist, ist nichts anderes übrig geblieben, als wieder den Krisengroschen einzuführen. Und daher ist es notwendig (Abg. Zinkanell: „Das sagt ja auch Präsident Wallner!“), daß dieser Krisenfonds so schnell als möglich zum Teufel gehaut wird — hätte ich bald gesagt. Dann hast du, Kollege Zinkanell, gesagt, ein hoher Prozentsatz der bäuerlichen Betriebe hat noch keine Melkmaschine — wieviel Prozent waren das ungefähr? (Abg. Zinkanell: „Nach der Landwirtschaftskammer 74 %!“) Da ist ein Fehler drinnen, es gibt ja sehr viele Betriebe, die gar keine Kühe haben, die können auch keine Melkmaschine haben. (Gelächter — Beifall bei der ÖVP. — Allgemeine unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Zinkanell: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Landwirtschaftskammer so ungeschickt ist, dort zu erheben, wo keine Kühe sind!“ — Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Man kann nicht für eine Kuh eine Melkmaschine brauchen!“ — Glockenzeichen — Präsident: „Laßt's den Karl reden!“) Der Kollege Zinkanell hat gesagt, daß er bedauert, daß wir die Erhöhung des Agrarbudgets kritisieren. Das tun wir wirklich nicht. Wir freuen uns, daß das Agrarbudget erhöht worden ist. Aber drinnen ist nichts bei der Erhöhung. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sagen dürft ihr nicht, daß ihr euch freut! Das ist es!“) Das dürfen wir schon sagen. Solange der ungünstige Wettbewerb für die Milchwirtschaft durch die Umsatzsteuer der Margarine bleibt, solange die Kunstdüngerpreisverbilligung wegfällt, ist wohl auf dem Papier mehr, aber wir bekommen nicht mehr. Und darum können wir auch nicht glücklich sein.

Auf jeden Fall ist es notwendig, daß auf dem Sektor der Milchwirtschaft, was die Bergbauern im besonderen betrifft, wirklich neue Wege beschritten werden. Es geht nicht an, daß immer ein Teil unseres Berufsstandes ein echtes Sorgenkind oder Stiefkind bleibt. Ich weiß, daß es unpopulär ist, aber du kennst die Tatsachen, der Milchpreis muß erhöht werden, und zwar um 15 %, damit wir überhaupt halbwegs den Ausgleich finden. Außerdem müssen wir von dem jetzigen System, das sich sicherlich einmal bewährt hat, vom gesetzlichen Milchpreis wegkommen. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestpreis. Dann werden die Verhältnisse ein

besseres Gesicht bekommen. Jetzt ist die Situation so bei den Bauern: Ist ein Überangebot, drückt es auf den Preis, und wir müssen die Zeche selber zahlen, und ist Knappheit, dann bekommen wir auch nicht mehr. Daher gehört da eine vernünftige Lösung und zwar ein gesetzlicher Mindestpreis. Lösen kann man das Problem ja nicht, wenn man zum Beispiel der Meinung ist, daß man mit weniger Kühen einfach weniger Milch hat, und damit wäre das Problem beseitigt. Mit jeder Kuh weniger ein Kalb weniger, und mit jedem Kalb weniger ein Schlachtrind weniger. Schön langsam werden dann die Aufgaben des Landwirtschaftsgesetzes hinfällig, das in erster Linie garantiert, daß der Bauer für die Ernährung sorgt.

Auf jeden Fall bitte ich alle dringend — der Herr Kollege Loidl hat gestern gesagt, die Bauernbund-abgeordneten sind ihm sympathisch oder so irgendwie, wenn ich richtig gehört habe — (Abg. Loidl: „Sowieso!“), ich bitte alle, daß wir uns ehrlich dafür verwenden, endlich die Probleme der Landwirtschaft zu erleichtern — lösen werden wir sie ja nicht — und vor allem, daß wir auf die Bergbauern nicht vergessen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Lafer das Wort. Als nächster ist Abg. Wimpler vorgemerkt.

Abg. Lafer:

Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Nach der derzeit hitzigen Debatte möchte ich etwas zur Beruhigung mahnen. Ich möchte mich heute der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer zuwenden und die Tätigkeit und Arbeit dieser Kammer in den letzten vierzig Jahren zu Nutzen und Frommen der Landwirtschaft anführen. (Abg. Pözl: „Jetzt gehen die Sozialisten hinaus!“)

Im Jahre 1929 hat der Steiermärkische Landtag das Bauernkammergesetz beschlossen, und im selben Jahr wurden noch die ersten Kammerwahlen durchgeführt, und schon im Jahre 1930 wurde die erste Landwirtschaftskammer konstituiert.

Der Bauernkammer, meine Damen und Herren, war in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens keine friedliche und demokratische Entwicklung beschieden. Die Jahre 1934 und 1938 gingen auch an der Landwirtschaftskammer nicht spurlos vorüber. Nach Kriegsende 1945 hat sich die Landwirtschaftskammer mit ihren 16 Bezirkskammern aus den Resten des Reichsnährstandes wieder aufgebaut. Ihre damalige Hauptaufgabe war zunächst der Kampf gegen den Hunger. Meine Damen und Herren! Fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Steiermark waren durch Kriegseinwirkungen mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen worden. 5200 landwirtschaftliche Betriebe wurden total oder zum Teil zerstört. Der Wiederaufbau der zerstörten Bauernhöfe konnte mit dem Wiederaufbaugesetz, das damals eine einmalige Solidaritätsleistung der österreichischen Bauernschaft darstellte, schleunigst in Angriff genommen werden. Der Marshallplan in den Jahren 1949 bis 1953 gab den Anstoß zur Produktionssteigerung auf breiter

Grundlage. Der Kammer erwachsen mit den zahlreichen ERP-Aktionen neue Förderungsaufgaben und der Ausbau des Kammerapparates. In diesen Jahren entstanden auf dem Kammergut Tieberhof in Gleisdorf wichtige Förderungseinrichtungen, so zum Beispiel die Saatzuchtanstalt mit der erfolgreichen Hybridmaiszucht, die Mast- und Schlachtpfungsanstalt für Schweine und die Zentrale der künstlichen Besamung für die Rinderzucht.

Im Jahre 1949 wurde dann der Bund steirischer Landjugend aus der Taufe gehoben und wir können heute mit Fug und Recht hier feststellen, daß diese Landjugend einer der bestorganisierten Jugendverbände der Steiermark ist. Im Jahre 1953 wurde das erste Umstellungsgebiet ins Leben gerufen. Daraus entstand später eine Umstellungsaktion, die bis Ende 1969 44 bäuerliche Arbeitsgemeinschaften mit fast 10.000 Bergbauernbetrieben umfaßte. Mit Mitteln des Grünen Planes konnten in diesen Berggebieten die Anpassung an die Marktwirtschaft durch Verkehrserschließung, die Versorgung mit Wasser und Strom, die Intensivierung des Futterbaues, die Verbesserung der Rinderbestände und der Milchleistungen vorangetrieben werden. In den Jahren 1954/55 sind mit Hilfe von ERP-Mitteln in allen Bezirkskammern Häuser der Bäuerinnen mit Musterküchen als Beratungsstützpunkte entstanden. Zahlreiche Tiefkühl- und Waschanlagen waren der Beginn der überbetrieblichen Zusammenarbeit auf dem Sektor Hauswirtschaft.

In jüngster Zeit haben die Familienhelferinnen im Rahmen des Mutterhilfswerkes und der Einführung der Erntekindergärten den Bäuerinnen in vielen Fällen der Not und der Bedrängnis in arbeitsreicher Zeit helfen können.

Die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer hat im Durchschnitt der letzten Jahre jährlich etwa 300 km mit Autos befahrbare Forst- oder Hofaufschließungswege gebaut. Es bedurfte aber auch des grundlegenden Ausbaues der Absatz- und Förderungseinrichtungen. Es entstanden unter anderem ein Netz moderner Molkereibetriebe, wohlorganisierte Zuchtverbände mit den Versteigerungshallen in Feldbach und Leoben und die ersten Obstlagerhäuser in den Obstbaugebieten. Trotz all dieser Anstrengungen, meine Damen und Herren, geriet aber die Landwirtschaft in der wachsenden Industriegesellschaft immer mehr ins Hintertreffen. Der bäuerliche Bevölkerungsanteil in der Steiermark ging von 40 % im Jahre 1934 und 30 % im Jahre 1951 auf 23 % im Jahre 1961 zurück und bei der nächsten Volkszählung werden es wahrscheinlich noch weniger Prozente sein.

Besonders stark hat die Abwanderung aus der Landwirtschaft im Jahre 1950 eingesetzt. Unter diesem Druck entstand die Forderung der Bauernschaft nach einem Landwirtschaftsgesetz. Nach jahrelangen, mühsamen Verhandlungen gelang es im Juli 1960, die Forderung der Bauernschaft durchzusetzen. Es werden mit den Mitteln des Grünen Planes und den Mitteln, die auf Grund des Gesetzes den Bauern zugeflossen sind, letzten Endes Kulturaufgaben des Staates erfüllt. So zum Beispiel die Verkehrserschließung, Versorgung der Bauernhöfe mit elektrischem Strom und Wasser, die Sanierung der Viehbestände von Tierseuchen und die Bekämpfung

fung von Tierseuchen, was ja letzten Endes auch im Interesse der Volksgesundheit liegt. Neben der Marktanpassung ist die Verbesserung der Agrarstruktur zu einem Problem der Landwirtschaft geworden. Die mittel- und kleinbäuerliche Besitzstruktur besonders in der Ost- und Weststeiermark entspricht weder den Anforderungen der Technik noch denen des Marktes. Da aber die Besitzvergrößerung durch mangelnde Bodenangebote erschwert wird, steht die Ausrichtung zu Spezialkulturen, von denen bereits Kollege Aichhofer gesprochen hat, und die Errichtung von Intensivbetriebszweigen im Vordergrund der Bemühungen der Kammer. Der organisierte Intensivobstbau, der Weinbau, der Feldgemüsebau mit Absatzsicherungen durch die Konservenindustrie, der Anbau von Tabak, Hopfen, die Geflügelzucht, Schweinemastringe sind daher Schwerpunkte der Förderung in diesen Gebieten geworden.

Im Mittelpunkt all dieser Bemühungen steht nur die Landwirtschaftskammer, deren Einrichtungen seit ihrem Wiederaufbau vor 25 Jahren zu einem Bollwerk der Interessenvertretung der steirischen Bauernschaft geworden sind.

Alle diese Aufgaben erfordern in unserer Zeit der umwälzenden Veränderungen in der Produktion und in der Marktwirtschaft den vollen Einsatz der gewählten Vertreter und des Förderungsapparates. Der Ausbau des Raiffeisenhofes in Graz zu einem zentralen Bildungszentrum der Jugend, der heuer noch im wesentlichen vollendet sein wird, wird vor allem dieser Jugend Möglichkeiten bieten, sich neben der Fachschule des Landes das geistige Rüstzeug für ihre kommenden Aufgaben in der Bauernschaft zu erwerben.

Meine Damen und Herren! Aus diesem kurzen Überblick von 40 Jahren kann man sehen, daß wirkliche Pionierarbeit auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft geleistet wird und wurde. Ich darf daher feststellen, daß der seinerzeitige Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung, die Agenden der Landwirtschaftsförderung der gesetzlichen Interessensvertretung der Bauernschaft zu übertragen, seine volle Berechtigung fand. Im Vorschlag 1971 der Landeskammer sind Ausgaben im Betrage von 128,289.000.— Schilling ausgewiesen und erwartet die Landeskammer vom Land einen Beitrag in der Höhe von 26,9 Millionen Schilling. Weiters wird ein Förderungsbeitrag in der Höhe von 14,3 Millionen Schilling erwartet.

Wenn es sich hier, Hohes Haus, auch um einen namhaften Betrag handelt, so darf ich doch feststellen, wenn das Land Steiermark diese ihm zustehende Aufgabe „Förderung der Landwirtschaft“ selbst durchführen müßte, das um ein Wesentliches höher zu stehen käme, als wenn das Land diese Aufgaben letztlich der Landwirtschaftskammer überträgt.

Nun, meine Damen und Herren, ich darf vielleicht noch kurz zu den Ausführungen des Kollegen Zinkanell etwas sagen.

Herr Kollege Zinkanell, jetzt wäre doch die günstigste Gelegenheit, unter einem roten Landwirtschaftsminister doch einmal zu versuchen, einen Musterbetrieb aufzustellen, den ich ja schon mehr-

mals hier gefordert habe, mit allen Schikanen, um dort zu errechnen, wie hoch die Agrarpreise liegen müßten, um dem Bauern das ihm zustehende Einkommen zu sichern. Es wäre höchst an der Zeit. (Abg. Zinkanell: „Haben wir ja im Land solche Betriebe!“) Mir ist bekannt, daß so ein Betrieb — ich glaube, von der Gebietskrankenkasse —, der sogenannte „Johannhof“ außerhalb von Graz, aufgegeben wurde, obwohl er sehr, sehr fortschrittlich geführt war. Und das wahrscheinlich deshalb, weil von dort nur ein Defizit heraus zu erwarten war.

Nun vielleicht noch einige Bemerkungen zum Butterberg. Und ich kann nicht umhin, auch noch etwas über den Krisengroschen zu sagen. Es ist kein Vergleich vom Jahre 1968 zum Jahr 1970. Im Jahre 1968 hatten wir einen echten Butterberg von 3000 Tonnen Butter liegen und derzeit, Herr Kollege Zinkanell — es ist erschreckend, möchte ich sagen —, brauchen wir nicht mehr nach Tonnen rechnen, haben wir einen Buttevvorrat auf Lager: 174.000 kg. Und hier glaube ich sicher sagen zu dürfen, wenn der Herr Landesrat Peltzmann recht hat und seine Wünsche und Vorschläge befolgt würden auf Bevorratung, dann hätten wir überhaupt die Butter nicht, die auch nur für eine geringe Bevorratung verlangt oder erwartet würde.

Und dann, Herr Kollege Zinkanell, zu den Melkmaschinen: das wirklich ein schwaches Beispiel ist. Sollen denn wir unseren Bauern draußen mit einer oder zwei Kühen empfehlen, eine Melkmaschine zu kaufen? Sogar jenen, die gar keine Kühe haben! (Abg. Zinkanell: „Das liegt dann an der Erhebung durch die Kammer!“) Moment, Herr Kollege Zinkanell, erhoben wurden alle kammerzugehörigen bäuerlichen Betriebe! Und der Prozentsatz ergibt sich ja aus der Gesamtheit der Betriebe.

Dann darf ich noch eines sagen: Letztlich erzeugt die Melkmaschine keinen Liter Milch mehr. Das gleiche gilt für den Mähdrescher, der erzeugt kein Kilogramm Getreide mehr, desgleichen ein Grasmäher, davon kommt kein Kilo Gras oder Heu mehr und die Maschine belastet letztlich den Betrieb.

Das wollte ich nur kurz zu deinen Ausführungen gesagt haben. Ich möchte das Hohe Haus bitten, den Ansätzen für die Landwirtschaft und den Beträgen, die die Landwirtschaftskammer im kommenden Jahr zu erwarten hat, gerne seine Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort kommt der Abg. Wimmeler. Ich erteile ihm das Wort. Der nächste vorgemerkte Redner ist der Abg. Prenner.

Abg. Wimmeler:

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen möchte ich nur eine kleine örtliche Bitte vorbringen, die aber doch von allgemeiner Gültigkeit ist.

Im Unterabschnitt 731 sind mit einer Erhöhung von $\frac{1}{2}$ Million gegenüber dem Vorjahr 12 Millionen Schilling an Beiträgen für die Ent- und Bewässerung vorgesehen. Soweit mir bekannt ist,

sind Entwässerungsarbeiten größeren Ausmaßes im Ennstal im Raume zwischen Gröbming und Selzthal begonnen worden. Diese Meliorationsarbeiten wurden in den Folgejahren mit größeren und kleineren Unterbrechungen fortgesetzt, mit dem Ziel, die Bodenbeschaffenheit des landwirtschaftlich genutzten Talbodens zu verbessern. Die Wirksamkeit dieser Entwässerungsarbeiten hängt aber im besonderen Maße davon ab, daß der Wasserspiegel der Bäche und Flüsse, die als Vorfluter dienen, und in die die Hauptsammler einmünden, tiefer liegt als der der Hauptsammler. Im Falle der Enns, die mit starker Geschiebeführung ständig zur Auflandung dieses Bodens beiträgt, was eine ständig steigende Höhe des Wasserspiegels bedingt, ist die Wirksamkeit dieser sehr kostspieligen Entwässerung beeinträchtigt. Wenn nun die Beseitigung der Auflandung der Flüsse mit den Meliorationen nicht Schritt hält, dann nimmt natürlich die Versumpfung des Talbodens wieder zu, die eine doppelte Ertragsminderung zur Folge hat. Sie bringt nämlich erstens eine Verschlechterung des Pflanzenbestandes mit sich und zweitens eine Gesundheitsschädigung der Rinder.

Ich darf nun erfreulicherweise feststellen, daß seit einiger Zeit Ausbaggerungen der Enns vorgenommen werden, nur gehen diese Ausbaggerungen verhältnismäßig langsam vor sich. Ich möchte daher mit meinen Ausführungen die verantwortlichen Stellen auf diese Umstände hinweisen und ersuchen, Maßnahmen zu verwirklichen, damit die Meliorationen und Ausbaggerungen der Vorfluter in Einklang gebracht werden. Es darf ja schließlich nicht vergessen werden, daß die im Landesvoranschlag vorgesehenen Mittel nur Beiträge zu den Gesamtkosten darstellen, von denen die einzelnen Grundbesitzer — meistens zusammengeschlossen in Wassergenossenschaften — ebenfalls einen ansehnlichen Anteil zu tragen haben. Im Falle der Enns wären daher Maßnahmen begrüßenswert, die zu einer Beschleunigung der Ausbaggerung führen könnten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Prenner das Wort. Nächster vorgemerkerter Redner ist der Abgeordnete Trummer.

Abg. Prenner:

Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte eingangs dem Kollegen Zinkanell eine Antwort geben. Er hat in seinen Ausführungen gesagt, daß der Warnstreik im heurigen Sommer, welcher hier vom Steirischen Bauernbund vollzogen wurde, nicht gerechtfertigt war. Er hat weiters gesagt, daß er mehrere Bauern befragt hat und daß keiner verärgert war. Ich möchte hier wohl hinzufügen, daß gerade in dieser Zeit die Österreichische Bundesregierung der Margarineindustrie 60 Millionen Schilling geschenkt hat. (Abg. Zinkanell: „90 Millionen!“) Oder 90 Millionen Schilling. Ich glaube, das war für unsere Milchbauern wohl genug Ärger. Zum zweiten möchte ich betreffend die Dieselpreis-erhöhung von 70 Groschen noch etwas sagen. Ich glaube, der Herr Kollege Zinkanell ist sehr auf-

merksam und hat unseren früheren Landwirtschaftsminister Schleinzler wohl richtig verstanden, der der Meinung war, daß man die Bauernschaft von einer Erhöhung des Dieselpreises ausnehmen müsse. Es war auch in der Juninummer des „Bauernbündlers“ und der „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ nachzulesen, daß das Heizöl hierzu Verwendung finden sollte. (Abg. Zinkanell: „Das hätte er gerne, aber ob er es getan hätte, ist fraglich!“ — Landeshauptmann Krainer: „Zu Ihrer Orientierung, es war schon ausgemacht!“ — Landesrat Wegart: „Wie wäre es sonst möglich?“ — Abg. Zinkanell: „Das bezweifle ich!“)

Hohes Haus! In der Gruppe 7 nimmt auch die Post 700 „Meliorationen“ einen wichtigen Rang ein. Wir können auch hier eine stete Aufwärtsentwicklung feststellen. Waren im Jahre 1968 10,450.000 Schilling zur Förderung der Ent- und Bewässerung im Budget vorgesehen, ist dieser Betrag im Jahre 1969 auf 11 Millionen Schilling und im Jahre 1970 auf 11,5 Millionen Schilling gestiegen. Für 1971 konnten erfreulicherweise 12 Millionen Schilling veranschlagt werden. Trotz dieser erfreulichen Aufwärtstendenz sind noch große Aufgaben zu bewältigen. Ein Rückblick auf die letzten 25 Jahre ergibt, daß eine Fläche von 19.413 ha melioriert wurde, wovon 19.036 ha auf Entwässerung und 377 ha auf Bewässerung entfallen. Vom Land wurden dafür 111,281.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Aber ein ganz beachtlicher — und das muß man, glaube ich, wohl immer wieder herausstreichen — Teil wurde von den Interessenten und von den Gemeinden aufgebracht, und zwar ein Betrag von 125,7 Millionen Schilling. Das sind gewaltige Opfer, die unsere Bauern und auch unsere Gemeinden zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Böden zugeschossen haben.

Schwerpunkte haben sich bereits auch in den letzten Jahren in Zusammenlegungsgebieten herausgebildet, es wird hierfür etwa die Hälfte des Bauvolumens verbaut und es ist zu rechnen, daß sich dieser Anteil künftig noch etwas erhöhen wird.

Neben diesen großen Aufgaben verschlingen Rutschungen, die in den letzten Jahren besonders in der Süd- und Oststeiermark große Schäden verursacht haben, große Beträge, die dann zur Wiederherstellung dieser Böden Verwendung finden.

Daneben möchte ich auf ein spezielles Gebiet hinweisen, das sich gerade in der Nordsteiermark ergeben hat, nämlich die Zurverfügungstellung der entsprechenden Mittel im Zusammenhang mit dem Straßenbau bzw. mit den Ortsumfahrungen. Hier ergeben sich oft große Probleme. Viele Grundstücke werden heute der Landwirtschaft entzogen, durch den Ausbau der Bundes- und Landesstraßen. Ich muß feststellen, daß gerade bei der Umfahrung von Lafnitz der Wechselbundesstraße 33 ha landwirtschaftlicher Grund dafür in Anspruch genommen wurden. Es ist ja auch nicht so in der Wirklichkeit, daß dieser Boden, der melioriert wird, schon morgen den Anforderungen entspricht. Er braucht Jahre dazu, damit Kulturen wieder dementsprechend gedeihen können. Es ist glaube ich, notwendiger denn je, Grund und Boden so zu sanieren, daß der Boden so kultiviert werden muß, daß eine gesunde Ernährung gesichert ist. Durch

unzählige Hektar, die noch in die Meliorationen einbezogen werden müssen, treten immer wieder Krankheiten auf, wie zum Beispiel Leberegel, welche unserem Land, unserer Landwirtschaft und den Bauern große Verluste bringen.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir mit den Budgetansätzen für die Meliorationen zufrieden sind, damit auch im Jahre 1971 gewährleistet ist, daß mit diesen Mitteln wertvoller Boden unseren Landwirten erhalten bzw. an sie weitergegeben werden kann.

Danken möchte ich den Beamten der Abteilung III b, die mit Ende des Jahres in den Ruhestand treten, für die Leistungen, die sie für die Meliorationen in unserem Land erbracht haben. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Abg. Trummer. Als nächster Redner ist Abg. Preitler vorge­merkt.

Abg. Trummer:

Hoher Landtag! Meine Frauen und Männer!

Es sind heute schon sehr viel Sorgen in diesem Hohen Haus vorgetragen worden und so möchte auch ich die Sorgen meines Grenzbezirkes vor­tragen.

Und zum Schluß, glaube ich, werde ich meinem Kollegen Zinkanell auch Sorgen vortragen und ich hoffe, Kollege Zinkanell, daß du mir dann deine volle Unterstützung zuteil werden läßt. (Abg. Zinkanell: „Sicher! Ich bin dafür, daß etwas geschieht!“)

Ich muß wieder auf die Dringlichkeit der Regulie­rung der Vorflutgewässer unseres Grenzbezirkes hinweisen. Drei der Vorflutbäche werden derzeit reguliert und diese Regulierung hat sich bereits bewährt. Trotz der großen Regenfälle im heurigen Jahr ist in diesem Gebiet keine Überschwemmung erfolgt, wogegen bei den anderen vier Bächen Tau­sende von Hektar überschwemmt wurden.

Noch sind in unserem Bezirk zu regulieren: Die Kutscheniza von Zelting bis St. Anna am Aigen, der Sulzbach von Purkla bis Gleichenberg, der Ottersbach von Aichfeld bis St. Peter am Ottersbach, die Zirknitz und die Schwarzau von Litsch bis Wei­tersfeld zur Murmündung. 4000 bis 5000 Hektar sind in dem Gebiet versumpft und werden zwei- bis dreimal im Jahr bei stärkeren Niederschlägen über­schwemmt. Durch diese Regulierungen werden Tau­sende Hektar versumpftes Gebiet in fruchtbares Ackerland umgewandelt werden. Für 1971 sind aber nur 5,5 Millionen Schilling für die Regulierungen in unserem Bezirk vorgesehen. Benötigt würden aber 10 Millionen Schilling. Weil nun der Kollege Loidl die Großzügigkeit der Bundesregierung für die Landwirtschaft betont hat, stelle ich die Forde­rung, daß die Bundesregierung die Mittel für die Regulierung für die Steiermark erhöht, damit auch wir in unserem Grenzbezirk die Regulierungen er­weitern können. (Beifall bei der ÖVP.) Denn es wird dadurch in unserem Bezirk die ganze Grund­zusammenlegung gestört. Zuerst müssen wir regu­lieren, und dann kann erst eine erfolgreiche Grund­zusammenlegung durchgeführt werden.

Und nun, lieber Kollege Zinkanell! Bevor ich schließe, darf ich dir eine kleine Mitteilung machen.

Ich halte hier keine Wahlrede, sondern gebe nur eine Erklärung, die tatsächlich wahr ist. Als der Herr Bundeskanzler Kreisky bei den Wahlversamm­lungen unseren Bezirk besuchte, erklärte er in drei von seinen Wahlansprachen: „In diesem Bezirk ist bisher sehr wenig geschehen. In Zukunft muß in diesem Bezirk etwas mehr geschehen.“ (Abg. Zinkanell: „Sehr richtig!“) Zu früh hast du geredet, Zinkanell! (Abg. Zinkanell: „Ich bin dafür, daß mehr geschieht!“) Und als nun Dr. Kreisky Bundes­kanzler wurde, glaubten wir Grenzler, jetzt wird's aufwärtsgehen. Und was für eine Überraschung erlebten wir im Juni? Wir erlebten eine Sperre des Gesaprim's. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marczik: „Pfui, Pfui!“ — Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „So ist das!“ — Allgemeine Zwischen­rufe. — Glockenzeichen!) Kollege Zinkanell, laß mich ausreden. Du weißt, daß unser Bezirk ein reiner Kleinbetriebsbezirk ist, daß wir bis jetzt die Möglichkeit gehabt haben, das Gesaprim durch einen Übertrittsschein mit 74 Schilling von Jugo­slawien zu holen. Wir dürfen nicht vergessen, daß bei uns jetzt ein reiner Maisbezirk ist. Durch diese Sperre erhielten wir eine zusätzliche Belastung — zusätzlich zu Diesel etc. — von 3 Millionen Schil­ling. Und nun bitte ich dich, lieber Kollege Zinkanell (Abg. Pölzl: „Das kann man dem Kreisky aus­richten!“), unterstütze mich, daß diese Ungerechtig­keit für unseren Bezirk vom Minister Weihs wieder behoben wird. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Darf ich einen Zwischenruf machen? Ihr habt es vorbereitet, meine Herren!“ — Landeshauptmann­stellvertreter Dr. Niederl: „Ihr hättet es nicht machen müssen!“ — Abg. Zinkanell: „Ihr habt es vor­bereitet und beschlossen! Ihr habt es vorbereitet!“ — Abg. Fuchs: „Ihr hättet es ja nicht machen müs­sen!“ — Allgemeine Zwischenrufe. — Glockenzei­chen!) Kollege Zinkanell! Das ist ja keine Aussage, gesperrt hat es ja der Minister Weihs. (Abg. Zinkanell: „Ist es ein Gesetz, oder ist es kein Gesetz?“) Ich verlange ja von dir etwas anderes. Ich ver­lange keine Hilfe, und die sage mir jetzt zu. Kollege Zinkanell, wirst du mich unterstützen bei dieser Frage? Es geht um kleine Besitzer. (Abg. Zinkanell: „Ja, gern! Aber den Artikel mußt du lesen!“) Wun­derbar.

Und nun komme ich schon zum Schluß.

Meine Frauen und Männer, vergessen wir nicht, daß wir im Notfall jeden Hektar Ackerland drin­gend benötigen, um die Ernährung der Bevölkerung unserer Heimat sicherzustellen. (Landesrat Gruber: „Der Zinkanell wird die Post richtig hinbringen zum Minister, trotz der vielen Zwischenrufe!“) (All­gemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abge­ordnete Preitler. Ich erteile ihm das Wort. Näch­ster vorgemerkt Redner ist der Herr Abgeord­nete Schaller.

Abg. Preitler:

Hohes Haus, werte Damen, meine Herren!

Es wurde mir schon angedeutet, so kurz wie mög­lich zu sprechen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Warum denn? Wir haben ja Zeit!“) Ihr seht ja, daß ich gar

kein Konzept mitgenommen habe. Aber ich möchte doch ein paar Worte zu diesem leidlichen Problem Landwirtschaft sagen. Vorgestern hat der Kollege Koiner sein Bedauern ausgesprochen über uns zwei arme Hascherln, weil wir zwei als Bauernvertreter bei den bösen Sozi sind. (Abg. Dipl.-Ing. Eberdorfer: „Das habe ich nicht gesagt!“ — Abg. Trummer: „Lieber Kollege, das darfst du überhaupt nicht sagen! Ich bin selbst ein kleiner Besitzer!“) Aber ihr habt ja gesehen, der Zinkanell hat sich recht tapfer geschlagen.

Meine lieben Freunde! Das ganze Agrarproblem hat schon seit längerer Zeit seine Nachwirkung. Und es ist kein österreichisches Problem. Es ist ein europäisches Problem. Ich erinnere mich, es ist ungefähr 15 Jahre her, damals war noch der Landwirtschaftsminister Thoma, der hat zur Vollversammlung der Landwirtschaftskammer den Sektionschef Leopold geholt — Kollege Lafer, du wirst dich vielleicht erinnern können, du bist einer der Ältesten. Haben wir nicht alle aufgehört, als er gesagt hat: „Meine Herren! Im Zuge der Mechanisierung und der Industrialisierung wird die Zeit kommen, daß ein Drittel der bäuerlichen Bevölkerung aus ihrem Beruf gehen wird müssen!“ Jetzt ist das eingetreten. Diese Walze ist auf uns zugekommen. Niemand wollte die Schuld auf sich nehmen. Der Bauernbund hat gesagt, die Sozi sind schuld. Als das auch nicht gezogen hat, hat man gesagt, die da draußen in Brüssel bei der EWG, der Mansholt hat einen Plan entworfen, der Hund bedeutet das Bauernsterben. Geschrieben und geschrieben ist geworden, ich streife es nur, weil gestern oder vorgestern von der Regierungsbank das Wort Mansholt gefallen ist. Ich muß euch sagen, ich habe mich selber vor dem Mann gefürchtet, weil ich mir gedacht habe, wenn es so kommt und wahr ist, dann mußst du gehen von deiner Hütte. Ich bin dem Kollegen Zinkanell dankbar. Voriges Jahr waren wir draußen, Freund Trummer, da hättest du sollen mit dabei sein. (Abg. Trummer: „Bist du dafür, für den Mansholt-Plan?“) Der Tempel der EWG — ein 17 Stock hohes Gebäude in Brüssel — und ich war angenehm von Mansholt überrascht, ein feiner, stattlicher Herr, er hat uns nicht so arg und drastisch das Ganze geschildert, und er hat uns den Glauben gegeben, daß wir weiter auf unseren Bergbauernhöfen verbleiben dürfen. Er hat gesagt — und das stimmt, meine lieben Freunde — das Bergbauernproblem ist ein innereuropäisches Problem, er ist gar nicht dafür zuständig, für den EFTA-Raum eine Diagnose abzugeben. Er erachtet das, daß wir in Europa im Zuge der Zeit bis zum Jahre 2000 darangehen werden müssen, und zwar mehrere Staaten, ein Staat allein kann das Problem nicht lösen, daß man den Bergbauern keine Steuer mehr abnimmt, daß man fördert, daß er auf seinen Hügeln und auf den Bergen bleibt, damit keine europäische Kulturschande besteht. Nun, und was tun wir jetzt? Jetzt geht es um die Umstrukturierung der Landwirtschaft. Und da möchte ich schon sagen, es gibt ein paar wichtige Probleme und als Bergbauer darf ich sagen, in erster Linie müssen wir dazuschauen, daß die Bergbauern auf ihren Höfen bleiben können. Dazu können wir beitragen, daß wir ihnen Wege hinbauen. Aus dem Bericht des Herrn Lan-

deshauptmannstellvertreters Dr. Niederl hat es mich sehr gefreut zu erfahren, daß er sehr viel übrig hat, daß man ihnen auch die Wohnungen ausbaut und dadurch wieder dazu beitragen, daß sich aus dem Fremdenverkehr Möglichkeiten für diese Bergbauern ergeben. Nicht nur für die westlichen Fremdenverkehrsorte und für die Obersteiermark ist der Rohstoff „Schnee“ ein wichtiges Sanierungsmittel für die Wirtschaft geworden, auch viele Bauern sind daran interessiert, Zimmer auszubauen, Skilifte zu bauen und das soll gefördert und unterstützt werden.

Nun ein paar Worte zur Agrarbehörde: Da muß ich wirklich den Dank aussprechen allen jenen Beamten und Ingenieuren, die beim Wegebau mitarbeiten. Auf diesem Gebiet ist sehr viel geschehen und diese Arbeit geht wirklich rasant voran. Und meine Bitte geht dahin, noch bessere, noch mehr Wege brauchen wir. Der Herr Kollege Zinkanell hat die Schwierigkeiten im Wegeproblem schon aufgezeigt. Das ist wohl eines der wichtigsten Probleme unserer bäuerlichen Bevölkerung, meine Damen und Herren. Ich hätte ja viele Probleme, aber ich will nicht allzu lange reden. Aber eines möchte ich noch aufzeigen und das ist das Katastrophenproblem. Ich sage es deshalb, weil ich von ein paar Bauern ein Schreiben bekommen habe, und zwar aus der Oststeiermark. Es dreht sich um die vorjährige Sturmkatastrophe. Es wurde der Schaden zwar aufgenommen, die Schadensmeldungen wurden eingereicht, aber die Bauern haben bis heute noch von keiner Stelle eine Antwort erhalten. Aber ich nehme halt an, die haben nicht die richtige „Feldpostnummer“ dort.

Die Hagelversicherung ist ebenfalls ein Zukunftsproblem für die Bauern, meine lieben Freunde. Der eine oder andere meiner Berufskollegen wird vielleicht sagen, wir haben sowieso Hagelabschubbasen, aber ich darf zur Antwort sagen, wir haben ja auch eine Feuerwehr und trotzdem eine Feuerversicherung. Das ist bald dasselbe. Und da möchte ich auch sagen, wir müssen trachten, daß dem Bauern die Möglichkeit gegeben wird, sein Hab und Gut vor Naturkatastrophen, vor Hagel usw., zu schützen und ihm zu helfen, daß er diese Beiträge leichter zahlen kann dadurch, daß man ihm von Bund oder Land noch mehr Unterstützung gewährt und daß man schaut, daß noch mehr Landwirte hagelversichert sind.

Wissen Sie, was mich noch freut? Wenn man auch noch so schimpft über die bösen Sozi, das Budget weist immerhin noch einen Betrag von 4,5 Milliarden Schilling aus und das ist ganz nett, wo man doch gesagt hat vor der Wahl, „Wehe, wenn die Roten gewinnen, dann werden die Bauern verschwinden müssen usw. Dann gibt es keine Bauern mehr, dann gibt es nur Kolchosen.“ Das war ja alles ein Blödsinn, meine lieben Leute. Wir müssen ja schließlich und endlich doch an einem Strang ziehen und das ist ja das Geld vom gesamten österreichischen Volk, das da verwaltet wird, nur das hat Sinn und Zweck. Was mich weiters freut ist, daß man jetzt in der Regierung beschlossen hat — und zwar der Finanzminister — daß die Schulbücher frei werden und auch die Fahrten für die Schulkinder, für die Bergbauernkinder. Jetzt wird es möglich sein,

daß mehr junge Bauern nach unserer Generation als geschulte Bauernkinder dasitzen werden und das Geschick unseres Landes bestimmen. (Beifall.) Und danken wir den Sozialisten.

Und nun komme ich zum Abschluß: Nach der ganzen Debatte und nach allem, was da so immer kritisiert wird, muß ich sagen, ich kann es ja verstehen. 25 Jahre seid ihr an dem Tisch gesessen, jetzt habt ihr weichen müssen, jetzt müßte man ja was erfinden, um kritisieren zu können, aber ich sage euch eines: Es sind nicht die schlechtesten Früchte, woran die Wespen nagen! (Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Abg. Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Helmut Heidinger:

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident!

Ich habe mir erlaubt, von unserer Obstverwertungsgenossenschaft einige Früchte, an denen die Wespen noch nicht genagt haben, zur Verteilung zu bringen. Es sind das steirische Äpfel. Ich habe nicht die Absicht, damit irgendwen von Ihnen aus dem Paradies zu locken, auch nicht den Herrn Kollegen Zinkanell aus seinem rosaroten Paradies, weil ich ihm leider sagen muß, daß er es wirklich sehr schwer gehabt hat, das Bundesbudget für die Landwirtschaft zu verteidigen. (Abg. Zinkanell: „Weil ihr so viel dreingeredet habt!“) Nur zwei Zahlen, lieber Freund Zinkanell: Aus der Budgetrede des Herrn Finanzministers, die Sie hoffentlich kennen, geht hervor, daß die Gesamtausgaben des Bundesbudgets um 9,7% gestiegen sind. Und wenn Sie nachrechnen, wie hoch die Steigerung beim Kapitel 60 ist — ich will gar nicht von der Verminderung beim Preisausgleich reden —, dann sind es genau 5,5% und jetzt frage ich Sie, Herr Kollege Zinkanell, wo ist also da die besondere Schwerpunktbildung, die Herr Minister Dr. Androsch hier für die Landwirtschaft sieht? Ich sehe sie im Bundesbudget nicht. (Abg. Zinkanell: „Sie rechnen ja die Hälfte nicht mit!“ — Abg. Loidl: „Bei Weitsichtigkeit werden die Ziffern kleiner!“) Das kann sein, ich bin weitsichtig und habe eine kurzsichtige Brille auf, sonst sähe ich noch viel schlechtere Dinge, lieber Freund! Aber ich darf ganz kurz zu einem Kapitel sprechen, das immer wieder in der agrarpolitischen Diskussion eine Rolle spielt, und das ist die Spezialisierung. Ich darf Ihnen hier das Ergebnis einer zähen Arbeit, unterstützt von Land und Bund, darbieten. Wir haben ungefähr 1700 Spezialisten im Obstbau, die eine Fläche von 4000 ha bewirtschaften. Ich möchte es ganz kurz machen und nicht auf die Problematik dieser Spezialisierung eingehen. Nur eines möchte ich sagen: Das, was ich Ihnen hier hinstellen ließ, ist ja das Ergebnis dieser Überlegungen. Es können solche Spezialkulturen nur in enger Verbindung mit dem Markt und dem, was der Markt verlangt, dargeboten werden. Die Marktverflechtung ist das A und O der Spezialisierung. Es ist hier viel geleistet worden. Die Erwerbsobstbauern haben in Zusammenarbeit mit der gewerblichen Wirtschaft — es sind 13 gewerbliche Betriebe und Genossenschaften — eine Lagerkapazität von 24.000 Tonnen aufgebaut und

dafür einen Aufwand von 100 Millionen Schilling bereits eingesetzt. Aber es wird noch notwendig sein, weil ja die Obstanlagen erst ins Tragen kommen, für zirka 32.000 Tonnen vor allem Lager mit kontrollierter Atmosphäre zu bauen. Dafür sind 200 Millionen Schilling erforderlich und ich bitte, daß die weitere Förderung durch Land und Bund diesen Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Und hier darf ich dem Kollegen Preitler antworten, der mit Recht gesagt hat, daß der Hagelschutz verstärkt werden soll und sich wenn möglich nicht nur auf die Versicherung sondern auch auf einen Präventivschutz erstrecken soll. Es laufen hier erfolgreiche Versuche, die in Haidegg bereits abgewickelt wurden, mit Hagelnetzen, die auch wirtschaftlich tragbar sind. Die Italiener haben bereits Tausende von Hektar so geschützt, und es ist Vorsorge getroffen, daß im nächsten Jahr bereits großräumige Versuche in der Richtung laufen. Ich hoffe, daß dafür auch in Zukunft die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können.

Und nun zur ältesten Spezialkultur, dem Weinbau. Der Kollege Zinkanell hat mit Recht gesagt, daß der Weinbau große Sorgen hat. Diese Sorgen resultieren daraus, daß es leider nicht gelungen ist, die Markterfordernisse mit der Produktionssteigerung in Einklang zu bringen. Die Gesetze, die in Niederösterreich und im Burgenland beschlossen wurden, sind in ihrer Vollziehung nicht genügend wirksam geworden. Und jetzt hören Sie gut zu, Kollege Zinkanell. (Zinkanell: „Bin ganz Ohr!“)

Im Vorjahr hat ein ÖVP-Initiativantrag den Weinwirtschaftsfonds als eine — ich gebe zu, sehr unvollkommene — Möglichkeit, da einzugreifen, gegründet. Damals hat sich Ihre Partei nicht bereithalten können, für dieses Gesetz zu stimmen. Lesen Sie nach in den stenographischen Protokollen! Sie hat nur dem zugestimmt, daß auch acht Vertreter der Arbeiterkammer in diesen Fonds kommen. Nur diesem kleinen Gesetzesteil hat sie zugestimmt und hat den Fonds abgelehnt.

Ich stehe nicht an zu sagen, ich freue mich, daß das heurige Bundesbudget die Höchstgrenze, die in dem Gesetz vorgesehen ist, nämlich 50% des Weinsteueraufkommens des vorvergangenen Jahres, dafür verwendet hat. (Abg. Zinkanell: „50 Millionen ohne Weinsteuer!“) Hören Sie bitte weiter zu, lieber Freund! Man hat bei der Einführung der Alkoholsondersteuer gesagt, das ist eine Sache der bösen ÖVP. Wir haben sicher keine Freude gehabt, wir haben gekämpft und haben gegenüber der Regierungsvorlage wenigstens erreicht, daß eine Terminierung für 1971 auslaufend hineinkommt. In den Gesetzen über die Einkommensteuerzuschläge und die Vermögenssteuer war die Terminierung zum 31. Dezember 1970 drinnen. Und nun — siehe, wie sich die Dinge wandeln! Der Herr Finanzminister hat sich außerstande gesehen, diese Gesetze auslaufen zu lassen, und sie wurden verlängert. Und wir sind jetzt sehr neugierig — wir haben ja Zeit! Ich bin sehr neugierig zu sehen, wie im nächsten Jahr Ihre Fraktion argumentieren wird, wenn der Herr Finanzminister eine Verlängerung der Alkoholsondersteuer vorlegt. Sie haben erwähnt, die Weinsteuer haben wir weg. Das war offensicht-

lich ein Kompromiß. Die Freiheitlichen haben ja gegen die Alkoholsondersteuer auch heftig opponiert und offensichtlich in den Budgetgesprächen dann die Minieinigung erreicht, 100 Millionen Weinsteuer kommen weg, aber 600 Millionen Alkoholsteuer, die die Weinwirtschaft belasten, bleiben. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Sie müssen doch zugeben, daß die Weinsteuer dem Produzenten zugute kommt!“) Aber das ist ja eine Fiktion, lieber Abgeordneter Dr. Götz. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Die Zahl der Gäste!“ — Abg. Zinkanell: „Das habe ich ausführlich erklärt, ganz genau!“) Es ist zwar im Gesetz drinnen gestanden, daß das eine Verbrauchssteuer ist, aber durch die Marktlage bedingt hat sich das auf die Produzentenpreise rückgewälzt. Das ist eine Tatsache. Fragen Sie die Leute. (Abg. DDr. Götz: „Der Zuwachs etwa in Niederösterreich, der wesentlich stärker ist!“)

Der ist schon bekannt, das habe ich ja auch gesagt.

Ich darf also zum Schluß kommen. Ich möchte der Landesregierung für die Förderung unserer Bergweinbauern — denn der steirische Weinbau ist in einer Sondersituation, die ich auch nicht näher beleuchten will — danken. Die Bergweinbauproduktion ist natürlich teurer als in der Ebene, und wir können daher nur unter drei Voraussetzungen bestehen. Wir haben von der Produktion her alles eingeleitet, damit dies möglich ist, wir bitten nur um Unterstützung. Das eine ist, wir müssen mit dem Wein auch unsere Landschaft verkaufen — also enge Verbindung mit dem Fremdenverkehr. Wir brauchen ein konzentriertes Qualitätsangebot, etwa der „Salonsteirer“, eine Gemeinschaftsproduktion verschiedener Gewerbebetriebe mit starker Werbung, ist ein Anfang, und wir brauchen eine Imagewerbung für den steirischen Wein überhaupt.

Und zum Schluß darf ich noch einiges sagen. Die Spezialkulturen sind sicher ein Weg in unserer Agrarpolitik, sie sind ein erfolgreich beschrittener Weg, wie Sie, glaube ich, an diesen hervorragenden Früchten sehen, aber es hängt alles an der Bildung, und wir freuen uns daher, daß nun im Zuge des Ausbaues unserer landwirtschaftlichen Fachschulen Obst- und Weinbau getrennt wird, es wird Silberberg für den Weinbau und für den Feldgemüsebau zuständig sein, und es wird die neue Schule in Wetzawinkel sich vornehmlich dem Obstbau zuwenden. Ich glaube, wenn wir uns alle gemeinsam bemühen und vor allem, wenn das Landesbudget weiter so dotiert bleibt, wie es ist, dann wird es uns gelingen, auch die achtziger Jahre mit einer intakten Landwirtschaft zu erreichen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schaller das Wort. Nächster Redner Abgeordneter Aichholzer.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller:

Hohes Haus! Es ist eine bekannte Tatsache, daß, wenn die Gruppe 7 sich zur Gruppe 8 zuneigt, auch der Landtag allmählich in Auflösung übergeht. Ich werde diese Auflösung nur um 5 Minuten hintan-

halten. Ich möchte zuerst herzlich Dank sagen im Namen der Landjugend der Steiermark, daß das Land Steiermark sehr viel Geld ausgibt für die Bildungseinrichtungen; es sind immerhin mehr als 70 Millionen Schilling, die uns im kommenden Jahr für die landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen zur Verfügung stehen. Ich möchte nur im Telegrammstil dem Haus, sozusagen in einem Mini-Bildungsplan, berichten, daß unsere Schulen eine sehr gute Entwicklung genommen haben. Wir sind bei den Berufsschulen mit unserem Ziel der Umstellung der örtlichen Schule zur Internatsschule bald am Ziel angelangt. Es sind immerhin bei den Burschen im ersten Jahr 80%, im zweiten Jahr 100% in Internaten untergebracht, bei den Mädchen sind zwei Drittel Internatsschülerinnen. Damit haben wir eine wesentliche Verbesserung des gesamten Berufsschulwesens erreicht. Im fachlichen Bereich — das hat mein Kollege Dr. Heidinger schon gesagt — haben wir unser Konzept, das im Jahre 1965 mit dem Ausbauplan begonnen worden ist, im wesentlichen abgeschlossen. Es sind noch drei landwirtschaftliche Fachschulen im Bau. Stainz wird im neuen Jahr zur Gänze bezogen, eine sehr schöne Schule für die Weststeiermark. Gleisdorf wird im Herbst 1971 — hoffentlich — fertig werden, so daß als letzte Schule — und damit sind wir mit unserem Ausbauplan am Ende — die Fachschule Kobenz baulich auch 1972 oder spätestens 1973 fertiggestellt wird. Die Steiermark hat damit ein sehr modernes Bildungssystem. Im fachlichen Bereich waren wir um eine den Anforderungen entsprechende Spezialisierung bemüht. Die Lehrpläne für den ersten Teil der Fachschulen sind bereits seit einem Jahr in Gültigkeit. Dort haben wir nach regionalen Gesichtspunkten drei Fachschultypen entwickelt, drei weitere Fachschultypen werden mit Verordnung in wenigen Wochen neu eingeführt, und zwar die schwerpunktmäßige Spezialausbildung in Richtung Obstbau, Weinbau und Feldgemüsebau.

Ich möchte am Schluß noch auf zwei Dinge hinweisen, die mir besonders wichtig erscheinen. Wir wissen ganz genau, meine Damen und Herren, daß wir im Ausbildungswesen genau wie in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung nie am Ende sind und daß wir uns immer anpassen und neue Wege aufzeigen müssen. Wir sind nun dabei, neue Schultypen zu testen. Wir haben zwei Schulversuche laufen, einen in Grottenhof, der sich speziell mit den Problemen einer etwas stärker marktorientierten, handelspolitischen Ausbildung der Landjugend beschäftigt, und einen zweiten Schulversuch in Richtung Mädchenausbildung, der mir ganz besonders wesentlich erscheint, weil sich hier die Dinge sehr stark ändern. Er läuft in Stein bei Fehring. In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas anderes sagen, weil es ein Problem der ganzen Landtagsdebatte ist. Ich hätte gern auf Frau Prof. Hartwig geantwortet. Ich wäre aber erst vier Stunden später drangekommen, nachdem über zehn weitere Themen bereits besprochen wurden. Ich möchte doch anregen, ob man es sich nicht überlegen sollte, Ad-hoc-Debatten zu einzelnen Themen unabhängig von der Wortmeldung im Landtag zu ermöglichen. Es würde die Debatte sehr verlebendigen, wenn man

sich zu einer Frage unmittelbar und sofort melden könnte und dann ein Thema wirklich durchdiskutiert werden könnte. (Beifall.)

Ich möchte abschließend zum Thema „Mädchen-ausbildung“ noch etwas sagen: Ich glaube, daß diese Frage sehr eng mit dem Problem der Berufstätigkeit der Frauen zusammenhängt. Und ich glaube, daß noch sehr starke Relikte patriarchalischer Vorstellungen existieren, welche in der Berufstätigkeit der Frau bestenfalls ein Durchgangsstadium sehen. Die Situation ist anders geworden. Die Berufstätigkeit der Frau ist — ich möchte fast sagen — der Normalfall geworden. Und auf diese Tatsache nimmt weder die Wirtschaft noch auch das Ausbildungswesen Bedacht. Es ist eine Tatsache, daß eine Frau, die im Berufsleben steht, eigentlich noch einen zweiten Beruf ausübt, nämlich den Beruf der Mutter, der Erzieherin und Haushaltsführung. Entweder wird die berufliche Ausbildung vernachlässigt, dann geht sie als Hilfsarbeiterin irgendwohin oder es wird auf der anderen Seite die hauswirtschaftliche Seite vernachlässigt. Ich glaube, hier liegen wir mit unserem Ausbildungswesen nicht mehr ganz richtig. Und hier haben wir einen Versuch laufen. Er sieht so aus, daß wir mit der landwirtschaftlichen Fachschule in die neunte und zehnte Schulstufe hineinmöchten und damit einerseits das neunte Schuljahr, andererseits aber auch die Berufs- und Fachschulausbildung integrieren, ohne auf der anderen Seite aber den Weg für eine andere berufliche Ausbildung zu blockieren. Denn wenn es uns gelingt, das 2. Schuljahr in die Lehrausbildung, wie etwa beim Fremdenverkehr, Gastgewerbe und anderen, einzurechnen, dann hat man einerseits eine sehr gediegene hauswirtschaftliche Ausbildung gewährleistet und auf der anderen Seite die Möglichkeit eines Eintrittes in einen Lehrberuf ohne Zeitverlust geschaffen. Das ist ein Konzept, das wir mit dem Schulversuch in Stein verfolgen. Wir möchten damit im ländlichen Raum zwei Ausbildungswege eröffnen: einen stärker landwirtschaftlich-fachlich orientierten mit dem 9. Schuljahr, Berufsschule und Fachschule, und einen zweiten Weg für Mädchen, die sich in diesem Alter beruflich noch nicht festlegen können — und das ist der häufigere Fall —, weil sie noch nicht wissen, ob sie später Bäuerin werden, heiraten oder selbst in einem Industriebereich berufstätig sein werden. Für diese möchten wir einen zweiten Weg eröffnen und damit die Attraktivität unseres Ausbildungsweges erweitern. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie mir 5 Minuten zugehört haben. (Beifall.)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Aichholzer. Nächster Redner dann Herr Abg. Koiner.

Abg. Aichholzer:

Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Damit kein falscher Eindruck hier im Hause hängenbleibt, möchte ich zu den Ausführungen des Kollegen Trummer einiges sagen.

Sicherlich ist für die südliche Steiermark die Einfuhr von Gesaprim von großer Bedeutung, weil gerade für den Maisanbau dieses Spritzmittel notwendig ist und natürlich durch die seinerzeit ver-

billigte Einfuhr dem Bauernstand große Vorteile gebracht hat. Da er aber hier meinte, es sei der jetzige Landwirtschaftsminister Weihs schuld daran, daß Gesaprim nicht mehr eingeführt werden kann, möchte ich hier klarstellen, daß schon in der Alleinregierung der ÖVP die Novelle zum Pflanzenschutzmittelgesetz, welche die Einfuhr verschiedener Pflanzenschutzmittel verbietet, vorbereitet wurde. Auch den Kammern wurde natürlich diese Gesetzesnovelle im Begutachtungsverfahren zugesandt und ich möchte hier erklären, daß in dem Fall die Schuld nicht den Landwirtschaftsminister Weihs trifft, sondern die Berufsvertretung der Bauernschaft. Die Landwirtschaftskammer hätte nämlich genauer darauf achten sollen (Abg. Haas: „Die Kammer in Graz hat nichts davon bekommen!“) — ihr habt ja auf der Bundesebene auch eure Berufsvertretung — und daher stelle ich fest, daß an diesem Mißstand, der jetzt besteht, nicht der Minister Weihs, sondern meiner Meinung nach die Landwirtschaftskammer — eure Berufsvertretung — schuld ist. Wir werden uns aber bemühen, die Bewilligung zur Einfuhr von Gesaprim wieder zu erreichen. Das verspreche ich.

Und nun möchte ich abschließend den zuständigen Referenten für die Landwirtschaft bitten, jene Mittel, die für Hagelschäden vorgesehen sind . . . (Präsident: „Man versteht den Redner nicht!“) . . . ehebaldigst zur Auszahlung zu bringen, weil nämlich viele Betriebe im Grenzland durch die heurigen Hagelschäden so in Mitleidenschaft gezogen wurden, daß sie einige Jahre keine Ernte haben werden. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Koiner das Wort.

Abg. Koiner:

Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Darf ich zuerst eine Richtigstellung vornehmen? Der Herr Abg. Preitler hat hier gemeint, ich hätte zum Ausdruck gebracht, die Herren Zinkanell und Preitler wären „Hascher!“, wenn sie auf der anderen Seite sitzen. Ich würde mir das wirklich nicht gestatten. Und es ist auch gar nicht meine Einstellung. Es hat das damit absolut nichts zu tun und ich habe das auch nie in irgendeiner Form gesagt, ich habe lediglich in meiner Generalrede behauptet, ich bin neugierig, wie die Herren argumentieren werden. Und das ist doch ein wesentlicher Unterschied. Das andere wäre mir völlig fern gelegen.

Ich bin auch gar nicht der Meinung, meine Damen und Herren, daß es jetzt darum geht, in geschliffenem Wortspiel hin und her zu beweisen, wer die Schuld hat, wer mehr die Schuld hat und wo die Schuld liegt. Das wäre eine sehr dankbare Angelegenheit. Aber mir ist die Sache viel zu ernst und ich habe auch einmal gesagt, mir wäre es wesentlich, wenn die Probleme der Landwirtschaft aus dem politischen Spiel ausgeklammert würden, weil ich der Meinung bin, daß das so echte Probleme sind, nicht nur für die Bauern, sondern in sehr baldiger Zeit auch für die Konsumenten, daß wir hier nicht Dialektik und Wortspiel und wunderbare Florettfechterei betreiben sollen, sondern daß

wir uns echt mit den Problemen befassen sollen. Ein Wort hat mich besonders gefreut, das ich von der linken Seite gehört habe in dieser Debatte: Als nämlich Kollege Loidl betont hat — auch in seiner Generalrede — „auf die Dauer wird man uns nicht trennen können.“ Das ist ein Wort gewesen, das mir unter die Haut gegangen ist. Und ich meine das jetzt nicht politisch. Aber ich stelle ebenfalls fest, ich komme aus einem Industriebezirk, daß die Industriearbeiterschaft und die Menschen, die in der Industrie beschäftigt sind, wirklich Verständnis dafür haben, wenn sie daneben die Arbeit des Bauern sehen. Das ist erfreulich und deshalb ist mir hier keine Dialektik und kein Florettfechten so wertvoll oder würde mir so zweckmäßig erscheinen, wenn ich glauben müßte, daß man dabei dieses Verständnis in irgendeiner Form mindern würde.

Aber ein paar Sachen, Herr Kollege Zinkanell, möchte ich doch versuchen, in einer sachlichen Form klarzustellen. Das erste ist, daß der Herr Abg. Zinkanell behauptet hat, der Bauernbund hätte nur jetzt seine Angriffe gerichtet in Sachen Agrarpolitik und verschiedener Dinge, weil eine sozialistische Regierung am Ruder sei. Das stimmt nicht. Ich würde jetzt leicht polemisch werden, wenn ich sagen würde, vielleicht ist der Abgeordnete Zinkanell zuviel in Graz und ein bisserl zuwenig draußen, denn sonst hätte er beobachten müssen — ich nehme das nur im Bezirk Judenburg —, was wir in Judenburg dem Minister Schleinzer in einer öffentlichen Diskussion vor 800 Bauern gesagt haben, was die Bauern gemacht haben und daß es der Bauernbund war, der das veranstaltet hat in einer Zeit, wo es dem Minister Schleinzer nicht angenehm war, und es war das erste Mal, daß ich den Minister Schleinzer nervös gesehen habe. Ich möchte das nur als Beweis dafür anführen, daß es uns nicht um die politische Sache allein geht, sondern daß wir hier verschiedene Fragen einfach auf den Tisch zu legen haben. Und wenn hier Mittel erforderlich sind wie die heurigen Demonstrationen (Abg. Zinkanell: „Es ist schon ein Unterschied zwischen einer Versammlung und einer Demonstration!“), dann darf ich bitten, Herr Abgeordneter Zinkanell, daß auch von eurer Seite beachtet wird und vor allem nicht immer zum Ausdruck kommt, als wenn diese Bauern so eine Art Hebamme brauchen, die ihnen sagt, wann sie demonstrieren sollen und wann sie nicht demonstrieren sollen. Das ist nicht so. (Abg. Zinkanell: „Ihr habt sie ja früher nicht gelassen!“)

Es tut mir deswegen etwas weh für die Bauern, weil daraus auch eine gewisse Mißachtung oder Herabsetzung der eigenen Urteilsfähigkeit zu spüren ist, wenn von deiner Seite her immer wieder behauptet wird: Dann demonstrieren sie, wenn der Bauernbund das sagt. Wir können sicher verschiedener Meinung sein über den Geisteszustand unserer Bauern. Aber daß sie selber spüren und wissen, wann sie zu demonstrieren haben und daß sie nicht dann demonstrieren, wenn die Bauernbundführung das will und daß sie nicht dann nicht demonstrieren, wenn das Landvolk das nicht will, das halte ich ihnen zugute, und so sind unsere Bauern! Das muß ich zuerst sagen.

Die zweite Angelegenheit ist die Einführung des Krisengroschens. Und jetzt möchte ich ein ganz offenes Wort dazu sagen, und zwar deshalb, weil ich persönlich dabei war; als wir am 31. Juli beim Herrn Bundeskanzler Kreisky vorgesprochen haben und dort die Minister Staribacher, Androsch, Weihs usw. anwesend waren. Und ich möchte jetzt etwas sagen, was vielleicht politisch nicht schlau ist. Wenn der Minister Weihs etwa zum Zeitpunkt, wo die Milchanlieferung in einer Weise gestiegen ist, die besorgniserregend war, nicht nur für den Minister Weihs, sondern für alle, die um die Probleme der Milchwirtschaft wissen, auch die Molkereien und vor allem auch O-Molk und diejenigen, die sie absetzen müssen, wenn er noch Anfang Mai entschieden hätte, ja, den müssen wir einführen, denn die Steigerung bewegt sich um 6 bis 7%, und die Sozialisten werden die Budgetüberschreitungssetze, die ja immer wieder gemacht worden sind, aus Geldmangel nicht beschließen, dann müßte ich heute sagen, man könnte ihm keinen sehr großen Vorwurf machen. Aber um was ist es denn gegangen, Herr Abgeordneter Zinkanell? (Abg. Zinkanell: „Das macht auch der Präsident Wallner nicht!“) Es ist um das Schwarzpeterspiel gegangen. Der Minister Weihs wollte die Präsidentenkonferenz als Interessenvertretung der Bauern dazu animieren, daß sie gesagt hätte, das muß sein. (Abg. Brandl: „Das ist ja ihre Aufgabe!“ — Abg. Zinkanell: „Sie haben es ja vorher auch gemacht!“)

Und da ist jetzt das Pech passiert. In der komischen Situation, wo er geglaubt hat, er kann den schwarzen Peter wegschieben, ist die Zahl der Milchanlieferung so zurückgegangen, daß am 31. Juli bei dieser Aussprache deutlich erkennbar war — da waren die Zahlen für Juni gerade da —, daß die Entwicklung des ersten Halbjahres, dieses sprunghafte Ansteigen, gar nicht mehr da war und daß das zu erwarten war, was jetzt eingetreten ist, daß man im zweiten Halbjahr ein krasses Absinken der Milchanlieferung gehabt hätte. Und da ist der Vorwurf zu machen, daß Minister Weihs zu einem Zeitpunkt, wo das schon abzusehen war, trotzdem den Krisengroschen eingeführt hat. Der Abgeordnete Lackner ist darauf zu reden gekommen, wie das mit der Butter war, das ist vollkommen klar. Aber Sie wissen ja selber ganz genau, was jetzt auf der Milchseite los ist. Ich will gar nicht so polemisch sein und sagen: Da habt ihr es, jetzt haben wir zu wenig Milch. Auch das wird eine Angelegenheit sein, die wir sehr beachten müssen. Ich bin überzeugt, im nächsten Frühjahr wird das wieder steigen. Der Zeitpunkt der Einführung war aber nicht richtig, weil die Zahlen sämtlicher österreichischer Molkereien vorgelegen sind, daß die Milchanlieferung zurückgeht. Das nur zur Klarstellung der Sache.

Und nun hat der Abgeordnete Zinkanell gesagt, er hat hier müssen eine rasche Bremse einbauen. Wenn er die rasche Bremse eingebaut hätte, würden wir ihm heute keinen Vorwurf machen. Er hat nur nicht so rasch reagiert, und deshalb war die Bremse dann angelegt, als der Wagen längst nicht mehr gelaufen ist. (Abg. Preamsberger: „Weil er euch nicht hat wehtun wollen!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist ja mit dem Präsidenten abgesprochen, der Plan!“)

Herr Abgeordneter Zinkanell, erzählen Sie mir nichts, ich weiß es auch.

Die dritte Sache, die ich in irgendeiner Form auch klarstellen müßte, ist: Ich sehe die Schwierigkeiten ein, in denen du dich befindest, um etwa den Standpunkt der Bundesregierung in der Dieselpreisfrage zu erklären oder zumindest schmackhaft zu machen. Ich sehe ein, das geht auch über das Talent, das du hast und uns immer wieder unter Beweis stellst, das geht einfach darüber hinaus, denn es kann nicht erklärt werden. Und wenn du auch mit aller Kunst und Dialektik versucht hast, uns zu erklären, daß das fast noch ein Geschäft war für die Landwirtschaft — so habe ich es ungefähr gehört —, das ist nicht drinnen. (Abg. Zinkanell: „Das habe ich nicht gesagt!“) Eines tut uns dabei sicherlich sehr weh, daß wir mit den Traktoren, die nur zu 10% auf den Straßen fahren — 90% des Diesellohs werden auf den Feldern verfahren —, in einer Zeit, wo man sehr genau weiß, daß durch die Disparität der Preise die Landwirtschaft ohnedies nicht an dem wunderbaren Spiel partizipiert der Paritätischen Kommission — Löhne hinauf — Preise hinauf — ungerechtfertigt die Erhöhung des Dieselpreises tragen müssen. Wenn ich mit dem Auto fahre als Bauer, habe ich selbstverständlich diesen Anteil zu tragen, aber doch nicht um Gottes Willen mit den Traktoren, mit denen wir überall herumkutschieren, nur nicht auf der Straße. Das hat uns auch weh getan.

Und noch eines zur Klarstellung. Wenn der Abgeordnete Zinkanell von begünstigten Kreisen in der Treibstoffverbilligung geredet hat und angeschnitten hat, er könnte auch darüber reden. Ja, bitte gar schön, Herr Abgeordneter Zinkanell, wer sind denn in diesem Fall wirklich die Begünstigten? Du weißt selber sehr genau, daß eine Punkteanzahl für die Diesellohprierrückvergütung oder Verbilligung zugrunde gelegt wird nach dem Traktor, den einer hat. Wenn jetzt ein kleinerer Betrieb mit 3 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche einen 15- oder 20-PS-Traktor hat — der Zug geht ja zum stärkeren Traktor hin, und der bekommt die gleiche Treibstoffverbilligung wie einer, der auf 15 oder 20 ha nur einen Traktor hat, wenn du das zum Anlaß nehmen willst, zu sagen, da ist eine Ungerechtigkeit drinnen —, vielleicht ist es eine Ungerechtigkeit, aber dann muß ich sagen, zugunsten der Kleinbetriebe, die in diesen Dingen sowieso benachteiligt sind. (Beifall bei der ÖVP.) Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn wir alle diese landwirtschaftlichen Probleme von der reinen Sachlichkeit her sehen würden. Ich wäre sehr dankbar, wenn das Wort, das ein namhafter Gewerkschafter anläßlich seiner Generaldebattenrede heuer gesagt hat — der Kollege Loidl —, die Richtung wäre, wie wir in Zukunft miteinander über die Dinge reden. Da wäre ich wirklich sehr dankbar.

Ich möchte noch über Markt und Wirtschaft kurz etwas sagen, in aller Kürze.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte deswegen über die Tierzucht reden, weil das Land im Hinblick auf die Tierzuchtförderung und auf die Tierzuchtlenkung wirklich entscheidende Mittel zur Verfügung stellt und weil ich

glaube, daß wir von der bäuerlichen Seite her auch die Verpflichtung haben, dem Höhen Haus einen gewissen Rechenschaftsbericht darüber zu geben, ob dieses Geld nur eine Subvention für die Bauern ist, die ohnehin nie genug bekommen an Subventionen, oder ob damit zweckmäßig gearbeitet wird. Ich halte das einfach für die Pflicht von uns Bauern. Ich darf dazu sagen, daß die Tierzucht in ihrer Bedeutung da ist, weil die Größenordnung der landwirtschaftlichen Produktion in den Zahlen, die über die Tierproduktion vorliegen, groß ist. 18,7 Milliarden Schilling der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Produktion kommen aus der Tierhaltung und aus der Veredelungswirtschaft, während etwa die gesamte Getreideproduktion nur 2,3 Milliarden ausmacht und die gesamte Eisen- und Stahlindustrie zum Vergleich dazu 16,6 Milliarden. Die Bedeutung der tierischen Produktion ist also mit ein paar Zahlen zu beleuchten. Nun möchte ich die Tierzucht in der Hinsicht schildern, wie sie in die Marktwirtschaft hineinwächst, wie getrachtet wird, auf den Markt Rücksicht zu nehmen; eine Forderung, die selbstverständlich immer wieder auch von der Konsumentenseite her mit Recht erhoben wird. Es wird gesagt: Produziert das, was wir brauchen, und nicht das, was euch gerade am besten paßt. Vollständig einverstanden! Wie schaut das im großen gesehen aus? Die Tatsache, daß in ganz Europa ein durchschnittlicher Rückgang der Kuhhaltung als Grundlage der Tierzucht um 2,5% vorhanden ist, bringt natürlich auch einen Rückgang der Milch-anlieferung, aber auch einen Rückgang der Kälber, die pro Jahr anfallen. Das ist etwas, was uns sehr weh tut, weil es sich zeigt, daß der Importbedarf für Rindfleisch in der EWG inzwischen auf 700.000 Tonnen gestiegen ist, das sind zirka 3 bis 3,5 Millionen für Rinder. Deutschland und Italien stehen interessanterweise in der EWG in der Abnahme der Kuhzahlen an der Spitze.

Eine zweite Sache, die wir von der Marktwirtschaft her zu beachten haben, ist das Steigen der Futtermittelpreise, und zwar sowohl der Futtergetreide- als auch der Ölkuchenpreise. Eine interessante Entwicklung, die etwa im September dazu geführt hat, daß weltweit gesehen der Preis für Mais höher war als für Weizen, und zwar auch bedingt erstens durch eine etwas geringere Ernte auf der ganzen Welt, auch in den USA und zweitens durch die Tatsache, daß Japan, das industriell einen Sprung nach vorne macht und etwa 100 Millionen Menschen zu ernähren hat, zum ersten Mal auf der Welt als ganz großer Käufer von Futtergetreide auftritt, auch in den USA. Das bewirkt eine echte Verknappung auf diesem Gebiet. Die Japaner haben scheinbar jetzt diesen höheren Lebensstandard erreicht, sie essen auch Fleisch, und hundert Millionen mal 1, 2 oder 3 Kilo im Jahr, das ergibt Größenordnungen, die in der Weltwirtschaft zu spüren sind. Das sind Tatsachen, nach denen wir uns zu richten haben.

Die Kuhanzahl ist auch bei uns in der Steiermark um fast 8000 Stück zurückgegangen, das bedeutet in der Produktion der Kälber einen Rückgang von zirka 10.000 bis 11.000 Stück. In der Rinderhaltung hätten wir an und für sich — international gesehen — ein ausgesprochenes Konjunkturge-

schäft, es würden die Einzelrinder bis zu 300 kg von den Italienern um 25 Schilling je kg gekauft werden. Das ist eine Tatsache, und das zeigt uns wieder, meine Damen und Herren, wie sehr die Marktforschung nicht nur für den Bauern da ist, sondern auch für den Konsumenten. Denn wenn ich jetzt das gleiche mache wie die übrige Wirtschaft und der Gewerkschaftsbund, nämlich eine Konjunkturlage auszunützen, dann müßte ich sagen, hinaus mit dem, 25 Schilling mal 300 ist eine wunderbare Angelegenheit.

Aber hier beschränkt uns die Marktordnung, indem sie sagt, Einstellen, das ist keine Fertigware, das tun wir kontingentieren und die Ausfuhr ist gebunden an die Freigabe des Bundesministers bzw. des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Natürlich müssen wir uns auch dazu bekennen. Es gibt ja auch eine andere Situation, da würden sie uns wieder überschwemmen, da haben wir dann den Vorteil davon. Ich möchte damit nur sagen und darauf kommt es mir an, daß die Marktwirtschaft kein Eingeis ist, das nur für die Landwirtschaft erstellt worden ist, sondern daß sie letzten Endes uns dient und auch dem Konsumenten unserer Produkte und darauf kommt es an. Und deswegen tut es uns weh, wenn man das ab und zu als Druckmittel behandelt oder verwendet.

Im Zuchtrinderexport und in der Zuchtrinderproduktion liegen wir gut. Die Absatzlage ist gut, unsere Ware ist gefragt und vor allem durch die Züchtererfolge, durch die konsequente Züchtung, durch Maßnahmen, die wir vom Land her und von der Kammer und von der Tierzuchtleitung her machen, hat sich Steiermark den Ruf eines echten hochentwickelten Züchterlandes erworben. Und die Auswirkungen auf die Absatzveranstaltungen und auf die Preise dort sind entsprechend gut. Wir führen in die ganze Welt aus, Hauptabnehmer ist nach wie vor Italien und das hat sicher auch seine Ursachen. Und wenn wir uns fragen, was tun wir denn, damit wir nicht zurückbleiben, dann darf ich vielleicht zwei Sachen erwähnen. Es ist eine Tatsache, daß wir in der ganzen zukünftigen Tierzucht beachten müssen, daß wir kein Kilogramm Fleisch verlieren. Weil es sich international auf den Märkten zeigt, daß wir bei der Milch nicht gar so in die Steigerung hineinfallen brauchen, aber daß das Rindfleisch nach wie vor die begehrte Ware in allen europäischen Ländern ist. Und die Einfuhr von dort, wo es früher hergekommen ist, also aus Amerika, ist deswegen nicht gegeben, weil der Geschmack hier in einer ganz anderen Richtung geht. Wenn dort ein Rind extensiv aufgezogen wird und drei oder vier Jahre braucht, bis es schlachtreif ist, dann ist das nicht das Rind und das Rindfleisch, das unser Konsument wünscht. Da werden wir nicht die entsprechende Lieferung erhalten, die wir brauchen. Nun geht es darum und hier laufen die Versuche in Österreich, in der Steiermark, sich zu fragen, ist es möglich, mit Einkreuzungen von ausgesprochen einseitigen Fleischrassen, also Mastrassen, unsere 2 Nutzungsrassen — es sind ja praktisch nur mehr Fleckvieh und Braunvieh, das hier, international gesehen, exportiert werden kann — einen Sprung nach vorwärts bringt. Es hat sich aber gezeigt, daß das nicht möglich ist, daß auch die

Schweizer zum gleichen Ergebnis gekommen sind mit Einkreuzungen, die sie mit den Gerolais, also mit Mastrassen aus Frankreich, vorgenommen haben und daß wir hier gut daran tun, auf dem Rindfleischsektor weiterzumarschieren auf der weiteren Selektion unserer eigenen Rassen. Und dann hat man noch einen Versuch momentan in der Steiermark laufen, der folgende Fragestellung hat: Ist es möglich, in unseren kombinierten Fleisch-Milch-Rassen dadurch, daß wir reine Milchrassen einkreuzen, zu erreichen, daß ich die Milchleistung noch anhebe, ohne dabei das Fleisch zu verlieren? Und hier sind auch auf dem Grabnerhof die entsprechenden Versuche gemacht worden und auch hier hat es sich bestätigt, daß wir äußerst vorsichtig sein müssen. Daß also keine nennenswerten Erfolge da sind und daß wir hier am besten diesen Weg weitergehen, den wir bisher gegangen sind. Und die Schweiz hat in der Beziehung noch viel ärgere Bedenken. Sie sagt, ein solches Rind würde — vor allem für unsere Höhenlagen — überhaupt nicht entsprechen. Das nur als Rechtfertigung dafür, daß die Mittel, die das Land hier in einer sehr anerkennenden Form und in entsprechender Höhe gibt, auch entsprechend verwendet werden.

Ich will mir die Ackerfrüchte schenken, weil wir wirklich schon am Ende sind und darf nur noch folgendes sagen: Wir müssen zur Kenntnis nehmen oder wir nehmen zur Kenntnis, daß nun im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft der Sozialist Weihs sitzt. Das ist selbstverständlich. Und Sie haben immer wieder in einer sehr beachtenswerten Form, Herr Abg. Zinkanell, uns gesagt, was falsch ist an der ganzen Agrarpolitik und nun ist also Gelegenheit da, da etwas zu ändern. Und damit bin ich schon am Schluß und es fällt mir dabei eine Geschichte ein (Landesrat Dr. Klausner: „Der ist ja Minister, der Dr. Weihs, und nicht Präsident einer Landwirtschaftskammer!“) — ich könnte das nicht widerlegen — . . . fällt mir eine Geschichte ein, die in einem alten griechischen Lehrbuch aus dem Jahr 1935 steht. Und zwar ist das eine recht interessante Geschichte. Da wird geschildert, wie ein Mann von der Insel Rhodos nach Athen kommt. Er kommt auf einen Sportplatz und schaut zu, wie die Leute dort hochspringen. Er schaut eine Weile zu, dann meckert er und sagt, das sei also gar nichts: „Ich, in Rhodos, bin schon viel höher gesprungen.“ Man hat ihm geantwortet: „Hic Rhodos, hic saltam“ und das heißt „Hier ist Rhodos und hier springe!“ Und das gleiche, Herr Abg. Zinkanell, möchte ich Ihnen als Abschluß zurufen.

Präsident: Ein Hirschgrاندl, in Silber gefaßt und mit Eichenlaub geschmückt, wurde vor dem Sitz des Präsidenten gefunden, der Verlustträger wird eingeladen, es gegen Erlag des gesetzlichen Finderlohnes hier abzuholen.

Zum Wort kommt der Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Im ersten Teil seiner Ausführungen hat der Herr Abg. Koiner ebenso wie am Schluß dieses ersten Teiles die beachtenswerte und sehr anerkennens-

werte Forderung erhoben, sämtliche Landwirtschaftsprobleme aus der Tagespolitik auszuklamern.

In diesem Sinn habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet, obwohl mir schon mehrmals in diesem Haus — an zweimal kann ich mich erinnern; es kann aber sein, daß es öfter war — der Vorwurf gemacht wurde, was ich denn eigentlich als Nichtbauer zu Landwirtschaftsproblemen zu sagen habe. Nun, meine Damen und Herren, zwischen diesen beiden Feststellungen, „es wäre schön, wenn die Landwirtschaftsprobleme ausgeklammert würden“, kam dann allerdings auch vom Herrn Abg. Koiner das „Aber“. Und zu diesem „Aber“ möchte ich etwas sagen. Schauen Sie, wir haben das hier in diesen Tagen bei der immer wieder aufflammenden Preisauftriebsdebatte erlebt. Sei es, daß die Abgeordneten der Sozialisten die Tätigkeit der sozialistischen Minderheitsregierung verteidigen — bei beiden — und gestatten Sie mir diese Feststellung — ist eine gleiche Maßnahme nie das gleiche, ob sie die ÖVP oder die SPÖ-Regierung setzt, auch wenn sie in ihren Auswirkungen völlig gleich ist. Auch wenn sie, was ich durchaus nicht abstreiten möchte, aus bestimmten Sachzwängen, die auch gleich sein mögen, heraus erfolgt. Und wenn dann der Abg. Dr. Heidinger erklärt hat, „ja, bei den Sondersteuern“ — natürlich mit dem notwendigen Seitenhieb auf die freiheitlichen Abgeordneten, die diesem Budget zugestimmt haben — „ja, diese Sondersteuern waren ja von der so guten ÖVP-Alleinregierung nur bis Dezember befristet“. Meine Damen und Herren, sind wir doch ganz ehrlich, Sie wissen es genauso, Sie wissen es, nur sagen Sie jetzt das Gegenteil, wäre diese 1.-März-Wahl anders ausgefallen, wären diese Sondersteuern genauso verlängert worden und jetzt nun herzugehen (Abg. Zinkanell: „Aber genau! Hundertprozentig!“), den ehemaligen Finanzreferenten Koren in einer Pressekonferenz vom Oktober dieses Jahres erklären zu lassen, er halte die Abschaffung der Sondersteuern für kein geeignetes Mittel der Finanzpolitik, aber dann zu sagen, „wir hätten sie im Dezember abgeschafft“, das glaubt Ihnen sowieso niemand. Daher kann das ruhig erzählt werden. Aber dann auch noch herzugehen — und das ist ja der spezielle Grund — zu sagen, „hättet Ihr“ — natürlich auch die Freiheitlichen, die hier verhandelt haben — „dafür gesorgt, daß die Alkoholsondersteuer fällt“, ja, meine Damen und Herren, natürlich haben wir in den Verhandlungen mit den Sozialisten, zu denen Sie ja nicht gegangen sind, versucht, selbstverständlich versucht, einen Weg zu finden. Einen Weg, der natürlich immer nur in der Größenordnung der Vertretung, die nun einmal eine Partei hat, also in dieser Relation stehen kann. Und gerade im Hinblick auf die Alkoholsondersteuer waren doch folgende Tatbestände gegeben: 1. daß der Träger oder der von der Steuerlast hauptsächlich Betroffene der Letztverbraucher ist und daß es daher nicht ganz von der Hand zu weisen ist, zu sagen, daß die Abschaffung einer Alkoholsondersteuer fast einer Prämierung des größeren Alkoholverbrauches gleichkomme zu einem Zeitpunkt, wo trotz Alkoholsondersteuer eine erhebliche Zunahme des Weinverbrauches im Jahre 1970 festgestellt wurde.

Und wir haben es uns daher sehr wohl überlegt, dort dem Produzenten, dem Weinbauer, zu helfen, wo ihm wirklich geholfen wird: das war die Weinsteuer. Jetzt zu sagen, „ja mein Gott, diese Hascher der FPÖ haben mit Ach und Krach diese läppischen 100 Millionen Weinsteuer der sozialistischen Regierung abgerungen“, hätte uns doch die ÖVP — die nicht im Schlaf daran gedacht hat — eingeladen, über die Frage oder bei der Frage der Sondersteuern zu verhandeln, als sie die alleinige Macht im Parlament in diesem Staat hatte. Vielleicht wäre damals eine Möglichkeit gewesen, die ÖVP von dem zu überzeugen, daß die Einführung der Sondersteuern falsch ist.

Und noch etwas, meine Damen und Herren: Glauben Sie ja nicht, daß es leichtfertig war, in der Frage der Ruhensbestimmungen des ASVG oder in der viel drückenderen Frage der Dieselpreiserhöhung, wo wir frei nach dem Beispiel der Niederlande eine Reihe von Untersuchungen verlangt haben, ob es nicht möglich wäre, mit dem gefärbten Dieseltreibstoff zu einer entsprechenden Ausklammerung des bäuerlichen Berufsstandes zu kommen und mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden zu sein. Natürlich gebe ich zu, daß es uns nicht möglich war, gegenüber der sozialistischen Minderheitsregierung unsere Forderungen gänzlich durchzusetzen. Es war uns nur möglich, zu erreichen, daß die Verteuerung in einem gleichen Verhältnis wie bisher — etwa 1,70 Schilling zu 2,50 Schilling — ausgeglichen und die Treibstoffrückvergütung aufgestockt wird, so daß statt 210 Millionen im Budget 1970 nunmehr 280 Millionen im Budget 1971 stehen. Das ist natürlich kein voller Erfolg. Aber, meine Damen und Herren, wo hat es volle Erfolge gegeben? Der Herr Abgeordnete Koiner hat erklärt, in Judenburg habe zu Zeiten des Landwirtschaftsministers Schleinzer — und ich weiß von diesen Veranstaltungen —, habe der Bauernbund demonstriert bzw. sehr hart debattiert. Der Bauernbund hat sich halt gegenüber dem Wirtschaftsbund nicht durchgesetzt, und die sozialistische Minderheitsregierung hat sich gegenüber dem Wirtschaftsbund offensichtlich auch nicht durchgesetzt. Das ist nun der gegebene Tatbestand. Nur vor einem, meine Damen und Herren — und das sage ich jetzt in vollem Ernst — von der Fraktion her, die es am leichtesten hätte, genau das Gegenteil mit Elan zu sagen, nämlich als Vertreter einer politischen Gruppe, die noch nie eine Regierungsverantwortung in diesem Staat getragen hat. (Abg. Buchberger: „Aber jetzt verantwortet ihr mit!“) Ja, das leugnen wir auch nicht, Herr Abgeordneter. (Abg. Zinkanell: „Seid froh, daß ihr nicht mitstimmen müßt, seid gut zu ihm, sonst hättet ihr mitstimmen müssen!“) Wenn Sie meinen, daß sich der Weg, und zwar der gesamten Öffentlichkeit gegenüber, fortsetzen läßt, der lautet, auf der einen Seite immer weniger Lasten zu versprechen und auf der anderen Seite immer mehr Leistungen zu versprechen, dann ist das ein Irrtum. Es war ein Irrtum von der ÖVP-Regierung, es wird genauso ein Irrtum von der SPÖ-Regierung sein, denn wenn man — ganz gleich auf welchem Gebiet und in welchen Bevölkerungsgruppen — in diesem Staat mehr Leistungen bieten will und muß, dann muß man auch — und ich

sage das als gelernter Oppositioneller, der sich leicht täte, das Gegenteil zu sagen — den Mut haben, der Bevölkerung zu sagen, daß jede Sache ihren Preis hat und daß dafür bezahlt werden muß. Das ist sehr unangenehm, aber es ist wahr.

Und, meine Damen und Herren, als letztes ein Vorschlag. Der Herr Kollege Schaller hat meiner Meinung nach eine sehr glückliche Idee gehabt, nämlich die, diese Ad-hoc-Debatten in Aussicht zu nehmen. Nach nun 3½ Tagen Budgetdebatte bin ich noch einer weiteren Auffassung, ohne irgend jemandem nahezutreten und ohne irgendeine Fraktion ausklammern zu wollen. Ich glaube, es ist nicht zuviel behauptet, wenn wir sagen, daß in diesen 3½ Tagen sehr viel von allen Fraktionen gesprochen wurde, was ruhig seinen Niederschlag in nicht gelesenen Stenographischen Protokollen finden kann. Aber ich betone, daß auch einiges von Rednern aller Fraktionen gesagt wurde, wo es eigentlich sehr schade ist, daß es nur in den Stenographischen Protokollen den Niederschlag findet. Ich würde daher anregen, doch einen Auszug nach dieser Budgetdebatte zu machen, einen Auszug jener Dinge, die interessante, zu prüfende Vorschläge, neue Gedanken beinhalten und wenigstens diesen Auszug, der meiner Meinung nach zwei oder drei Schreibmaschinen-seiten umfassen kann, nochmals einer Überprüfung zuzuführen. (Abg. Marczik: „Wer stellt das fest, was interessant ist?“) Wenn Sie Sorge haben oder meinen, daß wir das feststellen wollen, das soll ruhig die Regierung und jede Fraktion für sich machen. Aber es wäre schade, und darauf kommt es mir an, wenn soundso viele wirklich interessante Gedankengänge und Vorschläge vor zwei oder drei Tagen geboren oder zumindest der Öffentlichkeit präsentiert und nach der Debatte bis zur nächsten Budgetdebatte wieder in der Versenkung verschwinden würden.

Das möchte ich abschließend anregen, und ich bitte, diese Anregung doch aufgreifen zu wollen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Schlußwort zu dieser Gruppe spricht der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl:

Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn der Agrarreferent dieser Regierung vom Herrn Landtagspräsidenten zum Schlußwort aufgefordert wird, dann ist auch fast der Schluß der Spezialdebatte dieses Budgets. Ich möchte aber diesen Schluß absolut nicht mit der Landwirtschaft vergleichen, denn gerade die bemerkenswerten und dankenswerten Diskussionsbeiträge der Abgeordneten dieses Hohen Hauses haben so richtig gezeigt, daß die Land- und Forstwirtschaft im Mittelpunkt der wichtigen Dinge auch in diesem Agrarbudget liegt. Es würde sich für mich eigentlich erübrigen, jetzt überhaupt noch etwas dazu zu sagen.

Aber ganz so kann man als politischer Referent nicht alles hinnehmen, was hier während der Debatte gesagt worden ist. Der Generalredner der Sozialistischen Partei, Herr Abgeordneter Loidl, hat

in seiner Rede zum Ausdruck gebracht, daß der landwirtschaftliche Strukturwandel einer Unterstützung bedarf. Wir alle sind einer Meinung, daß wir alle einladen sollen, damit diese Unterstützung nicht aufhört. Ich möchte aber diese Dinge doch ins Lot bringen und darf zusätzlich bemerken, was in der Vergangenheit bereits geschehen ist, insbesondere in den Jahren 1966 bis 1969, damit dieser Strukturwandel durchgeführt werden konnte.

Ich erinnere Sie an das Siedlungsgesetz, an das Güter- und Seilwegegesetz, an das Grundzusammenlegungsgesetz, an das Landpachtgesetz und an den Besitzstrukturfonds. Alle diese Dinge haben die Möglichkeit eröffnet, daß in den Jahren 1970 und 1971 und auch in den folgenden Jahren der Strukturwandel in der Landwirtschaft durchgeführt werden kann. Die zweite Frage — nicht nur vom Generalredner, sondern von vielen Diskussionsrednern hier angezogen — ist der sogenannte Krisengroschen, oder besser gesagt der Absatzförderungsbeitrag, denn Krisengroschen hat ja fast einen Beigeschmack, als würden wir uns in einer Krise befinden. Hier glaube ich eines sehr ernst sagen zu müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man darüber doch keine Milchmädchenrechnung anstellen kann. Daß man nicht linear vergleichen kann und daß man das Jahr 1968 mit dem siebziger Jahr vergleicht. Das wäre vollkommen falsch. Im Jahre 1968 war die europäische Situation ganz anders. Wer weiß denn nicht, wie es damals auf dem europäischen Markt ausgesehen hat, beispielsweise nur bei Milch und den Molkereiprodukten?! Wir Österreicher dürfen uns doch nicht eines einbilden, daß wir auf dem Gebiet des Agrarmarktes einen Zaun machen können und daß wir die Dinge selbst regeln können. Wer erinnert sich nicht an die damals hohen Abschöpfungsbeträge von 6, 7 und mehr Schilling pro Kilogramm und an all die Schwierigkeiten.

Aber eines wurde vergessen und ich möchte es hier bemerken: nämlich, daß damals die Bauern selbst die großen Opfer gebracht haben, den Markt anzupassen. Bereits damals wurde die Forderung erhoben, die Produktionsverhältnisse zwischen Milch und Fleisch in eine richtige Preisrelation zu bekommen. Das erste Halbjahr 1970 schaut sicher anders aus als das Jahr 1968 und es wäre für den derzeitigen Finanzminister leichter gewesen, die kurze Zeit überzuhelfen. Eines glaube ich, Herr Abg. Zinkannell, den Milchmarkt kann man doch auf ein halbes oder ein dreiviertel Jahr hin übersehen, den kann man doch nicht auf ein oder zwei Monate umspannen und sagen „ich weiß nicht, was in der zweiten Hälfte 1970 nun wirklich los sein wird“.

Sehr verehrte Damen und Herren! Der Generalredner hat auch bemerkt, daß die Abwanderung aus der Landwirtschaft so erfolgt, daß die weichen Bauernsöhne zuerst Hilfsarbeiter in der Bauwirtschaft, später in anderen Sparten tätig sind und daß gerade diesen Menschen geholfen werden muß. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das besteht Übereinstimmung. Aber auch hier ganz klar vermerkt, daß es auch im Jahr 1969 ein beschlossenes, modernes Arbeitsmarktförderungsgesetz gewesen ist, das der Landwirtschaft die Möglichkeiten

der Umschulung eröffnet hat. Wir im Land Steiermark haben bereits davon Gebrauch gemacht. In der landwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof wurde in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut und mit dem Arbeitsamt bereits veranlaßt, daß Umschulungen stattfinden können.

Mir steht es nicht zu, als Regierungsmitglied und damit sozusagen als Vollzugsorgan der Abgeordneten dieses Hauses etwas zu sagen, was mir nicht ganz paßt. Aber es hat mich ein bißchen geschmerzt, Herr Abg. Zinkanell, daß Sie Zensuren verteilt und gesagt haben, der Abg. Koiner hätte sich auch Geschmacklosigkeiten erlaubt. Diese Sprache ist nicht ganz gut. Ich glaube, das sollen wir doch einwandfrei feststellen. Vielleicht kann man ihm das privat sagen, aber doch nicht hier öffentlich im Haus. Er hat es ja auch nicht geschmacklos gebracht. Daß Sie so gesprochen haben, Herr Abgeordneter, das sehe ich ein. Wie sollten Sie sonst als Vertreter jener Partei, die nun die Minderheitsregierung hat, reden? Aber man soll doch bei allen Dingen realistisch bleiben. Wenn man von Wahlbroschüren redet, so hätte ich auch ein ganzes Paket da, das ich Ihnen zeigen könnte. Wir könnten es auswechseln, um zu schauen, was in den nächsten Jahren auf dem Agrarsektor los ist. Ich glaube, meine sehr Verehrten, auf solche Dinge sollten wir doch nicht eingehen. Wir ärgern uns über viele Dinge auch nicht, wie Sie gemeint haben, sind aber doch etwas betrübt, daß sich der Landwirtschaftsminister bei der Umschichtung des Budgets doch nicht ganz zugunsten der Land- und Forstwirtschaft durchsetzen konnte. Es ist auch nicht so, meine sehr Verehrten, daß der „Bauernbündler“ Anweisungen gibt, das müßten sie uns einmal zeigen, wo „Anweisung“ drinnensteht. Der „Bauernbündler“ darf aber wohl noch schreiben, daß eine Agrardebatte in diesem Haus zu erwarten ist. Das wird doch selbstverständlich sein oder hätten Sie uns zugemutet, daß wir keine Agrardebatte abhalten? Auf Landesebene selbst ist es vielleicht auch deshalb etwas friedlicher, weil es auch weniger Kritik geben kann. Aber die Entscheidungen auf Bundesebene werden wir im kommenden Jahr zu spüren bekommen. Ich möchte gar nicht mehr und nicht weniger sagen als „die Praxis ist immer der beste Lehrmeister“. Wir werden ja sehen, wie es wirklich aussieht.

Wenn man zum Demonstrieren etwas sagt, so muß man wohl feststellen, daß es das Recht jedes Staatsbürgers sein muß, wenn er etwas durchsetzen will. Das kann man niemand nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir rütteln auch nicht an der politischen Einstellung des Landwirtschaftsministers. Als Demokraten müssen wir ein solches Ergebnis zur Kenntnis nehmen. Das ist auch gar nicht maßgebend, sondern nur seine Einstellung zur Vollziehung in vielen Bereichen und zu anderen Dingen.

Sehr verehrter Herr Abg. Zinkanell, darf ich mich, obwohl ich kein Abgeordneter bin, Ihrer Taktik bedienen? Die Aufhebung der Kraftfahrzeug-Sondersteuer sollte nicht der Landwirtschaft zugute kommen. Sie können doch nicht alle Besserstellungen aller Staatsbürger auf das Einkom-

men der Landwirtschaft anrechnen. Wenn wir das überall machen, wie würde das ausschauen. Die sozialen Besserstellungen sind ja gesetzliche Verpflichtungen, die in den Jahren 1966—1969 beschlossen worden sind. Sie als Verdienste oder Nichtverdienste der jetzigen Regierung hinzustellen, wäre nicht richtig. Ich bin ja überhaupt der Meinung, daß man in einer Demokratie nicht nur kritisiert oder nur bejaht, sondern daß man, wie der Abg. Koiner sehr richtig gesagt hat, vielleicht auch einen Weg findet, um das eine oder andere anzuerkennen.

Zu den Hofzufahrten möchte ich doch auch etwas sagen: Man kann alles von zwei Seiten betrachten. Man kann die Leistungen hervorstreichen oder man kann sagen, „was ist noch nicht gemacht?“ Wenn man hier nur die Leistungen der ländlichen Verkehrserschließung in diesem Land ganz einfach und nüchtern anschaut, dann sind das immerhin 2,1 Milliarden Schilling, die verwendet wurden und mit denen über 7000 km Wege gebaut worden sind. Ich glaube, das sollten wir doch anerkennen, wenn auch noch 10 % übrigbleiben. Aber wo gibt es das nicht, daß immer wieder etwas zu machen ist? Ich stimme voll überein, daß wir 73 % der bäuerlichen Betriebsinhaber haben, die eine Wohnungsverbesserung brauchen. Ich würde Sie einladen, bei Ihren Vertretern des Wohnbauförderungsbeirates darauf einzuwirken, daß wirklich ohne Diskussion alle Fälle erledigt werden, die aus dem bäuerlichen Bereich für die Wohnungsverbesserung kommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Abg. Aichholzer hat darauf hingewiesen, daß Hagelschäden im südlichen Grenzland vorhanden gewesen sind. Ich darf dazu nur eines sagen, daß wir vom Lande Steiermark auf Beschluß des Hohen Landtages viele Millionen Schilling alljährlich als Beitrag zur Hagelversicherung leisten. Darüber hinaus ist es eine freiwillige Leistung des Landes, daß ja verbilligte Kredite dann bezahlt werden, wenn ein oder zwei Jahre ein Produktionsausfall vorhanden ist. Diese freiwillige Leistung wurde auch für diese Bereiche gemacht und die verbilligte Kreditaktion ist längst erledigt.

Wimmler Karl, du hast die Entwässerungen angezogen und hast gesagt, man sollte sich bemühen, daß mehr Mittel fließen. Ich würde dich bitten, über deine Partei in Wien zu erreichen, daß im Jahre 1971 nicht weniger, sondern mehr Bundesmittel auf dem Entwässerungssektor zusammenkommen. Vielleicht setzt du dich besser durch als wir von der ÖVP. Derzeit ist das bei uns etwas schwierig. Die Enns-Ausbaggerung ist im Gange. Das wollen wir dankbar anerkennen und vermerken.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schätze den Herrn Abg. Preitler sehr. Wenn wir beisammen waren, haben wir immer sachlich gesprochen, aber es hat mir wirklich bis ins Herz hinein weh getan, daß er gesagt hat, „die Katastrophenmittel werden nach politischen Gesichtspunkten verteilt“. Das ist eine sehr ernste Frage. Das sollen wir doch nicht so ohne weiteres aussagen, meine sehr Verehrten. Denn gerichtlich beeidete,

unabhängige Sachverständige stellen fest, wie hoch der Schaden ist und was zu machen ist. Ich glaube, mir kann niemand nachweisen, daß ich nur einen, der zu mir um Hilfe gekommen ist, gefragt hätte, welcher politischen Partei er angehöre. (Abg. Zinkanell: „Sie sind persönlich ausgenommen!“) Das geht aber bei mir zusammen, lieber Herr Abg. Zinkanell. Meine einzige Frage ist immer, welches Anliegen haben Sie und wie kann man helfen und beraten? Ich möchte vor einer solchen Geistigkeit doch warnen, meine sehr Verehrten. Das ist doch unrichtig, daß man hier die Vollziehung des Landes so vornimmt. Na, wie würde denn das ausschauen, wenn man Sie fragen wird, wenn Sie ins Krankenhaus kämen, ob Sie zufällig der ÖVP angehören? Das wäre doch unmöglich, Kollege Preitler! Sie werden uns so etwas doch nicht zumuten! Ich weiß es auch nicht, welcher politischen Partei jemand angehört und man soll auch niemals abwerten. Es ist auch bei uns noch nie das Wort „böser Sozi“ gefallen.

Ich sage das mit vollem Ernst. Wenn wir uns hier etwas zu bewahren haben, dann ist es ein gewisser Takt, den wir gegenseitig als politische Gegner haben sollen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dann soll der Marczik nicht Pfui schreien!“)

Ich möchte aber im allgemeinen doch auch etwas zum Agrarbudget sagen. Meine sehr verehrten Anwesenden! Am Schluß der Spezialdebatte sei es mir erlaubt, die dritte Strophe unserer Landesymne anzuführen, die uns sagt, worin der Reichtum unseres Landes liegt, einerseits im Erz und in der Kohle — das ist unter der Erde — und andererseits auch in der Land- und Forstwirtschaft, deren Produkte auf der steirischen Erde wachsen. Es sind die bäuerlichen Menschen dieses Landes, die in einem unermüdlichen Fleiß einen Teil unseres Wohlstandes zustande gebracht haben. Wir sollen daher auch bei der Verabschiedung dieses Budgets 1971 für die Land- und Forstwirtschaft, das 285 Millionen Schilling enthält und damit 5,4 % des Gesamtbudgets beträgt, vor allem an den Geist und an die Kräfte der vielen Menschen denken, die am Fortschritt unserer Agrarpolitik mitwirken, und zwar meine ich das im weitesten Sinne des Wortes. Gerade die steirische Land- und Forstwirtschaft kämpft seit Jahren um ihren Weg in die Zukunft. Wenn auch da und dort noch Kräfte vorhanden sind, die an den althergebrachten Bewirtschaftungsmethoden festhalten, so sind unsere neuerungswilligen Bauern, die in der großen Überzahl sind, diejenigen, die diese Initiativen bejahen und auch verwirklichen. Über das Landesbudget haben wir diese neuen Initiativen zu fördern, das ist für uns vordringlich, wobei die menschlichen Probleme, die sich am Rande des Wohlstandes ergeben, nicht übersehen werden dürfen. Es ist ein breiter Kranz von Diskussionen gewesen. Er hat sich darum bewegt, daß die Verbesserung der agrarischen Produktion notwendig ist, damit diese Produkte auch als Nahrungsmittel leichter ihre Nachfrage finden. Es sind andere Probleme aufgezeigt worden, daß die Kleinstruktur in der Ost-, West- und Südsteiermark uns selbstverständlich Schwierigkeiten verursacht. Dazu kommt — und das sei wieder einmal vermerkt —, daß gerade diese Gebiete im Grenzland im Laufe der Jahrhunderte, zuletzt im Jahre

1945, immer wieder vom Kriegsgeschehen heimgesucht wurden. Diese Höfe mußten jedesmal wieder neu aufgebaut werden. Die ungeheuren Investitionen, die notwendig waren, sind zum Teil auch heute noch nicht verkraftet. Es sind die steilen Hänge, besonders im südsteirischen Raum, die eine Mechanisierung in vielen Fällen nur schwer möglich machen. Es ist uns bewußt, daß unser Land regional verschieden ist und daher auch die Agrarpolitik verschieden sein wird. Durch unsere Förderungsmittel soll zur restlosen Ausnutzung der produktionstechnischen Möglichkeiten, zur Betriebsverbesserung und zur Vereinfachung entscheidend beigetragen werden. Dazu gehören vor allem die finanzgesetzlichen Ansätze für die Meliorationen, um den ebenen Grund und Boden wirklich so herzurichten, daß Maschinen eingesetzt werden können; die agrarischen Operationen genauso wie die Verkehrerschließung oder auch die Elektrifizierung mit fast 50 Millionen Schilling. Betrachten wir diese Förderungsmittel, so können wir feststellen, daß sie den Eigeninitiativen zur Strukturbereinigung vorwärts helfen. Auch auf gesetzlichem Gebiet wurde in dieser Hinsicht bereits vieles getan. Das letzte Gesetz, das wir hier noch zu beschließen haben werden, ist das Grundzusammenlegungsgesetz und die Flurverfassungsnovelle.

Es sind die günstigen Kredite und Haftungen, die für unsere Landwirte die Anreize schaffen, damit die Betriebe durch Zukauf oder Pacht vergrößert oder auf Spezialkulturen umgestellt werden. Um bei diesen Maßnahmen wirklich richtig vorzugehen, sind wir auch daran, laufend Schulungen unserer Berater und Landwirtschaftslehrer zu unterstützen. Die Einrichtung von Spezialkulturen ist ein weiterer Schritt zur Einkommens- und Strukturverbesserung. Die Förderungsmittel für diese Maßnahmen stehen über die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Höhe von über 40 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit wird ein guter Beitrag geleistet für unseren Getreide- und Maisbau, für Tabak und Hopfen, für die Obst-, Wein- und Gemüsewirtschaft. Neben dem Weinbauplan ist es gerade hier möglich gewesen, in den letzten 10 Jahren eine Betriebsumstellung herbeizuführen. Es ist die Versuchsanstalt in Burgstall — sehr verehrt Herr Landeshauptmann, wenn du heute dort vorbeifährst, wirst du dich sicher darüber freuen, daß es seinerzeit deine Initiative gewesen ist, daß für unsere Bauern im Land gerade im Grenzland und im südsteirischen Teil diese Pioniertat einer Versuchsanstalt eingerichtet worden ist. Durch die Spezialisierung in den geeigneten Betrieben ist es möglich gewesen, daß die viehlosen Landwirtschaften auf 10 % gestiegen sind.

Damit ist eines hervorgekommen, die Agrarpolitik in jenen Bahnen zu lenken, daß eine Teilung in der Produktion stattfindet, daß sie richtig so aufgeteilt wird, wie es möglich ist. Die Kleinbetriebe und die ungünstig gelegenen Landwirtschaftsbetriebe müssen veredeln, damit die Möglichkeit besteht, das Einkommen zu verbessern und ein richtiges Erzeugungsprogramm für die Einzelbetriebe zu haben. Auch durch die Umstellung der Genossenschaftsbetriebe ist die Vermarktung der

landwirtschaftlichen Produkte neu geregelt, und zwar kommt es zu einer verstärkten Zusammenarbeit der bäuerlichen Gemeinschaften. Gerade hier ist es auch notwendig, die Entwicklung zum Nebenerwerbslandwirt ins Auge zu fassen. Aber gerade bei der Entwicklung zum Nebenerwerbslandwirt oder zur Betriebsabgabe im Rahmen der Strukturbereinigung muß auch dafür gesorgt werden, daß dieser Übergang ohne Bruch erfolgt. Die kritischen Stadien bei einer solchen Entwicklung liegen in der Berufswahl und in der Ausbildung der Kinder. Der Herr Kollege Landesrat Jungwirth hat hier aufgezeigt, welche Probleme wir haben. Es liegt aber auch in der Notwendigkeit, bei verschiedenen Investitionen zurückhaltend zu sein. Bei den Förderungsmaßnahmen nehmen wir laufend auf diese Umstände Rücksicht.

Ein weiterer Teil unserer Landwirtschaft liegt in der Bergwelt und ist durch den Wald gekennzeichnet. Vielfach sind es die steilen Hänge und die engen Gräben, die hier bewirtschaftet werden. Für diese Grünlandbetriebe kommt naturbedingt nur die Milch- und Viehwirtschaft in Frage. Auch in diesem Budget 1971 ist im Rahmen der Umstellungsmaßnahmen, der Besitzfestigungsmaßnahmen, der agrarischen Operationen, der Almwirtschaft, des Siedlungswesens und der Verkehrserschließung mit einem Betrag von über 31 Millionen Schilling als Mithilfe gerade für unsere Bergbauern vorgesorgt. Die Vieh- und Milchwirtschaft kann nicht für sich allein betrachtet werden. Vieh bedeutet Milch und umgekehrt, das wurde hier sehr klar von den Abgeordneten ausgesagt. Das Ziel unserer Mithilfe von der Landesseite her liegt auch für diese Betriebe im Bestreben, die Modernisierung und Erneuerung zu unterstützen und wenigstens mittelbar mitzuhelfen, damit die mühsam aufgebauten Märkte erhalten und weiter ausgebaut werden.

Für die Forstwirtschaft und Forstpolitik stehen durch verschiedene Posten in diesem Budget 9,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Für alle Betriebe zusammen sind außerdem für die Tierzuchtförderung, für den Tiergesundheitsdienst und für die Bekämpfung der Tierseuchen 3,8 Millionen Schilling vorgesehen. Dazu kommt noch die Tierseuchenkasse als Gemeinschaftsleistung unserer Bauern mit Einnahmen und Ausgaben von 2,9 Millionen Schilling.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben aus den Diskussionen erkannt, daß anlässlich dieses Budgets auch viele Betriebe echte Probleme um ihre Existenz haben werden. Warum ergeben sich diese Probleme gerade für die Agrarpolitik und die Agrarwirtschaft? Weil hier — und es wurde vor 1½ Wochen bei einem Vortrag in Haidegg gesagt — ein Spannungszustand natürlich immer vorhanden ist, der durch das Zusammentreffen zwischen der Agrarstruktur mit ihren Problemen und dem modernen Lebensrhythmus gegeben ist. Die Landwirtschaft muß sich in dieser dynamischen Wirtschaft behaupten. Das ist eine nicht leichte Aufgabe, die gerade wir auch im Rahmen der Agrarpolitik des Landes zu unterstützen haben.

Es ist der laufende technische Fortschritt, es ist die ständige Zunahme des Kapitals, das erforder-

lich ist, was für jeden Bauern viele neue Entscheidungen notwendig macht, wobei gerade die einzelbetriebliche Anpassung zu größeren, gut ausgestatteten Betrieben führen soll. Unsere Förderung ist natürlich unter selbstverständlicher Berücksichtigung sozialer Aspekte immer von dem Gedanken getragen, daß nicht jeder Betrieb erhalten werden kann. Ich möchte auch das feststellen. Die von uns ausgearbeiteten Richtlinien gehen dahin, kleinere Betriebe zu vergrößern oder in ihrer Betriebsweise zu verbessern und den Nebenerwerb zumindest als Übergangsstadium gelten zu lassen.

Meine sehr Verehrten, eine weitere Einflußnahme liegt im Marktbereich. Gerade über die Preissituation und den Marktbereich hat der Abg. Eberdorfer in sehr eindeutiger Weise die Probleme aufgezeigt.

Nach wie vor nimmt auch die Bildung einen breiten Raum ein, wenn wir nur wissen, daß in diesem Budget über 77 Millionen Schilling für die bäuerliche Bildung vorgesehen sind und zwar aus einem einzigen Grund, um das Fachwissen unserer bäuerlichen Betriebsführer zu verbessern und zu erreichen, daß über unsere Schulen und über unsere Beratungen gut qualifizierte Betriebsführer den immer höheren Anforderungen gewachsen sind. Zusammenfassend muß man eines sagen: Bei Erfüllung unserer Aufgaben, bei allen Plänen soll nicht übersehen werden, daß man die Landwirtschaft nicht ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten behandeln kann, sondern es sei vielleicht auch besinnlich gesagt, daß in der Landwirtschaft die Beziehung zum Eigentum, zu Grund und Boden zu beachten ist und daß das weit über alles Ökonomische hinausgeht. Für uns ist es notwendig, mitzuhelfen, daß die Verbesserung der Agrarstruktur — sicher nicht ein Allheilmittel — stattfindet, daß die Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte verkraftet wird und daß die Frage des Einkommens und damit verbunden der Produktionskosten als Ganzes Umfassendes betrachtet wird. Dazu wird die Betrachtung der Regionalentwicklung notwendig sein. Im Zusammenhang mit Gewerbe, Handel und Handwerk, mit Fremdenverkehr, mit Industrie und mit der Infrastruktur im weitesten Sinn des Wortes. Gerade die Entwicklung des ländlichen Raumes muß in diese Betrachtung einbezogen werden. Bei Durchführung unserer Aufgaben in diesem Bereich der Land- und Forstwirtschaft werden auch ergänzend soziale Maßnahmen immer wieder notwendig sein, um unsere Strukturpolitik wirksamer werden zu lassen oder menschliche Härten, wo sie vorhanden sind, zu beseitigen. Daher möchte ich auch die Kritik, die da und dort gegen diese Beträge im Budget auftaucht, zurückweisen, weil wir diese menschlichen Härten nicht unbeachtet lassen können.

Ich möchte aber noch eines sagen: Wir in diesem Haus und in der Landesregierung haben Agrarpolitik und nicht landwirtschaftliche Betriebslehre zu vertreten und zu betreiben. Landwirtschaftliche Betriebslehre ist Aufgabe der Betriebswirtschaftler, der Berater und der Landwirtschaftslehrer. Aber die Agrarpolitik, meine sehr verehrten Damen und

Herren, verlangt im Interesse der Produzenten und Konsumenten die Unterstützung der großen Gemeinschaft des Staates. Ich möchte jetzt keinesfalls eine Jammerei beginnen, aber zusammenfassend doch noch einmal ganz realistisch feststellen, daß das Bundesbudget 1971 auf dem Agrarsektor doch nicht befriedigend sein kann. Das müssen wir uns doch alle ganz klar sagen, meine sehr Verehrten. Wenn ich nur — auch mittelbar und nicht unmittelbar — bei der Schmälerung der Ertragsanteile der Länder und der Landgemeinden durch die derzeitige Kleine Steuerreform beginne, die unsere Landgemeinden trifft und damit auch die Landwirtschaft. Der Vorschlag von uns, diese Schmälerung nicht eintreten zu lassen, wurde nicht angenommen. Ja, meine sehr Verehrten, es ist ja die Benzinpreiserhöhung seinerzeit vom Abg. DDr. Götz — ich glaube, es war im Jahr 1966 — einmal in diesem Haus angezogen worden, als er gemeint hat, man solle es doch nicht so machen, daß die Länder und Gemeinden nicht beteiligt sind. Was ist heute mit der Dieselpreiserhöhung? Sie wird wohl stattfinden mit 70 Groschen pro Liter und ich frage Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo liegt nun der Sturm, daß hier die Länder und Gemeinden auch etwas zu bekommen haben? Ich habe ihn während der ganzen Budgetdebatte, die hier stattgefunden hat, vermißt!

Die Alkoholsonderabgabe wurde ja bereits erwähnt, aber doch sei festgestellt, daß es ein Ausfall im Budgetposten ist.

Na und der Grüne Plan selbst, meine sehr Verehrten, mit 785 Millionen Schilling richtiggestellt, ist doch keine Erhöhung, wenn man auf der anderen Seite die Preissteigerungen sieht und wir werden nächstes Jahr die Folgen sehen. Wir sollen nicht viel darüber sagen. Aber es werden weniger Kilometer an Güterwegen gebaut, weniger Förderungsmaßnahmen durchgeführt werden, das sollen wir doch feststellen. Der Düngemittel-Preisausgleich beträgt statt 164 Millionen 80 Millionen! Der Preisausgleich bei Schlachtieren wurde um 9 Millionen kürzer und der Brotgetreideausgleich um 150 Millionen weniger veranschlagt. Die Treibstoffverbiligung ist zwar erhöht, aber die 70 Groschen pro Liter Mineralölsteuer mehr betragen als Belastung für die Bauernschaft — ich glaube, daß diese Rechnung stimmt — rund 244 Millionen Schilling. Ich wollte das nur sachlich feststellen, damit hier keine Unklarheiten aufkommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Gemeinsam sollen wir eigentlich mithelfen und sagen, dieses Agrarbudget muß doch geändert werden, das kann man doch so nicht zur Kenntnis nehmen. Ich meine das Bundesbudget, wohl dazugesagt.

Die Schwerpunkte unserer steirischen Agrarpolitik liegen, zusammengefaßt, in der Förderung zur Hebung der Produktionsqualität und im Schauen darauf, wie eine Einkommensverbesserung möglich ist. Sie liegen auch im Bestreben einer Entlastung der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere auch der Frauen, durch sinnvolle Nutzung der Technik und des Fortschrittes und in einer Verbesserung und Bereinigung der Agrarstruktur, wobei ich unter Agrarstruktur alles im

weitesten Sinn verstanden haben will, jede Betriebsaufstockung, jede Umstellung, jede Modernisierung und auch jede Spezialisierung. Unsere Aufgabe ist es, die Agrarpolitik so auszurichten, daß ein möglichst reibungsloses Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften gegeben ist und zwar ein Ineinandergreifen im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft. Das ist eine große Aufgabe, mit der wir mehr als genug zu tun haben. Wenn sie uns nur teilweise gelingt, wenn wir versuchen, auch auf diesem Gebiet im Interesse der betroffenen Menschen eine gute Politik zu machen, so werden wir auch im Jahre 1971 zur wirtschaftlichen sozialen Besserstellung unseres Bauernstandes beitragen. (Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Schrammel:

Ich wiederhole meinen Antrag und ersuche um Annahme der Budgetgruppe 7.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Die Gruppe 7 ist somit angenommen.

Wir haben noch über einen mir vom Abg. Fuchs zu dieser Gruppe überreichten Beschlusantrag abzustimmen. Ich verlese ihn noch einmal:

„Beschlusantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs, Buchberger, Marczik und Pözl: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesminister für Verkehr dringlich vorstellig zu werden, daß der von der Österreichischen Bundesbahn einer ausländischen Firma erteilte Auftrag auf Lieferung von vier thyristorgesteuerten E-Loks storniert wird. Der Auftrag wäre einem oder mehreren österreichischen Unternehmungen als Entwicklungsauftrag zu erteilen. Die österreichische Triebfahrzeug- und Elektroindustrie hat in den letzten Jahrzehnten ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet erwiesen. Außerdem würde der Auftrag zur Sicherung von österreichischen, insbesondere steirischen Arbeitsplätzen beitragen. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, vom Ergebnis ihrer Bemühungen dem Hohen Landtag zu berichten. Gezeichnet: Fuchs, Buchberger, Marczik und Pözl.“

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Präsident: Wir kommen zur Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“. Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer:

Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 8 des Budgetentwurfes betrifft die wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen. Wir haben im Abschnitt 83 die Landesbahnen mit Gesamtausgaben von 20,935.000 Schilling, im Ab-

schnitt 85 die Unternehmen der Wirtschaftsförderung mit Einnahmen von 61.000 Schilling und Ausgaben von 4,674.000 Schilling, im Abschnitt 86 land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Unterabschnitt 861/862, Gesamteinnahmen 14,667.000 Schilling, Gesamtausgaben 19,259.000 Schilling, Unterabschnitt 864, forstwirtschaftliche Unternehmungen, Gesamteinnahmen 1,750.000 Schilling, Gesamtausgaben 1,100.000 Schilling, Gesamteinnahmen des Abschnittes 86 16,417.000 Schilling, Gesamtausgaben 20,359.000 Schilling. Im Abschnitt 87 sind industrielle und gewerbliche Unternehmungen mit Gesamteinnahmen von 5,423.000 Schilling und Gesamtausgaben von 8,930.000 Schilling. Im Abschnitt 89, Sonstige Unternehmungen, sind keine Einnahmen und keine Ausgaben, so daß wir in der gesamten Gruppe 8 Gesamteinnahmen von 23,786.000 Schilling haben und Gesamtausgaben von 54,898.000 Schilling.

Die Gruppe 8 wurde im Finanzausschuß besprochen und beschlossen, dem Hohen Haus den Antrag zu stellen, diese Gruppe anzunehmen.

Ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Peltzmann:

Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 8 finden auch unter den wirtschaftlichen Unternehmungen die Landesbahnen ihren Niederschlag. Es gibt oft Diskussionen, halb im Ernst, halb im Spaß. Ich darf in kurzen Zügen die Ziffern auflgliedern. Der Zuschuß des Landes Steiermark beträgt für das Jahr 1971 25,800.000 Schilling. Davon werden 6,300.000 Schilling als Darlehensrückzahlung verwendet. Ich möchte dazu sagen, daß es uns durch diese Investitionen, die in den letzten sieben Jahren getätigt werden konnten, gelungen ist, den Dienstpostenplan von 1963 mit 490 Bediensteten auf 1971 mit 423 Bediensteten, das heißt um 67 Bedienstete zu verringern. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Steiermark, die als einziges Bundesland eigene Bahnen betreibt und erhält, den Mut gehabt hat, bei der Neuentwicklung von Triebfahrzeugen mit der steirischen Industrie gemeinsam ein Risiko auf sich zu nehmen. Das Risiko war dann Gott sei Dank kein Risiko, sondern diese Neuentwicklungen haben sich bestens bewährt auf den Schmal- sowie auf den Normalspurstrrecken. Ich kann nicht verstehen, daß meinem Antrag, der nur dazu gedient hat, der steirischen Industrie neue Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, die Zustimmung verweigert wurde.

Aber auch die Steirischen Landesbahnen trifft die Dieselölpreiserhöhung, obwohl wir niemals eine Bundes- oder Landesstraße oder eine Autobahn in Anspruch nehmen werden müssen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Drüber fahren sie!“ — Abg. Loidl: „Mit den Geleisen!“) Wir erhalten unsere Fahrstrecken und Schienenstränge aus eigenem. Trotzdem beträgt zum Beispiel die voraussichtliche Erhöhung bei den Landesbahnen 650.000 Schilling. Wir werden bei der Bundesregierung vorstellig werden, um für die Schienentriebfahrzeuge hier eine Aus-

nahmeregelung zu finden. Ich darf nun ganz kurz zurückblenden. Der Herr Abgeordnete Zinkanell ist hinausgegangen und hat mir vorgeworfen, daß ich die Feuerwehren nur vor Wahlen anspreche und daß ich sie angesprochen habe.

Ich möchte nur dazu sagen, meine Tochter hat als Studentin zwei Briefe vom Bundeskanzler Kreisky bekommen — und sie studiert auch freiwillig und nicht als Zwang — und ich habe nichts dabei gefunden, sondern das ist das demokratische Recht eines Politikers in einer Demokratie. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Aber du redest sie ja auch anders an, nicht nur zu Wahlzeiten!“) Meine Damen und Herren, ich darf eines sagen. Ich glaube, ich bemühe mich um die Feuerwehren in der Steiermark und vermerke mit Dank, wenn der Steiermärkische Landtag eine Dankadresse an diese Männer richtet, aber es wurde schon auf anderen Ebenen klargestellt, und ich habe die Beweisführung erbracht, daß für diese Werbung keinerlei Mittel aus Steuergeldern verwendet wurden. Ich habe nie Vorschriften gemacht und möchte auch sagen, auch in Zukunft lasse ich mir von Ihnen keine Vorschriften machen! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichtstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.) Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“. Berichtstatter ist der Abgeordnete Josef Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl:

Meine Damen und Herren!

In der Gruppe 9 sind in 10 Abschnitten im wesentlichen die finanziellen Mittel aufgezählt, die in den vorherigen 8 Gruppen ausgegeben wurden. Es sind Einnahmen in der Höhe von 2.628,763.000 Schilling und Ausgaben von 367,787.000 Schilling.

Der Finanzausschuß hat sich damit beschäftigt, und ich stelle den Antrag, die Gruppe 9 anzunehmen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichtstatter und erteile dem Herrn Landesrat Dr. Klauser das Wort.

Landesrat Dr. Klauser:

Meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Wenn es mir auch nicht gelingen wird, mich an die Länge der Ausführungen der Abgeordneten zur Gruppe 9 anzupassen, so werde ich mich doch bemühen.

Ein paar Bemerkungen zur Einleitung.

Es ist zunächst vom Herrn Abgeordneten Koiner bemerkt worden, daß die Einbringung des Landesvoranschlages 1971 in den Landtag verspätet erfolgt sei und daß dies auf den Tod meines Vorgängers zurückzuführen sei. Ich darf nur zur Richtigstellung darauf hinweisen, daß wir uns durchaus im Durchschnitt der letzten 11 Jahre gehalten

haben: 1966 ist die Vorlage am 9. November in die Regierung gekommen, 7. November, 6. November, 28. Oktober, 10. November, heuer am 9. November, Beschluß der Landesregierung 18. November, 28. November, 21. November, 19. November, 25. November, Vorlage 29. November, 3. Dezember, 1. Dezember, 26. November, 3. Dezember, 1. Dezember. Sie sehen, es hält sich durchaus im Rahmen des Üblichen, wir waren heuer etwas früher dran als im Vorjahr.

Darum geht es ja auch nicht, dessen bin ich mir völlig bewußt. Es ist auch durchaus richtig, daß es naturgemäß schwierig ist, vom Standpunkt der Mitglieder dieses Hohen Hauses aus, die Ziffern des Budgets wirklich in ihrer vollen Bedeutung zu werten und die Zusammenhänge ohne weiteres zu durchschauen und zu durchleuchten. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Anregung des Herrn Kollegen Fuchs verstehen, daß eine grundsätzliche Erörterung natürlich vorher möglich ist. Die Einbringung zum Beispiel auch nur des Rechnungsabschlusses zu einem früheren Zeitpunkt scheitert ja an der Bestimmung des § 16 unserer Landesverfassung, wo vorgeschrieben ist, daß er gleichzeitig mit dem Kontrollbericht bzw. mit den Äußerungen des Rechnungshofes zu behandeln ist. Formal geht es nicht, erörtern und darüber reden kann man natürlich, was ja vielleicht ein Ausweg aus dieser Form der Budgetdebatte wäre, daß man es teilt und sich mit den Dingen öfter befaßt und dafür nicht so lange. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich habe gesagt, man sollte die Landesverfassung ändern, und wenn man das tut, kann man das auch gleich mitmachen!“) Darüber läßt sich immer reden. Wenn Sie die notwendige Zweidrittelmehrheit für solche Vorstellungen finden, kann man zweifellos alles machen. (Abg. Pözl: „Wir hoffen auf Ihre Unterstützung!“) Ich bin nicht befugt, dazu eine autoritäre Erklärung abzugeben, Herr Kollege Pözl.

Noch etwas möchte ich in dem Zusammenhang doch sagen, daß die frühere Einbringung von dort her problematisch wird, daß die Einnahmenseite des Voranschlages kaum viel früher beurteilt und abgeschätzt werden kann. Wir kriegen ja die Ziffern des Bundesbudgets offiziell zur Kenntnis erst am 26. Oktober und es ist also kaum möglich, vorher endgültige Fixierungen auf der Landesseite vorzunehmen, weil wir ja doch in einem sehr hohen Maß, nicht nur formal, sondern eben auch materiell, von der Bundesseite abhängen. Ich darf nur darauf hinweisen, daß es uns zum Beispiel heuer passiert ist, daß nach der Einbringung in die Landesregierung noch erhebliche Änderungen vom Bund her im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung gekommen sind. Es ist nachträglich, nachdem der Entwurf des Finanzreferenten bereits in der Regierung war, die Wohnbauförderung 1968 um 26 Millionen, der Wohnhauswiederaufbaufonds um 65 Millionen und der Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds um 21 Millionen aufgestockt worden, was naturgemäß nicht ganz einfach ist und zu einer gewissen Verzögerung führt. Das ist also an sich von uns aus nicht zu ändern, zumal eben auch die formelle Seite von der Gesetzgebung des Bundes her geregelt wird und wir das gar nicht autonom ma-

chen können. Aber dazu vielleicht auch noch eine Randbemerkung, meine Damen und Herren; es muß ja eine wahrscheinlich von uns noch gar nicht zu übersehende Änderung und Entwicklung kommen mit der Einführung der EDV. Da wird sich ja automatisch sehr vieles ändern, nur hat man heute den Eindruck, daß auch die Stellen des Bundes, nicht nur die der Länder, da noch keine einheitliche Auffassung vertreten. Und wenn Sie mich jetzt fragen, warum sind wir selber noch nicht soweit, warum hat sich das Land nicht schon vorher darum bemüht, so muß ich sagen, da stehen sich zwei Auffassungen gegenüber. Soll man sehr frühzeitig damit anfangen, so ist das Risiko, daß man wieder sehr viel daran ändern muß, naturgemäß erheblich höher als wenn man etwas länger zuwartet. Das sind halt die entgegengesetzten Standpunkte und vorläufig sind wir mit der Art der Haushaltsführung, glaube ich, doch ganz gut gefahren.

Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang auch gleich bemerken, daß wir ja natürlich die Rohziffern des Rechnungsabschlusses 1970 schon kennen. Es ist im Vorjahr vom Hohen Haus beschlossen worden, daß 240,5 Millionen Schilling Darlehen zur Bedeckung des ao. Voranschlages aufgenommen werden, abgesehen jetzt von der Wohnbauförderung. Wir haben im Herbst, ich glaube im Oktober, in der Landesregierung den Beschluß gefaßt, 100 Millionen aufzunehmen und sind mit der Landes-Hypothekenanstalt in Verhandlungen getreten. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß hievon 80 Millionen tatsächlich aufgenommen werden müssen; allerdings, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis nicht ganz so gut, wie es nach diesen Ziffern aussieht, weil ja ein Teil der Darlehen und der beschlossenen Aufnahme dieser Darlehen mit der Einschränkung versehen ist, daß sie nach Maßgabe der Flüssigstellung aufgenommen werden. Also der Beschluß der Darlehensaufnahme für bestimmte Vorhaben heißt noch nicht, daß wir sie auch aufnehmen mußten, sondern da ist ein Verzögerungsfaktor drinnen, weil ja bekanntlich auf dem Bau-sektor das normalerweise längere Zeit dauert. Der Herr Landeshauptmann Niederl weiß das von der Wohnbauförderung her besser als ich. Daher also diese Ziffern, die aber im großen und ganzen doch erfreulich sind.

Es ist, glaube ich, im Zuge der Debatte auch einmal darauf hingewiesen worden, wie es sich denn verhält auch mit den zweckgebundenen Einnahmen aus der Kfz- und Mineralölsteuer und dem Straßenaufwand. Da darf ich dazu sagen, daß also wohl vielleicht auf Bundesebene die Zweckbindung fragwürdig ist und nicht eingehalten wird, daß aber das Land doch wesentlich mehr ausgibt für reine Landesstraßen ohne Brückenbau und ohne sonstige Erfordernisse, und zwar wesentlich mehr ausgibt, als es aus diesen Steuern einnimmt. Wir haben Kfz-Steuererinnahmen in diesem Voranschlag vorgesehen von 80,628.000 Schilling, die Mineralölsteuer — der Anteil des Landes — beträgt 152 Millionen Schilling und allein der Landesstraßenbau ist mit einem Aufwand von 348 Millionen Schilling im Voranschlag 1971 enthalten, das heißt, wir geben auf diesem Sektor allein um 116 Millionen Schil-

ling mehr aus, als durch diese zwei, an sich für diesen Zweck vorgesehenen Steuereinnahmen herkommt.

Ich möchte auch noch ein Wort zu der vom Herrn Kollegen Jungwirth in der Debatte angeführten Frage des Fernsehschillings oder der Rundfunksteuer oder wie immer man das nennt, sagen, ohne auf die Frage einzugehen, ob das jetzt zweckmäßig ist oder nicht. Aber ich glaube doch, daß die Ziffern, die da eine Rolle spielen würden, nicht ganz uninteressant sind. Meine Damen und Herren! Am 1. November hat es in der Steiermark 181.438 zahlende, das heißt also angemeldete und nicht befreite Fernsehteilnehmer gegeben. Und zum selben Zeitpunkt zahlende 270.624 Rundfunkhörer. Ich sage das deswegen, weil ja bekanntlich in Salzburg ein Gesetz über die Einführung dieser Steuer nicht nur in bezug auf die Fernsehteilnehmer beschlossen wurde, sondern auch die Rundfunkhörer mit 2 Schilling herangezogen wurden. Die Fernsehteilnehmer mit 5 Schilling monatlich. Wenn man die Salzburger Regelung zugrunde legen würde, käme in der Steiermark im gesamten Jahr ein Betrag von 14.134.768 Schilling heraus. Ich weiß also nicht und möchte diese Frage nicht selbst beantworten, ob es sich dafür stünde, wegen dieses Betrages eine gesetzliche Regelung anzustreben. Aber etwas hat mich doch irgendwie frappiert, auch im Zusammenhang mit den Erörterungen im Theaterausschuß, woher ja wahrscheinlich die Meinung oder die Anregung des Herrn Kollegen Jungwirth kommt, nämlich die Meinung, daß dieser Fernsehschilling, oder wie immer man diese Steuer nennt, automatisch dazu da sei, die Bedürfnisse und den Abgang der Grazer Theater zu decken. Ich muß also hier schon sagen, daß ich diese Konsequenz nicht ganz darin sehe und erblicke und daß ich doch meine, daß sich die kulturellen Bedürfnisse im Lande da an dieser Steuer beteiligen möchten und nicht zuschauen werden, wenn das, sagen wir, nur für das Theater herangezogen werden würde. Und so bliebe für die Deckung und für die Bezahlung des Abganges der Grazer Theater herzlich wenig davon übrig. Das sei nur eine Bemerkung am Rande.

Ich möchte aber noch etwas sagen. Es ist hier, glaube ich, noch etwas aus dieser sehr umfangreichen Debatte hervorgegangen, nämlich die Schwierigkeiten, die entstehen könnten und wie wir uns davor hüten sollten, mit allen diesen Vereinfachungen leichtfertig umzugehen. Ich will durchaus zugeben, daß das genauso für die sogenannte Präpotenz der Betriebsräte, die hier einmal genannt wurde, gilt, wie für — um Ihnen das Gegenbeispiel zu liefern — die Profitgier der Unternehmer. Es gilt für beide. Und zwar deswegen, meine Damen und Herren, und wenn ich die heutige „Tagespost“, nein, dort ist es etwas verärbt, aber wenn Sie die „Kleine Zeitung“ nehmen und das lesen, was über die Ausführungen des Prof. Nemschak drinsteht, so ist das im wesentlichen zu unterschreiben, weil nämlich daraus hervorgeht, daß Preisentwicklung, Kaufkraftschwund und alle diese Dinge so schwierige Probleme sind, und so schwer zu beeinflussen sind, daß sie wahrscheinlich überhaupt nicht nur

von einer Seite her wirklich beeinflußt werden können und vor allem, meine Damen und Herren, das muß ich auch sagen — und ich sage es im vollen Bewußtsein dessen, was Sie da wieder einwerfen könnten, wenn Sie jetzt den Stil mancher Debatte aufgreifen wollten. Schwierig ist es vor allem deswegen, weil die wesentlichsten Beeinflussungen ja in Wirklichkeit — ich möchte fast sagen — von der Einstellung der Betroffenen herkommen, von der Haltung, die Sie selber, gar nicht so sehr von den wirtschaftlichen Auswirkungen her, dazu haben und einnehmen. Und wenn Sie — darauf habe ich schon in der Einbegleitungsrede hingewiesen — das österreichische Beispiel mit den Entwicklungen in den anderen westlichen Industrieländern vergleichen, so können wir noch irgendwo zufrieden sein. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß dieses Zufriedensein darin seine Ursache hat, daß wir irgendwo — das wird ja manches Mal geschmäht und uns angelastet, aber in dem Zusammenhang ist es sicher ein Vorteil — eine gewisse Begabung dafür haben, noch den möglichen Kompromiß zu finden, bei aller Auseinandersetzung doch noch irgendwo uns auf einer gemeinsamen Linie zu finden, wo es um diese Dinge geht. Und ich hoffe doch sehr, ich möchte sagen, das ist eine Bitte: Behalten Sie doch eines im Auge, meine Damen und Herren! Die Entwicklung unserer — es klingt ein bisschen schwulstig, wenn man es sagt — Gesellschaftsordnung geht automatisch und zwangsläufig dahin, daß immer mehr Dienstleistungen verlangt werden. Wir werden immer mehr zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Der Herr Kollege Götz hat das schon gesagt, wir brauchen mehr Geld — wenn ich auch glaube, daß Sie sich derzeit am leichtesten tun, das zu sagen, im Gegensatz zu denen, die die Dinge unmittelbar beeinflussen können. Das ist der einzige Punkt, wo ich Ihnen hier widerspreche. (Abg. DDr. Götz: „Wir könnten am leichtesten das Gegenteil sagen!“) Aber sonst haben Sie selbstverständlich recht.

Und dann möchte ich noch etwas sagen. Es ist die Mehrwertsteuer irgendwo im Raume geschwebt. Es wurde gesagt, daß damit gerechnet wird, daß sie möglicherweise am 1. Jänner 1972 kommt. Erlauben Sie mir, daß ich wesentlich skeptischer bin, was den Zeitpunkt der Einführung anlangt, wenn sie auch zweifellos kommen muß. Aber eines wird sie auch bringen, und da wird sie von uns eine Haltung verlangen, die nicht leicht sein und uns allen Mühe bereiten wird. Sie wird leider Auswirkungen auf das Preisgefüge unserer gesamten Wirtschaft mit sich bringen, die heute durchaus noch nicht, auch von den Fachleuten nicht, richtig abgeschätzt werden können. (Landeshauptmann Krainer: „Plus und Minus in der Bundesrepublik!“) Sehr richtig, Herr Landeshauptmann. Der Kompromiß, um den wir uns bemühen müssen, liegt doch in Wirklichkeit in der Reihung, in der Rangordnung, in dem Versuch, einen Ausgleich zu finden. Und das ist etwas, wo ich dem Herrn Landeshauptmann Niederl widersprechen muß, wenn Sie um das Agrarbudget hier gekämpft haben. Meiner Meinung nach ist es doch heute längst so, daß grundlegende Änderungen von dem einen auf das andere Jahr gar nicht mehr möglich sind. Sie können

mit Recht sagen, es haben sich vielleicht Schwerpunkte verschoben. Dadurch ist eine gewisse Benachteiligung in der Relation — Ihrer Meinung nach und von Ihrem Gesichtspunkt her ungerechtfertigt — aufgetreten, vielleicht, Herr Landeshauptmann. Wenn Sie das so gesagt hätten, würde ich sagen, vom Gesichtspunkt der Agrarier aus verständlich. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Aber nicht unberechtigt!“) Auf der anderen Seite ist es aber doch so, daß alle diese Dinge nur im Zusammenhang abgewogen werden können und im Zusammenhang geschehen. Und von dort her können wir noch immer alle einschließlich der Agrarier zufrieden sein. Schauen Sie, wenn Sie die kleine Steuerreform, die Sondersteuern und alle diese Dinge anschneiden, so muß man doch dazu sagen, das Irreale an der Debatte ist das, daß nur von der Einnahmenseite des Staatsbürgers die Rede ist, nicht aber von der Einnahmenseite des Staates selber. Wir kommen bei der Entwicklung, in der wir drinnen stehen — ob wir wollen oder nicht — und an der wir alle mitgewirkt haben, auch das sage ich ganz bewußt, Herr Kollege Fuchs. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie müssen dort hinaus reden!“) Schauen Sie dort hinaus! Heute halten Sie uns den Lernprozeß vor, der bei uns im Gange sei, weil die gegenwärtige Bundesregierung von unserer Partei gestellt wird. Ich kann nur hoffen, daß Sie bei diesem Vorhalt im Auge haben, daß Sie doch nicht ganz sicher davor sein können, daß Ihnen dieser Lernprozeß im Land ewig erspart bleibt. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Umgekehrt auch!“) Nein, nein, Herr Landeshauptmann, nicht umgekehrt. Wir lernen, Herr Landeshauptmann! (Abg. Schaller: „Wir sind froh! Wir halten es Ihnen nicht vor!“) Wenn Sie dasselbe auf Landesebene von sich einmal werden behaupten können, werden wir zufriedengestellt sein. (Beifall bei der SPÖ. — Gelächter bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Damit bin ich am Ende und darf nur noch einiges sagen. Wenn ich jetzt einiges gestreift habe, so bin ich mir durchaus dessen bewußt, daß allein von der formalen Seite sich selbstverständlich jetzt zwei Stunden darüber reden ließe. Ich täte es auch ganz gerne — muß ich sagen —, wenn ich nicht wüßte, daß die Damen und Herren nach 3½ Tagen einen Anspruch darauf haben, gut essen zu gehen. (Abg. DDr. Götz: „Einschließlich Finanzreferent!“)

Ich darf daher allen jenen, die mit den speziellen Problemen sich befaßt haben, noch mit der Bitte kommen, vielleicht doch einmal grundsätzlich darüber zu reden und die Dinge zu überlegen, und ich darf den Damen und Herren der Rechtsabteilung 10, die sich wie alljährlich mit der Erstellung des Landesvoranschlages befaßt haben und damit zu tun hatten, herzlich danken. Ich möchte fast sagen, seien Sie mir nicht böse, wenn ich den traditionellen Dank an die ganze Bevölkerung nur in dieser Form erwähne, denn das, meine Damen und Herren, sind Dinge, die zu unserer Gesellschaftsordnung dazugehören, auf der einen Seite das Steuerzahlen und auf der anderen Seite das In-Empfang-Nehmen. Und daß wir alle miteinander in

dieser Abhängigkeit drinnen stecken, daraus kommen wir auch nicht heraus. Ich danke vielmals. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Landeshauptmann.

Landeshauptmann Krainer:

Das sogenannte Unbehagen im Zusammenhang mit der Budgetbehandlung ist ja nicht neu. Wir haben es vor 15 Jahren schon einmal durchexerziert und sind damals zu einem Entschluß gekommen, der die heutige Übung darstellt. Aber es ist sicher möglich, daß man beim Überdenken der Problematik der Behandlung des Voranschlages auch neue Wege finden kann. Das, was den Leuten vielleicht nicht zusagt, ist eine gewisse Interesselosigkeit gegenüber den Budgetdebatten, wenn sie ein paar Tage dauern. Ich glaube aber doch, daß gerade der neue Landtag von 1970 eine gewisse Aufwertung gebracht hat; eine Transparenz erstens, die nicht angenehm sein mag, dem Kollegen Sebastian vielleicht nicht hinsichtlich der Spitäler. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Haben Sie bis jetzt nicht durchgesehen?“)

Wenn ich auch noch so sehr über die Straßen Schuld auf mich nehmen sollte, ich höre das sehr wohl und sehr aufmerksam. Aber ich finde, daß das auch das Recht des Staatsbürgers ist. Wenn spezifisch über Probleme Auseinandersetzungen stattfinden, die bisher ungenannt waren, so glaube ich, es wird uns noch allerhand zur Angewöhnung auferlegt werden. Davon bin ich fest überzeugt. Es ist einfach die Verwirrung die Hauptursache dessen, daß die Leute immer mehr informiert sein wollen, daß sie nach Information und nach Diskussion verlangen. Wir werden nicht ausweichen können, sondern wir werden dem entgegenkommen müssen. Wir sind an sich als Landesregierung sehr bescheiden, und ich glaube, das war immer richtig so. Aber es scheint so zu sein, daß wir mit dieser Bescheidenheit nicht auskommen. Es klagen die Zeitungen, daß sie von uns zuwenig unterrichtet werden, daß das nicht in dem Maße geschieht als gearbeitet wird. Erst gestern hat mir einer gesagt: Warum ist dies und jenes nicht schon der Presse bekanntgegeben oder in einer Pressekonferenz besprochen worden? Das Bedürfnis, tiefer informiert zu sein, ist vorhanden. Es wäre gleichzeitig ein Transparentmachen der nicht geringen und ausgiebigen Arbeit in der Verwaltung und — das darf ich jetzt nicht für mich, sondern für meine Kollegen in der Regierung sagen, ob sie rechts oder links sitzen — für die Fülle der Arbeit, die ihnen jeden Tag auf den Tisch gelegt wird. Und wenn wir im Zusammenhang mit dem Budget schließlich und endlich bei aller Auseinandersetzung doch froh auseinandergehen, weil es wieder geschafft ist, und weil es auch gelungen ist — ich will nicht sagen, sehr gut gelungen ist —, aber das wird es nie sein, weil es einfach ausgeschlossen ist, alle Wünsche zu erfüllen. Einer der Generalredner hat hier Forderungen aufgestellt, die auch nicht erfüllbar sind, nämlich, daß es nunmehr keine Kompetenzen gibt, sondern daß sich jeder holt, was er braucht oder daß das

der Finanz recht sein sollte, was vielleicht einer oder der anderen Gemeinde oder einem oder dem anderen Bürgermeister gefällt und recht ist.

Es ist gar keine Frage, daß wir eine Zusammenschau in vielen Dingen finden müssen, das steht außer Zweifel, aber es wird immer notwendig sein, daß wir auch die Sparsamkeit und die sparsame Verwaltung im Auge behalten. Das Budget ist ja das Ergebnis einer wirklich sparsamen Verwaltung und einer geordneten Finanzverwaltung des Landes, die sicher auch auf die Finanzreferenten zurückzuführen ist, die aber auch auf die Regierung zurückzuführen ist, weil sie ihr Maß nie übersehen hat, und weil wir auch — das muß gesagt werden — dort und da sehr hart sparen. Uns sehr Zeit lassen, beispielsweise bei der Arbeitszeitverkürzung oder Änderung der Arbeitszeit oder überhaupt mit unserem Personal. Wir versuchen einfach, schon gerecht zu sein und unsere sozialen Verpflichtungen zu erfüllen, das ist auch in einer vielfachen Sonderleistung sichtbar, aber wir haben halt unsere Auffassung auch zur Arbeit und sie wird uns auch Gott sei Dank abgenommen, wenn es auch manches Mal so aussieht, als sei die Arbeitszeit falsch gelagert, weil Freitag nachmittag nicht frei ist. Es gibt eben noch 60 % der Menschen, die am Samstag vormittag arbeiten und wir dürfen nicht den Anschein erwecken, schon gar nicht in der Zeit jetzt, daß wir eine Supergesellschaft haben wollen, oder eine privilegierte Gesellschaft, würde es besser heißen und zwar würde diese privilegierte Gesellschaft „Beamte“ heißen. Das würde uns und den Beamten selbst auch nicht guttun. Ich erinnere mich an eine Zeit, wo man mit den Fingern hingewiesen hat auf einen Beamten, der aus den Toren der Burg oder des Landhauses herausgegangen ist und gesagt hat: „Schaut's die an, die sitzen unter einem regensicheren Dach, haben es warm und kriegen jeden Monat ihr Gehalt“, wenn das auch nicht gestimmt hat dazumal, da hat es vierzehntägige und manches Mal auch drei Auszahlungen im Monat gegeben. Wir haben also meiner Meinung nach bei aller Rücksichtnahme auf die Beamten, es wurde ja auch in diesem Haus schon gesagt, daß sie gute und ausgezeichnete Beamte sind, darauf zu achten, daß alles sein Maß hat. Alles in allem, das zusammen ergibt natürlich auch eine Verwaltung, die sich zwar sicher in der Wirtschaftsverwaltung ausgeweitet hat, aber in der Hoheitsverwaltung praktisch nicht. Ich meine also, was wir uns vornehmen sollen, nachdem jetzt wieder einmal Schluß der Budgetdebatte ist, und was im Hause letzten Endes auch sichtbar geworden ist bei allen harten Auseinandersetzungen dort und da, das ist, daß wir das Gemeinsame sehen, daß wir das Land sehen. In der Landesregierung haben wir es ja leicht (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ja Sie, aber wir nicht!“), jeder hat seinen Anteil. Entschuldigen Sie, es ist wohl so, daß wir einfach die Verantwortung geteilt tragen, daß wir ein echter Ausdruck der heutigen Gesellschaft sind, nämlich der pluralen Gesellschaft, und ich glaube, das ist eine gute Idee der Gesetzesmacher oder Verfassungsmacher von anno dazumal gewesen, nicht von 1919, sondern schon in den achtziger Jahren.

Ich bin auch überzeugt, daß daher dieser Landtag in einer Atmosphäre lebt, die man als eine gute bezeichnen kann. Ab und zu sagen wir sogar „steirische Atmosphäre“. Es ist gut so, weil wir uns harte parteipolitische oder gar gehässige Auseinandersetzungen überhaupt nicht leisten können. Und ich meine das nicht nur für das Land, ich meine das auch für den Bund. Und glauben Sie uns, es ist eine sehr ernste Überlegung dahinter, daß Sie jetzt den Kanzler und die Regierung stellen und daß wir der Meinung sind, das ist eine gute Lehrzeit (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Für beide!“), bitte schön, eine gute Lehrzeit, damit einmal die wirtschaftlichen und die finanziellen Probleme des Landes und unseres Staates auch transparent werden, daß es da keine Hexerei gibt und daß es da keine Schwarzmalerei letzten Endes gibt und daß es auch nicht denkbar und möglich ist, jemand den Himmel auf Erden zu versprechen, weil das alles so klare Realitäten sind — wir haben gesehen, dort wurde regiert und jetzt sehen wir, da wird regiert — von denen man dann sieht, daß sich das alles sehr, sehr gleicht. Und wir hier im Lande können uns gegenseitig nichts vorwerfen. Wir reden kaum davon, daß wir eine Mehrheit haben, wir nehmen selbstverständlich Rücksicht auch auf die kleinste Partei, damit sie auch ihre Geltung und ihren Einblick hat. Ich meine, diese Philosophie müßte man eigentlich fortsetzen und fortpflanzen. Wir können uns in Österreich, wenn wir eine Schweiz werden wollen, ja auch parteipolitische Auseinandersetzungen auf die Dauer nicht leisten. Wenn wir Vertrauen haben wollen und wenn wir Kontinuität, von uns gezeugt, wenn nicht von außen her gestört, haben wollen, daß jene, die mit ihrem Geld einmal von da und einmal von woanders her flüchten, auch zu uns kommen, wenn sich bei uns alle jene geistigen Kräfte niederlassen, die sich sonst irgendwo beunruhigt fühlen, wenn wir das wollen, dann ist nicht nur eine vernünftige politische und soziale Entwicklung, auch geistige Entwicklung Voraussetzung, sondern auch die Stabilität, die dieses Land braucht. Wenn ich sage „Land“, meine ich damit jetzt den Staat. Und so wäre es gar kein Unglück, wenn also eine Mehrparteienregierung, verfassungsmäßig festgelegt, diese Aufgaben zu erfüllen hätte. Ich sage das nicht, weil etwa die Volkspartei an der Regierung ist, so könnte man das vielleicht auslegen, sondern ich habe das schon vor vielen Jahren gesagt, weil es meine innere Überzeugung ist und weil ich in der Entwicklung finde, daß es immer mehr dahin reift und vielleicht doch in einigen Jahren einmal auch greifbar sein wird.

Ich möchte also meinen, wir haben gute Arbeit geleistet, wenn auch manches Mal in einem Zwischenruf gesagt wurde, es war ein schlechtes Niveau, ich behaupte, es war ein ausgezeichnetes Niveau, im großen gesehen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Mit einer Einschränkung: im großen gesehen!“) Natürlich, Auswüchse wird es immer geben, da soll man halt auch nicht zu empfindlich sein, aber es war ein gutes Niveau und wir werden ja sehen, ob uns die Kritiker das gelten lassen. Es hat wohlgetan, daß die Abgeordneten frei gesprochen haben oder „fast frei“ gesprochen haben.

Das hat Wirkungen nach außen hin, die besser sind, als wenn man liest. Noch dazu, wenn man sich dann beim Lesen nicht auskennt, was also damit gemeint war. (Zwischenruf: „Soll vorkommen!“ — Gelächter.)

Ich wollte zum Abschluß nur sagen, tun wir alles, daß wir uns menschlich gut verstehen bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten, daß wir immer an das Land denken bei allen unseren politischen Handlungen, dann wird es auch weiterhin gut sein in diesem Land.

Ich darf auch, wie alljährlich, den Abschluß der Budgetdebatte zum Anlaß nehmen, um allen auch zu danken dafür, daß sie mittun, auch jenen, die uns kritisieren. Denn auch das hat ja letzten Endes seinen Wert und ich darf vor allem allen jenen danken, die uns täglich und zu jeder Zeit treu zur Seite stehen und hier im Landtag muß man ja sagen, daß es vor allem die unter uns sitzenden Stenographen nicht leicht haben. Dem Herrn Hofrat Wüst, der ja ein wirklich harter Arbeiter ist, dem ist das leider nicht gut bekommen. Er sitzt zwar, glaube ich, wohl draußen, er hat aber mit Kreislaufstörungen zu tun. Auch das scheint zu beweisen, daß das also keine leichte Arbeit ist, hier im Joch zu stecken, ob das nun Verwaltung heißt oder ob das Landtag heißt. Allen einen aufrichtigen Dank mit dem Wunsch für ein gesegnetes Fest und ein „Glück auf!“ für 1971. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Loidl:

Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 9.

Präsident: Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.) Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum ao. Voranschlag. Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Im außerordentlichen Voranschlag sind für wichtige Bauvorhaben des Landes in den Gruppen 0 bis 9 624,459.000 S vorgesehen. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der außerordentliche Landesvoranschlag ist damit angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1971. Berichterstatter ist der Abg. Hans Brandl.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Im Finanz-Ausschuß haben 23 Anträge die erforderliche Mehrheit gefunden. Die Anträge liegen Ihnen vor. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: 23 Anträge wurden im Finanz-Ausschuß beschlossen. 20 sind gemeinsame Anträge der ÖVP,

SPÖ und FPÖ, einem weiteren Antrag der ÖVP hat die SPÖ zugestimmt, zwei weiteren Anträgen nicht.

Ich werde zuerst über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dr. Dorfer, Schrammel und Ing. Stoisser zur Gruppe 0, betreffend die Änderung der Landtagswahlordnung (Seite 1 des mündlichen Berichtes Nr. 12), dann über den Beschlußantrag zur Gruppe 1 (Seite 3 des mündlichen Berichtes Nr. 12) und weiters über die restlichen im mündlichen Bericht Nr. 12 enthaltenen Beschlußanträge gemeinsam abstimmen.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußanträge in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Ich stelle diesen Antrag!

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Nach den Ausführungen, die der Herr Landeshauptmann am Beginn der Budgetdebatte speziell auch zu dem vorliegenden, derzeit nur von ÖVP-Abgeordneten eingebrachten Entschließungsantrag gemacht hat, möchte ich mir erlauben, eine Änderung gemäß § 34 der Geschäftsordnung in dem Sinne vorzuschlagen, diesen Antrag zur Gruppe 0 in der seinerzeit besprochenen und diskutierten Fassung als gemeinsamen Antrag dem Hohen Haus vorzulegen. Dieser Abänderungsantrag lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die Landtagswahlordnung geändert werden müßte, damit der Wählerwille bei der Mandatsaufteilung im Sinne des Verhältnismäßigkeitsprinzips besser zum Ausdruck kommt.

Es wäre auch zu prüfen, wie der Kontakt zwischen Wählern und Abgeordneten verbessert werden kann.

Präsident: Der Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten DDr. Götz trägt nur zwei Unterschriften. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage. Wer diesem Antrag beiträgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Der Antrag ist unterstützt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den weitergehenden Antrag, das ist der Antrag des Abgeordneten DDr. Götz, weil er von dem vorliegenden Antrag abweicht. Wer dem Antrag des Abgeordneten DDr. Götz die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Ich bitte, durchzuzählen. Sind alle hier?

Ich trete diesem Antrag nicht bei. Er ist daher abgelehnt.

Ich ersuche nun die Abgeordneten, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dorfer, Schrammel und Stoisser zur Gruppe 0, betreffend Änderung der Landtagswahlordnung, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Das sind 28. Unter Bedachtnahme auf die Bestimmung des § 52 der Geschäftsordnung ist der Antrag angenommen.

Landeshauptmann Krainer: Zur Geschäftsordnung. Ich mache darauf aufmerksam, daß die frühere Auszählung falsch war. 27 waren hier. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Abgeordnete Preitler ist hinten gestanden!“) 27 Abgeordnete waren hier!

Präsident: Ich ersuche nun die Abgeordneten, die dem Beschlußantrag der Gruppe 1 zustimmen, um ein Händedezeichen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die den restlichen Beschlußanträgen des mündlichen Berichtes Nr. 12 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die restlichen 21 Beschlußanträge sind angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Abg. Dipl.-Ing. Franz Hasiba. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Dienstpostenplan für das Jahr 1971 liegt vor. Er beinhaltet 13.915 Dienstposten, das sind um 325 mehr als im Vorjahr. Davon entfallen auf den Personalaufwand des Landes 12.564 Dienstposten, das sind um 320 mehr als im Vorjahr. Die Wirtschaftsbetriebe haben 682 Dienstposten, ein Minus von 8, die Fach- und Berufsschulen mit 229 ein Plus von 3 Dienstposten und die Sanitätsverwaltung um 180 Dienstposten mehr. Der Dienstpostenplan ist im Finanz-Ausschuß ausführlich beraten worden, und ich ersuche Sie namens des Finanz-Ausschusses, dem Dienstpostenplan Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan. Berichterstatter ist der Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Im Systemisierungsplan für das Jahr 1971 sind geringfügige Erhöhungen für die benötigten Kraftfahrzeuge des Landes und der Wirtschaftsbetriebe vorgesehen. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Ich bitte um eine Händedezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Damit ist auch der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 126, abzustimmen und erteile ich hierzu dem Herrn Hauptberichterstatter das Schlußwort.

Abg. Brandl: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den seinerzeitigen Antrag des Herrn Hauptberichterstatters gehört. Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 126, einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Damit ist der Landesvoranschlag 1971 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan angenommen.

Wir kommen nun zu den restlichen Tagesordnungspunkten.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 60, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseingelösungen für das Bauvorhaben Nr. 1/78 „Umfahrung St. Erhard“ der Landesstraße Nr. 20, Kirchdorf—Birkfeld—Neudau

Berichterstatter ist Abg. Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Zu dieser Vorlage ersuche ich um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61, betreffend Bauflächeninanspruchnahme sowie Objektseingelösung von Schreiner Alois und Katharina für das Bauvorhaben Nr. 17/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200, Graz—Hitzendorf—Pichling.

Berichterstatter ist Abg. Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Auch hier darf ich den Hohen Landtag um Annahme ersuchen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Danke. Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 71, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseingelösung von Pelzeder Karl für das Bauvorhaben Nr. 10/70 „Oberfeistritz—Anger“ der Landesstraße Nr. 1.

Berichterstatter ist Abg. Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Die Damen und Herren des Hohen Landtages darf ich um Annahme ersuchen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 72, über den Ankauf eines Waldgrundstückes von Hans Ertler für die landwirtschaftliche Fachschule Hatzendorf.

Berichterstatter ist Abg. Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Mit der Vorlage hat sich der Finanz-Ausschuß befaßt und ich darf um Annahme ersuchen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74, betreffend Ankauf der Liegenschaft EZ. 19, KG. Weißenbach und EZ. 26, KG. Altenmarkt, zur Sicherung des Ausbaues der Landesstraße Nr. 277, Buchauerstraße.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Ich darf berichten, daß die Vorlage im Finanz-Ausschuß beraten wurde und stelle ich namens des Finanz-Ausschusses den Antrag auf Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 76, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Koller Alois und Theresia in Rohrbach a. d. Lafnitz Nr. 8, für die Sichtverbesserung der Landesstraße Nr. 25, Alplstraße.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Auch diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Darf ich namens des Finanz-Ausschusses den Antrag auf Annahme stellen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 77, betreffend den Abverkauf eines landeseigenen, zum Besitzstand des Landesgutes Wagna gehörigen Grundstückes an Peter und Rosa Reichl.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Der Abverkauf dieser Grundfläche vom Landesbetrieb Wagna an die Brennstoffhandlung Peter und Rosa Reichl wurde im Finanz-Ausschuß beraten und darf ich gemäß der Vorlage den Antrag auf Annahme stellen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung bitte ich um ein Händezeichen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 78, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Töschner Therese für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Ich darf namens des Finanz-Ausschusses den Antrag auf Annahme stellen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 79, betreffend Objektseinelösung von Rupert Gebhardt in Hitzendorf Nr. 7, für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Ich darf für diese Vorlage namens des Finanz-Ausschusses den Antrag auf Annahme stellen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, um ein Händezeichen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 80, betreffend Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200.

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Der Antrag liegt Ihnen vor und ich bitte namens des Finanz-Ausschusses um Annahme.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, um ein Händezeichen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von Eder Franz und Elsa sowie Preiner Franz für das Bauvorhaben Nr. 3/69 „Mitterdorf—Veitsch“ der Landesstraße Nr. 292.

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Auch dieser Antrag liegt Ihnen vor und ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses um Annahme.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 83, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1970 — 1. Bericht.

Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Keine Wortmeldung. Wer für den Antrag stimmt, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 84, zum Beschluß Nr. 564 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1968, betreffend die Übernahme von Ausfallsbürgschaften.

Berichterstatter ist Abg. Hans Gross. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gross: Meine Damen und Herren! Auch dieser Antrag liegt Ihnen vor. Im Namen des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, ihn anzunehmen.

Präsident: Wortmeldungen sind nicht der Fall. Ich schreite zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 85, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung für das Bauvorhaben Nr. 12/70 „Schrems“ der Landesstraße Nr. 10.

Berichterstatter ist Abg. Georg Pränckh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pränckh: Hoher Landtag! Der Finanz-Ausschuß hat auch diese Vorlage geprüft und ich bitte, den Beschluß zu unterstützen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 87, über die Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Prof. Dr. phil. habil. Manfred Straka nach Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis.

Berichterstatter ist Abg. Georg Pränckh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pränckh: Ich bitte auch hier nach eingehender Beratung im Finanz-Ausschuß um Ihre Zustimmung.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 88, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an den ehemaligen Vertragsbediensteten Techn. Rat Ing. Friedrich Schmiedl.

Berichterstatter ist Abg. Heribert Pölzl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pölzl:

Hohes Haus! Der Techn. Rat Ing. Friedrich Schmiedl ist am 14. Mai 1902 geboren und war vom 28. Dezember 1956 bis 18. April 1967 beim Land Steiermark beschäftigt. Auf seinen Erkenntnissen und praktischen Versuchen wurde weitgehend die Raketentechnik im In- und Ausland aufgebaut. Unter anderem ist er der Erfinder der Postrakete. Ing. Schmiedl, der auch ein typisches Erfinderschicksal zu tragen hat, bezieht als einziges Einkommen eine Sozialpension von monatlich brutto 4362,10 Schilling, netto 3727,30 Schilling.

Der Antrag der Landesregierung lautet: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Dem ehemaligen Vertragsbediensteten Techn. Rat Ing. Friedrich Schmiedl wird mit Wirkung ab 1. September 1970 ein außerordentlicher Versorgungsgenuß in Höhe von monatlich 2000 Schilling zuerkannt. Nach dem Ableben des Ing. Friedrich Schmiedl erhält dessen Witwe einen außerordentlichen Versorgungsgenuß in Höhe der Hälfte des dem Genannten im Sterbemonat gebührenden Betrages.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag um Annahme.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 89, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von den Ehegatten Kurzmann für das Bauvorhaben Nr. 5/70 „Frannach—Heiligenkreuz a. W.“ der Landesstraße Nr. 86.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Hohes Haus!

Der Bericht liegt Ihnen vor. Namens des Finanz-Ausschusses darf ich um Annahme der Vorlage bitten.

2. Präsident Heschitz:

Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich komme zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, wenn Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag wurde angenommen.

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 91, über eine Änderung des Beschlusses Nr. 30 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Juli 1970, betreffend landwirtschaftliche Fachschule Gleisdorf — Grundankauf.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Hoher Landtag!

Auch diese Vorlage liegt Ihnen vor. Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Herrn Berichterstatters ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 93, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 286, KG. Rammersdorf, von den Ehegatten Stefan und Katharina Schmieder.

Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Ich ersuche um Genehmigung dieser Vorlage.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 94, betreffend die Übernahme von Bürgschaften nach dem Landeswohnbauförderungsfonds.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Hoher Landtag! Es handelt sich um eine wichtige Vorlage. Ich empfehle die Annahme.

Präsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 121, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Hoher Landtag! Auch diese Vorlage liegt Ihnen vor. Ich darf namens des Finanz-Ausschusses um Annahme bitten.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 122, betreffend Grundankauf für den Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur.

Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hans Brandl: Ich darf die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, 17 Millionen Schil-

ling zum Ankauf eines Baugrundes als Voraussetzung zur Neuerrichtung eines Landeskrankenhauses in Bruck an der Mur zu genehmigen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 124, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes für einen von der Heilquelle Heilbrunn Thermal-Römerquelle Ges. m. H. & Co. KG. aufzunehmenden Hypothekarkredit.

Berichterstatter ist Abg. Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Die gegenständliche Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß behandelt. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung.

Präsident: Mangels einer Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

25. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 225, betreffend den Grundverkauf aus der Parzelle Nr. 220/5, EZ. 777, KG. Algersdorf (Areal Schloß Eggenberg), an Anton und Wilhelmine Röck.

Berichterstatter ist Abg. Alois Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Seidl: Meine Damen und Herren! Die Vorlage ist Ihnen bekannt. Ich stelle den Antrag auf Abstimmung und Annahme.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 127, betreffend Grundflächeninanspruchnahme von Haas Johann und Elisabeth in Mixnitz Nr. 2.

Berichterstatter ist Abg. Alois Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Alois Seidl: Die nächste Vorlage ist Ihnen ebenfalls bekannt. Ich stelle den Antrag auf Annahme.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

27. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 128, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslung von Schrötter Franz und Helga in Leibnitz.

Berichterstatter ist Abg. Alois Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Seidl: Auch diese Vorlage ist Ihnen bekannt, meine Damen und Herren. Ich stelle den Antrag auf Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, möge eine Hand heben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

28. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 129, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseilösung von Kirchmayer Alois für das Bauvorhaben Nr. 18/10 „Salla—Lederwinkel“ der Landesstraße Nr. 336.

Berichterstatter ist Abg. Alois Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Seidl: Es ist dies die letzte Vorlage, meine Damen und Herren! Ich stelle den Antrag auf Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, um ein Händeziehen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren!

Ich habe eine Feststellung zu treffen: Das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Hasiba, Dorfer, Schrammel und Stoisser wurde ohne Dirimierung angenommen, da nur 27 Stimmen gültig gewesen sind. Es ist nur die Stimme eines Abgeordneten gültig, die von seinem Sitz aus gültig abgegeben wurde. Sitz und Stimme ist ein geflügeltes Wort, aber ein rechtlicher Begriff.

Nach einer Dauer von 36 Stunden, an der sich 49 Abgeordnete und 8 Regierungsglieder zu insgesamt 142 Wechselreden gemeldet haben, hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1971 beendet und damit seine Jahresarbeiten abgeschlossen. Trotz der Neubestellung des Hauses durch die am 15. März 1970 durchgeführte Landtagswahl wurden 9 Landtagssitzungen und eine Trauersitzung abgehalten, 59 Anträge von Abgeordneten, 67 Regierungsvorlagen, davon 15 Gesetzesvorlagen, 12 Anzeigen, 1 Auslieferungsbegehren und 1 dringliche Anfrage eingebracht sowie 119 Beschlüsse gefaßt. Weiters sind 56 Anfragen von den Regierungsgliedern in den Fragestunden beantwortet worden.

Die Landtags-Ausschüsse haben in 23 Sitzungen die Beratungen für die vom Landtag beschlossenen Vorlagen durchgeführt. Wenn diese für das Jahr 1970 berechnete Statistik um einiges hinter dem Zahlenmaterial von 1969 zurückgeblieben ist, so möchte ich dazu festhalten, daß die Arbeit des einzelnen Abgeordneten keinesfalls unter der des Jahres 1969 gelegen ist, hatte doch jeder einzelne in den ersten Monaten dieses Jahres seine Arbeitskraft der Wahlvorbereitung zur Verfügung gestellt. Wie aber alle wissen, sind einzelne Landtags-Ausschüsse für die kommenden Monate mit Gesetzesvorlagen versorgt; ich brauche nur auf das Kanalabgabengesetz, Aufzugsgesetz, Gesetz über die Zusammenlegung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke, auf die Flurverfassungs-Landesgesetznovelle, auf die Steiermärkische Landarbeitsordnungs-novelle unter anderem hinweisen.

In der Budgetdebatte wurde von den Regierungsgliedern bereits den Bediensteten des Landes; im besonderen den mit Jahresende aus dem aktiven Dienstverhältnis Scheidenden für ihre Mitarbeit gedankt. Auch dem Präsidenten des Landtages obliegt es, namens des Landtages diesem Personenkreis den Dank des Landes auszusprechen. War es doch vielfach die Tätigkeit dieser Beamten, das von uns hier im Hause Beschlossene weiterzugeben und zu verwalten.

Anerkennung und Dank der Presse, dem Rundfunk, aber auch allen jenen, die bemüht waren, über die Aufgaben des Landtages und seiner Arbeit die steirische Bevölkerung in sachlicher und in einer dem Wohle des Landes dienenden Weise informiert zu haben.

Besonderen Dank auch dem Landtagsstenographenteam für seinen Einsatz. (Allgemeiner Beifall.) Ich hoffe aber auch, ihre Ausdauer nicht übermäßig beansprucht zu haben, da wir doch an dem im Vorjahr begonnenen Versuch, die Budgetsitzungen in einem zeitlich geordneten Rahmen durchzuführen, weitergekommen sind.

Zum Schluß wünsche ich Ihnen allen, meine Damen und Herren Abgeordneten, besonders auch dem Herrn Landeshauptmann Krainer und den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung ein schönes, gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien, geruhame Feiertage und ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr, das uns allen in Freiheit und Frieden gewährt werden möge — Glück auf für 1971.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

Schluß der Sitzung: 14.30 Uhr.